G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Der Wechsel in Bonn und die Friedensbewegung

Georg Fülberth
Bilanz der sozialliberalen Koalition

Ludwig Elm
Konservative Wende in der Bundesrepublik?

Fred Karl
„Neue Mehrheiten" und demokratische Bewegung

Frank Benseler, Hans Heinz Holz, Walter Boehlich
Der Fall Jünger und die „Wende"

Colin S. Gray
Das Konzept der strategischen Überlegenheit

Chemische Waffen in Rheinland-Pfalz
Dokumentation des Widerstands

10'82

Oktober 1982 Einzelheft 6,50 DM Im Abonnement 4,75 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,25 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Oktober 1982

CHRONIK DES MONATS SEPTEMBER 1982 1153

KOMMENTARE UND BERICHTE

Der Wechsel in Bonn und die Friedensbewegung ..... *Karl D. Bredthauer* 1156

Bürgerblock und Gegenmacht ..... *Wolfgang Abendroth* 1161

HAUPTAUFSÄTZE

Bilanz der sozialliberalen Koalition ..... *Georg Fülberth* 1164

Konservative Wende in der Bundesrepublik? ..... *Ludwig Elm* 1185

„Neue Mehrheiten" und demokratische Bewegung
Grüne und Alternative Listen, Wahlbündnisse und
parlamentarische Repräsentanz ..... *Fred Karl* 1198

Kein Platz für das palästinensische Volk? (II)
Geschichte und Perspektiven
des Palästina-Konflikts ..... *Norman Paech und Gerd Stuby* 1214

Der Fall Jünger und die „Wende"
..... *Frank Benseler, Hans Heinz Holz, Walter Boehlich* 1236

AUS AUSLÄNDISCHEN ZEITSCHRIFTEN

Das Konzept der strategischen Überlegenheit
(„Air Force Magazine") ..... *Colin S. Gray* 1249

MEDIENKRITIK

Golda unser ..... *Günter Giesenfeld* 1253

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Ausländer in der Bundesrepublik ..... *Jörg Goldberg* 1254

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Aufrufe zur Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in Dortmund am 23. Oktober 1982: Aufruf des DGB Nordrhein-Westfalen (Wortlaut); „Stop Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung, Ausländerfeindlichkeit". Aufruf der „Initiative Soziale Sicherheit" (Wortlaut) 1257

„Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg". Aufruf zur Kundgebung am 29. Januar 1983 anläßlich des 50. Jahrestages des faschistischen Machtantritts (Wortlaut) 1260

„Die Zeit drängt. Wehrt Euch!" Erklärung der „Krefelder Initiative", verkündet auf der Großveranstaltung „Künstler für den Frieden" am 11. September 1982 in Bochum (Wortlaut) 1261

Gegen Atomraketen und Kriegsgefahr. Den Widerstand unüberwindlich machen. Erklärung des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit vom 25./26. September 1982 (Wortlaut) 1262

„Schaffen wir zwei, drei, viele atomwaffenfreie Zonen". Aufruf der Gruppe „Friedensmanifest '82" (Wortlaut) 1265

Aufruf zur dritten bundesweiten Friedenswoche „Frieden schaffen ohne Waffen" vom 7. bis 17. November 1982 (Wortlaut) 1267

Chemische Waffen in Rheinland-Pfalz. Dokumentation des Widerstands 1270

Der Wechsel in Bonn und die Friedensbewegung

Nichts Neues in Bonn? Der gestürzte Kanzler, ein über alle Zweifel erhabener „Nachrüster" und Erfinder der „eurostrategischen Lücke"; der neue Kanzler, ein über jeden Zweifel erhabener „Nachrüster", der sich als der bessere Vollstrecker des Raketenbeschlusses angeboten hat; und der alt-neue Vizekanzler und Außenminister, der Erfinder des beschönigenden Wortes für die gemeinsame schlechte Absicht, der Suggestivvokabel „*Nach*rüstung" . . .Für die Friedensbewegung also in der Tat „keine neue Lage"?

Ja und nein. – *CDU und CSU*, die jetzt den Kanzler stellen, haben von Anfang an nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie Ostverträge, Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion, zur DDR und den anderen sozialistischen Staaten in Osteuropa, gesamteuropäische Sicherheitskonferenz (KSZE) und Entspannung ganz allgemein für Sündenfälle halten und im Rahmen ihrer Möglichkeiten bekämpfen. Eifrige Zustimmung zum NATO-„Nachrüstungsbeschluß", der schwersten Bedrohung der Ost-West-Entspannung, war für CDU und CSU immer nur folgerichtig. – *Aber*: Auch diese CDU/CSU hat es nicht vermeiden können – obwohl als Oppositionspartei frei von der Verantwortung, außenpolitische Kraftsprüche auch in der Regierungspraxis vertreten zu müssen –, sich entspannungspolitischen Fakten und Erwartungen anzupassen, bis zu einem gewissen, durchaus nicht unerheblichen Grade jedenfalls. Jetzt, in der Regierung, kommt für sie die Stunde der Wahrheit. Selbst die bisher so vollmundig begrüßte Stationierung der neuen US-Atomraketen auf deutschem Boden (ein Bundeskanzler Adenauer hatte dagegen Ende der 50er Jahre die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik sehr wohl zu vermeiden gewußt!), dürfte für CDU und CSU ein anderes Gesicht bekommen, wenn sie nicht mehr die SPD die Schmutzarbeit leisten lassen können, sondern sich jetzt selbst landauf, landab in der ganzen Republik, in Gestalt jedes CDU-Abgeordneten, -Bürgermeisters und -Stadtverordneten, vor zunehmend besorgten Wählern, auch den eigenen, werden rechtfertigen müssen, weil sie jetzt unmittelbar das Risiko zu vertreten haben, das unserem Land und jedem Bürger da aufgebürdet werden soll . . .

– *Die jetzt abgelöste Koalition* konnte sich einmal zu Recht rühmen, die Bundesrepublik aus den Schützengräben des Kalten Krieges herausgeholt und zu einer Politik der Entspannung zwischen Ost und West befähigt zu haben. – *Aber*: die gleiche SPD-Koalition hat selbst den Sprengsatz montiert und bis heute nicht entschärft, der nicht nur die Zukunft der Entspannung tödlich bedroht, sondern das Überleben dieses ganzes Landes und seiner Nachbarn. Dem alt-neuen Vizekanzler Genscher diente Helmut Schmidts „Nachrüstungs"-Vorlage schließlich sogar dazu, sich von der vormaligen Entspannungskoalition abzusetzen und, im Namen der „Nachrüstung", deren „Erfinder" sitzenzulassen und zur CDU überzuwechseln. Für Genscher kommt es wohl nicht mehr darauf an, aber auch Schmidt macht bis heute den Eindruck, als habe er immer noch nicht recht

begriffen, was er mit seinem fatalen Ausflug in die „Eurostrategie" angerichtet hat, geschweige denn, wie er, seine Partei – und wir alle – da wieder herauskommen sollen!

1. Hat sich der Stellenwert der „Nachrüstung" beziehungsweise ihrer Verhinderung verändert?

Die Bedrohung, die von der „Nachrüstung" ausgeht, hat sich durch den Regierungswechsel in Bonn natürlich in keiner Weise verringert, eher das Gegenteil, denn die Unionsparteien stehen, jedenfalls bisher, der amerikanischen Politik im allgemeinen und der „Nachrüstung" im besonderen bekanntlich eher noch unkritischer gegenüber als der bisherige Bundeskanzler. Auch für den neuen Kanzler ist der Terminplan klar: Ab 1983 soll die Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles anlaufen, ungeachtet aller Warnungen von Leuten, die mehr davon verstehen als Kohl. Damit ist auch klar: das Schlüsselthema der neuen Friedensbewegungen wird auch nach dem Regierungswechsel, jetzt erst recht, zugleich das zentrale Thema der Politik in der Bundesrepublik sein, 1982/83 und darüberhinaus.

2. Die kommenden Wahlkämpfe – Personalisierung oder Politisierung?

Die Auseinandersetzungen um den Koalitionswechsel in Bonn, vor allem um die Umstände des Kanzlersturzes und mögliche Neuwahlen, sind bisher überwiegend mit formalen Argumenten geführt worden, beschäftigten aber – zu recht – breiteste Teile der Bevölkerung. Diese Auseinandersetzungen um die künftige Politik in Bonn und in den Ländern sollten von der Friedensbewegung „politisiert" werden, also genutzt zur Verdeutlichung der gar nicht formalen, sondern sehr konkreten Bedrohung durch „Nachrüstung" und Atomkriegsgefahr, Rüstungswahnsinn und damit einhergehende Demontage auch der sozialen Sicherheit. In allen Wahlkämpfen, bei den Kandidatenaufstellungen innerhalb der Parteien ebenso wie bei Kandidatenbefragungen in der Öffentlichkeit, sollten alle politischen Kräfte – die neue Regierung ebenso wie die neue Opposition und alle, die für ein Parlament kandidieren – unablässig und unnachgiebig mit der Frage konfrontiert werden: Wie hältst Du's mit der „Nachrüstung"? Bist Du bereit, der Stationierung der neuen US-Atomraketen Widerstand entgegenzusetzen – wann? wie? mit wem? –, oder nimmst Du in Kauf, daß das Land, dessen Bürger Du „vertreten" willst, zur atomaren Abschußrampe für Erstschlagraketen und damit zugleich zur atomaren Zielscheibe Nummer Eins gemacht wird?!

Die in den kommenden Monaten sicherlich anhaltende und wachsende Politisierung der Öffentlichkeit bietet der Friedensbewegung große Chancen, über die drohende Gefahr und über die Alternativen aufzuklären und die notwendige rasche Verbreiterung der Widerstandskräfte, bis tief ins Lager der jetzigen Regierungsparteien hinein, voranzutreiben – wenn die Friedensbewegung es schafft, sich jedem Abgleiten in politische Schönheitskonkurrenzen zu entziehen, und hart am Thema bleibt. Es gibt kein Wichtigeres.

3. Und die soziale Frage?

Die neue Koalition ist mit dem erklärten Vorsatz angetreten, die von ihrer Vorgängerin eingeleitete Politik der sozialen Demontage noch zu forcieren und möglichst vollendete Tatsachen zu schaffen, ehe die zur nachträglichen Legitimation des Koalitionswechsels versprochenen – aber noch mit großen Fragezeichen versehenen – Neuwahlen der Bevölkerung Gelegenheit geben, selbst zu sagen, ob und in welche Richtung eine „Wende" vollzogen werden soll. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich ab, daß es in den kommenden Wochen und Monaten zu einem gewaltigen Aufschwung des sozialen Protests und Widerstands kommen wird – von „Aufschrei"-Initiativen in vie-

len Städten und „Anti-Rotstift-Tribunalen", dem Bielefelder Kongreß über die „Zukunft der Arbeit" bis zu den DGB-Demonstrationen im Oktober und November. In diesen vielfältigen inner- und außergewerkschaftlichen Initiativen kommt eine neue Qualität der sozialen Frage zum Ausdruck, die der Friedensbewegung ebensowenig gleichgültig sein kann, wie den Betroffenen der Sozialdemontage – und wer ist das nicht?! – der Kampf der Friedensbewegung gleichgültig sein sollte. Denn wenn es nicht gelingen sollte, den drohenden Atomkrieg zu verhindern, werden sich nun einmal alle sozialen Fragen, jedenfalls in Mitteleuropa, erübrigen!

Der Kampf der Friedensbewegung setzt sich ja aber zugleich auch mit den wesentlichen Ursachen der Sozialdemontage, dem von Reagans Amerika ausgehenden Kurs der Kriegsvorbereitung, der gewaltsamen „Rohstoffsicherung" und der entsprechend forcierten Aufrüstung, auseinander.

Der Sozialstaat wird abgebaut, weil die Zeiten vorbei sind, in denen man gleichzeitig aufrüsten *und* wirtschaftliches Wachstum, in wie bescheidenem Umfang auch immer, auch „in Arbeitnehmerhand" „umverteilen" konnte. Die herrschenden Kräfte hierzulande geben in dieser Situation, nach dem Vorbild der USA, eindeutig der Rüstung Priorität, vor allem, solange sie bei der dadurch bedingten Umverteilung aus den Sozial- in die Rüstungskassen auf keinen entschiedeneren Widerstand der Betroffenen stoßen. Hier gibt es also einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Friedensbewegung und sozialen Kämpfen. Nötig – und möglich – ist deshalb eine engere Verbindung der Friedensbewegung mit den Gewerkschaften (in denen hoffentlich jetzt Kräfte freigesetzt werden, die bisher durch Rücksichtnahme auf eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung gebunden waren) und mit den neuen sozialen Bewegungen, nicht zuletzt mit der Bewegung gegen Kernkraftwerke und Umweltzerstörung, die Kohls Koalition durch die absehbare Begünstigung der industriellen Großprojekte auf breiter Front provozieren dürfte.

4. Droht jetzt eine Vereinnahmung durch die SPD?

Die Haltung der SPD gegenüber der Friedensbewegung wird sich jetzt, wie sich schon in der Endphase der sozialliberalen Koalition abzeichnete, verändern. Genauer gesagt: es wird wohl zwei Richtungen geben – die eine, die als „Regierungspartei auf Abruf" nach wie vor eine unklare oder offen zustimmende Haltung gegenüber der „Nachrüstung" einnimmt und wie bisher auf Distanz zur Friedensbewegung hält; die andere Richtung wird jetzt, frei von der Loyalität gegenüber einem sozialdemokratischen Kanzler, deutlicher von der Stationierung neuer US-Atomraketen abrücken und als Teil oder Partner der Friedensbewegung auftreten, sei es aus parteitaktischen Gründen, um möglichst viele verlorene Anhänger als SPD-Wähler zurückzugewinnen und die Friedensbewegung, wenn möglich, sozusagen aufzusaugen, ähnlich wie 1969 und danach die damalige APO – sei es aber auch aus der immer mehr Sozialdemokraten dämmernden Erkenntnis heraus, daß die SPD sich mit der bisherigen Zustimmung zum NATO-Beschluß (Berliner Parteitag 1979 ff.) auf folgenschwere Weise geirrt hat und daß jetzt möglichst viele Bürger, gerade auch möglichst viele Sozialdemokraten, in dieser kritischen Phase im Vorfeld der geplanten Stationierung an der Friedensbewegung teilnehmen sollten, weil nur so die verhängnisvollen Folgen des Schmidt'schen Irrwegs noch abzuwenden sind und eine Rückkehr zur – gerade auch ursprünglichen SPD-Vorstellungen entsprechenden – Entspannungspolitik in Europa erreichbar ist.

Für die Friedensbewegung wäre es ein wichtiger Schritt, wenn die SPD oder grö-

ßere Teile dieser Partei jetzt, in der Opposition, und natürlich erst recht in einer künftigen Regierung, gegen die „Nachrüstung" Position bezögen. Das gleiche gilt für die bisher dem Schmidt-Kurs eng verbundenen Gewerkschaften. Allerdings darf sich die Situation von 1958/59 nicht wiederholen, wo SPD- und DGB-Spitze ihren maßgeblichen Einfluß auf die seinerzeitige „Kampf dem Atomtod"-Kampagne dazu mißbrauchten, dieser Vorläuferin der heutigen Friedensbewegung quasi administrativ ein Ende zu machen, als sie ihnen nicht mehr ins politische Kalkül paßte. Das Bewußtsein dieser Erfahrung sollte allerdings auch der Gefahr einer Wiederholung im Wege stehen, zumal die neue Friedensbewegung von vornherein auf ihre Überparteilichkeit geachtet hat und sich auf eine eigenständige politische Basis, in erster Linie auf die vielfältigen lokalen Friedensinitiativen und Bündnisse, stützen kann.

5. Wahlbewegung und/oder überparteiliche Volksbewegung mit Schwerpunkt auf der außerparlamentarischen Basis?

In den kommenden Wahlkämpfen könnte die Friedensbewegung in existenzgefährdende Zerreißproben schliddern, wenn es ihr nicht gelingt, ein Überwuchern der in Wahlsituationen besonders naheliegenden Profilierungsbedürfnisse der Parteien oder Wahllisten zu vermeiden, die in der Friedensbewegung mitwirken bzw. sich auf sie berufen. Manche – für die Basis der Friedensbewegung oft schwer begreifliche – Auseinandersetzungen im Vorfeld der großen Bonner Demonstration am 6. Juni 1982 könnten sich im nachhinein als bloße Vorgeplänkel erweisen, wenn jetzt in Friedensinitiativen und Friedenswochen etwa Sozialdemokraten und Grüne aneinandergeraten sollten, oder gemeinsam gegen Kommunisten, Alternative usw. zu Felde zögen, wenn jeder seine jeweiligen Abgrenzungsbeschlüsse mitbringt, politische Gesinnungsschnüffelei um sich greift oder wenn im Gerangel um Wahlbündnisse oder Listenplätze das eigentliche Ziel der Friedensbewegung, die Aufklärung der breiten Bevölkerung über die Notwendigkeit einer Abkehr von der bisherigen „Sicherheits"-Politik und die raschest- und breitestmögliche Mobilisierung gegen die „Nachrüstung", aus den Augen verloren werden sollte. Niemand darf sich darauf verlassen, daß etwa nach einer Neuauflage des Gezänks, das im Vorfeld der Bonner Junidemonstration schon so viele verwirrt und entmutigt hatte, wiederum Hunderttausende einfach zur Tagesordnung übergehen, die pessimistischen Prognosen selbsternannter Friedensführer wiederlegen und unbeirrt demonstrieren werden, daß die Stärke der neuen Friedensbewegung gerade in ihrer Vielfalt und Breite liegt und in der Konzentration auf die alle gemeinsam bedrohende Gefahr und die Notwendigkeit, jetzt gemeinsam „Aufzustehen für den Frieden", wie unterschiedlich die Auffassungen und Ziele in anderen Fragen auch sein mögen!

Es wäre sicherlich ein sehr großer Schritt nach vorn, wenn es in den kommenden Wahlen gelingen sollte, möglichst viel von dieser Kraft auch unmittelbar in die Parlamente einzubringen. Wahllisten, die das ganze Spektrum der an der außerparlamentarischen Basis, in den Friedensinitiativen und Friedenswochen zusammenarbeitenden Kräfte repräsentieren, wären wohl die angemessene Lösung. Leider scheinen die politischen Bedingungen für ein solches breitangelegtes Wahlbündnis auf Bundesebene noch nicht reif. In den Ländern und Gemeinden gibt es unterschiedliche, zum Teil günstigere Ausgangspositionen. Zur Zeit zeichnet sich ab, daß bei Neuwahlen zum Bundestag im kommenden Frühjahr das Stimmpotential der in den Friedensinitiativen zusammenarbeitenden Kräfte sich auf Sozialdemokraten, Grüne und Alternative, Kommunisten und die „Partei der Nichtwähler" aufteilen wird. Besser wäre ein aus der demokratischen Bewegung heraus entwickeltes Wahlbündnis, das

neben den Grünen und Alternativen, Linksliberalen, DSlern, DFU und DKP, linken Sozialdemkraten und Gewerkschaftlern, kritischen Christen und vor allem auch Repräsentanten der Friedensinitiativen vor Ort angemessene Beteiligungsmöglichkeiten bietet. Offene Listen der einen oder anderen Partei, wie sie jetzt z.B. bei den Grünen diskutiert werden, können das gleichberechtigte Bündnis aller Friedenskräfte, das sich in den außerparlamentarischen Aktionen bewährt hat, nicht ersetzen.

Entscheidend bleibt bei jeder Wahldiskussion und Wahlbeteiligung: die Friedensbewegung kann parlamentarisch nur so stark sein, wie ihre außerparlamentarischen Initiativen an Breite und Einfluß gewinnen. Letztere sind die Basis, ohne die nichts geht – und deren Druck muß *allen* parlamentarischen Kräften und Regierungskoalitionen gelten, wenn eine neue Politik erreicht werden soll. Eine parlamentarische 5- oder 10-Prozent-Vertretung, so hilfreich diese als zusätzliches Druckmittel auf die etablierten Parteien sein könnte, reicht nicht aus, die „Nachrüstung" zu verhindern. Und auch in den Fraktionen von SPD und FDP – hoffentlich bald auch in denen von CDU und CSU, wie bei deren Schwesterparteien in den Niederlanden, Italien oder anderswo – gibt es ja Gegner der „Nachrüstung". Soll man die nicht (wieder-)wählen? Man sieht, die Wahlfrage kann, wenn sie zu eng auf die parlamentarische Seite fixiert wird, auch der notwendigen Bündelung *aller* erreichbaren Kräfte gegen die Hauptbedrohung, mit der sich die Friedensbewegung auseinanderzusetzen hat, hinderlich sein. Die „Frankfurter Allgemeine" hat kürzlich sehr deutlich gemacht, welche Gefahr hier liegen könnte: sie wünscht sich eine neue Partei für „heimatlose Wähler", die alle von den etablierten Parteien Enttäuschten in ein nettes kleines parlamentarisches Ghetto zusammenführt, um auf diese Weise den der „FAZ" erkennbar lästig gewordenen, beunruhigend erfolgreichen außerparlamentarischen Bewegungen wie der Friedensbewegung und den neuen sozialen Bewegungen die Aktiven und die Lebenskraft zu entziehen, sie auf ein parlamentarisch hübsch kalkulierbares Minderheitenmaß reduzieren zu können. (FAZ v. 23. 9. 1982)

6. Kann die Friedensbewegung es schaffen?

Natürlich ist für die Friedensbewegung nicht gleichgültig, wer in Bonn regiert – aber die Betroffenheit über den Wechsel in Bonn und über sich abzeichnende weitere Fehlentwicklungen darf nicht von der grundsätzlich neuen politischen Qualität der Friedensbewegung ablenken. Sie ist Ausdruck einer neuen Qualität der Bedrohung – mit der „Nachrüstung" als der Spitze eines Eisberges – die nach neuen Antworten aus der Breite der Bevölkerung selbst heraus, und zwar aus möglichst allen Lagern, ruft. Keine Bonner Parteienkonstellation, erwiesenermaßen nicht die Schmidt-Genscher-Koalition und absehbarerweise auch die Kohl-Genscher-Koalition nicht, aber auch keine denkbare neue Konstellation, auch nicht die – so sehr zu wünschende – „neue Mehrheit", könnte die Friedensbewegung „vertreten" oder ihr die Arbeit abnehmen, selbst wenn sie es wollte. Die jetzt in Bonn regieren, wollen es ganz sicher nicht!

Die Friedensbewegung, als Kampf um das Überleben aller vom „Plan Euroshima" Bedrohten, darf – und kann – nicht in irgendeinen parteipolitischen Raster eingezwängt werden. Drastisch gesagt: der einfache CDU- und CSU-Wähler, letztenendes die knappe Hälfte des Wahlvolkes, ist von der „Nachrüstung" genauso existenziell bedroht wie der Wähler der SPD, der Grünen und Alternativen oder der DKP. Nicht wenige konservative Wähler beginnen das auch schon zu ahnen. Es würde ihren Erkenntnisprozeß nicht fördern, eher zurückwerfen, wenn die Friedensbewegung sich als außerparlamentarische Hilfstruppe einer bestimmten,

noch so ehrenwerten oder einflußreichen Partei oder Parteienkonstellation vereinnahmen oder darstellen ließe.

Die Friedensbewegung kann es schaffen. Aber der neuen (nicht anders als der alten) Bundesregierung und Parteienkoalition muß erst noch abgerungen werden, was die Friedensbewegung sich für 1983 als die überragende Hauptaufgabe vorgenommen hat: die Verhinderung der „Nachrüstung" oder – mit den Worten des schon von über 3 Millionen Bundesbürgern unterzeichneten Krefelder Appells: Die Bundesregierung, gleichgültig, von welcher Koalition sie gestellt wird, muß im Interesse aller Deutschen, um des Überlebens willen, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa" zurückziehen! Wenn das geschafft ist, wird manche andere, heute unlösbar erscheinende Frage leichter zu lösen sein.

Karl D. Bredthauer

Bürgerblock und Gegenmacht

Der Weg von Schmidt (plus Genscher) zu Kohl (plus Genscher) ist im Bundestag fristgerecht beendet. Der Beifall von BDI und allen anderen Spitzenverbänden der Wirtschaft ist verkündet, wie zu erwarten war.

Die Bundestagsdebatte, vom politischen Testament des alten Bundeskanzlers eingeleitet, das den außen- und innenpolitischen Rechtskurs, der von ihm betrieben wurde, feierlichst wiederholt, hat die sozialen Machtprobleme, die sich hinter dem Regierungswechsel verstecken, nur in einer Rede – der von Hansen – deutlich angeschnitten. Es ist leider für die Situation der Bundesrepublik charakteristisch, daß sie die einzige war, der im Plenum kaum jemand zugehört hat, weil – und das ist für unseren Parlamentarismus blamabel, aber für die SPD besonders beschämend – sich die Regierungsbänke noch des alten Kabinetts und die Abgeordneten demonstrativ leerten, als Hansen das Rednerpult betrat. Die Sozialdemokratie, trotz aller ihrer Konzessionen von der Majorität der freidemokratischen Fraktion und deren früherem (wie neuem) Vizekanzler und Parteivorsitzendem erst hintergangen und dann aus den Ämtern vertrieben, wollte sich von einem ihrer früheren Parteimitglieder, das den Weg in dies Debakel prognostiziert hatte und eben deshalb aus der Partei ausgeschlossen worden war, nicht sagen lassen, worum es ging. In der Geschichte der Arbeiterbewegung ist es ein altes Lied: Fraktionshaß, aus früheren Auseinandersetzungen entstanden, kann jede Spur von politischer Vernunft erschlagen.

Das muß für jeden, der der Diskussion des Bundestages um das „konstruktive" Mißtrauensvotum folgte, umso negativer wirken, als ein anderer Skandal vorangegangen war. Die „grande dame" der FDP – gewiß keine typisch „sozial liberale" Linke in ihrer Partei – hatte eindrucksvoll geschildert, daß sie aus Gründen politischer und christlicher Moral ihrem Parteichef nicht darin folgen könne, den alten an den neuen Bundeskanzler zu verhökern. Das paßte nicht in das Weltbild des neuen Bundeskanzlers, der ja bekanntlich mit dem Regierungswechsel vor allem eine „geistig-moralische" Wende einleiten will. Und also hatte das den Generalsekretär der CDU und neuen Familienminister (der sich bis dahin als „gemäßigter" Mann der „Mitte" in seiner Partei angepriesen hatte) prompt dazu veranlaßt, in diesem Appell an ethische Motive den Beweis zu erblicken, daß sie „Verfassungsfeindin" sei. Schöne Aussichten für die Interpretation der FDGO in einer von der CDU/CSU geführten Bundesregierung sind es, die sich hier ankünden. Sie machen allzu klar, was zu

entdemokratisierender Verstärkung der Tendenzen zur Transformierung des Grundgesetzes in das Normengehäuse eines unverhüllten Obrigkeitsstaates in der neuen Koalition noch zu erwarten ist. Mit recht hatten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten darüber empört. Kaum war dies geschehen, benahmen sie sich ihrem eigenen früheren Fraktionsgenossen gegenüber nicht besser.

So könnte man am Weg der BRD in der Weltwirtschaftskrise schier verzweifeln, nachdem die Hoffnung Schmidts, die Rollen Hermann Müllers und Heinrich Brünings in der vorigen großen Krise – vor nun über fünfzig Jahren – in seiner Person kombinieren zu können, durch die Realität widerlegt wurde. Denn den Brüning spielt nun künftig Kohl. Und wenn auch noch kein Hitler als dessen Erbe, falls es Kohl nicht gelingen sollte, die Krise zu überleben und einzudämmen, in Sicht ist – die Gefahr, daß während der Vorherrschaft der politischen Rechten, die tagtäglich bei weiterer Offensive des Kapitals die Lebenschancen der abhängig Arbeitenden (aber auch der Mittelschichten) mindert, eine faschistische (oder doch faschistoide) Massenbewegung entstehen könnte, wird weiter wachsen, falls es nicht gelingt, dem allem eine starke Kraft entgegenzustellen.

Daß man gleichwohl nicht zu resignieren braucht – und nicht resignieren darf, weil der Weitergang der Krisenlösung auf Kosten der abhängig arbeitenden Klasse in der großen Industriemacht an der Grenze der sozialistischen Länder, die Verstärkung der atomaren Aufrüstung durch Mittelstreckenraketen und die stetig wachsende Erhöhung des Rüstungshaushalts, endlich aber auch die unbegrenzte Zerstörung der Umwelt durch undurchdachte nur mittels kurzfristiger Profiterwerbung großer Konzerne gesteuerter Investitionen den sicheren Untergang der europäischen Zivilisation bedeuten würde –, haben zwei Ereignisse gleichzeitig unter Beweis gestellt. In Schweden haben trotz der und in der Krise bei den Wahlen Sozialdemokratie und Kommunisten mehr als 50 % der Stimmen und der Parlamentssitze bekommen. Beide hatten im Wahlkampf auf diese Zusammenhänge ständig verwiesen und keinen Zweifel daran gelassen, daß sie im Fall ihres Wahlsiegs (wenn auch nur in Form der „Tolerierung" eines sozialdemokratischen Kabinetts durch die Kommunisten) gemeinsam handeln würden. Das war möglich, weil Palme kein Schmidt ist und – bei aller Kritiken der UdSSR und ihrer Machtpolitik – ablehnte, antikommunistische Hysterie zu erzeugen oder antikommunistische Hysterie zu nutzen. In Hessen hat der 17. September 1982 – siehe den Verweis Schmidts auf die Hintertreppen-Kombination Genschers mit Kohl, die den Rücktritt der FDP-Minister mit Kohl erzwungen hatte – eine eruptive Veränderung des prognostizierten Wählerverhaltens bewirkt, die zum ersten mal seit langen Jahren eine absolute Majorität der Stimmen links von den traditionellen bürgerlichen Parteien bewirkt unddie FDP aus dem Parlament gefegt. Läßt sie sich trotz Börner (nicht wegen Börner) nutzen?

Hier zeigt sich das entscheidende Problem in neuer Form. In der Mentalität der hessischen Wähler schien der Prozeß bereits eingeleitet zu sein, auf den es ankommt, und der nur durch konsequente Politik des Kerns der drei großen Bewegungen, die der Kombination bedürfen, in Realität verwandelt werden kann.

Die Frauenkonferenz der IG Metall hat gezeigt, daß es „unten" in der stärksten Industriegewerkschaft klarer erkannt wird als (noch) in den Verbandsspitzen, daß der gewerkschaftliche (noch) defensive Kampf um das Lohnniveau und die sozialen Rechte nur Erfolg haben kann, wenn er den Widerstand, gegen den NATO-Doppelbeschluß und chemische Waffen auf deutschem Boden in sich einbezieht und auch die Verteidigung der Umwelt in sich aufnimmt. In der Frie-

densbewegung und in der ökologischen Bewegung bedarf es in gleicher Weise der Einsicht, daß nur die Aufnahme des gewerkschaftlichen Forderungskatalogs in ihr eigenes Denken, ihnen die Kraft verleihen kann, sich gegen die kombinierte Macht der Monopole und der Bürgerblock-Regierung durchzusetzen. Diese drei Bewegungen gemeinsam werden – wenn ihnen das gelingt – stark genug sein, den Weg der Bundesrepublik in die volle Preisgabe ihrer demokratischen Verfassungsnormen und in die außenpolitische Katastrophe erst aufzuhalten und dann umzukehren, auch wenn das Kabinett Kohl-Genscher zur Zeit den Triumph der Reaktion und die Wiederherstellung der Atmosphäre der Adenauer-Periode anzukündigen scheint. Das Ende des Kabinetts Schmidt-Genscher, dessen Konzessionen an die Gegenseite Schritt für Schritt alle Erfolge der Wende von 1968/69 verspielt hat und das gleichzeitig doch noch die Führung der Gewerkschaften weithin lähmen und die wirkliche Entwicklung durch Illusionen verdecken konnte, könnte zum Ausgangspunkt der Entfaltung einer Gegenmacht werden, die die BRD zu Friedenspolitik und sozialer Rechtsstatlichkeit zurückführt und diejenigen ökonomisch-strukturellen Veränderungen einleitet, die alleine die Basis auch der Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts bilden können.

Wolfgang Abendroth

Memorandum '82

Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung – Alternativen der Wirtschaftspolitik. Sicherung und Ausbau des Sozialstaats statt sozialer Demontage. Alternativen zur Finanzierung der Sozialpolitik. Krise in der Berufsausbildung.
Kleine Bibliothek Band 262
357 Seiten, DM 19,80

Seit 1975 legt die gewerkschaftsnahe „Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik" jährlich ein Memorandum vor, das von vielen namhaften Wirtschaftswissenschaftlern, Sozialwissenschaftlern, Gewerkschaftsfunktionären u. a. verfaßt und unterstützt wird. Gegenüber der Mehrheit der Gutachten von Wirtschaftsforschungsinstituten orientiert sich dieses Memorandum an den Interessen der Arbeitnehmer und findet in der Öffentlichkeit von Jahr zu Jahr stärkere Beachtung.
Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ist das Buch von höchster Aktualität.

Pahl-Rugenstein

Bilanz der sozialliberalen Koalition

Von Georg Fülberth

1. Das Ende der sozialliberalen Koalition bedeutet nicht notwendig die Rückkehr zum CDU/CSU-Staat

Bei den hessischen Landtagswahlen ist Dreggers Griff nach der Macht ebenso gescheitert wie die sozialliberale Koalition. Die Wählerbasis eines FDP/SPD-Bündnisses dürfte – rechnerisch gesehen – am 26. September mit der Zahl der SPD-Stimmen (einschließlich des Beitrags vom linken Flügel der liberalen Partei) identisch gewesen sein. Andererseits ergab sich auch keine Mehrheit für einen neuen Bürgerblock. Das Ergebnis des 26. September entzog den Plänen zur Bildung der Regierung Kohl-Genscher das Argument, sie stützten sich auf eine aktuelle Wählermehrheit. Von „Unregierbarkeit" muß sprechen, wer nur *eine* Lösung akzeptieren kann, welche die gemeinsamen Essentials sowohl sozialliberaler als auch christlichdemokratischer Regierungskunst beibehält. Gerade dafür aber: für den NATO-Aufrüstungsbeschluß, die Durchsetzung des Atomprogramms und von militärisch „sinnvollen", wirtschaftlich und ökologisch aber verheerenden Projekten wie der Startbahn 18 West, schließlich auch für eine Politik des Sozialabbaus gibt es gegenwärtig keine Mehrheit, die ohne eine neue Große Koalition zusammenzuführen wäre. Der jetzige Zwischenzustand ist Ausdruck einer innenpolitischen Polarisierung, die entweder durch eine erfolgreiche weitere Offensive von rechts oder durch die Schaffung einer neuen Mehrheit links von CDU/CSU und FDP oder in einem Akt der „Solidarität der Demokraten" in Bonn angesichts eines angeblichen „Staatsnotstandes" zu einem Ergebnis gebracht werden wird. Keine dieser Lösungen enthält vorderhand die Neuauflage der sozialliberalen Koalition der Jahre 1969–1982. Deren Bilanz kann also jetzt gezogen werden.

2. Machtwechsel?

Dreimal fanden in Deutschland während des 20. Jahrhunderts bisher tiefgreifende Machtwechsel statt: 1918, 1933 und 1945. In jedem Fall zerbrach ein politisches System und wurde durch ein neues ersetzt, die Aktionsmöglichkeiten der herrschenden Klassen und der Opposition wurden qualitativ verändert. Eine Periode im Grunde bis heute nachwirkender Neustrukturierung, tatsächlich eine Gründungsphase, waren in Westdeutschland die Jahre 1947 bis 1955 mit ihren wichtigsten Daten: Entstehung der Bundesrepublik sowie deren Vorbereitung, Durchsetzung eines Konzepts des Wirtschaftsliberalismus, Wiederbewaffnung.

Die Wechsel der Jahre 1969 und 1982 stehen an Bedeutung jenen historischen Umbrüchen zweifellos nach. Gewiß aber bilden sie wichtige Einschnitte. Der

Erwartungsdruck, welcher den Beginn der sozialliberalen Koalition ermöglichte, wird schon an der Tatsache sichtbar, daß Brandt nach Adenauer der erste und einzige Kanzler war, der durch eine Bundestagswahl (also nicht durch Wechsel während der Legislaturperiode) erstmals ins Amt kam.

Im Jahre 1969 übernahm die sozialliberale Koalition in der Innen- und in der Außenpolitik jeweils einen doppelten Auftrag:

Durch ein Festhalten an einer Politik der Nichtanerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs drohte sich die Bundesrepublik international zu isolieren. Den von den USA und der UdSSR seit Anfang der 60er Jahre betriebenen Übergang zur Entspannungspolitik vollzog sie zunächst gar nicht, dann in zu langsamem Tempo, ohne eigene Intiativen, mit. Bei der Gewinnung von Märkten im Osten konnte sie ihre Möglichkeiten deshalb nicht genügend – weit weniger gut als ihre westeuropäischen Konkurrenten – ausschöpfen. Der damals noch nicht revidierte Anspruch auf den Zugang zu Atomwaffen trug zur Isolierung der Bundesrepublik zusätzlich bei. John F. Kennedy hatte 1961 die Dritte Welt zum zentralen Ort der Auseinandersetzung zwischen „freier Welt" einerseits, Sozialismus und nichtkapitalistischen Entwicklungswegen andererseits, erklärt. Trotz der Gründung eines Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (1961) konnte die Bundesrepublik hier zunächst kaum einen eigenen Beitrag leisten, denn ihre Bewegungsfreiheit auf diesem Feld war durch ihre ostpolitischen Ansprüche blockiert. Aufgabe der sozialliberalen Koalition war es, diesen Problemstau zu beheben. Damit verband sich unter den Wählern der beiden neuen Regierungsparteien, insbesondere der SPD, häufig noch ein darüber hinausgehender, zweiter Anspruch: der Wunsch vieler Menschen, die den Zweiten Weltkrieg oder die Spannungszeiten des Kalten Krieges erlebt hatten, nach einem dauerhaften, durch Abrüstung gesicherten Frieden in einer internationalen Ordnung, die gute Beziehungen zu den sozialistischen Ländern einschloß.

Im Innern war ein dringender Bedarf an einem Ausbau der Infrastruktur sichtbar geworden. Selbst Ludwig Erhard, der politische Prophet der „sozialen Marktwirtschaft", rief während seiner Kanzlerschaft nach zusätzlichen „Gemeinschaftsleistungen" und gestand damit ein, daß der Mechanismus, den er 1948 zu installieren geholfen hatte, allein nicht ausreichte. Insbesondere im Bildungswesen, aber nicht nur dort, verband sich die Orientierung auf den Ausbau von Sozialstaatlichkeit mit weitergehenden Forderungen: nach mehr Chancengleichheit und Demokratie. Eine in den Jahren 1967/68 aufbrechende Erneuerungsbewegung, vor allem in der Studentenschaft, entwarf das Konzept einer gerechteren Gesellschaft, dessen Realisierung all denen, die bisher in einer nach wie vor noch durch die Adenauer-Zeit geprägten Vorstellungswelt lebten, nachgerade wie eine Umgründung der Bundesrepublik erscheinen mußte.

Vergleicht man die dreizehn Jahre der sozialliberalen Koalition mit der Zeit unangefochtener CDU/CSU-Herrschaft 1949–1966, dann fällt auf, daß ihr Weg von Anfang an weit häufiger akuten Krisen ausgesetzt war. Bis 1972 hatte

sie bereits zum ersten Mal ihre Mehrheit verloren. Kaum war diese neu konsolidiert, kam der Kanzlerwechsel 1974. Gleichzeitig damit erfolgte eine Umstellung des wirtschafts- und finanzpolitischen Konzepts unter den Bedingungen einer langfristigen Rezession. Spätestens 1974, im Grunde aber schon 1973, waren die innenpolitischen Zielstellungen, mit denen die sozialliberale Koalition 1969 angetreten war, revidiert oder in ihrer Realisierung zumindest aufgeschoben. Solche Verunsicherungen gab es in der „Ära Adenauer" erst 1959 (Krise um die Nachfolge des Bundespräsidenten) und 1962 („Spiegel"-Affäre), unter Erhard allerdings ständig – sie setzten damals in einer Zeit ein, als die außenpolitischen Grundlagen einer Modifizierung bedurften und der Wirtschaftsaufschwung sich seinem Ende näherte.

Zu dieser inneren Labilität, welche die Geschichte der sozialliberalen Koalition fast ständig kennzeichnet, trugen mehrere Faktoren bei. Einer davon war die Widersprüchlichkeit der Erwartungen, denen die Regierung gerecht zu werden suchte. Die Grenzen verliefen hier nicht nur zwischen SPD und FDP, sondern auch durch diese Parteien selbst. Ein zweiter Grund waren die Veränderungen der ökonomischen Bedingungen. Ihre Bedeutung wird vor allem sichtbar, wenn man sich ein weiteres Mal vergegenwärtigt, daß die CDU/CSU-Herrschaft mit einer Periode nahezu ständigen Wirtschaftsaufschwungs zusammenfiel. Drittens aber muß die Tatsache bedacht werden, daß die sozialliberale Koalition in politische Strukturen eingesetzt wurde, die in den Anfangsjahren der Republik begründet worden sind und die auch nach 1969 nicht geändert wurden.

Niemals in der Geschichte des bürgerlichen Deutschland hat es eine so langwährende Periode unter sozialdemokratischer Führung gegeben. (In den Jahren 1918 bis 1920 und 1928–1930 amtierten Regierungschefs der SPD insgesamt nur ca. 40 Monate.) Dennoch bewegten sich ihre Repräsentanten, so staatsmännisch sie sich häufig gaben, noch mehrere Jahre nach 1969 in den zentralen Institutionen der Staatsbürokratie häufig wie Besucher, die von der Opposition wie Usurpatoren behandelt, zumindest aber – und das bis heute – immer wieder auf die Spielregeln, die in diesem Staat zu gelten hätten, hingewiesen wurden. Die CDU/CSU-Herrschaft befand sich mit ihren Grundentscheidungen nicht nur in Übereinstimmung mit einer langwährenden konjunkturellen Ausnahmesituation, sie konnte sich auch auf einen von ihr selbst installierten Verwaltungsapparat in den Ministerien stützen, der dann 1970 zumindest einmal bei der Vorab-Veröffentlichung des Bahr-Papiers (des Entwurfs für den Moskauer Vertrag vom 12. August 1970) zeigte, wozu er fähig ist. Die CDU/CSU-Regierungen waren vom Bundesverfassungsgericht weitaus seltener und viel weniger nachhaltig zur Ordnung gerufen worden, und die mächtigsten Teile der Tagespresse standen auf seiten der Union.

Diese Unsicherheit der Macht hat seit 1969 mehrmals mobilisierend auf die SPD gewirkt. Die Brandt-Hagiographie behauptet, der Vorsitzende der SPD entfalte sein volles Format erst in zugespitzten politischen Krisensituationen. Analoge Reaktionen lassen sich auch in der sozialdemokratischen Bewegung

selbst mehrmals beobachten: in Perioden scheinbar gesicherter Macht weitgehende Ersetzung von Politik durch Verwaltungshandeln, Stagnation und Auseinanderfließen der einzelnen Komponenten der Partei – dann aber, wenn ein gefährlicher Rechtsruck von seiten der CDU/CSU drohte, plötzliche Entschlossenheit, Zusammenfinden bei der Verteidigung der spezifischen Themen sozialdemokratischer Politik, insbesondere auf dem Gebiet der inneren Reformen und der Friedenssicherung im Kontext des mit den Ostverträgen Erreichten. So war es 1972 beim Mißtrauensvotum, 1980 bei der Kanzlerkandidatur Strauß' und schließlich auch nach dem 17. September 1982.

Das Drehbuch, nach dem vor diesem Tag der Bruch der Koalition von seiten der FDP inszeniert wurde, ist seit dem Ende der SPD-geführten Regierung Hermann Müller 1930 – damals ebenfalls unter den Bedingungen einer Weltwirtschaftskrise und von Massenarbeitslosigkeit – bekannt. Mochte dem Kanzler Schmidt am 17. September selbst auch ein Coup gelingen, mit dem er die FDP auf die Eselsbank setzte, so kann dies die tatsächlichen Gründe des Koalitionsbruchs auf die Dauer nicht verdecken:

Nicht Herstellung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa und Abrüstung, sondern ein neuer Kalter Krieg, nicht Ausbau des Sozialstaats, sondern dessen Demontage – dies ist das politische Konzept, welches national und international die Interessenvertreter des großen Kapitals schon seit Jahren formuliert haben und dem eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung trotz des zeitweiligen Versuchs, den formellen „Macht"erhalt zu verabsolutieren, letzten Endes nicht gerecht werden kann.

3. Außenpolitik

Die Korrektur der Ostpolitik wurde von der sozialliberalen Koalition mit bemerkenswerter Energie und Geschwindigkeit in Angriff genommen und durchgeführt: von der Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag 1968 bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der CSSR 1973. Der weitergehende Schritt zur Errichtung einer stabilen Friedensordnung in Europa, deren Grundzüge im Schlußdokument der Konferenz von Helsinki niedergelegt wurden, insbesondere die Öffnung des Weges zur Abrüstung, unterblieb. Schlimmer noch: Mit seiner berüchtigten Rede vor dem International Institute for Strategic Studies in London am 28. Oktober 1977 bereitete Bundeskanzler Schmidt den NATO-Beschluß von 1979 über die Stationierung „eurostrategischer" Raketen in der Bundesrepublik vor.

Der innere Bruch in der Außenpolitik der sozialliberalen Koalition trat nicht erst nach dem Ende der Auseinandersetzungen um die Ostverträge ein. Er wurde bereits in deren Schlußphase selbst sichtbar, als sich FDP und SPD am 10. Mai 1972 in einer „Gemeinsamen Erklärung" mit der CDU/CSU auf eine Interpretation der Verträge von Moskau und Warschau einließen, die es erlaubte, die Nachkriegskriegsgrenzen immer noch als Übergangserscheinungen zu sehen, deren Verschwinden allerdings einen Zusammenbruch der

UdSSR zur Voraussetzung hätte[1]). Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag 1973 schließlich erklärte die Kontinuität zur Adenauer-Politik, um die sich Brandt und Scheel in ihrer Selbstdarstellung denn auch von Anfang an bemüht hatten, zum Verfassungsgebot.

Unter der sozialliberalen Koalition wurden die Rüstungslasten nicht gesenkt, sondern gesteigert. Sie hat – in absoluten Zahlen und prozentual – mehr dafür getan als die von der CDU/CSU geführten Regierungen Erhards 1963–1966 und als die Große Koalition. Dennoch mußte sie sich von der Opposition immer wieder vorhalten lassen, sie sei in Fragen der Rüstungspolitik nur zweite Wahl. Die Generalskrise, über die selbst Georg Leber stürzte, und die ständigen Finanzierungslöcher, in die Apel stolperte, führen zu der Frage, wie weit es einem sozialdemokratischen Verteidigungsminister überhaupt jemals möglich gewesen ist, den gesamten Komplex der Rüstung und der Rüstungsbeschaffung jenseits serviler Anpassung an angebliche „Sachzwänge" tatsächlich in irgendeiner Weise politisch zu beeinflussen. (Dies Problem ist allerdings nicht auf die Jahre 1969–1982 und damit auf das Verhältnis SPD – Militär beschränkt. Bereits 1966 geriet der Verteidigungsminister von Hassel in Konflikt mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr und dem Luftwaffeninspekteur. Beide mußten zurücktreten, doch von Hassel verlor beim Übergang zur Großen Koalition sein Amt.)

Trotz des eigenen Beitrags von Helmut Schmidt zum Wettrüsten 1977 wurden in der Schlußphase die Differenzen zu den USA in der Frage, wie schnell und wie umfassend der neue Kalte Krieg zu beginnen und zu führen sei, deutlich. Ein negatives Ergebnis eines Regierungswechsels nach rechts dürfte eine noch engere Verzahnung des außenpolitischen Kurses der Bundesrepublik mit der aggressiven Reagan-Politik sein. Diese Tatsache gibt den Blick frei auf eine Grundfrage der Auswärtigen Politik unseres Landes. Sie lautet: Wie lange kann es sich eine Regierung der Bundesrepublik leisten, hier einen Kurs zu steuern, der nicht in voller Übereinstimmung mit der jeweiligen Position der USA ist? Eine solche Differenz trat in den Jahren 1961 bis 1966 zwischen den ostpolitischen Ambitionen der CDU/CSU einerseits, dem Versuch der Präsidenten Kennedy und Johnson, mit der UdSSR zu einem europäischen Arrangement zu kommen, andererseits auf. Am Ende standen die Übernahme des Außenministeriums durch Willy Brandt 1966 und der Regierungswechsel 1969. Die seit den „Menschenrechts"-Kampagnen Carters deutlich werdende Differenz zwischen der Ostpolitik der USA und derjenigen der Bundesrepublik ist in den vergangenen Jahren von der CDU/CSU ständig thematisiert worden. Von 1961 an brachte sich die SPD – auch als sie noch Opposition war – als die Partei ins Spiel, die besser imstande sei, US-amerikanische Strategien in der Bundesrepublik umzusetzen. Seit etwa 1977 sind in diesem Punkt die

1) „Rückzug der USA" oder „Zusammenbruch der Sowjetunion": dies wären nach der Auffassung Arnulf Barings die nicht absehbaren Voraussetzungen für eine Revision der politischen Gewichte in Europa. Arnulf Baring in Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker, Machtwechsel. Die Ära Brandt/Scheel, 2. Aufl., Stuttgart 1982, S. 461.

Rollen vertauscht. Die CDU/CSU bietet an, den Abstand gegenüber Reagan zu verringern.

Vor einer solchen Neuanpassung stand in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik jeweils der Versuch, eine eigene außenpolitische Identität über westeuropäische Lösungen zu finden. So geschah es in den Jahren 1963/64 durch die sogenannten „deutschen Gaullisten" um Strauß. Mit umgekehrtem Vorzeichen – Bemühen um Absetzung von Reagans Offensiven – hat auch die Regierung Schmidt insbesondere in den Jahren 1981/82 dazu beigetragen, etwa in der Frage des Embargos gegen die sozialistischen Länder eine selbständige Haltung der westeuropäischen Staaten zu formulieren. Mag es sich hier auch letzten Endes um eine momentane Zuspitzung des ohnehin latent vorhandenen innerwestlichen Gegensatzes USA–EG handeln, so bedarf diese Variante und der Beitrag der sozialliberalen Regierung dazu wahrscheinlich noch weiterer Würdigung. In sie hätte allerdings auch die Reflexion von Gefahren einzugehen, die im Straußschen „Gaullismus" schon überdeutlich waren: etwaige Instrumentalisierung westeuropäischer Sonderpositionen, die quer zu einem möglichen künftigen Entspannungskurs der USA verliefen, durch eine von der CDU/CSU geführte Bundesrepublik. Die gleiche Ambivalenz enthält die zuletzt von Schmidt und Wehner hervorgekehrte, gegenwärtig eine Distanzierung von Reagans Scharfmacherpolitik bedeutende, Aktualisierung des „nationalen" Motivs im Verhältnis zur DDR.

Die ostpolitische Frontbegradigung der Jahre 1969–1972 hatte unter anderem die Funktion, der Bundesrepublik größere Bewegungsfreiheit sowohl in den Ländern der Dritten Welt als auch in West- und Südeuropa zu geben. Der Neuansatz in der Entwicklungspolitik, wie er von Erhard Eppler in seiner Zeit als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit formuliert wurde, ging allerdings weit über die ursprünglich von Kennedy gestellte Aufgabe hinaus. Er erklärte es zum Ziel westdeutschen Engagements in der Dritten Welt, zur Förderung von Emanzipationsinteressen beizutragen, die nicht in der Bundesrepublik, sondern in diesen Ländern, auch von ihren Befreiungsbewegungen, formuliert werden. Seit 1974 aber ist diese Linie aufgegeben worden: nicht latent, sondern ganz offen wird seitdem Entwicklungshilfe als ein ausschließliches Instrument westdeutscher politischer und ökonomischer Interessen dargestellt. Orientierung an marktwirtschaftlichen Modellen auch im internationalen Austausch, die Verweisung der ärmsten Entwicklungsländer auf ewige Marginalisierung und eine Art internationale Sozialhilfe, nicht zuletzt die Kürzung der Aufwendungen für diesen Bereich gehören in ein solches, nunmehr bereits fast ein Jahrzehnt lang praktiziertes Konzept. Noch vor dem Ausscheiden der SPD aus der Regierung sind Intentionen, wie sie von Eppler formuliert wurden und die durchaus mit dem Versuch einer machtpolitischen – antikommunistischen – Einflußnahme in der Dritten Welt verbunden sind, von Sozialdemokraten weniger über staatliches Handeln verfolgt worden als außerhalb der Regierungspolitik, insbesondere in der Tätigkeit der Sozialistischen Internationale.

Die größere Bewegungsfreiheit der westdeutschen Südeuropa-Politik wurde von der SPD vor allem dort genutzt, wo es notwendig schien, kommunistischen Einfluß einzudämmen: etwa in Portugal 1975 (hier nicht nur über Regierungspolitik, sondern auch durch parteipolitisches Engagement) oder 1976 mit der – bereits in der Regierungszeit der CDU/CSU von Erhard vorgebrachten – Drohung (jetzt von Schmidt formuliert), Italien werde im Fall einer Regierungsbeteiligung der IKP keine Kredite mehr erhalten. Diese Politik muß nicht nur als Ausdruck einer unveränderten antikommunistischen Grundeinstellung und des Versuchs, militärische Positionen der NATO zu sichern (Portugal sei die unverzichtbare Südwestflanke des Nordatlantik-Pakts, erklärte Schmidt 1975), gesehen werden, sondern war und ist offensichtlich auch Teil einer Konzeption, die Südeuropa im Zustand zumindest einer Teilmarginalisierung (Billiglohnländer, Arbeitskraftreserven) erhalten will.

4. Innenpolitik

Für die Bewältigung der Aufgabe, Teile der Infrastruktur der Bundesrepublik zu erneuern und denkbare soziale Konfliktpunkte durch Reformen nach Möglichkeit vorab zu bereinigen, brachte insbesondere die SPD gute Voraussetzungen mit: Es war ihr in der Schlußphase der Großen Koalition gelungen, mit ihrem Versprechen eines gründlichen Wandels erhebliche Teile des intellektuellen Protestpotentials auf sich zu ziehen. Außerdem konnte sie sich auf gewerkschaftliche Forderungen stützen. Seit 1967 standen der Bundesregierung neue Instrumente der Globalsteuerung zur Verfügung. Schließlich hatte die SPD bereits in ihrem Godesberger Programm von 1959 ein Konzept des „Demokratischen Sozialismus" formuliert, wonach es innerhalb der kapitalistischen Eigentumsordnung möglich sein müsse, ökonomische und politische Prozesse einer parlamentarisch legitimierten politischen Willensbildung unterzuordnen. Von der FDP wurden insbesondere Vorschläge zur Behebung rechtlicher Diskriminierungen beigesteuert. Zumindest auf dem Gebiet des Bodenrechts näherte sie sich in ihren „Freiburger Thesen" 1971 sozialdemokratischen Vorstellungen an.

Die Reformvorhaben der Zeit nach 1969 betrafen: 1. klassenneutrale, wohl aber für die betroffenen Individuen und Gruppen tiefgreifende rechtspolitische Neuregelungen; 2. Versuche verstärkter staatlicher Beeinflussung gesellschaftlicher Prozesse; 3. die klassische Sozialpolitik; 4. die Bemühung um mehr Mitbestimmung, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit. Vor allem dieser vierte Komplex war in dem Versprechen von Brandts Regierungserklärung 1969, „mehr Demokratie wagen" zu wollen, enthalten, er verschränkte sich vielfältig mit den drei ersten und gab dem Projekt der „inneren Reformen" seine eigentliche Legitimation.

Die Reform der Paragraphen 175 und 218 des Strafgesetzbuches wird trotz ihrer schwerwiegenden Mängel und obwohl sie im Grunde längst überfällig war, als Leistung der sozialliberalen Koalition Bestand haben. Ihre Grenzen sind bekannt: Aufrechterhaltung des Diskriminierungsvorbehalts gegenüber

der Homosexualität und die – vom Bundesverfassungsgericht erzwungene – Ablehnung der Fristenlösung. Der Kampf um eine ersatzlose Streichung der Paragraphen 175 und 218 ist weiterhin eine wichtige Aufgabe. Ein Vergleich des heutigen Zustandes mit der Zeit vor der Reform macht dennoch einen deutlichen Fortschritt sichtbar.

In denselben Bereich von Maßnahmen, die das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen in der Bundesrepublik in keiner Weise verändern, aber individuelle soziale und rechtliche Benachteiligungen und Abhängigkeiten vor allem im persönlichen Leben verringern, gehört die Reform des Ehe- und Familienrechts (1976/77). Allerdings brachte die sozialliberale Koalition auf diesem Felde keinen qualitativen Sprung, sondern lediglich die Beschleunigung und Erweiterung einer Gesetzgebungsarbeit, zu der – vom Gleichheitsgrundsatz der Verfassung ausgehend – z. B. bereits das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts (1957/58) und das Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder, das noch von der Regierung der Großen Koalition beschlossen wurde, gehören.

Einen Ansatz mit letztlich eher negativem Ergebnis stellt das Vorhaben einer „aktiven Strukturpolitik" dar, mit dem versucht wurde, die Konkurrenzbedingungen der westdeutschen Exportwirtschaft sowie den Schutz einzelner Industrien vor Konkurrenz durch die Konzentration auf die Entwicklung „intelligenter Produkte" einerseits, die Senkung der Kosten durch Rationalisierung andererseits zu erhöhen. Die Bundesregierung hat hierfür, insbesondere über die Forschungspolitik, erhebliche Mittel aufgewandt. Die Unternehmer aber konnten auf die Struktur und Einzelziele der Maßnahmen letztlich den entscheidenden Einfluß nehmen, so daß die staatlichen Förderungs- und Subventionierungsmaßnahmen als Konzept in Konkurrenz zu dem Vorschlag gerieten, der gleiche Effekt lasse sich – ohne „sozialistische Gängelei" – auch mit einfachen Steuererleichterungen erzielen. Vor allem müssen die sozialen Konsequenzen dieser Modernisierungspolitik beurteilt werden: Parallel zu ihr verlief die Schrumpfung traditioneller Branchen, sie wirkt der Marginalisierung breiter Gruppen von Lohnabhängigen (Ausländer, Frauen, Ältere, gesundheitlich Geschädigte) nicht entgegen, sondern unterstützt sie eher. Hier ergab sich die Notwendigkeit eines Ausbaus der sozialen Sicherung ebenso wie die Dringlichkeit einer Flankierung der innerbetrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen für die im Produktionsprozeß Verbleibenden durch ein Gesetzgebungs- und Verordnungsprogramm zur „Humanisierung der Arbeit". In beiden Fällen führten die anhaltende Konjunkturschwäche und die Krise der Staatsfinanzen nicht zu befriedigenden Ergebnissen, sie veranlaßten Überlegungen und Schritte zur Revision nicht der Modernisierungsstrategie, wohl aber der sozialpolitischen Begleittaktik.

In aller Deutlichkeit muß immerhin gesagt werden, daß die „aktive Strukturpolitik" nicht die zeitlich erste oder gar die inhaltlich entscheidende Ursache dieser Entwicklungen ist. Sie ist vielmehr eine Reaktion auf die Verschärfung der Situation auf dem Weltmarkt, die technologische Entwicklung und unter-

nehmenspolitische Entscheidungen, welche ihrerseits schon die Veränderungen in der internationalen Konkurrenz und die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in ihr Kalkül eingestellt hatten. Ihr Effekt allerdings ist zweifellos kontraproduktiv.

Andere Versuche, durch die zweckgebundene Vergabe öffentlicher Mittel private Investitionstätigkeit zu lenken (Städtebauförderungsgesetz, Beschäftigungsprogramme), hatten, soweit hier die Frage zu diskutieren ist, ob es gelang, strukturpolitischen Zielen den Vorrang zu sichern, in erster Linie doch nur konjunkturpolitische Bedeutung. Diese These muß für die Aktivitäten auf dem Gebiet der Bau- und Quartiersanierung in den Gemeinden modifiziert werden. Das Städtebauförderungsgesetz erlaubte gleichermaßen sinnvolle Schritte wie brutalen Kahlschlag. Kommunale Entscheidungen und die Arbeit von Bürgerinitiativen haben hier häufig zu positiven Ergebnissen geführt, für welche das Gesetz selbst nur einen Spielraum gab.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik im engeren Sinn brachten die Jahre der sozialliberalen Koalition einen zweiten Gesetzgebungsschub nach den ziemlich deutlichen Verbesserungen, die bereits in der Schlußphase der Ära Adenauer vorgenommen wurden. Beim Vergleich der beiden Reformperioden in diesem Bereich (1957–1963 und 1969ff.) wird gesagt werden müssen, daß die sozialliberale Politik im wesentlichen die Grundlagen erweiterte, welche vorher geschaffen wurden. In ihrem Gesetzgebungskatalog fehlen solche Einschnitte wie die Einführung der bruttolohnbezogenen dynamischen Leistungsrente und das Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle (beide 1957). Auf beiden Gebieten gab es allerdings Weiterentwicklungen, die von sozialliberalem Eigenlob als Umschlag quantitativer Aufstockungen und Vervollständigungen in eine neue Qualität der Sozialstaatlichkeit fehlinterpretiert, von einer auf Sozialabbau zielenden Kritik als Umkippen in den „totalen Versorgungsstaat" bekämpft wurden. Das Rentenreformgesetz von 1972 und die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Lohnfortzahlungsgesetz von 1970 waren verbessernde Fortschreibungen, die bei den Renten noch nicht einmal voll durchgehalten werden konnten. Mehr noch: mit dem 20. Rentenanpassungsgesetz von 1977 wurde für eine Zwischenzeit (1979 bis 1981) durch den Übergang von der brutto- zur nettolohnbezogenen Rente sogar das Gesetz von 1957 nach unten „korrigiert".

Wichtige Neuansätze stellten die Verbesserung des Mieterschutzes und das 1979 in Kraft getretene Mutterschaftsurlaubsgesetz dar. Beide sind durch die Kampagne zur „Straffung des sozialen Netzes" bedroht bzw. bereits von ihr erfaßt. Dabei richtet sich die Forderung nach Rückwärtsrevision nicht nur gegen die seit 1969 erzielten Fortschritte, sondern auch gegen die Maßnahmen der Vorjahre. Längere Dauer des Kabinetts Schmidt/Genscher hätte die SPD immer mehr der Zumutung ausgesetzt, Reformen einschränken zu sollen, die bereits eine CDU/CSU-Regierung geschaffen hat (wie in der Rentenpolitik

zeitweise geschehen) – dies mußte allerdings den Kern ihres Selbstverständnisses treffen.

Die schwersten innenpolitischen Auseinandersetzungen während der Jahre 1969–1982 fanden dort statt, wo die SPD es wagte, programmatische Vorstellungen über die Verbesserung von Mitbestimmung der Lohnabhängigen, Chancengleichheit im Bildungswesen und Demokratisierung einzelner Lebensbereiche gesetzgeberisch umzusetzen. Hier erlitt sie schwere Niederlagen. Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 verbesserte die Arbeitsmöglichkeiten der Betriebsräte und der Gewerkschaften, behielt aber die 1952 festgelegte und damals von SPD und DGB bekämpfte Grundstruktur dieses Gesetzes bei. Das Mitbestimmungsgesetz von 1976 trägt die Handschrift der „Freiburger Thesen" der Liberalen, nicht der Sozialdemokraten. Dennoch versuchten die Unternehmer, es rechtlich anzufechten. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Mitbestimmungsgesetz enthält in seinem Begründungsteil Passagen, die einer künftigen Durchsetzung der Parität gefährlich werden könnten.

Die Bemühungen um eine Demokratisierung des Bildungswesens (Gesamtschule, Hochschulreform) waren nicht in erster Linie Sache der sozialliberalen Bundesregierung und ihrer Parlamentsmehrheit, sondern von einzelnen Ländern, in denen die SPD den Ministerpräsidenten und den Kultusminister stellte. Sie haben – neben der Außenpolitik – das Bild vor allem der „Ära Brandt/Scheel" als einer Zeit der „Reformeuphorie" besonders stark geprägt. Die Niederlagen und der Reformstopp standen hier 1973/74 bereits fest, im Fall der Mitbestimmung an den Hochschulen wiederum unter Mithilfe eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts (1973). Als Ergebnis der Bildungsförderung bleibt u. a. eine Steigerung der Zahl der Arbeiterkinder unter den Abiturienten und Studierenden, die Erhöhung der Abiturientenquote pro Jahrgang. Der von Picht 1964 befürchtete wissenschaftlich-technische Kadermangel ist nicht eingetroffen. Stattdessen entstand eine durchaus systemadäquate Reservearmee von arbeitslosen Intellektuellen – nicht als Ergebnis der Reformen, sondern als Produkt restriktiver Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und der konjunkturellen Einbrüche. Der Anteil der Wissenschaftsausgaben am Bundeshaushalt erfuhr im übrigen bereits während der Kanzlerschaft Erhards eine spürbar schnellere Erhöhung als vorher (insbesondere bei der Förderung des Ausbaus der Hochschulen), die allerdings durch die Zuwachsraten in der ersten Phase der sozialliberalen Koalition noch weit übertroffen wurde. Der Versuch der SPD, die berufliche Bildung über das von der Großen Koalition beschlossene Berufsbildungsgesetz von 1969 hinaus zu verbessern, mißlang endgültig 1974 durch den Widerstand der FDP, die teils konjunkturell bedingte, teils auf die arbeitsplatzzerstörende kapitalistische Rationalisierung zurückzuführende, teils aber auch bewußt durch die Unternehmer herbeigeführte Verknappung von Lehrstellen. Das Postulat des „Demokratischen Sozialismus", daß das „politische Prinzip herrschen", das „ökonomische Prinzip" aber „dienen" könne, ohne daß an den Eigentumsstrukturen und an der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel etwas geändert

würde, scheiterte hier auf einem Gebiet, das die Zukunft einer ganzen Generation betrifft, besonders folgenschwer und diskreditierend. Die Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen des noch von der Großen Koalition durchgesetzten und 1969 in Kraft getretenen Arbeitsförderungsgesetzes greifen seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre beschäftigungspolitisch ins Leere.

Zu einem politischen Fiasko wurde die Umweltpolitik der sozialliberalen Koalition. Dabei hatte die SPD hier gute konzeptionelle Vorarbeit geleistet: ihre Forderung nach einem „blauen Himmel über der Ruhr", Anfang der 60er Jahre als Wahlkampfparole vorgetragen, war damals wenig massenwirksam und wurde viel belächelt. Sieht man die stattliche Sammlung von Umweltgesetzen und -verordnungen seit 1969 durch, dann hat man ein zwieschlächtiges Bündel von Deklarationen, Auflagen und Durchlässen durch diese Auflagen in der Hand. Bereits 1976 hat der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Gruhl dieses System am Beispiel des Abwasserabgabengesetzes kritisiert. Während die Bundesregierung Umweltschutz letztlich nur als eine Art Verwaltungsaufgabe handhabte, die jenseits und oberhalb der tatsächlichen gesellschaftlichen und politischen Machtstrukturen wahrgenommen werden könne, dynamisierte sich dieses Problem seit der Mitte der 70er Jahre und zog sich um zwei Punkte zusammen, in denen Kapital- und militärische Interessen in einem ökologischen Problem konvergierten: die Auseinandersetzungen um den Bau von Kernkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen sowie um die Startbahn 18 West des Rhein-Main-Flughafens. Im Kontext einer drohenden außenpolitischen Wende durch eine von CDU und CSU geführte Regierung, unter Umständen später sogar mit Strauß, erhielte das Problem der Atomkraftwerke endgültig eine militärpolitische Bedeutung, die einen defacto-Ausstieg aus dem Atomwaffensperrvertrag einschließt. Die westdeutsche Atomindustrie, in den 50er Jahren von Strauß mitgeplant und unterstützt, wurde von der sozialliberalen Koalition ebenso weitergeführt wie die Rüstungsbeschaffung und sogar noch forciert. In ihrer Antwort auf die „Friedensnote" der Regierung Erhard hat bereits 1966 die UdSSR darauf hingewiesen, daß der friedliche oder nichtfriedliche Charakter des Atomprogramms der Bundesregierung und die Verwendungsvarianten des dabei anfallenden spaltbaren Materials vom Kontext ihrer außenpolitischen Ziele abhängen[2]). Die spätere Einleitung der Entspannungspolitik schien diese Überlegung obsolet zu machen. Unter einer neuen Regierung, die von der CDU/CSU geführt wird und die sich außenpolitisch eng an den Reagan-Kurs anlehnt, würde sie wieder aktuell.

Als Jahr des Reformknicks, der Wendung nach rechts, wird häufig 1974 angegeben. Diese Datierung enthält in hohem Maße ideologische und personalisierende Elemente: der „Ölschock" und der Übergang Brandt/Schmidt werden dabei assoziiert. Es ist leicht nachweisbar, daß die entscheidenden Wei-

2) Antwortnote der sowjetischen Regierung vom 17. Mai 1966 auf die Note der deutschen Bundesregierung vom 25. März 1966, in: „Europa-Archiv", 21. Jg., 1966, Dokumente, D 290–D 298.

chenstellungen bereits Anfang 1973 erfolgten. Ein wichtiges Dokument in diesem Zusammenhang ist die Regierungserklärung Brandts vom 18. Januar 1973. Im Jahresgutachten 1973 des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" wird erwähnt, daß bereits im Frühling dieses Jahres Bundesregierung und Bundesbank sich bemühten, „mit einer konsequenten Restriktionspolitik, die sich zu einem Teil auch neuer Mittel bedient, gegen die konjunkturelle Überhitzung, vor allem gegen die inflatorische Entwicklung anzugehen."[3]) Was zunächst wie eine kurzfristige Steuerungsmaßnahme erschien, hatte ein Jahr später dann strukturellen Charakter angenommen: „Der ordnungspolitische Rang dieses Experiments ist durchaus den ordnungspolitischen Grundentscheidungen der frühen Nachkriegszeit vergleichbar" – lobte der Sachverständigenrat 1974 die neue „stabilitätskonforme Geldpolitik"[4]).

Der größte innenpolitische Fortschritt in der Zeit der sozialliberalen Koalition (teilweise auch schon der Großen Koalition) kam fast ohne eigene Leistung von FDP und SPD zustande: die Entwicklung und Verbreiterung eines radikaldemokratischen und sozialistischen Potentials in der Bevölkerung, zunächst sichtbar werdend in der Studentenbewegung der 60er Jahre, dann in zahlreichen Bürgerinitiativen. Die Gestik der Liberalität und Aufgeschlossenheit, insbesondere vom ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler vorgeführt, hat hier zweifellos ermutigend und stabilisierend gewirkt. Als 1977 die CDU/CSU rund um den Terrorismus einen „Sympathisantensumpf" witterte, stellte sich insbesondere die SPD mit öffentlichen Erklärungen schützend vor die angegriffene literarische Intelligenz. (Allerdings trug sie im gleichen Zusammenhang mit ihrer Unterstützung des neuen Paragraphen 88 a des Strafgesetzbuches dazu bei, daß die Freiheit der Kunst zumindest potentiell eingeschränkt wurde.) Es blieb absolut undenkbar, daß etwa ein sozialdemokratischer Bundeskanzler einen Schriftsteller jemals öffentlich einen „Pinscher" genannt hätte. Diese Atmosphäre der intellektuellen und sozialen Aufgeschlossenheit förderte die Wahlchancen der SPD insbesondere 1972. Spätestens Mitte der 70er Jahre löste sich das von ihr geförderte Reformpotential wieder von ihr ab und stand gegen Ende der sozialliberalen Phase in linker oder resignierter Opposition.

5. Berufsverbote und NATO-Aufrüstungsbeschluß: die Bundesrepublik bleibt ein antikommunistischer Grenzstaat

Die Feststellung, daß sämtliche Reformen der SPD/FDP-Regierungen innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Systems blieben, wäre eine unspezifische Binsenwahrheit. Dies ließe sich auf die Reformpolitik sozialdemokra-

3) Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: Drucksache des Deutschen Bundestags 7/1273; 22. 11. 1973, S. II.
4) Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, in: Drucksache 7/2848, 25. 11. 1974, S. 121 f.

tisch geführter Kabinette in Skandinavien, Österreich, Großbritannien und Frankreich ebenso anwenden. Eine westdeutsche Besonderheit blieb immer erhalten: auch die Regierungen der sozialliberalen Koalition haben dafür gesorgt, daß der innen- und außenpolitische antikommunistische Staatszweck der Bundesrepublik sichtbar gehalten wurde und sich in aktivem Handeln der Exekutive, der Parlamente, der Justiz und der politischen Repräsentanten konkretisierte. Angesichts der relativen sozialpolitischen Kontinuität zwischen CDU/CSU- und SPD-geführten Bundesregierungen und des Scheiterns qualitativ neuer Partizipations-Reformen ist es durchaus denkbar, daß in historischer Sicht der Radikalen-Beschluß von 1972 und Schmidts Forderung nach der Stationierung von Mittelstreckenraketen neben der neuen Ostpolitik einmal die zentralen Daten der Periode 1969–1982 sein werden. Die fordernde und verschärfende Rolle der CDU/CSU bei der Diskriminierung von Oppositionellen im Öffentlichen Dienst ist bekannt. Dennoch trägt die SPD ein sehr hohes Maß an Eigenverantwortung an dieser Entwicklung. In den sozialdemokratisch regierten Stadtstaaten Hamburg und Bremen wurden 1971 die ersten politischen Berufsverbote seit Adenauer praktiziert. Der sozialdemokratische Postminister Gscheidle setzte die Maßnahmen in Gang, die 1981 zur gerichtlichen Entfernung von Hans Peter aus dem Öffentlichen Dienst führten. Richtig ist, daß die SPD aufgrund der in dieser Partei versammelten demokratischen Potentiale für die massive Kritik aus dem In- und Ausland an der Berufsverbote-Politik durchaus empfänglich war. Resultate waren das Eingeständnis Brandts, seine Mitwirkung am Radikalenbeschluß von 1972 sei ein Fehler gewesen, sowie der Verzicht auf die Regelanfrage in Hamburg 1978. Doch da war es bereits zu spät. Als die SPD in relevanten Teilen, auch an ihrer Spitze und in einigen von ihr regierten Ländern, auf Distanz zur Politik der Berufsverbote ging, faßten das Bundesverfassungsgericht 1975 und das Bundesverwaltungsgericht 1981 nach. Das politisch-rechtliche Instrumentarium, welches so entstand, ging zunächst in den Ländern immer mehr in die Hände der CDU/CSU über.

Zuweilen wird darauf verwiesen, daß in historischer Sicht die SPD etwa das „kleinere Übel" auch in der Berufsverbote-Politik sei – etwa im Vergleich zu den Verfolgungsmaßnahmen unter Adenauer. Wichtiger und entscheidend ist aber doch wohl die Tatsache, daß hier kein Bruch mit der Vergangenheit vorgenommen, sondern Kontinuität gewahrt wurde. Erschwerend kommt hinzu, daß die sozialliberale Koalition gerade in einer Periode der außenpolitischen Entspannung zu diesen Diskriminierungsmaßnahmen griff.

Schmidts Eintreten für die Stationierung neuer Waffen aber hat für eine Art Zweigipfeligkeit der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition gesorgt: neben den Ostverträgen steht die von ihm geforderte Vorrüstung. Offensichtlich wird es in absehbarer Zeit nicht mehr in sozialdemokratischer Hand liegen, darüber zu entscheiden, welches der beiden Ergebnisse sozialliberaler Politik im nachhinein die größere Bedeutung haben wird.

6. *Ausbau und Einsatz des Apparats der „Inneren Sicherheit": die Problematik der Notstandsgesetze bleibt aktuell*

Die Berufsverbote sind nur ein Teil des umfassenderen Komplexes „Ausbau der inneren Sicherheit". Dieser kann nicht ausschließlich in die Kontinuität der Kommunismus-Abwehr eingereiht werden. Er wird von den militanteren Teilen der neuen sozialen Bewegungen als besondere Bedrohung empfunden, teilweise mit Staatlichkeit überhaupt identifiziert und in den Tränengas- und Knüppeleinsätzen an den Bauplätzen der Startbahn West, von Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen erfahren. Effektivierung der Fahndungsmethoden, Gefährdung des Datenschutzes, Verschärfung der Haftbedingungen, die Einsatztruppe GSG 9 des Bundesgrenzschutzes, Änderungen der Strafprozeßordnung (Kontaktsperre-Gesetz), zeitweilige (1976–1980) Erweiterung der Tatbestände des politischen Strafrechts: vordergründig veranlaßt durch die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus, aber potentiell über diese hinauswirkend, hat sich hier ein Instrumentarium in den Händen der Exekutive angesammelt, das zum größten Teil – anders als die Notstandsgesetze – nicht der Auslösung durch den Gesetzgeber oder ein Ersatzorgan bedarf, sondern aktuell präsent ist. Nach der Verabschiedung der Notstandsverfassung 1968 schien diese – ebenfalls wie die zunächst 1965, dann erneuert 1968 verabschiedeten „Einfachen Notstandsgesetze" – ein eher beiläufiger und gegenwärtig unbedeutender Fremdkörper innerhalb einer durch außenpolitische Entspannung und innenpolitische Reformbemühungen bestimmten Atmosphäre. Tatsächlich erfolgte aber keine Umkehrung der mit der Gründung des Bundesamtes für Verfassungsschutz 1950 einsetzenden, durch die Reform des politischen Strafrechts 1968 zunächst verlangsamten und in ihren Schwerpunkten verlagerten, letztlich aber einlinig verlaufenden Anhäufung potentieller innenpolitischer Kontroll- und vielleicht sogar Repressionsinstrumente. Dabei soll keineswegs die hemmende Wirkung, die auf diese gefährliche Entwicklung durch die Tätigkeit von Teilen der SPD und der Gewerkschaften ausging, verkannt werden. Dazu gehören 1972 die Proteste des damaligen Ministerpräsidenten von Hessen, Osswald, und des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Kuhlmann, gegen Kompetenzüberschreitungen des Bundesgrenzschutzes wie die schließliche Aufhebung des neuen § 88a des Strafgesetzbuchs („Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten"). Insgesamt wird aber wohl gesagt werden müssen, daß sie nur verlangsamend und modifizierend wirkten, daß Abwehr an der einen Stelle Einbrüche an der anderen nicht verhindern konnte.

7. *Die CDU/CSU als Opposition*

Carlo Schmid hat einmal die Opposition den „anderen Beweger der Politik" genannt. Von daher ist es reizvoll, nicht nur die Perioden christlich-demokratischen (1949–1966) und sozialdemokratischen (1969ff.) Regierungsvorrangs miteinander zu vergleichen, sondern auch die Oppositionszeiten beider Parteien. Dabei wird man der CDU/CSU eine hohe Effektivität nicht absprechen können. Eine der Ursachen ist das prinzipielle Festhalten an ihren außen- und

innenpolitischen Grundlinien. Gesellschaftspolitisch hat sie sich zu keinem Bad Godesberg herbeigelassen, auf dem Feld der internationalen Politik zu keiner Wende, die der Wehner-Rede vom 30. Juni 1960 vergleichbar wäre. Zu ihren Erfolgen zählt es, daß sie aus der Opposition heraus Anpassungsleistungen der Regierung an ihren eigenen Kurs erreichen konnte: mit der Gemeinsamen Erklärung vom 10. Mai 1972, in der Frage der Berufsverbote und der Stationierung von Mittelstreckenraketen. Die Debatte um Terrorismus, Staatsgewalt und Ausbau der Inneren Sicherheit hat sie zeitweilig diktiert. In höherem Maße als zuvor sind die Unionsparteien Massenorganisationen geworden, deren Mitgliederzahl erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die der SPD übertrifft. Sie eroberten Oberbürgermeisterpositionen in Großstädten, die bislang als uneinnehmbar galten, lösten in Niedersachsen die SPD als Regierungspartei ab und schwächten deren Positionen in Hamburg und Hessen. In der Bildungspolitik (Gesamtschulproblem, Hessische Rahmenrichtlinien, Koop-Schule in Nordrhein-Westfalen, Standesinteressen konservativer Hochschullehrer) organisierte die CDU außerparlamentarische Kampagnen ihrer Klientel des „gehobenen Mittelstandes" in einer Weise, von der SPD und Gewerkschaften bei der Mobilisierung ihrer eigenen Massenbasis nachgerade lernen könnten.

Zu der Negativseite in der Erfolgsbilanz gehört, daß das Festhalten an Grundpositionen teils Erstarrung signalisierte, teils dort, wo es mit Flexibilität verbunden war, in Glaubwürdigkeitslücken führte. Die Stimmenthaltung der übergroßen Mehrheit der Bundestagsfraktion von CDU/CSU am 17. Mai 1972 leitete eine Periode der taktischen Verunsicherung auf diesem Feld ein, die ihren Höhepunkt bei der Festlegung der Haltung zum UNO-Beitritt beider deutscher Staaten erreichte. Ähnliches wiederholte sich noch 1981/82: einerseits volle grundsätzliche Unterstützung des Reagan-Kurses und Vorwurf der „bündnispolitischen" Unzuverlässigkeit an die SPD, andererseits – ebenso wie die Parteien der sozialliberalen Koalition – Kritik des Embargos.

Da die unionsregierten Länder im Bundesrat die Mehrheit hatten, kamen CDU und CSU immer wieder in die Schwierigkeit, mit nicht sehr wesentlichen Änderungen eine Haushaltspolitik mittragen zu müssen, die sie zugleich prinzipiell und sehr heftig verurteilten. Hier mußten sie sich immer wieder vorhalten lassen, sie böten keine glaubwürdige Alternative an. Prompt wiederholte ein großer Teil der veröffentlichten Meinung diese Kritik auch gegenüber den finanz- und sozialpolitischen Vereinbarungen von CDU/CSU und FDP Ende September 1982. Der Widerspruch zwischen notwendiger Anpassung insbesondere auf dem Feld der Außenpolitik einerseits, andererseits dem Beharren auf alten Grundpositionen, der die Entwicklung der Bundesrepublik in der Schlußphase der „Ära Adenauer" prägte, löste seit 1963 immer mehr auch innerparteiliche Kontroversen aus. Er ist die Ursache für den Rücktritt Barzels als Vorsitzender und für die vielbesprochene, meist als nur persönliche Eigenschaft verkannte „Führungsschwäche" Kohls. Dieses Problem prägte immer wieder auch den politischen Stil und das politische Schicksal von Strauß: den Wechsel von martialischer Rhetorik, Rückzug, Scheitern in

der Bundestagswahl 1980, Konflikten zwischen CSU und Teilen der CDU (bis zur Ankündigung der Auflösung der Fraktionsgemeinschaft nach der Bundestagswahl 1976), als Episode (1981) sogar in der CSU selbst.

Ein Schwachpunkt der Unionsparteien während der Oppositionszeit war ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften. Die Volkspartei-Breite der alten Zentrumspartei, die noch in Adenauers Stil bei der Behandlung der Montanmitbestimmung sichtbar wurde, verschwand immer mehr. Der vielbewunderte Aufstieg der hessischen CDU seit 1970 vollzog sich im Zeichen der Frankfurter Gruppierung „Adel und Banken". Die sozialpolitische Rechtsorientierung wurde auch in der Ablehnung der paritätischen Mitbestimmung deutlich. Der Bedeutungsschwund der Sozialausschüsse personifizierte sich im Wechsel ihrer Vorsitzenden: im Schrumpfungsvorgang des politischen Formats beim Übergang von Katzer zu Blüm. Prägten Kapitalinteressen auch im äußeren Erscheinungsbild zunehmend die „norddeutschen" Teile der CDU, so geriet die CSU mit ihrer korporatistischen Gesellschaftskonzeption und ihrer rechtspopulistischen Massenpropaganda ständig in Konflikte zur organisierten Interessenvertretung der Lohnabhängigen: von verbalen Attacken bis zur Androhung, eine Gewerkschaftsspaltung betreiben zu wollen.

8. Entwicklung und Perspektiven der SPD

Die Funktion der SPD im Parteiensystem der Bundesrepublik erschöpft sich nicht darin, daß sie als Regierungspartei reformkapitalistische Kurskorrekturen herbeiführt. In den 50er Jahren vor allem und in der ersten Hälfte der 60er Jahre hatte sie auf Bundesebene eine größere Bedeutung durch die Errichtung ihres Oppositionsmonopols auf der Linken. Es gelang ihr, alle Protestströmungen, soweit sie nicht ohnehin illegalisiert waren, aufzusaugen und dabei auch ihre Kaderstruktur zu verbessern (aus der „Gesamtdeutschen Volkspartei" kamen: Heinemann, Eppler, Rau, Posser, Schmude), in diesem Punkt einen Konzentrationsvorgang fortsetzend, der bereits in der Emigration (Brandt, Wehner, Löwenthal, aus dem Widerstand: Fritz Erler) begonnen hatte.

Die beiden Funktionen: Ausübung von Regierungsmacht, parlamentarisches Monopol auf der Linken, gerieten seit der Mitte der 70er Jahre zunehmend in Widerspruch zueinander. Zwar darf Willy Brandt weiterhin stolz darauf sein, daß es gelungen sei, „die Kommunisten kleinzuhalten". In dem Maße aber, in dem sozialdemokratische Regierungspolitik nur noch Krisenmanagement war, scherten große Teile der Reformpotentiale aus, welche diese Partei bis dahin hatte auf sich ziehen können. Das grün-alternative Konglomerat, welches so entstand, bleibt in seinem politischen Handeln zwar zunächst notwendig systemimmanent, enthält in seiner Widersprüchlichkeit aber zugleich sozialistische Elemente. Seine Abschottung gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft muß kein Dauerzustand sein und kann insbesondere über das Problem der Jugendarbeitslosigkeit am ehesten aufgebrochen werden. Hier entsteht eine Gefahr für die bisherige weitgehende Monopolstellung der SPD.

Die Regierungssituation wurde für diese Partei endgültig prekär, als auch die historisch gewachsene Nähe zur Gewerkschaftsbewegung in Gefahr geriet. Die politische Substanz sozialdemokratischer Politik beruht auf ihrer Verankerung in Teilen des Staatsapparats und in den Gewerkschaften. Das erste Moment ist nach dem Ausscheiden dieser Partei aus zahlreichen Kommunalfunktionen während der Zeit ihrer Teilhabe an der Bundesregierung geschmälert worden. Ein tiefgreifender Verlust gewerkschaftlicher Positionen würde ihre Identität und Effektivität aufs Spiel setzen. In dem Moment, als dies sich erst von ferne andeutete, schien ein Wechsel der Konstellation notwendig. Er kann verschiedene Formen annehmen. In Westberlin wurde die SPD in die Opposition gedrängt. Dort, wo die CDU/CSU nicht die Möglichkeit hatte, den Verfall einer sozialliberalen Koalition (Hessen) oder einer absoluten sozialdemokratischen Mehrheit (Hamburg) durch eigene Übernahme der Regierung zu nutzen, entstand für die SPD eine Situation, die das Dilemma ihrer Politik: einerseits Regierungspartei in einer kapitalistischen Gesellschaft zu sein (und diese Funktion in einem reformkapitalistischen Sinn auch bewußt anzustreben), andererseits ihre Stärke immer wieder aus Oppositionsimpulsen und dem Anspruch, die Interessen der Unterklassen zu vertreten, zu beziehen, nachgerade bildhaft deutlich machte – in den Verhandlungen mit der Grün-Alternativen Liste in Hamburg, in der rechnerischen, wohl aber noch nicht politischen gemeinsamen Mehrheit von SPD und Grünen in Hessen sowie in der Zusammenarbeit beider Parteien in einigen Großstädten. Unmittelbar nach dem 17. September machte die SPD deutlich, daß sie in dieser alt-neuen Doppelrolle Motive der Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung aufnehmen wird. Hierher gehört der Bundeswehr-Traditionserlaß Apels mit Abschaffung des Großen Zapfenstreichs bei Rekrutenvereidigungen und der Einschränkung öffentlicher Gelöbnisse. Schon am 19. September öffnete sich die hessische Wahl-„Zeitung am Sonntag" der SPD auch den Teilen der Friedensbewegung, die mit dem Krefelder Appell in Verbindung stehen. Selbstverständlich hat diese Schwenkung in erster Linie eine taktische Funktion. Immerhin aber sind die Voraussetzungen für eine Radikalisierung der SPD teilweise ausgeprägter als in den 50er Jahren. Damals nahm sie in Großstädten und zahlreichen Ländern Regierungsfunktionen wahr. So entstand zeitweise eine innerparteiliche Front der Ministerpräsidenten und Regierenden Bürgermeister (mit einer besonderen Zuspitzung in Westberlin: Ernst Reuter in der Periode des Kalten Krieges) gegen Kurt Schumachers Oppositionsstil. Dieses innere Hemmnis besteht teilweise noch (seine gegenwärtige Personifizierung ist Börner), dies allerdings jetzt wohl in gemilderter Form. Dafür gibt es neue Blockierungen einer konsequenten sozialdemokratischen Oppositionspolitik selbst dann, wenn diese Partei für längere Zeit aus der Bundesregierung verdrängt würde. Das gegenwärtige Führungspersonal der SPD wäre noch auf Jahre hinaus mit seiner gegenwärtigen Regierungspolitik identifiziert. Es ist schwer vorstellbar, daß etwa Brandt und vor allem Schmidt sich irgendwann einmal gegen eine von der CDU/CSU forcierte Politik der Hochrüstung, der Berufsverbote und des Sozialabbaus wenden können, ohne daß ihnen von dort ihr eigener Beitrag zu diesem Kurs vorgehalten wird.

Hemmend wird weiter wirken, daß die Opposition der SPD zumindest vorderhand sich eine Rückkehr in jetzt verlorene Staatspositionen ohne qualitativen Unterschied zu ihrer bisherigen Regierungstätigkeit zum Ziel setzen und zumindest dann, wenn sie diesem Ergebnis einmal wieder nahegekommen sein sollte, alles unterlassen würde, was sein Erreichen gefährdet. Solange aber keine tatsächliche, inhaltliche und glaubwürdige Änderung von Grundpositionen dieser Partei erfolgt, die letztlich eine Korrektur der Entwicklung, die zum Godesberger Programm geführt hat, bedeuten würde, wird sie unter den Bedingungen einer fortdauernden krisenhaften Entwicklung kaum eine Chance haben, ihr parlamentarisches Monopol auf der Linken wieder zu errichten. (Diese fundamentale Korrektur, die bei einer ehrlichen Öffnung zum Protestpotential hin notwendig würde, ist der unausgesprochene zentrale Grund der Warnungen des Löwenthal-Papiers vom Dezember 1981.) Die verbalen und taktischen Annäherungen an die ökologische und alternative Bewegung werden zwar mit der Absicht der Vereinnahmung unternommen, können aber auch ungewollte Rückwirkungen, vor allem Polarisierung, in der Partei selbst haben. Sollte hier gar ein Aufsaugen versucht werden, wird es daran scheitern, daß insbesondere viele Jugendliche, die diese Alternativbewegung mittragen, aufgrund ihrer sozialen Situation und ihrer unmittelbaren Lebenserfahrung kaum für eine im Kern unveränderte sozialdemokratische Politik des bisherigen Stils mehr zu gewinnen sind. Eine Rekreation der SPD wird überdies so lange eine zu schmale Basis haben, als es ihr nicht gelingt, die Teile der Arbeiterklasse, die sich inzwischen als Nicht- oder als CDU/CSU-Wähler von ihr angewandt haben, wiederzugewinnen. Hier aber steht sie vor eine der schwersten Hypotheken ihrer Regierungstätigkeit: der tiefgreifenden, durch gewerkschaftliche Tolerierungspolitik geförderten Entmobilisierung der Arbeiterklasse seit etwa 1974/75. Mit den Septemberstreiks 1969 schien die Periode weitgehender gewerkschaftlicher Kampfschwäche, die Ende der 50er Jahre begonnen hatte, durch neue Aktivität abgelöst zu werden. Die folgenden Jahre wiesen eine Fülle breiter und neuer Kampfmaßnahmen auf, die zumindest im April 1972 anläßlich des von der CDU/CSU versuchten Kanzlersturzes in das politische Geschehen auf höchster Ebene eingriffen. Die Unterstützung Brandts auch in den Betrieben war kein Blankoscheck, sondern ein Stück eigener Interessenvertretung der Lohnabhängigen, die beim Streik des Öffentlichen Dienst 1974, aber auch schon in den spontanen Arbeitsniederlegungen des Sommers 1973 mit der neuen Austerity-Politik der Bundesregierung zusammenstieß. Der ÖTV-Streik ist zu Recht häufig als ein Schlüsselereignis für das Ende der „Ära Brandt/Scheel" dargestellt worden – allerdings zumeist auch mit einer falschen Interpretation, welche Fehldeutungen des Sturzes Hermann Müllers 1930 einfach wiederholte: Maßlosigkeit und Ungeduld der Gewerkschaften hätten einen sozialdemokratischen Kanzler gestürzt. Tatsächlich handelte es sich um den Versuch der Sicherung und Verbesserung der Reallöhne und -gehälter in einer Phase beschleunigter Inflation einerseits, um die Durchsetzung eines neuen „stabilitätspolitischen" Kurses andererseits. Der Konflikt wurde in den folgenden Jahren durch gewerkschaftliche Selbstdisziplinierung, To-

lerierung des beginnenden Sozialabbaus und des Reformstopps sowie Entmobilisierung „bereinigt" – mit dem Ergebnis eines schweren Einflußverlustes der SPD und auch der Gewerkschaftsführungen in Teilen der Arbeiterklasse. Rückkehr zu verbaler Radikalität allein wird diesen Schaden nicht beheben, sondern nur eine grundsätzliche Umschichtung in der Politik dieser Organisationen, deren Voraussetzung nicht in taktischen Überlegungen der Spitzen, sondern in davon unabhängiger – vor allem auch von parteipolitischen Rücksichten freier – Mobilisierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung liegen wird.

9. *Außerparlamentarische Bewegung und „neue Mehrheiten" – Strauß-Staat oder Eppler-Republik?*

Seit dem 17. September besteht gute Gelegenheit, sich mit parlamentarischen und Koalitionsprognosen zu blamieren: langfristige oder kurzfristige Übernahme der Bundesregierung durch CDU/CSU und FDP, Neuwahlen, Verschwinden der FDP aus dem Bundestag oder Neuauflage der sozialliberalen Koalition nach innerparteilichem Umschwung in der FDP, jeweils unter Teil-Tolerierung durch die Grünen usw.

Solider ist der Boden von Erwägungen, die von den Problemen ausgehen, welche die Ursache der gegenwärtigen politischen Krise bilden: der NATO-Aufrüstungsbeschluß spaltet innerlich SPD und FDP, für ihn können offensichtlich keine Mehrheiten bei Wahlen mehr gewonnen werden. Gleiches gilt für das Atomprogramm und sämtliche bisher von Vertretern der Bundestagsparteien vorgelegten Konzepte zur Auseinandersetzung mit der Wirtschaftsdepression, der Massenarbeitslosigkeit und der Krise der Staatsfinanzen.

Diese Grundprobleme sollten auch deshalb den Angelpunkt aller Überlegungen bilden, weil nur von ihnen aus Zugang zur Interpretation der Vorgänge auf der Parlaments- und Koalitionsebene gewonnen werden kann. (Ein nicht unwichtiger moralischer Gesichtspunkt, der immerhin zur Substanz bisheriger außerparlamentarischer Bewegungen in der Bundesrepublik gehörte, kommt hinzu: beschämenderweise wurde der Protest gegen den Massenmord in Beirut durch das Zusammenwirken von „christlichen" Milizen, israelischer Deckung und objektiver, wenn auch verbal verschleierter Mitschuld der USA in der Bundesrepublik durch die Konzentration des größten Teils der Aufmerksamkeit auf die Ereignisse von Bonn und Wiesbaden gedämpft.)

NATO-Aufrüstungsbeschluß, Atomprogramm, Massenarbeitslosigkeit und Weltwirtschaftskrise: dieses Problembündel ist offensichtlich durch keine der drei Kombinationen, die bisher angewandt wurden (Bürgerblock oder Alleinregierung der CDU/CSU, sozialliberale Koalition, Große Koalition) „regierbar" zu machen. Hier besteht die parlamentarische Chance des grün-alternativen Protestpotentials, in dem auf der Ebene der Parlamentskandidatur zweifellos kurzfristig eine Abgrenzung gegen die DKP sowohl aus taktischen als auch aus inhaltlichen Gründen viele Befürworter haben wird (und insofern

eine spezifisch westdeutsche Kontinuitätslinie fortsetzt). Seine Stärke gewinnt dieses Agglomerat nicht nur durch die von ihm aufgegriffene Thematik und die unmittelbare Betroffenheit vieler Beteiligter, sondern auch durch die Kombination seines Bewegungscharakters mit Erfahrungen in operativen Gruppen (von Bürgerinitiativen über frühere SPD-Mitgliedschaften bis hin zu Lernprozessen in der Studentenbewegung und sich als kommunistisch verstehenden Formationen) und der Breite der Werthaltungen (vom Sozialismus über die Anthroposophie bis zu bestimmten Formen des Konservativismus). Die organisatorische Teilabgrenzung und die Nähe vieler hier vertretener Forderungen zu Minderheitspositionen in der SPD machen Brandts Bemühen, auch hier eine „neue Mehrheit links von der CDU" unter Einschluß des „sozialliberalen" Teils der FDP zu suchen, naheliegend. Die Schwierigkeit für einen solchen letztlich nur rechnerischen Kombinationsversuch liegen in der offensichtlich teilweise noch unterschätzten politischen Entschlossenheit dieses Protestpotentials zumindest bei der Vertretung von zwei Einzelforderungen: keine NATO-„Nachrüstung" und Absage an den Bau und den Betrieb von Atomkraftwerken. Hier dürfte zugleich auch das Thema für innerparteiliche Auseinandersetzungen in der SPD gegeben sein. Dabei sind die Karten von rechts her gut gemischt: Noch – und schon – in der hessischen Wahlzeitung der SPD vom 26. September veröffentlichte Helmut Schmidt eine Selbstdarstellung, die sich ausschließlich auf die Hervorhebung seiner bekannten Position in der „Nach"rüstungsfrage konzentrierte. Zweifellos wird auch ein Interesse daran bestehen, die Selbstbehauptung des Schmidt-Gefolgsmanns Börner in der Wahl als Vorentscheidung der innerparteilichen Auseinandersetzung zu interpretieren.

Gleichgültig ob mittelfristig als Oppositions- oder als Regierungspartei: es ist absehbar, daß die SPD sich um stärkeren Einfluß im außerparlamentarischen Protestpotential bemühen wird. Für diese Bewegungen bringt dies Chancen und Komplikationen zugleich.

Zunächst die Chancen: Bisher stand etwa die Friedensbewegung, in ihr die kleinen Parteien der Grünen und der Kommunisten, einem relativ geschlossenen parlamentarischen Block gegenüber, der die Aufrüstungspolitik befürwortete. Das Eindringen der Grünen in Länderparlamente hatte daran nichts geändert. Noch wichtiger als ihr absehbarer Einzug in den Bundestag aber würde es werden, wenn in der zentralen Frage des NATO-Beschlusses eine Kurskorrektur der SPD erreicht werden könnte. Das wird nicht von heute auf morgen geschehen, ist nur als Ergebnis schwerer innerparteilicher Auseinandersetzungen vorstellbar und wäre auch dann von Bedeutung, wenn die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II zunächst nicht verhindert werden könnte und der Kampf um ihren schleunigen Abbau aufgenommen werden müßte. Ablehnung des Brüsseler Beschlusses ist zweifellos eine unabdingbare Voraussetzung der Zugehörigkeit zur gegenwärtigen Friedensbewegung in ihren relevanten Teilen. Hier wird der zentrale Punkt der Auseinandersetzung mit der SPD-Führung liegen.

Es sollte in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß die Friedenspolitik nur eine taktische Manövriermasse der sozialdemokratischen Spitze sei, welche sie je nach Bedarf mobilisiert oder beiseitelegt (zweite Jahreshälfte 1958: faktischer Ausstieg aus der „Aktion Kampf dem Atomtod"; 1960ff.: Ablehnung des Ostermarschs; 1975–1980: Distanzierungen von der Friedensbewegung, Verbot für Sozialdemokraten, an den Demonstrationen des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" teilzunehmen, Fall Benneter). Absehbar ist, daß die Teilnahme von Gliederungen der SPD an den außerparlamentarischen Aktionen noch zunehmen, diese also verstärken wird.

Der Gewinn, welchen dies zweifellos bedeutet, ist mit der Gefahr neuer parteipolitischer Vereinnahmung verbunden. Der Versuch einiger Sprecher der „Grünen", ihre eigene Partei auf Kosten der Friedensbewegung zusätzlich zu profilieren und andere Teile auszugrenzen, könnte sich bei einer deutlicheren taktischen Hinwendung der SPD zur Friedensbewegung in größeren Dimensionen wiederholen und diese dann einer Zerreißprobe nahebringen, wenn sich daraus Konfrontationen zwischen den Parteien SPD und „Grüne" innerhalb der Friedensbewegung ergeben würden.

Das Beharren auf dem strikt überparteilichen Charakter der sozialen Bewegungen – von den Gewerkschaften bis zu den neuen sozialen Bewegungen und der Friedensbewegung in ihren „alten" und ihren „neuen" Teilen – ist das wichtigste Mittel der Selbstbehauptung gegen solche Tendenzen. Allerdings ist die Alternativ- und Protestbewegung selbst keine fertige Größe, die sich nun lediglich in einem neuen innenpolitischen Umfeld ihrerseits unverändert verhalten könnte. Weiterentwicklung ihrer eigenen Positionen wird insbesondere dort notwendig sein, wo Versuche unternommen werden, auf einer Linie sozialpolitischer Selbstbescheidung eine ideologische Achse in sie einzubringen, die den gemeinsamen Nenner dort hat, wo das Subsidiaritätsprinzip der christlichen Soziallehre, Glotz', Glombigs und anderer Vorstellung von der Errichtung „kleiner Netze" und die Beschränkung auf alternative Genossenschaftsprojekte einander berühren. (Vgl. etwa Joseph Hubers „ökologischen Revisionismus", der für diese Tendenz steht.) Weiterentwicklung der sozialen und politischen Gegenbewegungen und ihre Autonomie gegen jede Art von Vereinnahmung ist um so wichtiger, als – diese Behauptung sei hier wiederholt: – die gegenwärtige relative Stärke dieser Bewegungen, unabhängig von aktuellen parteipolitischen Erwägungen und parlamentarischen Konjunkturen, zwar nicht ein bewußt herbeigeführtes Ziel, wohl aber das hinter deren Rücken entstandene wichtigste positive Resultat der sozialliberalen Koalition ist[5]).

5) Ich danke Frank Deppe für seine Teilnahme an der Erstellung dieses Beitrags durch Diskussion, Kritik und die gemeinsame Erarbeitung von Argumentationen.

Konservative Wende in der Bundesrepublik?

Von Ludwig Elm

Der Koalitionswechsel zu einer unionsgeführten Bundesregierung ist Anlaß, den Wandlungen der politisch-ideologischen Strömung des Konservativismus im letzten Jahrzehnt nachzugehen. Seit Ende der 60er Jahre und – verstärkt – seit der Diskussion um eine sogenannte „Tendenzwende" (1973 ff.) war das konservative Lager intensiv um eine „Modernisierung" seiner Argumentation und eine Aufbesserung seines Images bemüht. Ludwig Elm, ein ausgewiesener Konservatismusforscher und Hochschullehrer an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, hat diese Umbildungsprozesse seit Jahren verfolgt und legt hier eine Übersicht zur „konservativen Wende" vor, die gleichsam als Hintergrundmaterial zur Regierungserklärung des CDU-Bundeskanzlers Helmut Kohl genommen werden kann.
Der Verfasser behandelt die Selbstdarstellung der konservativen Kräfte in der Bundesrepublik und geht in diesem Zusammenhang nicht auf die Formation der Gegenkräfte ein, die in den gleichen Jahren stattgefunden hat. Den politischen Polarisierungsprozeß der 70er Jahre muß man bei der Lektüre mitdenken. Differenzierungen zwischen „Strukturkonservativen" und „Wertkonservativen", die für die ökologische und Friedensbewegung Bedeutung haben, sind so aus dem Blickfeld geraten. Solche Probleme sowie die grundsätzlichen politischen Konzeptionen des Konservatismus an der Macht werden in den „Blättern" noch ausführlicher behandelt werden. D. Red.

Die konservative Strömung der Politik und Ideologie hat seit Mitte der siebziger Jahre in Großbritannien, den USA, der BRD und weiteren kapitalistischen Ländern erheblich an Einfluß gewonnen. Hauptsächliche Bedingungen und Faktoren dieser Verschiebungen in den vorherrschenden Strategien und Ideologien sind weltpolitische Wandlungen im vergangenen Jahrzehnt, der Verlauf des kapitalistischen Krisenzyklus seit 1974/75, der dadurch beschleunigte Verschleiß sozialreformistischer Konzeptionen und Herrschaftsmethoden einschließlich entsprechender sozialwissenschaftlicher Theorien sowie schließlich die stimulierende Wirkung des Bedarfs an modifizierten Instrumentarien der Machtsicherung und zugehöriger ideell-politischer Traditionen, Doktrinen und Ziele.

Nach SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz haben sich die Sozialdemokraten auf ihrem Parteitag im April 1982 „einheitlich, ohne Konflikte untereinander, auf eine Offensive gegen den ökonomischen Neo-Konservatismus

festgelegt"[1]). Dagegen wurde auf einer Tagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) über „Die Wirtschaftspolitik des Kapitals in der Krise" festgestellt, daß in der Bundesrepublik die „Konservative Wende unter sozialdemokratischer Führung" vollzogen werde[2]). Der letzteren Einschätzung nähert sich eine aktuelle Charakteristik der „neokonservativen Konterrevolution" von gewerkschaftlicher Seite: „Die Neokonservativen lassen keinen Zweifel daran, zu wessen Gunsten und zu wessen Lasten sie die Revision der Machtverteilung durchgesetzt haben möchten. Die Realisierung ihrer Vorstellungen träfe vor allem die abhängig Beschäftigten und die Bezieher staatlicher Transferzahlungen"[3]). Tatsächlich sind ausgeprägt unsoziale Programme und Maßnahmen der „Krisenbewältigung" ebenso Bestandteile gegenwärtiger konservativer Programmatik und Strategie wie die autoritär-antidemokratische Formierung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems, die Militarisierung und Hochrüstung sowie die Zunahme nationalistischer und anderer, entschieden fortschrittsfeindlicher, Elemente, Tendenzen und Leitbilder – „Werte" – der politischen Ideologie.

Die Aufwertung konservativen Denkens und Handelns unter den Bedingungen erhöhter Krisenhaftigkeit und Labilität sowie eingeschränkter ökonomischer und sozialpolitischer Manövrierfähigkeit signalisiert die grundsätzlich destruktive Natur des Konservatismus und seine nunmehr aktualisierten und modifizierten traditionsreichen Funktionen als reaktionäres Krisenbewußtsein. Konservativer Aktivismus ist darauf gerichtet, im Interesse des arbeitenden Volkes liegende soziale und demokratische Lösungen, Bestrebungen oder Reformen abzuwehren, vorhandene sozialpolitische Errungenschaften abzubauen sowie fortschrittsfeindliche Gegenkräfte zu mobilisieren. Das wird an der Substanz der Programme und der vermeintlichen wirtschafts- und sozialpolitischen „Alternativen" oder „Lösungen" der Unionsparteien ungeachtet aller demagogischen und wahltaktischen Verhüllungen ebenso sichtbar wie an den vielgestaltigen Verlautbarungen konservativer Organisationen und Institutionen, Politiker und Ideologen. Analogien des konservativen Aufbruchs in der BRD zu vergleichbaren Prozessen in anderen kapitalistischen Ländern sind wesentlich und aufschlußreich; aber sie erfassen die spezifische Tragweite nur ungenügend. Diese ergibt sich vor allem aus der besonders verhängnisvollen Rolle der konservativen Kräfte in Deutschland bis 1933/45. In keinem der anderen imperialistischen Länder hatte es eine an Intensität und Konsequenz vergleichbare Verbindung konservativer Gruppierungen mit der faschistischen Bewegung und Herrschaftsform gegeben. Es bleibt ein unwiderrufliches Eingeständnis dieses Sachverhalts, daß die restaurativen Führungsgruppen in den Westzonen und in der BRD mehr als zwei

1) Peter Glotz, Der Kampf gegen den Neokonservatismus. Über die Ergebnisse des Münchener Parteitags 1982, in: „Die Neue Gesellschaft", 5/1982, S. 410.
2) Jörg Huffschmid/Jörg Goldberg, Beispiel Bundesrepublik: Konservative Wende unter sozialdemokratischer Führung, in: „Deutsche Volkszeitung" v. 8. 7. 1982.
3) Peter Kalmbach, Die neokonservative Offensive der Gegenwart, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 5/1982, S. 276.

Jahrzehnte das total diskreditierte Etikett „Konservatismus" und das damit verbundene Erbe scheuten.

„Als ich einmal – vor Jahren – auf einem Parteitag die CDU eine konservative Partei nannte, gab es zwar nicht gerade Krach, aber immerhin deutlichen Widerspruch". Eugen Gerstenmaier fügte dieser Schilderung vor zwanzig Jahren hinzu, die Einwände seiner Kritiker seien nicht sehr fundiert gewesen: „Ihr Widerspruch galt der Gefahr, vom politischen Gegner als reaktionär, als besitzbürgerlich, als deutschnational verketzert zu werden"[4]). Im Dezember 1968 mußte Franz Josef Strauß solche Vorbehalte unter den Delegierten des CSU-Parteitags zurückdrängen, um die Selbstdarstellung der CSU als eine auch konservative Partei im neuen Parteiprogramm durchzusetzen. Neben der Gründung prononciert konservativer Institutionen und Periodika zeigte jener Schritt den grundsätzlichen Wandel an: Unter veränderten inneren und internationalen Bedingungen wurde eine Umorientierung des historisch-politischen Selbstverständnisses der herrschenden Klasse der BRD unumgänglich, wobei die dafür entscheidenden weltanschaulich-ideologischen Quellen, politischen Traditionen und Leitbilder nicht länger entbehrt oder gar geächtet werden konnten.

Wie nachhaltig das verrufene konservative Erbe bis in die Gegenwart wirkt, geht daraus hervor, daß die CDU noch in ihrem neuen Parteiprogramm von 1978 die Selbstcharakteristik als konservative Partei vermieden hat. Dabei sind das skeptizistische Menschenbild und die restriktiven Auslegungen der Grundwerte" – Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit – in diesem Programm Ausdruck einer zutiefst konservativen geschichtsphilosophischen und gesellschaftstheoretischen Orientierung und bezeugen die intensive reaktionäre Ideologisierung in den siebziger Jahren. Demagogische und wahltaktische Verlautbarungen und Manöver überlagern bei den Unionsparteien gelegentlich das konservative Profil, dessen Grundtendenz am schärfsten in den Äußerungen der Ideologen des gegenwärtigen Konservatismus hervortritt.

Veränderter Rang des Konservatismus – Wandel in der Herrschaftsideologie

Die bloße Feststellung einer bestimmten konservativen „Tendenzwende" im Verlauf und Ergebnis der siebziger Jahre ist kaum umstritten. Das echte Problem besteht in der Bewertung dieses Vorgangs und seiner Tragweite. Vielfach befinden sich selbst liberal oder sozialreformistisch getönte Interpretationen bereits im Sog dieser Veränderung und sind außerstande, ihren grundsätzlichen Charakter zu erfassen. Nach welchen Kriterien können solche konkret-historisch und sozialökonomisch verursachten politischen und geistigen Wandlungen beurteilt werden, die tatsächlich auch veränderte Voraussetzungen sowie nicht wiederholbare und nicht vergleichbare Faktoren und Momente einschließen? Es geht um den Platz und die objektive Rolle einer

4) Eugen Gerstenmaier, Was heißt heute konservativ?, in: „Der Monat", H. 166, Juli 1962, S. 27.

Strömung der Politik und der Ideologie in solchen epochalen Prozessen, die hinsichtlich der beteiligten Hauptkräfte, der grundlegenden Widersprüche und Auseinandersetzungen sowie in den strategischen Zielen durchaus bestimmte Konstanten aufweisen und daran zu prüfen sind. Die Problemstellung soll an einem Präzedenzfall erörtert werden, der nur scheinbar an der Peripherie der politischen Kultur der Bundesrepublik angesiedelt ist.

Eine repräsentative Gruppe von Historikern, Politologen und Pädagogen der BRD veröffentlichte im Mai 1968 anläßlich der bevorstehenden zweiten Verleihung der Konrad-Adenauer-Preise der Deutschland-Stiftung e. V. in München eine gemeinsame Erklärung. Angesichts der seit der Gründung und der ersten Preisverleihung der Stiftung 1966/67 erkennbaren politischen Bestrebungen sowie des Standorts der gekürten Preisträger[5]) wurde darin festgestellt: „Erfolg und Wirkung des politischen Rechtsextremismus, der die deutsche Nation in tiefstes Unheil gestürzt hat, resultierten wesentlich daraus, daß die Kräfte der politischen Mitte es versäumten, klare Grenzen gegenüber einer politischen Haltung zu ziehen, die nicht auf besonnene Bewahrung und Reform des Bestehenden, sondern auf die Propagierung rückwärtsgewandter Utopien gerichtet war und oftmals in der Diffamierung poltischer Gegner ihre eigentliche Wirkung ausübte"[6]). Es handele sich bei den Preisträgern überwiegend um Autoren, die durch Beiträge „in der Deutschen National- und Soldatenzeitung und anderen Organen, namentlich in Form primitiver Hitler-Apologetik beziehungsweise Verharmlosung rechtsradikaler Aktivität", hervorgetreten seien. Die Unterzeichneten drückten „ihre ernste Sorge darüber aus, daß hohe Regierungsstellen durch ihre der Preisverleihung zugesagte Förderung und Anwesenheit. . . dazu beitragen, Bestrebungen in der Öffentlichkeit Ansehen zu verschaffen, die um unserer demokratischen Selbstachtung und Glaubwürdigkeit willen keinerlei Unterstützung verdienen". Zu den Unterzeichnern gehörten u. a. die Professoren Karl-Dietrich Bracher, Werner Conze, Thomas Ellwein, Karl-Dietrich Erdmann, Theodor Eschenburg, Iring Fetscher, Andreas Flitner, Ossip-Karl Flechtheim, Wilhelm Hennis, Andreas Hillgruber, J. H. Knoll, Hans Rothfels, Karl Sontheimer und Dolf Sternberger.

Ungeachtet bestimmter illusionärer Urteile über die BRD und ihre Führungskräfte enthielt jene Stellungnahme eine prinzipiell zutreffende Charakteristik der rechtsextrem-antidemokratischen, in neofaschistische Umtriebe übergehenden Grundtendenzen der Stiftung. Diese Beurteilung wurde durch das seitherige entspannungsfeindliche, antiliberale und konservativ-nationalistische Wirken der Deutschland-Stiftung sowie durch das Bild der stetig gewachsenen Galerie ihrer Preisträger – unter denen sich inzwischen Ernst Forsthoff, Arnold Gehlen, Karl Steinbuch, Gerhard Löwenthal, Helmut Schelsky, Lucius D. Clay und Axel C. Springer befinden – bestätigt. Der Protest renommierter Hochschullehrer von 1968 ist im Sande verlaufen, und man-

5) 1967 – Armin Mohler, Ludwig Freund und Bernt von Heiseler; 1968 – Emil Franzel, Frank Thiess und Wilhelm Stählin.

6) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 10. 5. 1968.

cher der Unterzeichner hat längst persönliche „Kurskorrekturen" im Sinne der gerade auch von der Deutschland-Stiftung eingeläuteten Wende vollzogen. Daß die Stiftung längst von den Spitzenpolitikern der CSU und der CDU und weiteren einflußreichen Kräften der „Wirtschaft" und des Staatsapparats protegiert wird, bezeugt den politischen Kurs dieser Kreise und keineswegs eine demokratische Läuterung der Stiftung.

Die tatsächliche Veränderung besteht darin, daß die konservativ-nationalistische Linie der Deutschland-Stiftung von der Peripherie in das Zentrum der Herrschaftsideologie rückte. Sie wird von zahlreichen gleichgerichteten Institutionen, Organisationen und Periodika flankiert, darunter die Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung, die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU, die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU, das Studienzentrum Weikersheim, das Institut für Demokratieforschung Würzburg, der Verein für das Deutschtum im Ausland, die Paneuropa-Union und die Konservative Aktion, das Presse- und Verlagsimperium des Axel C. Springer sowie criticon (vereinigt mit Konservativ heute), „Europa" (vereinigt mit „Zeitbühne"), „Epoche", „Politische Studien", „Rheinischer Merkur/Christ und Welt", Herderbücherei Initiative, Seewald Verlag Stuttgart, Sinus Verlag Krefeld usw. usf. Ein Protest gegen die Deutschland-Stiftung nach dem Beispiel von 1968 kann am Beginn der achtziger Jahre ernsthaft nur als kritische Position zu grundlegenden politisch-ideologischen Prozessen und zur Herrschaftskonzeption einflußreicher Kräfte geltend gemacht werden.

Der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer beurteilt die Entwicklung von 1968 bis 1978 entgegen seinen früheren Warnungen heute völlig anders. Bei der Neuauflage seiner Schrift „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik" im Jahre 1978 verzichtete er auf den Anhang von 1968 über „Antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik", in dem er frühzeitig auf das reaktionäre Wesen konservativ-nationalistischer Restauration verwiesen hatte. 1978 äußerte er, daß jener Beitrag „nicht mehr aktuell" sei: „Eine Untersuchung über antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik müßte sich für den Zeitraum der letzten Jahre. . . vor allem auf politische Ideen der radikalen Linken konzentrieren,. . . "[7]). Die konservative Offensive ist kein Gegenstand kritischer Reflexion für Sontheimer, der noch 1969/70 schrieb: „Die stärkste Partei der alten Regierung, die CDU/CSU, befindet sich mit einigen ihrer Vertreter auf einem restaurativen deutschnationalen Kurs, der in manchen Punkten dem Kurs der durch die Verbotsdrohung domestizierten nationalistischen Partei nahekommt. Wie die Wahl des Bundespräsidenten am 5. März 1969 in Berlin gezeigt hat, war die CDU sogar bereit, ihren Kandidaten mit den Stimmen der NPD wählen zu lassen. Sie hat die NPD damit (zumindest für sich selbst) vorübergehend hoffähig gemacht"[8]). In den folgenden Jahren ging er aktiv auf eine Position über, die er damals noch kritisch be- und verurteilt hatte: „In der Optik konservativer Gruppen kann eine politische Gefahr niemals

7) Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1978, S. 10.
8) Kurt Sontheimer, Gefahr von rechts – Gefahr von links, in: Der Überdruß an der Demokratie, Köln 1970, S. 24 f.

nur von rechts kommen, es muß auch eine linke Gefahr geben. Ist sie nicht da, so muß sie demnach beschworen werden, wie zum Beispiel in Adenauers Wahlkämpfen gegen die SPD"[9]).

Selbst die früheren Erkenntnisse über die Weimarer Republik werden verdrängt. Ernst Nolte war in den sechziger Jahren im Ergebnis seiner antimarxistisch orientierten Faschismusforschungen immerhin zu eindeutigen Aussagen über die entscheidende Verantwortung konservativer politischer und intellektueller Führungskräfte für das Aufkommen der Nazibewegung und die Errichtung der faschistischen Diktatur gelangt. Bei seinem Plädoyer für die weitere Revision der Geschichte des Dritten Reiches im Juli 1980 äußerte er sich auch über „eigenständige, weit in die Geschichte zurückreichende Wurzeln" des „Nationalsozialismus" – „vergaß" jedoch, zufällig in völliger Übereinstimmung mit dem dominierenden geschichtsideologischen Trend, vollständig den Konservatismus der Weimarer Republik und damit auch eigene Fundamentalerkenntnisse jahrelanger wissenschaftlicher Arbeit[10]).

Die konservative Trendwende zeitigt in den Sozialwissenschaften der BRD ungemein lehrreiches Material zum Problemkreis Politik und Wissenschaft, Objektivität und Parteilichkeit, Ethos und soziale Funktion der geschichts- und politikwissenschaftlichen Forschung und Lehre. Solche – beliebig zu vermehrenden – Beispiele erhalten ihren repräsentativen Rang durch Symptome über generelle Tendenzen. Hermann Glaser hat dies an einigen Aspekten der Aufnahme der 1978 in erster Auflage im Propyläen-Verlag des Springerkonzerns erschienenen „Geschichte der Deutschen" von Hellmut Diwald erörtert. Er erwähnte den Beifall des „Deutschland-Magazins"[11]) für dieses in hohen Auflagen erschienene, auf die Rehabilitierung des Faschismus und die Ausbildung eines rechtskonservativen, großdeutsch-nationalistischen Welt- und Geschichtsbildes gerichteten, in der Arbeitsmethode und Darstellungsweise wissenschaftlich unhaltbaren Machwerks des Erlanger Historikers. Glaser bemerkte, daß das Buch „von weiten Kreisen nicht nur gekauft, sondern akzeptiert" worden sei; es habe „besondere Resonanz bei den Geschichtslehrern der mittleren und älteren Generation gefunden, auch unter jüngeren Historikern ist eine positive Resonanz festzustellen;. . . . ". Es gab „einige Auseinandersetzungen um das Diwald-Buch an der Erlanger Universität", jedoch „ansonsten hat die Wissenschaft sich vornehm zurückgehalten. Oder sollte es sich um Anpassungserscheinungen an einen Trend handeln, der der Geschichte keine erhellende, sondern mystifizierende Funktion zuordnet?"[12])

9) Ebd., S. 25.
10) Ernst Nolte, Die negative Lebendigkeit des Dritten Reiches, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 24. 7. 1980.
11) Fälschlich bezeichnete er diese Zeitschrift der Deutschland-Stiftung als „Organ der Adenauer-Stiftung"; unerwähnt blieb der nachhaltige Beifall von neofaschistischer Seite für das Geschichtsbuch aus dem Hause Springer.
12) Hermann Glaser, Aufarbeitung von Vergangenheit, in: „aus politik und zeitgeschichte". Beilage zu „Das Parlament", 16/80, 19. 4. 1980, S. 38.

Prüfstein amerikanischer Konservatismus

Als ein Orientierungspunkt internationaler Dimension für Tiefe und Tragweite des ideell-moralischen Wandels kann die veränderte Stellung zum amerikanischen Konservatismus herangezogen werden. Dies umso mehr, wenn eine dort politisch, geistig und personell außerordentlich kontinuierliche Traditionslinie als Bezugspunkt gewählt wird. In dem 1967 erschienenen Sammelband über „Rechtsradikalismus" wurde in mehreren Beiträgen das rechtsextreme Wesen des McCarthyismus und der Goldwater-Bewegung dargestellt. Manfred Clemenz schrieb, daß „Senator Joseph McCarthy, der fünf Jahre die amerikanische Öffentlichkeit und Bevölkerung mit der Peitsche des Anti-Kommunismus tyrannisierte", mit seinen faschistischen Tendenzen hauptsächlich politische und finanzielle Unterstützung im „rechten Flügel der republikanischen Partei und den von ihm vertretenen wirtschaftlichen Interessen" fand[13]). Eric Ertl und Franz Greß äußerten, „daß in Goldwaters extremistischer Ideologie der amerikanischen Gesellschaft immanente Tendenzen offenbar werden" und erörterten „Faschistische Elemente in der Goldwater-Bewegung"[14]). Auch der Rezensent folgte der „begründeten Auffassung" der Autoren, daß „zwischen Goldwaterismus und Faschismus" starke Ähnlichkeiten bestehen[15]). Diese Urteile wurden dadurch bekräftigt, daß die Bücher des republikanischen Präsidentschaftskandidaten von 1964, Senator Barry M. Goldwater, in der BRD in neofaschistischen Verlagen erschienen[16]).

Die geschäftsführende Direktorin des Commitee for the Free World, Midge Decter, sagte auf der Würzburger Tagung zum Neokonservatismus im Mai 1981, in den USA herrsche „eine neue öffentliche Stimmung – eine Stimmung, die durch den erdrutschartigen Sieg Reagans eine politische Richtung an die Macht gebracht hat, die 16 Jahre vorher, repräsentiert durch die Kandidatur von Barry Goldwater, sich bereits angekündigt hatte, aber eine Niederlage erlitt"[17]). Aus einer politischen Biographie des neuen amerikanischen Präsidenten geht hervor, daß „eine halbstündige Rede zu Gunsten von Barry Goldwater" am 27. Oktober 1964 und die Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender des Goldwater-Wahlausschusses für Kalifornien die Aufmerksamkeit großkapitalistischer Gruppen auf Ronald Reagan lenkten[18]). Damit wurde seine

13) Manfred Clemenz, McCarthy und seine Bewegung: Faschistische Tendenzen in der amerikanischen Gesellschaft, in: Rechtsradikalismus, Frankfurt a. M. 1967, S. 173, 194. Eine auch für den heutigen Neokonservatismus der USA und der BRD charakteristische Methode deckte Clemenz in folgendem Vergleich auf: „Zugespitzt ließe sich sagen: der New Deal und das Jammern über die angebliche außenpolitische Schwäche der USA besitzen für das Nachkriegsamerika eine ähnliche Bedeutung wie Zusammenbruch des Kaiserreichs, Revolution und Versailler Vertrag für die rechtsradikalen und faschistischen Kräfte in der Weimarer Republik." (S. 195).

14) Eric Ertl/Franz Gieß, Die Goldwater-Bewegung, in: Ebd. S. 198.

15) Klaus Peter Wallraven, Nationalismus und Rechtsradikalismus (I), in: „neue politische literatur", 3/1969, S. 342.

16) Barry Goldwater, Das Gewissen eines Konservativen, Verlag K. W. Schütz, Göttingen (1964); ders., Warum nicht Sieg? Neuer Ausblick auf die amerikanische Politik, Druffel-Verlag, Leoni am Starnberger See 1964.

17) Midge Decter, Die Wandlung vom Liberalismus zum Neokonservatismus in den USA, in: Der Neokonservatismus – die Leitidee der achtziger Jahre?, Würzburg 1981, S. 19.

18) Hedrick Smith/Adam Clymer u. a., Ronald Reagan. Weltmacht am Wendepunkt, Druffel-Verlag, Leoni am Starnberger See 1980, S. 15, 62. In diesem Fall ist die Veröffentlichung durch den neofaschistischen Verlag we-

konservativ-nationalistische, auf militärische Überlegenheit und antikommunistische Konfrontationspolitik orientierte politische Karriere eröffnet, die seither gemäß der Vorgaben von 1964/65 bruchlos absolviert wurde.

Colin S. Gray und Keith Payne haben mit ihrem Artikel „Sieg ist möglich" im Sommer 1980 in „Foreign Policy" nicht nur Goldwaters „Warum nicht Sieg?" wieder aufgenommen, sondern im gleichen abenteuerlich-friedensfeindlichen Geist „Argumente" für Hochrüstung, militärische Überlegenheit und nukleare Erstschlagsstrategie unterbreitet[19]). Das von Reagan den amerikanischen Lesern empfohlene Pamphlet gleicher Geisteshaltung von Norman Podhoretz fügte sich 1981 nahtlos in das seit Jahren herausgebildete Profil des Seewald-Verlages ein. Im Epilog wird mit der Wahl von Ronald Reagan unverblümt die Erwartung verbunden, „daß etwas getan werden könne, um die Position der militärischen Überlegenheit wiederherzustellen". Es gäbe „keinen Zweifel, daß das amerikanische Volk bereit ist, beträchtliche Erhöhungen der Verteidigungsausgaben zu unterstützen, und daß es auch wieder bereit ist, die Anwendung von Gewalt zum Schutz lebenswichtiger amerikanischer Interessen ins Auge zu fassen"[20]). Zweifelsfrei ist vor allem, daß damit eine Politik gerechtfertigt wird, die den Interessen einer winzigen Minderheit der US-amerikanischen Gesellschaft dient. Im Nahen Osten wird der Weltöffentlichkeit 1982 eine Lektion über das barbarische Wesen dieser Politik und Ideologie erteilt.

Anfang September 1981 nahmen Karl-Dietrich Bracher, Wilhelm Hennis und Kurt Sontheimer an einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum amerikanischen Neokonservatismus teil, der u. a. durch den damaligen Sicherheitsberater des Präsidenten, Richard V. Allen, sowie Irving Kristol und Norman Podhoretz vertreten wurde. Sie fanden sich angesichts massiver entspannungsfeindlicher und konservativ-nationalistischer Programmatik, gegen deren schwächlichen bundesdeutschen Vorläufer sie 1968 entschieden protestiert hatten, nunmehr „in einem Zustand der Hilflosigkeit": „Fast verdutzt waren die Deutschen schließlich, als ihnen die Freunde von drüben einen guten Schuß Nationalismus empfahlen"[21]). Unüberwindlich erschienen dem Berichterstatter die dabei auftretenden unterschiedlichen Auffassungen nicht mehr. Ein bedingungsloser Antikommunismus erweist sich einmal mehr als hinreichender Vorwand und als Basis, mit denen von früheren liberalen und antinazistisch-demokratischen Überzeugungen und Urteilen Abstand genommen wird.

niger in der – liberalen – Konzeption der Schrift, als im steten wohlwollend-hoffnungsvollen Interesse aller Rechtsextremisten an den exponiert konservativen Führungskräften zu sehen.

19) Vgl. den vollständigen Abdruck in: „Blätter" 12/1980, S. 1502 ff.

20) Norman Podhoretz, Der Riese taumelt. Amerika in der Bewährung, Stuttgart 1981, S. 131 ff.

21) FAZ v. 10. 9. 1981. „Der Nationalismus amerikanischen Wunschdenkens freilich soll antikommunistisch sein, die Destabilisierung der Sowjetunion im Auge behalten, eine Vorwärtsstrategie betreiben." (Ebd.) Das sind allerdings auch Merkmale konservativ-nationalistischer Ideen in der BRD.

Konservatismus und Rechtsextremismus

Die Veröffentlichung der Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei Bürgern der BRD hat 1981 einige publizistische und parlamentarische Erörterungen ausgelöst. Die Resultate waren alarmierend und in der Tat mit dem offiziellen Bild der von den Führungen aller Bundestagsparteien und der Bundesregierung seit Jahren beschönigten oder gar bestrittenen rechtsextremen Potentiale und Gefährdungen nicht vereinbar. So hatte die Bundesregierung im Oktober 1978 erklärt: „Rechtsextremistische Ideologie und auf ihr fußende politische Bestrebungen treffen, wie die Wahlergebnisse immer wieder zeigen, bei der ganz überwiegenden Mehrheit unserer Mitbürger auf absolutes Unverständnis und entschiedene Ablehnung. Lediglich einzelne Fanatiker oder kleine Gruppen vertreten rechtsextremistisches Gedankengut und erregen Aufsehen dadurch, daß sie die Untaten und die Verantwortlichen des NS-Regimes zu entschuldigen oder gar zu verherrlichen suchen"[22]). Dagegen ergab die repräsentative Befragung, daß „rund 13% der Wahlbevölkerung zum rechtsextremen Einstellungspotential" zählen, „das heißt, 13% aller Wähler in der Bundesrepublik verfügen über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild"[23]). Die Autoren der Studie bestätigen, daß es seitens rechtskonservativer Gruppen bestimmte „Affinitäten zum Rechtsextremismus" gibt. Sie „ergeben sich in erster Linie auf dem Feld der antiindustriegesellschaftlichen Kultur- und Zivilisationskritik, ferner bei Werten wie ‚Vaterland', ‚Patriotismus', ‚Opferbereitschaft', ‚nationale Selbstverteidigung', ‚Staat', ‚Autorität'"[24]). Die Behauptungen, daß Rechtsextreme und Konservative „durch scharfe Gegensätze im Wertebereich" unterschieden seien, Konservative in „schroffem Kontrast zu den Rechtsextremen" Menschenrechte, Gewissensfreiheit und Rechtsstaat als bewahrenswerte Errungenschaften betrachten und „eine völlige Diskrepanz in der Beurteilung demokratischer Normen bestehe", folgen offenbar mehr der konservativen Selbstdarstellung als dem ermittelten Material. Insbesondere ergibt die Analyse der objektiv antidemokratischen und antiliberalen Politik und Ideologie repräsentativer Führungsgruppen und Ideologen des Konservatismus ein anderes Bild.

Die Inkonsequenzen bei der Analyse, Bewertung und politisch-wissenschaftlichen Klassifizierung der bei der Erhebung ermittelten Anschauungen und Leitbilder treten im Abschnitt „Inventar des rechtsextremen Weltbildes" offen zutage. Was dort unter Stichworten wie „Volk, Vaterland und Heimat", „Ethnozentrismus", Law and Order" und Militarismus, Geschichtsbild sowie „Krisenwahrnehmung: Materialismus und sittliche Dekadenz" aufgeführt wird, soll spezifisch rechtsextremistische Ideologie charakterisieren, die angeblich vom Konservatismus klar unterschieden oder gar ihm entgegengesetzt ist. Tatsächlich handelt es sich überwiegend um weltanschaulich-ideologische und politisch-programmatische Positionen, die gerade auch für die Veröffentlichungen und sonstigen Verlautbarungen der exponiert konservativen Kräfte

22) Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/2184, 12. 10. 78, S. 1.
23) 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben. . . ", Reinbek bei Hamburg 1981, S. 78.
24) Ebd., S. 35.

der BRD in hohem Maße charakteristisch sind. Unbestreitbare Differenzierungen heben diese Grundaussage nicht auf.

Die kritische Feststellung soll exemplarisch an einzelnen Textstellen belegt werden: „Für die Rechtsextremen aller Schattierungen bedeutet das Jahr 1945 einen Kontinuitätsbruch, dessen Konsequenzen auf den verschiedensten Ebenen vehement abgelehnt werden. Die ‚Umerziehung' gilt als die Wurzel allen Übels"[25]). Ist den Verfassern entgangen, daß sie damit eine Kernposition des Geschichtsbildes im Umkreis der CSU-Führung und im Haus Springer, der Akteure der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung oder der Deutschland-Stiftung, von Autoren der Herderbücherei Initiative und des Seewald-Verlages, von „Criticon", „Epoche", „Deutschland-Magazin" usw. beschreiben? Die neofaschistischen Lamentos über den „Kontinuitätsbruch" im Jahre 1945 und gegen die „Umerziehung" zehren seit Jahren von den Veröffentlichungen konservativer Autoren wie Helmut Diwald, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Armin Mohler, Hans-Dietrich Sander, Caspar von Schrenck-Notzing, Franz Josef Strauß u. a.

Dies gilt analog für die Aussage: „Einen zentralen Wert besitzen für fast alle untersuchten rechtsextremistischen Gruppen die Begriffe ‚Volk' und ‚Vaterland', die emotional sehr stark besetzt sind und von denen andere Werte abgeleitet werden. ‚Volk und Vaterland' spenden – insbesondere in der idealisierenden Interpretation der Gesprächspartner – Sinn und Geborgenheit. Die krampfhafte Überhöhung dieser Werte kann gleichsam als ‚Kennzeichen' für Rechtsextremismus gelten"[26]). Damit ist wiederum eine Grundposition des heutigen Konservatismus genannt, die, nicht minder folgerichtig, natürlich auch bei den alt- und neofaschistischen Gruppierungen anzutreffen ist und dort weiter übersteigert wird. So wurde das chauvinistische, in provokatorischer Weise friedensfeindliche Machwerk von Hans-Dietrich Sander[27]) in der konservativen und neofaschistischen Publizistik einhellig begrüßt. Der Rezensent der „Welt" fand – ausdrücklich auch über den Abschnitt „Propädeutische Überlegungen zum vierten Reich" –: „Dem Dank des Autors an den Verleger für den ‚ungewöhnlichen Mut, das Ganze einer Öffentlichkeit präsentieren zu wollen, die dergleichen gewiß nicht hören will', schließt sich der Leser an"[28]). In der neofaschistischen Monatsschrift „Nation Europa" wurden im November 1981 die jüngsten konservativ-nationalistischen Veröffentlichungen von Diwald, Kaltenbrunner, Mohler und Sander mit höchstem Lob bedacht.

Die hauptsächliche Schwäche der Sinus-Studie besteht in einer Konservatismus-Deutung, die sowohl die historischen Erfahrungen über das Wechselverhältnis von Konservatismus und Faschismus weitgehend mißachtet, als auch dem Wesen, dem Gehalt und der Rolle der konservativen Strömung der Ideo-

25) Ebd., S. 55.
26) Ebd., S. 42.
27) Hans-Dietrich Sander, Der nationale Imperativ. Ideengänge und Werkstücke zur Wiederherstellung Deutschlands, Krefeld 1980.
28) Hans-Joachim Arndt, Zuerst die Linien von Jalta revidieren, in: „Die Welt" v. 29. 11. 1980.

logie und Politik in der Gegenwart der BRD nicht gerecht wird. Es drängen sich Fragen auf wie: Sind also 13 % der bundesdeutschen Wähler überzeugte Faschisten im Sinne der NPD und ähnlicher Gruppen? Bejaht man dies, so ergäben sich daraus bemerkenswerte Schlüsse über die von diesen Gruppen gewählten Bundestagsparteien. Oder gibt es ein rechtsextremes Potential, das zwischen Faschismus und Konservatismus angesiedelt und von beiden unterschieden ist? Das wäre eine geschichts- und politikwissenschaftliche Neuentdeckung. Oder wird anerkannt, daß die Art und Weise der in der Studie vorgenommenen substantiellen Unterscheidung zwischen Rechtsextremen und Konservativen nicht stichhaltig ist und so nicht aufrechterhalten werden kann?

Die Untersuchung des einschlägigen zeitgeschichtlichen Materials führt zu der Schlußfolgerung, daß eine Auffassung von „Rechtsextremismus" desorientiert, politisch wie wissenschaftlich unzureichend ist und letztlich apologetische Funktionen erfüllt, die auf faschistische – vielleicht sogar bloß auf akut terroristische – Gruppen reduziert wird und die konservativen Wurzeln und Bestandteile ignoriert oder unterschätzt[29]). Die Sinus-Studie verdeutlicht die Aktualität und Bedeutung der politisch-wissenschaftlichen Charakteristik des gegenwärtigen Konservatismus und der unbestreitbar rechtsextremen Grundtendenz seiner exponiertesten Wortführer und Akteure.

Was ist „konservativ", was ist „Konservatismus"?

Ein Überblick über zwei Jahrzehnte Erörterungen zum Konservatismus offenbart, daß die Gültigkeit der in der BRD vorherrschenden Einschätzungen dem Einfluß dieser Strömung umgekehrt proportional ist. Das ist keine zufällige Erscheinung. Unsere abgestufte Fragestelllung enthält eine beabsichtigte Unterscheidung, die auf eine begriffliche Quelle von Mißverständnissen weist. Letzteres wurde in etlichen Antworten auf die „Zeit"-Umfrage „Was heißt hier konservativ?" im Herbst 1981 sichtbar. Mehrere der Befragten versuchten, „konservativ" im Sinne von demokratisch oder sozial Bewahrens- und Erhaltenswertem in Anspruch zu nehmen. Heinrich Böll schrieb: „Konservativ – das bedeutet, das Grundgesetz von 1949 zu erhalten und zu bewahren"[30]). Auf die Zwiespältigkeit und den negativen Effekt eines solchen Umgangs mit politischen Grundbegriffen wies Maria Böhm unmittelbar danach hin[31]). Reinhard Opitz hatte bereits auf dem Kolloquium zum zeitgenössischen Konservatismus im Mai 1981 in Jena verdeutlicht, daß begriffliche Verwirrung, verbunden mit demagogischen Ansprüchen und Verheißungen, dazu dient, das politische Wesen der antidemokratischen Vorstöße und Ziele der Rechten zu verschleiern[32]). Extensive oder andere willkürliche Auslegun-

29) Vgl. dazu Ludwig Elm, Aufbruch ins Vierte Reich? Zu Herkunft und Wesen einer konservativen Utopie, Berlin 1981.
30) „Die Zeit" v. 16. 10. 1981.
31) Maria Böhm, „Was heißt hier konservativ?" Über die Gefährlichkeit der Offensive von rechts und über einige „linke" Mißverständnisse, in: „die tat" v. 13. 11. 1981.
32) Reinhard Opitz, Zur Auseinandersetzung mit den konservativen Kräften in der BRD, in: Konservatismus in der BRD, Berlin 1982, S. 72 ff.

gen von „konservativ" oder „Konservatismus" tragen, selbst bei anerkennenswerten politischen Motiven, dazu bei, die damit zunächst und sehr begründet assoziierten historisch-politischen Erfahrungen zu relativieren, abzubauen und schließlich zu verdrängen. Daran sind die konservativen Hauptkräfte dringend interessiert, weil solche Erfahrungen und darauf gegründete Erkenntnisse ihren entschieden volks- und fortschrittsfeindlichen Ambitionen hinderlich sind. Bestimmte Verhaltensweisen im persönlichen oder politischen Alltagsbereich als „konservativ" zu kennzeichnen, enthält zunächst keinerlei grundsätzliche Bewertung. Solche Aussagen sind in ihrem Inhalt somit völlig vom jeweiligen Bezugssystem abhängig. Der radikalste Anarchist kann danach einschließlich seiner zerstörerischen Aktivitäten als „konservativ" bezeichnet werden, wenn er sich seine „Grundwerte" – die Feindseligkeit zur bürgerlichen Gesellschaft, zu Staat, Autorität und Hierarchie überhaupt – bewahrt. Die „naive" Auslegung von „konservativ" – sein" im Sinne von – inhaltlich beliebig austauschbarem – Bewahren und Erhalten knüpft an im menschlichen und sozialen Dasein nicht nur legitimen, sondern auch notwendigen Eigenschaften, Gewohnheiten und Verhaltensweisen an. Die neokonservativen Ideologen finden hier einen bevorzugten Einstieg, um ihre politischen Konzepte als angeblichen Ausdruck von primär menschlichen und menschheitlichen (existentiellen) Bedürfnissen zu interpretieren: „Man kann nicht vom Konservatismus sprechen, ohne vom Menschen zu sprechen, ohne darüber zu befinden, was zum *Wesen* des Menschen gehört." In diesem Sinn, fuhr Gerd-Klaus Kaltenbrunner fort, habe „der Konservatismus ein früher verdecktes menschliches Wesensmerkmal ans Licht gebracht: unsere bleibende Angewiesenheit auf Überlieferung, Autorität und einigermaßen intakte Institutionen;. . . "[33]). Die apologetische Funktion einer solchen anthropologischen Deutung ist offenkundig – aber ebenso die Untauglichkeit, auf diesem Wege zum historischen und sozialen Wesen des Konservatismus der Vergangenheit und Gegenwart zu gelangen.

Die eigentliche politische und gesellschaftswissenschaftliche Problemstellung besteht in der Frage nach dem Konservatismus als einer traditionsreichen, historisch-klassenmäßig determiniertenStrömung der Politik, der politischen Ideologie und der Gesellschaftskonzeption, die ihrerseits stets von anderen – beispielsweise sozialreformistischen, liberalen oder faschistischen – Strömungen grundsätzlich unterschieden, andererseits mit diesen in mancher Hinsicht verbunden und verflochten ist. Es ist damit die Frage nach Klassen, sozialen Schichten oder Gruppen, Richtungen, Schulen, Organisationen oder Persönlichkeiten, die einen spezifisch konservativen Anspruch in Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung, des Klassenkampfes, der Machtfrage, der Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse sowie der sozialen Struktur und des politischen Lebens geltend machen. Dabei ist die geschichts- und sozialphilosophische Komponente als ideelle Reflexion der jeweiligen konterrevolutionären und fortschrittsfeindlichen Interessen und Bestrebungen unbedingt einzubeziehen. *Konservatismus* ist keine über den Klassen,

33) Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Der schwierige Konservatismus, Herford und Berlin 1975, S. 35 f.

Schichten, Gruppen und Parteien, über ihren Interessen, Zielen und Kämpfen stehende Geisteshaltung, Verhaltensweise oder Summe politisch indifferenter Grundwerte. Er ist eine historisch gewachsene, in sich heterogene Strömung der Politik, der politischen Ideologie und der Gesellschaftstheorie, die die Existenzbedingungen historisch überlebter, volks- und fortschrittsfeindlicher Klassen, Schichten und Gruppen widerspiegelt und deren Interessen und Bestrebungen in weltanschaulich-ideologischer und gesellschaftspolitischer Hinsicht entschieden zum Ausdruck bringt. Konservatismus ist reaktionär: Seine Gegner sind stets die revolutionären und geschichtlich vorwärtstreibenden Klassen, Schichten und Bewegungen einer bestimmten historischen Epoche oder Phase; es sind jene Hauptkräfte des sozialen Fortschritts, deren Ideen und Kämpfe notwendig gegen die sozialen und geistigen Grundlagen, die Macht, die Privilegien und den Einfluß der vom Konservatismus repräsentierten sozialen Gruppen gerichtet sind. Die Kernposition konservativer Ideologie und Politik besteht seit Edmund Burke und bis zu den heutigen Neokonservativen der USA und der BRD darin, die Eigentums-, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse der antagonistischen Klassengesellschaft einschließlich der darauf gegründeten Privilegien, Normen und Ideologien bedingungslos zu rechtfertigen und zu verteidigen.

Der zeitgenössische Konservatismus bringt vorrangig grundlegende Interessen, Eigenschaften und Bestrebungen der monopolistischen Bourgeoisie zur Geltung. Er stellt im Wesen eine militante Variante ihrer Herrschaftsideologie, des Antikommunismus dar; nicht zuletzt lassen die Verlautbarungen der neokonservativen Ideologen selbst keinen Zweifel an der Hauptstoßrichtung gegen den Sozialismus, den gesamten revolutionären Weltprozeß und alle antiimperialistisch-demokratischen Bewegungen zu. Die fortschreitende Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der realen Machtpositionen bei immer kleineren Gruppen der Finanzoligarchie ist die sozialökonomische Quelle und Grundlage für die Vertiefung und Verhärtung des antiliberalen, antidemokratischen und friedensfeindlichen Wesens des Konservatismus der Gegenwart. Diese Tendenz kulminiert im Wechselverhältnis zwischen Rüstungskonzernen, Militarismus und Konervatismus ebenso folgerichtig und verhängnisvoll wie in dem zwischen Konservatismus und Faschismus[34]).

Der Neokonservatismus der achtziger Jahre steht in den Grundfragen des Ringens um Frieden, Rüstungsbegrenzung, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt in einer rund zweihundertjährigen, verhängnisvollen Traditionslinie des politischen Denkens und Handelns. Selbst die Anstrengungen um ein neues Image, nunmehr als eine angeblich zugleich konservative, liberale, demokratische und soziale Kraft, teilt er mit seinen Vorläufern, die sich – beispielswiese der „Jungkonservatismus" der Weima-

34) Vgl. weiterführend zu dieser Charakteristik und ihrem weltanschaulich-ideologischen Hintergrund: Konservatismus als politische Strömung und politische Ideologie, Berlin 1978; Ludwig Elm/Manfred Weißbekker/Eberhard Fromm, Konservatismus – Faschismus – reaktionäres geistiges ‚Erbe', Berlin 1979; Manfred Buhr/Robert Steigerwald, Verzicht auf Fortschritt, Geschichte, Erkenntnis und Wahrheit, Berlin 1981; Denken gegen die Zeit, Berlin 1981; Konservatismus in der BRD, Berlin 1982.

rer Republik oder der „New Conservatism" der fünfziger Jahre in den USA – ebenso wie er im Interesse aktueller Ansprüche vom gescheiterten und diskreditierten Ballast des Konservatismus vorangegangener Phasen zu entledigen suchten. Seine politischen und ideologischen Exponenten bezeugen in Wort und Tat das extremistische Wesen dieser Strömung, die keine Alternativen und keine Perspektiven für die Lösung der grundlegenden Probleme der Völker und der internationalen Gemeinschaft bieten kann – vielmehr aufgeboten wird, um grundlegende, das heißt doch radikaldemokratische und sozialistische, Wege und Lösungen zu verhindern. Das historische wie das aktuelle Material bieten genügend Anhaltspunkte, um Triebkräfte, Wesen und schließliche Aussichtslosigkeit der neuerlichen konservativen „Flucht nach vorn" zu erfassen und daraus angemessene Schlüsse abzuleiten.

„Neue Mehrheiten" und demokratische Bewegung

Grüne und Alternative Listen, außerparlamentarische Bündnisse und parlamentarische Repräsentanz

Von Fred Karl

Die sozialliberale Koalition ist zerbrochen, steht der CDU-Staat vor der Tür? Trotz der „neuen Mehrheit" von CDU/CSU und Genscher-FDP und der neuen Regierungskonstellation ist die parlamentarische und politische Situation offen. Ungewiß ist das Schicksal der FDP in den kommenden Bundestagswahlen. Ein wachsendes Protestpotential in der Bevölkerung und der Aufschwung außerparlamentarischer Bewegungen hat den Einzug grün-alternativer Listen in eine Reihe von Parlamenten gewirkt. Sind die Grünen die neue dritte Partei? Ermöglicht das Aufbrechen eines nahezu drei Jahrzehnte konstanten Parteiensystems auch „neue Mehrheiten" für eine fortschrittliche Politik?

Mögliche Anworten darauf, wie die zunächst drohende Rechtsentwicklung aufzuhalten ist, ergeben sich, wenn man die Ursachen für den Vertrauensschwund vieler Menschen in die SPD/FDP-Regierungspolitik betrachtet.

Die Mehrheit der SPD- und FDP-Wähler verstand sozialliberale Politik als eine Politik für Entspannung und Frieden, für soziale Reformen, Sicherung von Arbeitsplätzen, Ausweitung demokratischer Rechte. In Zeiten des ökonomischen Wachstums ließen sich Kapitalinteressen und Arbeitnehmerinteressen in einer sozialpartnerschaftlichen Politik vermitteln; unter den Bedingungen der kapitalistischen Dauerkrise gerieten die Erwartungen der sozialliberalen Wähler und eine an den Kapitalinteressen orientierte SPD-Regierungspolitik in Widerspruch zueinander.

1981 verlor die SPD 33 000 Mitglieder und 9% ihrer Wählerstimmen. Dieser Trend setzte sich 1982 fort und wurde erst mit dem Ende der sozialliberalen Koalition und der Hessen-Wahl zunächst einmal gestoppt. Die Wirksamkeit von drei Wählerströmen, die Richtungen der SPD-Verluste angeben, ist aber nur teilweise aufgehoben.

1. Die Stimmenverluste für die SPD waren zum einen Teil darin begründet, daß die SPD ihre eigenen Stammwähler (v. a. aus der Arbeiterschaft) mit ihrer Regierungspolitik nicht mehr ausreichend zur Stimmabgabe motivieren konnte. Die „Partei" der Nichtwähler, so ermittelte eine Untersuchung über SPD-Verluste in Großstädten, überstieg „dabei in vielen Städten schon die Zahl der von den Sozialdemokraten mobilisierten Anhänger"[1]). Kurz vor der Hessen-Wahl konnte die Mitglieder- und Stammwählerbasis der SPD mit einer Kampagne gegen den „Verrat in Bonn" wieder aktiviert werden. Ein dauerhaftes Zurückgewinnen dieses Potentials dürfte aber nur über eine tatsächliche Veränderung der SPD-Politik auch in den Ländern und Kommunen möglich sein.
2. Dasselbe gilt für die überdurchschnittlichen Verluste der SPD in den Wahlen (vor Hessen) an die CDU/CSU, die mit sozialer Demagogie an die Enttäuschungen ehemaliger sozialliberaler Wähler anknüpfen konnte und gerade auch in Arbeiterstadtteilen hinzugewann[2]).
3. Auch von der Hessen-Wahl nicht aufgehoben, sondern erneut bestätigt wurde der Einbruch der Grün-Alternativen in den Bereich der Jung- und Erstwähler. Die SPD droht die Jugend, quer durch alle sozialen Schichten, zu verlieren. In den symbolträchtigen, zentralen Fragen der Bewegungen – Frieden, Raketen, Atomkraft, Jugendarbeitslosigkeit, Hausbesetzungen – finden viele junge Menschen keine Identifikation mit sozialdemokratischer Regie-

1) Die Studie wurde von dem Wiener Sozialwissenschaftler Ernst Gehmacher und dem Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Köln, Manfred Güllner erstellt.

2) „Für soziale Demagogie und reaktionäre Krisenlösungsvorschläge der CDU . . .sind vor allem solche Arbeiterklassengruppen anfällig, die aufgrund ihres höheren Alters (über 35) durch den militanten Antikommunismus aus der Zeit des kalten Krieges, die Zeit des sog. ‚Wirtschaftswunders', zeitweilige Erfolge sozialpartnerschaftlicher Gewerkschaftspolitik und durch eine starke, meist an der SPD orientierte parlamentarische Fixiertheit bei weitgehender Aufgabe eigenständiger Interessenvertretung bewußtseinsmäßig geprägt wurden". Lothar Bading, Beispiel Hamburg: Soziale Bewegungen – politische Strömungen und Verallgemeinerungen – Wahlen, in: „Marxistische Studien", Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt/M. 1982, S. 140.

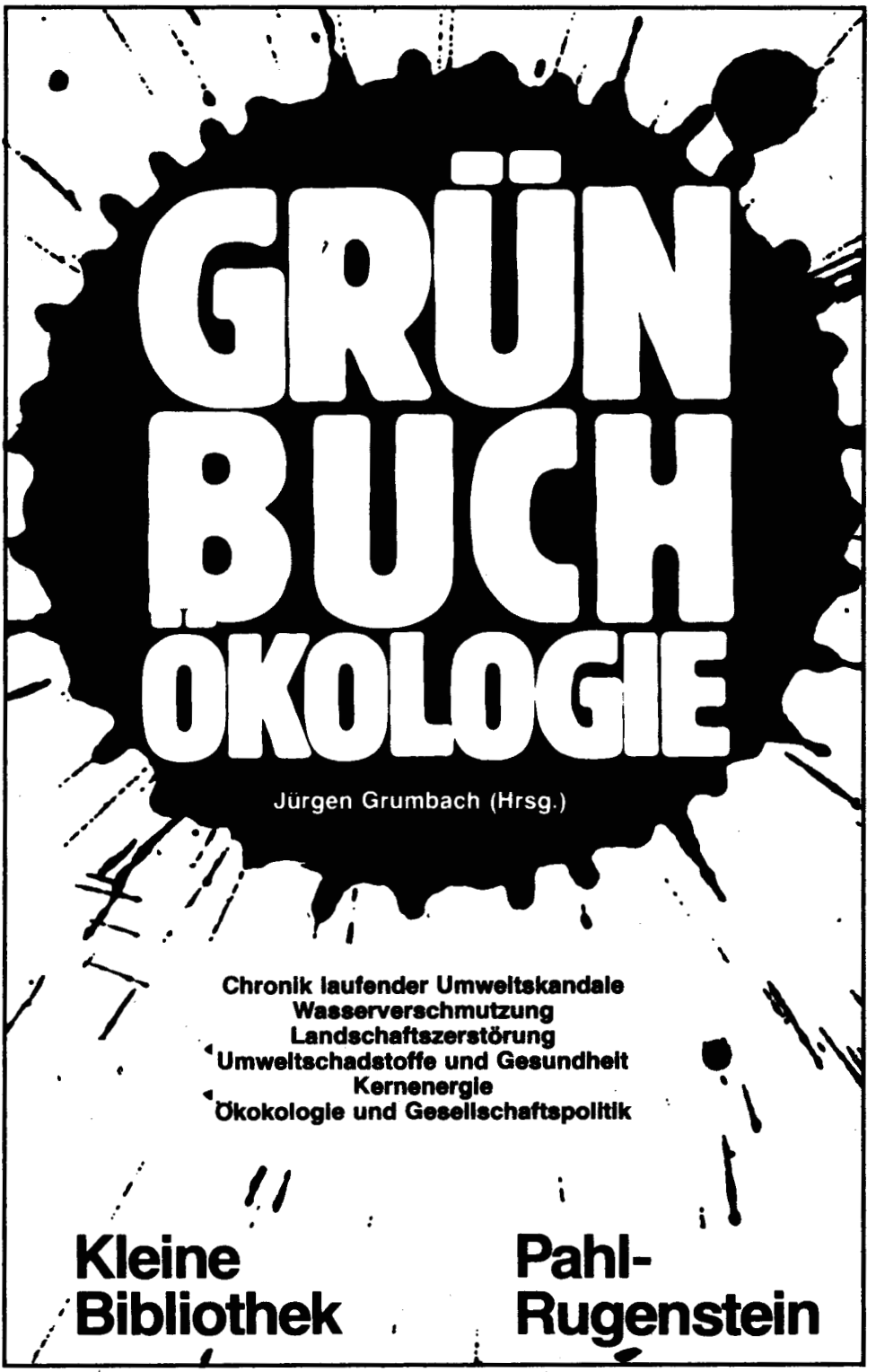
rungspolitik, christlich-demokratischer „Opposition" und Sozialpartnerschaftsideologie der DGB-Spitze. Die „Kinder der sozialliberalen Koalition" machten ihre prägenden politischen Erfahrungen in einer Zeit wachsender ökonomischer und ökologischer Verschlechterungen und ungebrochener Aufrüstung. Es gibt, im Unterschied zum Ende der 60er Jahre, als die CDU-Ära zu Ende ging, keine unverbrauchte etablierte Partei mehr, die diese „Krisengeneration" integrieren könnte. Teile dieser Jugend, sofern sie sich nicht anpassen oder aussteigen, engagieren sich für die eigenen Belange und setzen auf eine politisch selbst noch unerfahrene Kraft der Grün-Alternativen. Die Bundesrepublik steht am Scheideweg ihrer Entwicklung. Die SPD/FDP-Regierung hat den Weg für die Rechtsentwicklung bereitet, den die CDU/CSU jetzt umso konsequenter fortzuführen gewillt ist. Dennoch besteht immer noch die Möglichkeit, diesen „Trend" zu verhindern: deutlichster Ausdruck einer Gegentendenz ist das Erstarken der demokratischen außerparlamentarischen Bewegungen gegen die geplante Raketenstationierung, gegen Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau und Umweltzerstörung.

Im folgenden soll untersucht werden, welche Impulse von der Gewerkschafts- und Friedensbewegung ausgehen könnten. Der größere Teil dieses Beitrags beschäftigt sich dann damit, wie die neue „dritte Kraft" der Grün-Alternativen beansprucht, das Protestpotential parlamentarisch umzusetzen und welche Probleme sich dabei ergeben.

Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung?

Bisher hat der DGB – abgesehen von der Demonstration der 70 000 IG Metall-Gewerkschafter im Herbst 1981 in Stuttgart – seine Forderungen für ein 50 Mrd. Beschäftigungsprogramm nicht in eine bundesweite Mobilisierungsstrategie umgesetzt. Die Zeit der Rücksichtnahme auf eine SPD-Regierung durch die dominierende sozialpartnerschaftliche Strömung im DGB schien bereits vor dem Bruch der sozialliberalen Koalition zu Ende zu gehen; die große DGB-Demonstration am 23. Oktober 1982 in Dortmund wurde schon vor dem Rücktritt der FDP-Minister vorbereitet. Angesichts noch krasserer Sparmaßnahmen zu Lasten der Arbeitnehmer, der Arbeitslosen, Kranken, Schüler und Studenten durch eine CDU-geführte Bundesregierung sollte diese DGB-Demonstration Auftakt einer gewerkschaftlichen Massenbewegung im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und soziale Verschlechterungen sein.

Vor Ort haben in den letzten zwei Jahren Abwehrkämpfe gegen Betriebsstillegungen zugenommen. Bemerkenswert dabei sind die Zusammenarbeit mit außerbetrieblichen Bürgerinitiativen gegen Arbeitsplatzvernichtung (z. B. bei Hoesch Dortmund, Zanker Tübingen, Enka Kassel) und erste Überlegungen von Betriebsräten und Belegschaften für Alternativvorschläge zur Weiterführung der Produktion. Notwendig ist auch die gewerkschaftliche Zusammenarbeit mit und die Unterstützung der an Zahl zunehmenden Arbeitsloseninitiativen und -treffs, sowie der Kontakt mit den kommunalen Anti-Rotstift-



prv-aktuell. Kleine Bibliothek Band 207. 243 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Karten, Skizzen und Tabellen, DM 10,—. ISBN 3-7609-0727-X

Bündnissen, „Aufschrei"- und Selbsthilfegruppen, die sich über die „Initiative soziale Sicherheit" koordinieren.

Bei all denen, die an einer Stärkung der demokratischen Bewegung als Voraussetzung für fortschrittliche „neue Mehrheiten" interessiert sind, sollte die potentielle „Gegenmacht" in der gewerkschaftlichen Infrastruktur nicht vergessen werden. Die 150 000 gewerkschaftlichen Betriebsratsmitglieder, die eine kontinuierliche Interessenvertretungsarbeit tragen, stellen ein überdurchschnittliches und konstanteres Mobilisierungspotential dar als das in der Größenordnung vergleichbare, aber instabilere Potential von 60 000 bis 170 000 aktiven Mitgliedern von Bürgerinitiativen[3]). Zudem ist mit einer Generationsablösung bei den ehren- und hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären zu rechnen: nach und nach werden die durch Nachkriegszeit und Sozialpartnerschaft geprägten Kader durch mittlere Jahrgänge abgelöst, die z. T. die Lehrlingsbewegung mitgetragen und in gewerkschaftliche Forderungen umgesetzt haben[4]). Eine autonome, kämpferische Entwicklung in den Gewerkschaften könnte sowohl durch kampferfahrene Kader der Industriegewerkschaften als auch durch junge Gewerkschafter aus nichtindustriellen Bereichen, aus Gruppen mit dem größten Zuwachs in der gewerkschaftlichen Organisierung (Angestellte und Frauen) vorangetrieben werden. Diese neuen, höherqualifizierten Gruppierungen der Lohnabhängigen, die sich sowohl gewerkschaftlich als auch in der Friedensbewegung und in kommunalen Bürgerinitiativen engagieren, könnten „Scharnierfunktionen" sowohl zum Kern der Arbeiterschaft in den Industriebereichen als auch zu den neuen sozialen Bewegungen erfüllen[5]).

Die Integration von Friedens- und Umweltschutzbewegung

Es gibt inzwischen kaum mehr ein wichtiges Thema, zu dem nicht „alte" und „neue" Bewegungen mit inhaltlichen Alternativen hervortreten[6]). Tatsächlich sind die außerparlamentarischen und Bürgerinitiativ-Bewegungen in den letzten Jahren nicht nur quantitativ angewachsen, sie haben seit Beginn der 80er Jahre auch einen qualitativen Reifungsprozeß durchlaufen.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre dominierten die Anti-AKW-Initiativen das außerparlamentarische Bild. Noch 1980 kam eine Analyse der ökologischen Protestbewegung zu dem Ergebnis: „Atomwaffen sind kein Mobilisierungsfaktor"[7]). Die erste gemeinsame Demonstration von Umweltschutz- und Friedensbewegung „Gegen Rüstung und Atom" von BBU und DFG/VK im Herbst 1980 war bei den Bundeskonferenzen der AKW-Gegner wegen Abgrenzung zur „von der DKP beeinflußten DFG/VK" noch heftig umstritten.

3) Vgl. Witich Roßmann, Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik, in: ebd., S. 62.
4) Vgl. Harald Werner, Die Sozialpsychologie der Arbeiterklasse und die „neuen sozialen Bewegungen", in: ebd., S. 88.
5) Vgl. Witich Roßmann, a.a.O., S. 65 und 71.
6) Vgl. die Dokumentensammlung von Heinrich Billstein/Klaus Naumann (Hrsg.), Für eine bessere Republik, Alternativen der demokratischen Bewegung, Köln 1981.
7) Harry Tallert, Protest als Programm, in: „aus politik und zeitgeschichte", 26/1980, S. 17.

Mit dem breiten Bündnisspektrum des Krefelder Appells vom November 1980, der die Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 fordert und mit der Zielsetzung auf die Sammlung von (zunächst) 1 Million Unterschriften eine umsetzbare Orientierung zum gemeinsamen Handeln und zum Ansprechen weiter Bevölkerungskreise entwickelte, wurde angesichts dieser neuen Dimension atomarer Bedrohung eine umfassende Dynamik in Gang gesetzt: die vorher nahezu ausschließlich von den „traditionellen" Friedenskräften getragene Friedensbewegung wurde zu einer „Klammer" der anderen, bisher nebeneinander agierenden neuen sozialen Bewegungen. Ökologie- und Frauenbewegung haben die Friedensthematik in das eigene Selbstverständnis mit aufgenommen. Den Beteiligten der Massendemonstrationen gegen Startbahn West, Wiederaufbereitungsanlagen und Schnellen Brüter ist der direkte Zusammenhang dieser Großprojekte zu militärischen Interessen bewußt geworden.

Die Friedensbewegung selbst hat sich zu einer Volksbewegung entwickelt, die – im Gegensatz zu anderen, soizialstrukturell stärker geprägten Bewegungen – alle sozialen Schichten und politischen Lager erfaßt, bis in Kirchen und etablierte Parteien hineinwirkt und auch von wichtigen gewerkschaftlichen Teilgliederungen Unterstützung erhält. Auch wenn notwendigerweise Fragen, die über die unmittelbare Verhinderung der Raketenstationierung hinausgehen (soziale Verteidigung, Blockfreiheit), strittig sind, hat die außerparlamentarische Bewegung über die Raketenfrage eine neue Qualität erreicht[8]):

a) hinsichtlich der Ausstrahlungskraft von Massendemonstrationen und Ostermärschen, die jeweils mehrere Hunderttausend Menschen umfaßten;

b) angesichts des Niveaus an Selbsttätigkeit und Einfallsreichtum der vielfältigen Friedensaktionen bis in Kleinstädte und „Provinz", wo bisher keine Bürgerinitiativen und gesellschaftskritische Anstöße zu verzeichnen waren;

c) mit dem Grad demokratischer Vorbereitung der Friedensaktionen wie bei den bundesweiten Koordinationstreffen, wo sich Vertreter von über tausend Organisationen aller politischen Strömungen trotz Spaltungsversuchen auf gemeinsame Aufrufe einigten;

d) der inhaltliche Zusammenhang der Bewegungen, an der sich in Aussagen wie „Keine Startbahn für den dritten Weltkrieg" und „Keine Frauen in die Bundeswehr!" ausdrückt. Diese Kristallisationsfunktion der Friedensbewegung liegt auch darin, daß ohne Zurückdrehen der Hochrüstung keine Forderung der einzelnen Bewegungen (Finanzierung von Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit; Sozialpolitik; Bildung) eingelöst werden kann. Der Zusammenhang von Rüstung, wirtschaftlicher Krise und Sozialabbau wird auch ein stärkeres Engagement der Gewerkschaften in der Friedensbewegung erzwingen.

8) Vgl. Thomas Harms, Probleme der neuen Friedensbewegung, in: „Marxistische Studien", Jahrbuch des IMSF 5, S. 211 f.

Parteienentwicklung und Parlamentarisierung

Bürgerinitiativen entstanden immer zunächst aus konkreten, örtlichen Anlässen als Eigenaktivität der Betroffenen, deren Interessen von den bürgerlichen Parteien im repräsentativen Institutionensystem ungenügend wahrgenommen wurden. Die überregionale Koordination der Bürgerinitiativen und der Austausch von Erfahrungen trugen dazu bei, daß aus Ein-Punkt-Initiativen eine soziale Bewegung entstand, die ihren Themenbereich ausweitete und nach gesamtgesellschaftlichen Erklärungen und Alternativen suchte[9]). Dieser Verallgemeinerungsprozeß hin zu einer Ökologie- und Alternativbewegung wurde von gesellschaftlichen Vorstellungen bestimmter sozialer Schichten (Intellektuelle, neue Mittelschichten) ideologisch beeinflußt und von politischen Kräften (wertkonservative Umweltschützer, neue Linke und Überreste maoistischer K-Gruppen) organisatorisch zu formen gesucht.

Die Gründung von grünen, bunten und alternativen Listen als „Zusammenschluß von Bürger- und „Basisinitiativen" (so z. B. die Bunte Liste Hamburg) widersprach der Überparteilichkeit der Bürgerinitiativen und führte dazu, daß die in den BIs mitarbeitenden Mitglieder verschiedener Parteien wieder in parteipolitischer Konkurrenz zueinander standen. Die Arbeit in den Initiativen wurde dadurch erschwert. 1978/79 hatte die „Grüne Liste Umweltschutz" Niedersachsen, die Bunte Liste Hamburg (BuLi) und die „Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz" (AL) West-Berlin jeweils über 3,5 % erreicht. Die Wahlprogramme bestanden größtenteils aus einer zusammenhanglosen Aufzählung der Forderungen beteiligte Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen, vor allem aus dem ökologischen Themenbereich. Es existierte z.B. noch kein Programmpunkt „Friedenspolitik": „aus dem Feld der BuLi arbeitete keine ‚Initiative' hierzu. Das galt für weitere soziale Bereiche ebenso"[10]).

Mit dem Anspruch, parlamentarischer Arm der BI-Bewegung zu sein, wurde die Partei der Grünen gegründet. Jedoch nicht in erster Linie Mitglieder von Bürgerinitiativen, sondern bereits bestehende politische Strömungen und Organisationen sowie „prominente" Einzelpersonen, die einen neuen Einstieg ins Institutionensystem suchten, bildeten eine gemeinsame organisatorische Plattform mit der inhaltlichen Ausrichtung eines „dritten Wegs": „Undogmatische Linke" wie Rudi Dutschke, ehemalige Sozialdemokraten wie Petra Kelly und Olaf Dinné, Anthroposophen aus dem „Achberger Kreis", aber auch konservative Kräfte wie Herbert Gruhl (CDU/Grüne Aktion Zukunft–GAZ), Haußleiter (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher–AUD) und Baldur Springmann. Die Parteigründung war auf Wahltermine ausgerichtet; die Grünen wollten den wachsenden Unmut der Wähler über die Verschlechterung der Lebensbedingungen und die Abwendung von

9) Vgl. Fred Karl, die Bürgerinitiativen, Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung, Frankfurt/M., 1981, S. 65 f. und 79 f..

10) Thomas Langer (-Ebermann)/Rainer Link, Ein Ausgangspunkt, zwei Wege; Über den Umgang mit Defiziten linker Politik in Hamburg, in: Rainer Schiller-Dickhut u. a., Alternative Stadtpolitik, Grüne, rote und bunte Arbeit in den Ratshäusern, Hamburg 1981, S. 130.

den etablierten Parteien nutzen. Die Bildung der „Sonstigen politischen Vereinigung (SPV) Die Grünen" 1979 wurde mit Blick auf die Europawahlen (3,2%) vorgenommen. Nach dem Erfolg der Bremer Grünen Liste vom Oktober 1979, wo mit 5,1% erstmals der Einzug in ein Landesparlament gelang, wurden Landesverbände für die Landtagswahlen 1980 in Baden-Württemberg (5,3%), Saarland und Nordrhein-Westfalen (2,9 bzw. 3%) gegründet. Vor den Bundestagswahlen 1980 (1,5%) fanden innerhalb mehrerer Monate der Gründungsparteitag Karlsruhe, der Programmparteitag Saarbrücken und der Wahlparteitag Dortmund statt[10a]). Bis zu diesem Zeitpunkt (Ende 1980) bestand im Spektrum der außerparlamentarischen Bewegung aber noch nicht die überwiegende Absicht, in die Parlamente zu gehen bzw. sich von einer grünen Partei vertreten zu lassen. Mit der Entwicklung der Friedensbewegung und der zunehmenden Zusammenarbeit der außerparlamentarischen Strömungen kam 1981/82 eine Diskussion um eine gemeinsame Wahlbewegung auf. Gegenwärtig sind sowohl „Alternative Listen" (West-Berlin 1981: 7,2%), „Grün-Alternative Listen" (Hamburg 1982: 7,7%) als auch grüne Alleinkandidaturen Bremen 1979: 5,1%, Baden-Württemberg 1980: 5,3%, Niedersachsen 1982: 6,5% und Hessen 1982: 8%) in Parlamenten vertreten.

Diskussion um Wahlbündnisse

Ein Alleinvertretungsanspruch wurde vor allem bei den hessischen Grünen deutlich. Zur Vorbereitung der Landtagswahl hatte der hessische Landesverband der Grünen im Sommer 1981 erst wieder aktiviert werden müssen. In der aus den Erfahrungen über den „herrschenden Block" im hessischen Landtag (109:0 Stimmen der SPD, FDP, CDU gegen ein Volksbegehren zur Startbahn West) entstandenen Diskussion um eine „weitestmögliche Zusammenfassung des linken, grünen und alternativen Protestpotentials" pochten die Grünen auf Erstgeburtsrechte und erhoben den „Anspruch, schon ihrerseits das gesamte Spektrum dieses Protestpotentials abzudecken"[11]). Sie lehnten auch eine Kandidatur der zu den neuen Bewegungen gestoßenen ehemaligen SPD-Mitglieder aus der „Initiative Demokratischer Sozialisten" von Manfred Coppik mit der Begründung ab, „der Linkssozialismus (sei) ebenso wie die Arbeiterbewegung gescheitert", eine „Generalabrechnung mit der SPD (sei) notwendig"[12]). Erstmals setzte sich der Monopolanspruch der Grünen gegen die eigene Selbstdarstellung als „Sprachrohr der Bürgerinitiativen" durch. Der Sprecher des Volksbegehrens gegen die Startbahn West, Alexander Schubart, wurde von der Liste gestrichen, weil er sich für die Bildung eines „größeren Bündnisses" einsetzte, in das sich die Grünen, als ein *Teil* des Protestpotentials hätten einbringen sollen[13]). Vor allem aber ignorierten die hessischen Grünen einen mit 80%-Mehrheit verabschiedeten Beschluß eines tausendköpfigen Plenums der Bürgerinitiativen „Keine Startbahn West", wo-

10a) Vgl. Reinhold Billstein, „Die Grünen" nach Saarbrücken, in: „Blätter", 4/1980, S. 391 ff..

11) Alexander Schubart, Ein breites Bündnis alternativer Kräfte, in: „die Tageszeitung" v. 3. 2. 1982, S. 3.

12) Bundesvorstandsmitglied Uli Tost laut „Unsere Zeit" v. 4. 3. 1982, S. 2.

13) „Auch die Grünen müssen Abstriche machen, d.h. sich selbst einbringen in ein größeres Bündnis, das halte ich für das Entscheidende"; Interview mit Alexander Schubart in: „Kasseler Stadtzeitung" 1/1982, S. 16.

nach diese überparteilich und außerparlamentarisch bleiben wollen, aber „dringend die Grünen und die sich bildende Alternative Liste auf(fordern), umgehend in Verhandlungen einen Konsens zur Landtagswahl zu finden. . . .Der Alleinvertretungsanspruch einer Gruppierung würde viele von uns ‚im Regen stehen lassen' und politisch nichts verändern können"[14]).

Bessere Voraussetzungen zur Bildung eines breiten Wahlbündnisses schienen für die Wahlen zum Hamburger Landesparlament gegeben. Das Konzept einer „offenen grünen Liste" (in Hessen gab es drei nicht-grüne Kandidaten auf mittleren Plätzen), so stellten führende Hamburger Grüne fest, „wäre in einem noch offenen Diskussionsprozeß eine Behauptung von Hegemonie"[15]). Ein linkes Wahlbündnis sollte sich aus der außerparlamentarischen Bewegung herausentwickeln. Der Landesbeistand der Hamburger Grünen trat zunächst „dafür ein, daß es zu einer möglichst einheitlichen Kandidatur aller ökologischen, demokratischen, sozialistischen Kräfte in Hamburg kommt. Jede *unnötige*, sachlich nicht begründete Spaltung wollen wir vermeiden"[16]); die AL-Initiative wollte eine Liste, „die tätsächlich alle relevanten linken Bewegungen repräsentiert"[17]). 12 Arbeitsgruppen, zusammengesetzt aus Mitgliedern verschiedenster fortschrittlicher politischer Strömungen und Bürgerinitiativen erarbeiteten im Sommer 1981 die Grundbestandteile für das kommunalpolitische Wahlprogramm, eine in dieser Form noch in keinem Bundesland erzielte Übereinstimmung außerparlamentarischer Kräfte zur Wirtschafts- und Haushaltspolitik, Arbeitsplatzbeschaffung, zum Sozial- und Bildungsbereich, zur alternativen Energiepolitik, zu Belangen der Frauen, Schüler und Mieter. Einig war man sich in der Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses und in Forderungen nach Umstellung der Rüstungsbetriebe auf Friedensproduktion. Diese inhaltlichen Grundlagen waren auch durch die Mitarbeit „traditioneller" politischer und gewerkschaftlicher Kräfte aus der Friedens- und Arbeiterbewegung entstanden. Der erreichte Konsens sollte dann aber nicht mehr für die Listenbildung gelten: mit Blick auf Wahlprozente und „öffentliches Ansehen"[18]) formulierten die Grünen „Essentials" wie Kritik der Sowjetunion und die generelle Ablehnung der friedlichen Nutzung der Atomenergie, um die aktiven Mitstreiter aus der DKP und ihrem Umkreis auszugrenzen[19]). Angesichts der Androhung einer grünen Allein-

14) Vgl. „die Tageszeitung" v. 12. 3. 1982, S. 5 und „Unsere Zeit" v. 17. 3. 1982, S. 3.

15) Jürgen Reents/Bernd Vetter, Ein Vorschlag zur Diskussion: Grün-Alternative Bündnisliste (Hamburg, 25. 8. 1981).

16) Erklärung des Landesbeistandes der Hamburger Grünen vom 16. 6. 1981; nachgedruckt in: argumente 1, Zur Diskussion über ein Wahlbündnis in Hamburg, hrsg. von der DKP Hamburg, S. 26.

17) Erklärung des Unabhängigen-Blocks, Die Alternative Liste Hamburg wird vorbereitet, in: argumente 1, a.a.O., S. 29.

18) „. . .haben die Grünen genügend Möglichkeiten, Kraft und öffentliches Ansehen, um einen erfolgreichen Wahlkampf allein hinzukriegen und Bündnisse irgenwelcher Art würden sich auf das erwartete Wahlergebnis ohnehin kaum durchschlagen, allenfalls in negativer Richtung". Willi K. Goltermann in: „Moderne Zeiten" 10/1981, Hannover 1981, S. 17.

19) Die DKP hat erstmals zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen, wie seitdem auch für die weiteren Landtagswahlen, ein „linkes, demokratisches Wahlbündnis" auf der Basis „gleichberechtigter partnerschaftlicher Zusammenarbeit aller Beteiligten" vorgeschlagen. „Viele haben wichtige Erfahrungen und Vorschläge in ein solches Bündnis einzubringen. Niemand sollte dabei seine Identität aufgeben, jede(r) Beteiligte wird seine politische, organisatorische Selbständigkeit bewahren". Vgl. „Unsere Zeit" v. 27. 6. 1981, S. 3.

Neu im Oktober

Karlheinz Lohs (Hrsg.)

Der kalte Tod

Chemische Waffen und Massenvernichtungsmittel
prv-aktuell
Kleine Bibliothek Band 273
Etwa 200 S., DM 10,—
ISBN 3-7609-0745-8
Ende Oktober

Generale für den Frieden

Nato-Generale gegen Nachrüstung
Aktualisierte und erweiterte Taschenbuchausgabe. Herausgegeben und mit einem Schlußwort versehen von Gerhard Kade
Kleine Bibliothek Band 258
Etwa 420 Seiten, ca. DM 16,80
ISBN 3-7609-0695-8

Günter Neuberger

Der Plan Euroshima

Aus Reden, Schriften von Reagan, Weinberger u. a.
prv-aktuell.
Kleine Bibliothek Bd. 252
212 Seiten, DM 10,—
ISBN 3-7609-0688-5

Adam Scharrer

Vaterlandslose Gesellen

Der erste Antikriegsroman eines Arbeiters
Kleine Bibliothek Band 266
276 Seiten, ca. DM 10,—
ISBN 3-7609-0731-8

Dieter Noll

Die Abenteuer des Werner Holt

Kleine Bibliothek Band 265
550 Seiten, ca. DM 14,—
ISBN 3-7609-0730-X

Werner Holt, zunächst fanatischer Anhänger und Mitläufer, freiwilliger Soldat, wird zum Zweifler, erkennt Kriegsursachen und Kriegstreiber und – leistet Widerstand. Ein faszinierender und spannend geschriebener Entwicklungsroman über den 2. Weltkrieg.

Georg Fülberth

Geschichte der Bundesrepublik in Quellen und Dokumenten

Kleine Bibliothek Band 268
Etwa 450 Seiten, ca. DM 14,80
ISBN 3-7609-0732-6

Memorandum '82

Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung – Alternativen der Wirtschaftspolitik
Kleine Bibliothek Band 262
Etwa 340 Seiten, DM 19,80
ISBN 3-7609-0725-3

Jürgen Grumbach

Grünbuch Ökologie

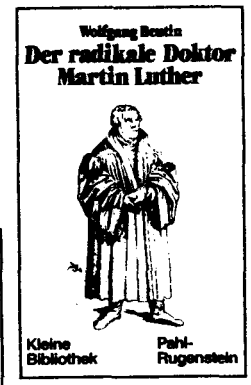
Kleine Bibliothek Band 270
Etwa 200 Seiten, DM 10,—
ISBN 3-7609-0727-X

Autoren: Arnim Bechmann, Ulrich Briefs, Ulrich Ewers, Jörg Heimbrecht, Helmut Hirsch, Uwe Lahl, Jo Leinen, Hubert Weiger u. a.

Wolfram Brönner/Heinz-Jürgen Nieth

Der Kampf um El Salvador

Volkserhebung und Intervention
Mit zahlreichen Fotos
prv-aktuell. Kleine Bibliothek Band 256
200 Seiten, DM 10,—
ISBN 3-7609-0689-3



Wolfgang Beutin

Der radikale Dr. Martin Luther

Ein Streit- und Lesebuch
Kleine Bibliothek Band 271
Etwa 220 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-7609-0733-4

Illustrierte Geschichte der deutschen frühbürgerlichen Revolution

Reichhaltige Ausstattung mit zahlreichen historischen Abbildungen
Ganzleinen mit Schutzumschlag
Format 25 × 31 cm
416 Seiten, DM 49,50
ISBN 3-7609-0686-9

A. N. Leontjew

Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit

Aus dem Russischen
Mit einem Vorwort von Klaus Holzkamp
Studien zur Kritischen Psychologie, Band 7
288 Seiten, DM 20,—
ISBN 3-7609-0387-8

Kasimierz Obuchowski

Orientierung und Emotion

Ein grundlagentheoretischer Beitrag zur psychischen Handlungsregulation
Studien zur Kritischen Psychologie Bd. 14
Etwa 280 Seiten, ca. DM 20,—
ISBN 3-7609-0442-4

DIALEKTIK 5
Darwin und die Evolutionstheorie

Redaktion: Kurt Bayertz, Bernhard Heidtmann und Hans-Jörg Rheinberger
Studien zur Dialektik
Etwa 200 Seiten, DM 19,80
ISBN 3-7609-0742-3
Ende Oktober

Jutta Schulke-Vandre

Grundlagen der Psychomotorischen Erziehung

Sport, Arbeit, Gesellschaft Band 21
Etwa 220 Seiten, DM 19,80
ISBN 3-7609-0739-3

Gisela Preuschoff

Von 0 bis 3

Alltag mit Kleinkindern. Mit zahlreichen Fotos und Karikaturen. Reihe Erziehung und Bildung
2., überarbeitete und verbesserte Auflage
Etwa 280 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-7609-0723-7
Ende Oktober

Florence Hervé

Geschichte der deutschen Frauenbewegung

Beiträge
Kleine Bibliothek Band 264
Etwa 240 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-7609-0729-6

Wir Frauen '83

Taschenkalender mit flexiblem Einband, voller Bilder und Daten, Porträts und Karikaturen, Tips und Texten. Jetzt im fünften Jahr. Auflage 100 000.
Herausgegeben von der Demokratischen Fraueninitiative (DFI). Redaktion: Florence Hervé und Elly Steinmann
320 Seiten, DM 8,50
ISBN 3-7609-0650-8

Pahl-Rugenstein Verlag

kandidatur war die AL-Initiative dann zur „Aufteilung der Hamburger Wahlbewegung in einen grünen und alternativen Block" im Verhältnis 50:50 der Listenplätze bereit, obwohl sie diese Aufteilung, bei der die Bürgerinitiativen, Mieter- und Frauengruppen nicht gefragt wurden, vorher noch als eine „Verhöhnung des basisdemokratischen Anspruchs"[20]) abgelehnt hatte. Die Grünen begründeten die Ausgrenzungspolitik damit, daß es im Gegensatz zur Zusammenarbeit in den außerparlamentarischen Bewegungen bei den Wahlen um „eine bestimmte politische Entwicklungsrichtung, für ein bestimmtes Konzept von Politik"[21]) gehe. Selbst das grün-alternative Wahlbündnis in Hamburg, das die Unterstützung der gesamten außerparlamentarischen Kräfte für sich in Anspruch nimmt, ist also zur Herausbildung einer spezifischen politisch-ideologischen Strömung, für eine bestimmte Parteienentwicklung gedacht[22]).

Schwächung der außerparlamentarischen Bewegung?

Dort, wo die Grün-Alternativen sich um Sitze bemühen, ist zu beobachten, wie die Orientierung auf Wahlen und Parlament den Großteil der Kräfte aufsaugt und mit einem Rückzug der Aktivisten aus der kontinuierlichen Kleinarbeit der Bürger- und Friedensinitiativen einhergeht. „Viele Illusionen sind abgelegt worden, das Ideal der Verbindung von außerparlamentarischem Widerstand mit Parlamentsarbeit nimmt heute eher die Form einer Arbeitsteilung an"[23]).

Gegenwärtig absorbiert die Parlamentsarbeit in den Hochburgen grün-alternativer Wahlerfolge aber nicht nur die Energie der direkt Gewählten, sondern bindet auch die Kraft von ehemals in Bürgerinitiativen Aktiven. Von den insgesamt 500 AL-Aktiven in West-Berlin arbeiten etwa 350 in Arbeits- und Bereichsgruppen den AL-Parlamentariern im Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen zu[24]). „In der Wirkung nach außen, in der Wahrnehmung von Journalisten, von Entscheidungsträgern in Verwaltungen und Parteien wird zwangsläufig die AL zum vorrangigen Träger entsprechender Inhalte und verdrängt darin die Bürgerinitiativen. . . .Die parlamentarische Arbeit der AL hat das außerparlamentarische Potential der Bürgerinitiativen zweifellos geschwächt. (Sie) unterliegen einem Bedeutungsverlust, der sich auch auf ihre Mobilisierungsarbeit"[25]) und langfristig auch auf die personelle Basis der grün-alternativen Listen negativ auswirken kann.

20) Sonderinfo der Bunten Liste vom September 1981, S. 3.
21) Erklärung des Landesausschusses der Hamburger Grünen vom 20. 10. 1981.
22) Der bei den Hamburger Grünen und in der GAL dominierenden ehemaligen Z-Fraktion des Kommunistischen Bundes um Thomas Langer-Ebermann, Willi K. Goltermann und Jürgen Reents (alles Mitarbeiter der Monatszeitschrift „Moderne Zeiten") geht es darum, die Wahlerfolge der Grünen als Positionen für eine zu entwickelnde ökologisch-sozialistische Partei zu nutzen.
23) Heiner Möller, Pressesprecher der GAL Hamburg, in: „Die Neue" v. 11. 6. 1982, S. 7.
24) Vgl. Ernst Hoplitschek, Partei, Avantgarde, Heimat – oder was? Die „Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz" in West-Berlin, in: Jörg R. Mettke (Hrsg.), Die Grünen, Regierungspartner von morgen ?, Reinbek 1982, S. 93.
25) Wolfgang Beer, Bürgerinitiativen – ade? in: „Zitty", 3/1982, Stadtillustrierte West-Berlin, S. 21.

Wohl kann die parlamentarische Arbeit auch qualitative Rückwirkung auf die außerparlamentarischen Initiativen haben, wenn sie deren Anliegen in die veröffentlichte Meinung bringen, und wenn im Parlament zu weiteren sozialen und politischen Problemen Stellung genommen werden muß und Alternativkonzepte entwickelt werden. Auf diese Weise wurde auch die Bildung neuer Bürgerinitiativen angeregt. Angesichts dieser Wechselwirkung ist es aber wichtig, sich Klarheit darüber zu verschaffen, für welche inhaltlichen Aussagen und programmatischen Zielsetzungen der grün-alternativen Fraktionen außerparlamentarische Zuarbeit geleistet wird.

„Nicht links, nicht rechts, aber vorn"?

Neben der Friedens- und Umweltfrage wird jede gesellschaftliche Kraft, die sich als dritte Partei stabilisieren will, an ihren Vorstellungen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen gemessen. Die gegenwärtige Konstellation innerhalb der Bundes-Grünen stellt ein labiles Gleichgewicht zwischen wertkonservativen, ökologischen und sozialliberalen Positionen dar; die grüne Strömung ist nicht außerhalb des politischen Koordinatensystems angesiedelt, wie der selbstgewählte Slogan „Nicht links, nicht rechts, aber vorn"[26]) nahelegt. Es ist nicht möglich, sich als politische Kraft unabhängig vom fundamentalen Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu verstehen. Die Geringschätzung „alter Gewerkschaftsforderungen" nach „mehr Lohn"[27]), die Zustimmung in Parlamenten für Gebührenerhöhungen – so die Marburger Grünen oder die Tübinger AL, die „beabsichtigte, die Bevölkerung mit höheren Preisen zum Energiesparen zu erziehen"[28])–, Forderungen nach drastischer Senkung der öffentlichen Haushalte, um das staatliche Wachstum zu begrenzen (Bremer Grüne Liste), sind den Interessen der Lohnabhängigen entgegengerichtet und blockieren die Zusammenarbeit von Arbeiterbewegung und den Grün-Alternativen.

Ausdruck des klassenneutralen Denkens auf politisch-parlamentarischer Ebene ist die der FDP vergleichbare Haltung, „nach allen Seiten offen zu sein" und die Rolle des „Züngleins an der Waage" zu übernehmen. Die Grünen Baden-Württembergs beispielsweise wollen ihr Potential ausbauen, indem sie in die „Besitzstände" der CDU und SPD einbrechen, „stille Reserven" bei Mittelstand und Bauern aktivieren. Unter den Bedingungen einer absoluten CDU-Mehrheit in Baden-Württemberg halten sie es für notwendig, „konsequenter als bisher auch das christlich-demokratische Potential anzugehen, wenn hier eine wirkliche politische Richtungsänderung erreicht werden soll"[29]). Diesem Gedanken ist sicherlich zuzustimmen, wenn es etwa darum geht, auch CDU-Anhänger z.B. für den Krefelder Appell zu gewinnen oder das

26) Vgl. Winfried Kretschmann, Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, Bemerkungen nach einem Jahr, in: Reiner Schiller-Dickhut, a.a.O., S. 108.
27) Petra Kelly in: „die Tageszeitung" v. 28. 1. 1982, S. 3.
28) Gerhard Bialas/Heidi Haug, Aktion Gläsernes Rathaus in Tübingen, in: Reiner Schillerl-Dickhut, a.a.O., S. 124.
29)) Wolf-Dieter Hasenclever, Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, Bilanz nach zwei Jahren Parlamentspraxis, in: Jörg R. Mettke, a.a.O., S. 115.

lohnabhängige Wählerpotential der CDU/CSU auf den Widerspruch zwischen der proklamierten Politik „für den einfachen Bürger" und der realen Bindung an das „große Geld" anzusprechen. Die Grünen Baden-Württembergs definieren sich jedoch selber als Partei mit „deutlich konservativer Ausrichtung" und sehen die Aufgabe, „Positionen zu besetzen, welche die CDU einer falschen Fortschrittsgläubigkeit zuliebe verlassen hat"[30]).

Solche Annäherungen werden auch von weiterblickenden CDU-Politikern registriert, die die Grünen in die Politik des Sozial- und Bildungsabbaus einzugliedern suchen. So kann sich der CDU-Fraktionsvorsitzende im niedersächsischen Landtag, Werner Remmers, in einer Reihe von Fragen eine Zusammenarbeit vorstellen und vertritt offensiv die Meinung, „daß die CDU den Grünen aufgeschlossen begegnen sollte, anstatt sich von ihnen scharf abzugrenzen"[31]). In mehreren Kreistagen und Stadtparlamenten kam es in inhaltlichen und personellen Fragen zu vereinzelter gegenseitiger parlamentarischer Unterstützung von CDU und Grünen.

Der Parlamentarisierungsprozeß der Bremer Grünen Liste führte innerhalb von zwei Jahren auf der Basis einer Politik der Forderung nach Kürzungen im Bereich von Sozialleistungen, Bildung und Gesundheitseinrichtungen in die Arme der CDU[32]). Olaf Dinné, Mitbegründer der Bundes-Grünen und inzwischen bei der „Ökologischen Demokratischen Partei" von Gruhl und Springmann gelandet, ortete 40% potentieller Grün-Wähler bei der konservativen „schweigenden Mehrheit". Das Ziel der BGL ist es, für Bremen „einen Machtwechsel von der SPD zur CDU herbeizuführen und – wenn dies 1983 gelungen sein sollte – mit der CDU in eine Koalition einzutreten"[33]).

Ansätze sozialreformerischer Politik der Grün-Alternativen

Die Grünen haben ihre Wahlerfolge, so der niedersächsische Spitzenkandidat Martin Mombaur (ehemaliges BBU-Vorstandsmitglied), „zum größten Teil den Skandalen, dem Unrecht und der Angst der Bürger vor Krieg und Gift zu verdanken und weniger eigenem positiven politischen Wirken."[34])

Mit dem Eintreten der SPD in die parlamentarische Opposition im Bund ist bald die die Grünen begünstigende Situation beendet, wo zwischen einer SPD-Regierungspartei und einer CDU-„Opposition" im Bundestag für den Wähler kaum Unterschiede zu erkennen waren. Vorausdenkende SPD-Politiker schlagen – inzwischen mit neuem Engagement – vor, Anliegen und Motive der Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung verbal in sozialdemokra-

30) Wolf-Dieter Hasenclever und Winfried Kretschmann, zit. n. Jörg R. Mettke, a.a.O., S. 12/13.
31) Werner Remmers, Grün – eine konservative Grundhaltung, Die CDU, und die Alternativen, in: Jörg R. Mettke, a.a.O., S. 119/120.
32) Olaf Dinné und Delphine Brox schreiben für den CDU-„Weser Report"; vgl. auch Olaf Dinné, Wollen wir diese Gemeinwirtschaft? (der SPD – d. Verf.), in: „Bremer Nachrichten" v. 3. 8. 1982.
33) Peter Willers, Den Tiefschlaf der Altparteien stören, Vom Auf und Ab der „Grünen Liste" in Bremen, in: Jörg R. Mettke, a.a.O., S. 176. Peter Willers folgte dem Kurs der anderen drei BGL-Abgeordneten nicht und wurde aus der Fraktion der BGL ausgeschlossen.
34) Martin Mombaur, Im Parlament und auf der Straße, Die Doppelstrategie der grünen Niedersachsen, in: Jörg R. Mettke, a.a.O., S. 145.

tische Oppositionspolitik aufzunehmen und wollen die Weichen dafür stellen, das grüne Protestpotential politisch zu beerben. Diese neue Situation stellt an die Grün-Alternativen vor allem inhaltlich-programmatische Anforderungen für eine realistische Tagespolitik. Mit der Politik der „Fundamentalopposition", sofern diese ein Ausweichen vor „der Mühe der Ebenen" (der Erkämpfung konkreter Verbesserungen) darstellt, dürften die Grünen jene Wähler verlieren, die umsetzbare Antworten auf die individuell drängendsten Probleme wie Arbeitsplatzbedrohung und Sozialabbau erwarten.

Ansatzpunkte für eine solche Politik entwickelten die Arbeitsgruppen im Vorfeld der GAL-Bildung in Hamburg, wo auch gewerkschaftlich orientierte Kräfte an der Programmentwicklung beteiligt waren, z.T. auch die AL Berlin (bei der es eine starke „fundamentaloppositionelle" Strömung gibt). Im Gegensatz zu den „Nein danke"- und „„Weg mit"–Programmen der ersten grün-bunten Listen erarbeiteten Arbeitskreise der AL 1981 ein an innerstädtischen Problemen orientiertes Wahlprogramm mit einem konkreten Wirtschafts- und Umweltschutzteil. Das beschäftigungspolitische Sofortprogramm „zu Lasten der hohen Einkommensschichten (soll) durch Ergänzungsabgaben oder durch Arbeitsmarktabgaben und den Abbau von Steuerprivilegien finanziert", öffentliche Investitionen gezielt in alternativen Energiebereichen getätigt werden. „Diese Initiative war immerhin der Anlaß für Gespräche mit dem DGB, der sich bis dahin kaum mit der AL auseinandergesetzt hatte"[35]). Der AL-Abgeordnete (und FU-Professor für Politik) Martin Jänicke stellt fest: „Die Alternativen diskutieren – in größerer Nähe zu den Gewerkschaften als früher – über Formen des qualitativen Wachstums. (. . .) Die Stärke der Alternativ-Bewegung könnte zunehmend darin liegen, daß sie dem wachsenden Heer von Arbeitslosen mit einer konsequenten und realistischen Beschäftigungspolitik begegnet – dies vor allem mit dem ökologischen Argument des wirtschaftlichen Umgangs mit Rohstoffen."[36])

Die GAL Hamburg machte ihr Programm mit einem (bereits vor den Wahlen veröffentlichten) 8-Punkte-Forderungskatalog für Sofortmaßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Rücknahme der Sparmaßnahmen im Sozial- und Bildungsbereich, Bau von Sozialwohnungen, Sanierung der Elbe und Ausstieg aus der Kernenergie zugunsten kraftwärmegekoppelten Heizwerken auch verhandlungsfähig (für die Frage der Tolerierung eines SPD-Minderheitssenats). Dieses Sofortprogramm, das auf die unmittelbaren Alltagssorgen und Interessen der Hamburger Bevölkerung eingeht, wird nicht nur von der 7,7 %-Wählerbasis der GAL getragen, sondern laut Meinungsumfragen auch von einer sozialdemokratischen Wählermehrheit unterstützt[37]). Inhaltlich ähneln GAL-Forderungen den (nicht eingelösten) SPD-Reformprogrammen früherer Jahre; im Unterschied zur SPD jedoch orientieren nach ei-

35) Ernst Hoplitschek, a.a.O., S. 91.
36) Martin Jänicke, Parlamentarische Entwarnungseffekte? Zur Ortsbestimmung der Alternativbewegung, in: Jörg R. Mettke, a.a.O., S. 79/80.
37) Vgl. Thomas Ebermann/Willi K. Goltermann, Das Konzept der GAL: Die SPD von links attackieren, zugleich mit ihr kooperieren, in: „Die Neue" v. 23. 7. 1982, S. 7.

genen Aussagen „die Forderungen der GAL . . .auf tatsächliche Änderungen in der Praxis"[38]), auf eine „Linkswende". Die Finanzierung (neben Kreditaufnahmen Erhöhung der Gewerbesteuer, Verbot von Abschreibungsgesellschaften, Maßnahmen gegen Steuerflucht) der populären GAL-Forderungen richtet sich gegen Kapitalinteressen und Spitzenverdiener. Dieser Minimalkatalog bietet die „Möglichkeit, der rechtssozialdemokratischen Argumentation, daß alle neuen sozialen Bewegungen gegen die Arbeiter gerichtert sind und Arbeitsplätze gefährden, die Legitimationsbasis zu entziehen. Weil die wirtschaftliche Lage der Hauptgrund für die Wahl der CDU durch ehemalige SPD-Wähler bzw. für deren Wahlenthaltung ist, ist dieser Minimalkatalog eine wichtige Antwort auf die soziale Demagogie der CDU"[39]).

Was die Arbeit in Stadtparlamenten angeht, so kommt die Bunte Liste Bielefeld, Herausgeber des bundesweiten „Informationsdienstes Alternative Kommunalpolitik"zu vergleichbaren Orientierungen. Sie kritisieren die „Lagermentalität" der „authentischen ALer", die Beschränkung des Wirkungskreises der Liste auf die engere Alternativ-Szene[40]).

Die Bundesdelegiertenversammlung der Grünen Partei im November 1982 könnte bereits zeigen, ob im zu verabschiedenden Grundlagenpapier „grüner Wirtschaftspolitik für sinnvolle Arbeit, gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau" Positionen jener Grün-Alternativen Eingang gefunden haben, die ökologische Politik mit Arbeitnehmerinteressen zu verbinden suchen.

Erfahrungen bisheriger parlamentarischer Zusammenarbeit von SPD und Grünen

Angesichts „Hamburger Verhältnisse" nun auch in Hessen (und möglicherweise bald auch im Bundestag) wird viel über eine mögliche Zusammenarbeit von SPD und Grünen diskutiert. Die bisherigen „grün-roten Bündnisse" haben unterschiedliche Ergebnisse gebracht. Nach den Kommunalwahlen 1981 in Hessen war die Wahl von SPD-Oberbürgermeistern in Darmstadt, Rüsselsheim, Kassel und Marburg nur mit Hilfe der Grünen oder grüner Wählergemeinschaften möglich. Die Darmstädter WGD erkaufte sich einen „kleinen Einfluß auf Entscheidungsprozesse . . .durch Anpassung"[41]). Das Marburger Bündnis zwischen SPD, FDP und Grünen hielt nur drei Monate, obwohl sich die Grünen dem Kurs von Gebührenerhöhungen bei Gas, Wasser, Müllabfuhr und im öffentlichen Nahverkehr unterordneten. In Rüsselsheim platzte der gemeinsame Haushalt 1982, weil der rechte Flügel der SPD die von der grünen FWG geforderte Errichtung eines Jugendhauses in einem sozialen Brennpunkt blockierte. Eine Haushaltssperre gefährdet die von den Kasseler Grünen ausgehandelten Projekte und Gelder für das Frauenhaus, für Lehrmittel und Verkehrsberuhigung. Bis auf OB-Wahl und Haushaltsverabschie-

38) Willi K. Goltermann, SPD nach der Hamburg-Wahl, in: „Moderne Zeiten", 7-8/1982, S. 7.
39) Jerry Sommer, Gedanken zur „Lage der Nation", in: „Rote Blätter", 9/1982, S. 23.
40) Rudolf Boch/Reiner Schiller-Dickhut/Michael Winter, Die alternative Wahlbewegung und die Kommunalpolitik – das Beispiel Bielefeld, in: Reiner Schiller-Dickhut, a.a.O., S. 36.
41) „die Tageszeitung" v. 28. 9. 1981, S. 3.

dung, wo die Stimmen der Grünen gebraucht wurden, wird „im Grunde der SPD-Magistrat . . .weitgehend von den drei etablierten Parteien gestützt"[42]).

In anderen Städten konnten konkretere Verhandlungsergebnisse erzielt werden. In Bielefeld stimmte die Bunte Liste für den SPD-Haushaltsplan bei Zusicherung von 3 Mrd. DM für Jugendzentrum, Frauenhaus und Fahrradwege. Als „Modell für die 80er Jahre" sehen Beteiligte die Zusammenarbeit von SPD und AL in der Bezirksverordnetenversammlung von Kreuzberg (16% AL bei einem Patt von SPD und CDU), dem West-Berliner Stadtteil mit den drängendsten sozialen Problemen. SPD und AL wählten in gegenseitiger Absprache die Kandidaten für die Stadtratsposten, darunter für das Baureferat einen populären AL-Vertreter (W. Orlowsky), eine alteingesessene „Integrationspersönlichkeit", die sowohl Ansprechpartner für die alten Menschen in Kreuzberg als auch für jugendliche Hausbesetzer ist. Auch inhaltlich kam es zu gemeinsamen Stimmabgaben: SPD und AL traten z.B. zusammen gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung für Altbauwohnungen ein; mit AL-Stimmen bekam ein SPD-Antrag für einen vorläufigen Räumungsverzicht besetzter Häuser die Mehrheit [43]).

Wie immer die Entwicklung der Grünen innerhalb und außerhalb der kommunalen und Landesparlamente weitergehen mag, die Frage: „alternative Politik oder neue dritte (oder vierte) Partei im Bonner Parteienspektrum der Bundesrepublik ist noch nicht entschieden.

42) „die Tageszeitung" v. 21. 7. 1982, S. 3.
43) Vgl. Jörg R. Mettke, Das Kreuzberger Modell, Stadtrat Orlowsky und das grün-rote Bündnis, in: Jörg R. Mettke, a.a.O., S. 58.

Kein Platz für das palästinensische Volk? (II)

Geschichte und Perspektiven des Palästina-Konflikts

Von Norman Paech und Gerhard Stuby

Der erste Teil dieser Studie erschien in Heft 9/1982 der „Blätter", S. 1097-1121. Er befaßte sich mit der Entstehungsgeschichte Israels und dem Schicksal des palästinensischen Volkes zwischen Exodus und Widerstand. Im nachfolgenden zweiten Teil werden abschließend die Entwicklung seit dem Oktoberkrieg 1973 und insbesondere die aktuelle Lage sowie die Perspektiven einer Lösung des Konflikts behandelt. D. Red.

III. Auf dem Weg zum Libanon-Krieg

1. Die durch den Oktober-Krieg von 1973 geschaffene Wende im Nahost-Konflikt

Der Oktober-Krieg von 1973 brachte einen tiefen Einschnitt in die Entwicklung des Palästina-Problems. Es ist hier nicht der Ort, Einzelheiten des Ausbruchs und des Verlaufs des Krieges nachzuzeichnen[1]). Die in vielen Darstellungen[2]) im Vordergrund stehende Fragestellung, ob die arabischen Staaten durch die Auslösung der militärischen Auseinandersetzungen vn ihrer Seite zum Aggressor geworden seien, scheint uns sekundär und zudem absurd zu sein. Niemand käme im privaten Bereich auf den Gedanken, jemanden, der sich gegen einen Einbrecher in seinem Haus zur Wehr setzt, des Hausfriedensbruchs zu bezichtigen[3]).

Die verschiedenen Vorwürfe, denen sich die arabischen Nachbarn im Palästinakonflikt ausgesetzt sehen, konzentrieren sich auf den Vorwurf der permanenten Aggression und Infragestellung des Existenzrechtes des Staates Israel, womit die Verantwortung für die verschiedenen Kriege und die ständige Expansion der israelischen Hoheitsmacht auf die Araber abgewälzt wird.

Bei der Prüfung der tatsächlichen Politik der arabischen Staaten sollte man sich allerdings über eine wesentliche Voraussetzung dieser Vorwürfe Rechenschaft geben. Es handelt sich, von ihren gesellschaftlichen und politischen Bedingungen her gesehen, um sehr verschiedene Regime. Unmittelbar nach ihrer Vertreibung sahen sich die Palästinenser mit der Herrschaft der Nationalbourgeoisien (Syrien bis 1963, Ägypten bis 1961, Libanon) einerseits und der Herrschaft feudal-patriarchalischer Dynastien (Ägypten bis 1952, Irak

1) Zu Ursache und Verlauf des Oktoberkrieges vgl. Wolfram Brönner, Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage, Frankfurt/M.1979, S. 164 ff.; Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel, Bonn 1977, S. 278 ff.
2) Vgl. die Nachweise bei Hollstein, a.a.O. S. 278 ff.
3) Ähnlich der damalige französische Außenminister Jobert in „Le Monde", v. 12. 10. 1973.

bis 1958, Jordanien und Saudi-Arabien) konfrontiert. Bis heute vollziehen sich in all diesen Ländern komplizierte gesellschaftliche Umwälzungen, die eine gemeinsame Politik gegenüber Israel nur in ganz herausgehobenen Momenten möglich machen. Auch ihr Verhalten gegenüber den im Widerstand gewachsenen Repräsentationsorganen des palästinensischen Volkes ist je nach Annäherung vor allem an die USA und je nach der Bereitschaft zur Komplizenschaft mit Israel ambivalent. Solange jedoch die PLO noch nicht als eigener politischer und vor allem militärischer Faktor effektiv wurde, waren sie objektiv der Träger des Widerstandes und Opfer israelischer Aggressionsakte.

Nur vom Standpunkt der zionistischen Zielsetzung, der Errichtung eines jüdischen Staats auf fremden Territorium, kann man gleichsam dem Opfer die Täterschaft zuschieben. Ist man mit diesem Faktum des „jüdischen Staats" einverstanden, ist derjenige, der dagegen angeht, jederzeit der Aggressor[5]). „Die arabischen Staaten betrachten Israel als ein koloniales Phänomen, das sich auf Kosten des palästinensischen Volkes breit gemacht hat. Dieses bleibt der einzige rechtmäßige Inhaber der Souveränität"[6]). Auf diesen Standpunkt und die arabische Radikalität mit der oft haßerfüllten Propaganda, die in den extremsten Elementen die Ausrottung Israels forderte, stützt sich der Aggressionsvorwurf. In der politischen Praxis der arabischen Staaten läßt sich dieser Vorwurf allerdings kaum belegen. Abgesehen davon, daß sich die UNO-Nahost-Resolutionen und -Beschlüsse fast ausschließlich gegen die israelische Politik und nicht etwa gegen die der arabischen Länder richten, steht heute fest, daß von den drei großen Kriegen 1947-49, 1956 und 1967 zumindest die beiden letzteren eindeutig von Israel inszeniert und begonnen wurden[7]). Der einzige von den Arabern eröffnete Krieg im Oktober 1973 ist wohl eher aus der Verweigerungspolitik Israels als aus einer Aggressivität der Araber zu erklären: „Wer wie Israel 6 Jahre lang arabisches Gebiet widerrechtlich besetzt hält, sich dieses Territorium anzueignen und seine Bewohner zu vertreiben sucht, sich allen internationalen Abmachungen widersetzt und jedwede Aufforderung zur politischen Mäßigung mißachtet, nur um die kolonialistische Politik der vollendeten Tatsachen fortzusetzen, darf sich nicht wundern, wenn der Verletzte eines Tages sich wehrt"[8]).

Diese zunächst mit Zustimmung Großbritanniens und später mit Unterstützung der USA verfolgte Politik der vollendeten Tatsachen, strikter Mißachtung der nationalen Rechte der palästinensischen Araber und der UNO-Beschlüsse ist der Grund dafür, daß der Konflikt immer wieder militärische For-

4) S. Ibrahim, Zur Genesis des palästinensischen Widerstandes 1882-1972, in: „Blätter", 5/1973, S. 1517 ff. (534 ff.).

5) Vgl. M. Riedmair, Souveränität über Jerusalem. Rechtliches und Zeitgeschichtliches zum politischen Problem, in: „Vereinte Nationen" (VN), 6/1980, S. 195 ff. (197 f.).

6) Kolloquium arabischer Juristen über Palästina, Die Palästinafrage, Algier 22.-27. Juli 1967, S. 92.

7) Dies ist ein Ergebnis der Arbeit von M. Rodinson, Israel and the Arabs, London 1969; R. E. Rouleau u.a. ‚Die dritte Schlacht – Israel und die Araber, Frankfurt/M. 1967; N. Weinstock, Le Sionisme contre Israel, Paris 1969.

8) W. Hollstein, Der Nahostkonflikt – ein historischer Abriß, in: Adnan Amad u. a., Nahostkrise, Basel 1967, S. 9 ff., 37; vgl. auch die Erklärung der Gruppe Israca (Israelisches revolutionäres Aktionskomitee im Ausland), zitiert nach: „Was tun?" (Frankfurt/M.), Nr. 46, 1973.

men annimmt. Die arabische Weigerung, Israel anzuerkennen, bezog sich immer auf einen derartigen auf Expansion und Vertreibung basierenden „jüdischen Staat". Die führenden Kräfte der PLO um Jassir Arafat haben spätestens seit dem Oktoberkrieg von 1973 auch offiziell die Bildung eines „Neuen Staates Palästina, in dem Moslems, Juden und Christen gemeinsam und gleichberechtigt leben sollen", propagiert und eingeräumt, „bis zur Erreichung dieses Ziels um die Jahrtausendwende herum als ersten Schritt auch eine Teillösung in Kauf zu nehmen, etwa die Gründung eines palästinensischen Staates in Ost-Palästina . . .kurz Westbank genannt"[9]). Dieses Ziel hatte Al Fatah sowie fortschrittliche Kräfte in den arabischen Ländern und Israel schon lange zuvor formuliert[10]).

Die Beseitigung Israels als Staat zugunsten eines neuen Staates Palästina mit gleichberechtigter Existenz aller Nationen ist also etwas anderes als die zionistische Propaganda von der geplanten Vernichtung der Juden. Israel hat jedoch bis auf den heutigen Tag jeden Plan eines gleichberechtigten Existenzrechtes von Juden und Palästinensern in einem gemeinsamen Staat abgelehnt. In den Worten Eric Rouleaus: „Israel wollte so, wie es war, anerkannt werden, mit der ganzen Beute der beiden Kriege, die es 1948 und 1956 errungen hat . . .Die Israelis sind es gewohnt, ihre Auffassungen gewaltsam durchzusetzen"[11]). Diese Feststellung hat sich leider bis in die Gegenwart bewahrheitet und entpuppt sich schließlich als der Kern der „Aggressivität" der arabischen Nachbarn.

Verlauf und vor allem Ausgang des Krieges von 1973 signalisierten tiefgreifende Änderungen, die sich im gesamten Nahost-Raum vollzogen hatten. Es zeichneten sich Tendenzen ab, die u. U. zu einer Lösung des seit Jahrzehnten schwelenden Konfliktes hätten führen können. Der Patt auf dem Schlachtfeld relativierte den Alptraum der arabischen Machtlosigkeit. Die Israelis hatten hohe Verluste an Menschen und Material hinnehmen müssen[12]). Die arabischen Armeen, insbesondere Ägyptens und Syriens, hatten bewiesen, daß sie moderne Waffensysteme, die sie größtenteils von der Sowjetunion erhalten hatten[13]), handhaben konnten und der mit modernstem amerikanischem Gerät ausgerüsteten israelischen Armee nicht wie bisher, insbesondere im Juni-Krieg 1967, hilflos ausgeliefert waren. Dennoch hätte ihre militärische Kraft nicht ausgereicht, letztlich den Israelis so zu widerstehen, daß diese zum ersten Male seit 1956 militärisch besetztes arabisches Gebiet wieder räumen mußten. Es kamen vielmehr noch andere Faktoren hinzu.

Es war nicht nur gelungen, trotz aller nach wie vor bestehender Differenzen zwischen den arabischen Staaten die militärischen Aktionen zu vereinen,

9) Nabil Scha-at, Planungschef der PLO, vor deutschen Journalisten in Beirut, zit. nach epd ZA Nr. 26 vom 6. 2. 1975. Dies wurde im März 1977 vom palästinensischen Nationalrat bestätigt, vgl. Y. Harkabi, Das palästinensische Manifest und seine Bedeutung, Stuttgart 1980, S. 175 ff.

10) Al Fatah, La Révolution palestinienne et les Juifs, Paris 1970, S. 159. Vgl. auch das „Manifest der Organisation Socialiste Israelienne" in N. Weinstock, Le Sionisme contre Israel, a.a.O., S. 568 ff.

11) E. Rouleau u. a., a.a.O., S. 4 u. 81.

12) Vgl. Brönner, a.a.O., S. 170.

13) Brönner, a.a.O., S. 172.

sondern auch die Ölwaffe als neuen Machtfaktor im Nahost-Konflikt in Rechnung zu bringen. Nach entsprechender Abstimmung gaben die arabischen Länder die Verringerung der Erdölförderung bekannt und begannen diese zu verwirklichen. Die Reduzierung erreichte praktisch 30% im Vergleich zum September 1973[14]). Gleichzeitig wurde über die USA und die Niederlande wegen ihrer aktiven Unterstützung für Israel ein absoluter Boykott verhängt. In erster Linie waren von diesen Maßnahmen die westeuropäischen Länder betroffen, weniger die USA[15]). Dort vollzog sich ein Wandel in der politischen Einstellung zum Nahost-Konflikt. Der Expansionismus Israels und die stets automatische Unterstützung der USA gerieten immer mehr ins Kreuzfeuer der westeuropäischen Kritik. Dies bewirkte wiederum eine Veränderung der amerikanischen Haltung, zumindest auf der verbalen Ebene.

Nicht außer acht gelassen werden dürfen die globalen Veränderungen der Kräfteverhältnisse, die im Gefolge der in den 60er Jahren erreichten militärstrategischen Parität zwischen USA und UdSSR entstanden. Insbesondere in Europa entwickelte sich die Politik der Entspannung mit bilateralen und multilateralen Vereinbarungen auf der Basis der Anerkennung der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten der beiden Gesellschaftssysteme[16]).

All diese Faktoren bündelten sich in der Behandlung der Nahost-Frage durch die UNO. Erstmalig in der Geschichte des arabisch-israelischen Konfliktes gelang es, den Beschluß des Sicherheitsrates über die Feuereinstellung unmittelbar mit dem Problem der Beseitigung der allgemeinen Ursachen des Konfliktes zu verbinden. Die am 22. Oktober 1973 angenommene Resolution 338 des Sicherheitsrates forderte sowohl die Feuereinstellung als auch die sofortige praktische Verwirklichung der Resolution 242. Der Entwurf dieser Resolution wurde von der UdSSR und den USA gemeinsam eingebracht[17]). Die Resolution 338 sah vor allem vor, „daß sofort und gleichzeitig mit der Feuereinstellung die betroffenen Parteien Verhandlungen unter geeigneter Schirmherrschaft mit dem Ziel aufnehmen, einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten herzustellen".

Entsprechend dieser Resolution kam es zur Einberufung der Friedenskonferenz zum Nahost-Problem in Genf am 21. Dezember 1973, an der fünf Staaten (USA, UdSSR, Ägypten, Jordanien und Israel) teilnahmen. Im Rahmen dieser Konferenz gelang es, unter der Schirmherrschaft der UNO nach verschiedenen Ausbruchsversuchen Israels, das immer wieder einen Waffenstillstand verzögerte und seine militärische Stellung zu verbessern suchte, Entflech-

14) Brönner, a.a.O., S. 179 f..

15) Vgl. A. Bator, Die Änderung des außenpolitischen Kurses der Carter-Regierung und die Verschärfung der Lage im Nahen und Mittleren Osten, in: „Deutsche Außenpolitik" (Berlin/DDR), 6/1980, S. 78 ff..

16) Vgl. hierzu mit weiteren Nachweisen Gerhard Stuby, Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung, „Blätter", 4/1980, S. 397 ff. und ders., Die Rolle der Bundesrepublik in der gegenwärtigen internationalen Krise, „Blätter", 5/1980, S. 528 ff.

17) Vgl. hierzu Friedemann Büttner, Zwischen Nahost-Konflikt und Palästinafrage. Lösungsbemühungen der Vereinten Nationen im Spannungsfeld von Genfer Konferenz und Camp David, VN, 6/1980, S. 189 ff.; Text der Resolution 338 in: VN, 6/1973, S. 206..

tungsabkommen zwischen Israel auf der einen und Ägypten und Syrien auf der anderen Seite abzuschließen[18]).

Diese Internationalisierung der Konflikte führen zur größten Isolierung Israels seit seiner Aufnahme in die Vereinten Nationen und zur bislang schärfsten Verurteilung seiner zionistischen Politik. Dennoch war sowohl in der Resolution 338 als auch in der Institutionalisierung der Genfer Konferenz ein Hauptmangel nicht zu übersehen. Nicht beteiligt war der Hauptbetroffene, das palästinensische Volk und sein legitimer Repräsentant die PLO. Das war um so erstaunlicher, als sich der palästinensische Widerstand, wie schon gezeigt, in organisierter Form längst herausgebildet hatte, und bei den gerade skizzierten Faktoren, die zu Veränderungen der politischen Szene im Nahost-Raum geführt hatten, die entscheidende Rolle spielt. In den folgenden Auseinandersetzungen sollten sich alle Argumentationen auf die Frage des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes, seines Inhaltes und seines Umfanges konzentrieren, als dem eigentliche Schlüsselproblem – und zwar im positiven wie im negativen Sinn.

Deutlich sind zwei Ebenen zu unterscheiden. Noch im Jahre 1974 gelang auf der UNO-Ebene – und zwar der Vollversammlung, die zu unterscheiden ist von der des Sicherheitsrates – mit den Resolutionen 3236 und 3327 auf der 29. Vollversammlung der Durchbruch. Nicht nur wurde dem palästinensischen Volk mit überwiegender Mehrheit das volle Selbstbestimmungsrecht einschließlich des Rechts, dies mit allen Mitteln durchzusetzen, zuerkannt. Vielmehr wird die PLO ausdrücklich als legitimer Repräsentant bezeichnet und ihre Beteiligung als Hauptpartei bei der Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten gefordert[19]).

Anders stellen sich jedoch die Bezüge außerhalb der UNO-Vollversammlung dar. Dort, wo die USA die Macht haben, unmittelbar ihre Interessen durchzusetzen, im Sicherheitsrat durch ihr Vetorecht, im bilateralen und multilateralen Kontext, dessen Zusammensetzung sie bestimmen können, wie den der Genfer Nahost-Konferenz, blockieren sie in enger Verbindung mit Israel jede Anerkennung und Beteiligung irgendeiner Repräsentanz des palästinensischen Volkes, insbesondere der PLO. Ihre Linie ist ein Ausgleich mit denjenigen arabischen Staaten, die wegen ihrer feudal-konservativen Gesellschaftsverhältnisse kooperationsbereit mit den USA sind, auf Kosten des palästinensichen Volkes und unter Zurückdrängung der nationalfortschrittlichen arabsichen Staaten[20]). Diese Konfliktlinie bestimmt bis heute die Auseinandersetzungen innerhalb der UNO. Das politische Problem für die Vollversammlung

18) Vgl. Hollstein, Kein Friede um Israel, a.a.O., S. 279 ff..

19) Vgl. Büttner, a.a.O., S. 191, Resolution 3236 (29) v. 22. 11. 1974, angenommen mit 89 gegen 8 Stimmen bei 37 Enthaltungen; Resolution 3237 (29) v. 22. 11. 1979, angenommen mit 97 gegen 17 Stimmen bei 19 Stimmenenthaltungen. Vgl. auch Edith Oeser, Das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und die Abkommen von Camp David, „Deutsche Außenpolitik", 11/1980, S. 80 ff..

20) Der Wechsel der amerikanischen Politik von Konfrontation zu Kooperation mit den arabischen Staaten ist gut herausgearbeitet bei Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel, a.a.O., S. 305 ff..

und die von ihr eingesetzten Ausschüsse[21]) ist es in den vergangenen Jahren gewesen, mit immer drängenderen Appellen den Sicherheitsrat zum Handeln zu bewegen. Um der Blockierung des Sicherheitsrates durch das Vetorecht der USA etwas entgegenzusetzen, hatte die 34. Generalversammlung den Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes zu eigenen Vorschlägen ermächtigt, falls nicht der Sicherheitsrat bis zum 31. März 1980 die Empfehlungen behandelt bzw. Entscheidungen aufgrund der Empfehlungen gefällt haben würde. Aufgrund dieser Ermächtigung war nach dem Veto der USA vom 30. April 1980 die 7. Notstandssondertagung der Generalversammlung zur Palästina-Frage einberufen worden, die zwar mit breiter Zustimmung eine Resolution verabschiedete[22]), darüber hinaus aber in der Sache keine Fortschritte erzielen konnte. Ob die jüngsten Vorgänge im Libanon, insbesondere das Massaker in Westbeirut, einen Stimmungsumschwung herbeiführen werden, der so stark ist, daß die USA ihre Blockierungspolitik im Sicherheitsrat aufgeben müssen, wird die weitere Zukunft zeigen.

2. Camp David und die Folgen

Bei allen Veränderungen der amerikanischen Nahost-Politik von Nixon bis Carter kann man doch auch bei ihr auf einige Konstanten hinweisen, die William Fulbright 1973 als „unsere eigenen nationalen Interessen" bezeichnete: die Kontrolle des sowjetischen Einflusses, die Unterstützung Israels, die Verbesserung der Beziehungen zu den arabischen Staaten, die Sicherung der Ölversorgung[23]). Eingefügt sind alle diese Ziele in den globalen Herrschaftsanspruch und das Bemühen um die Erhaltung des Status quo[24]).

Während Nixon diese Ziele noch vornehmlich mit Israel und dem Iran erreichen wollte, hatte Fulbright bereits die wichtige Rolle der arabischen Staaten erkannt, wie sie auch von der Brookings-Institution in Washington in zwei Berichten von 1973 und 1977 als wesentliches Element der Herrschaftssicherung und Einflußstabilisierung definiert wurde. Um die Position der USA zu stärken, müsse in der Region ein relativ stabiler Frieden auf der Basis einer Annäherung Israels und seiner arabischen Nachbarn – natürlich auf Kosten der radikalen Palästinenser – eingerichtet werden. „Jede neue Runde" des Konflikts nütze dagegen der Sowjetunion, indem dadurch die amerikanischen Bemühungen unterminiert werden, gute Beziehungen zu den Arabern herzustellen". Neben der UdSSR habe auch Israel ein Interesse, „die Region zwischen die Supermächte zu polarisieren – die erstere, um die sowjetischen Möglichkeiten zu verbessern, die Vereinigten Staaten völlig zu isolieren; die letztere, um die USA noch enger an israelische Interessen zu binden. Die Vereinigten Staaten müßte diese Polarisation vermeiden, wenn sie ihre Basis bei-

21) Wichtig sind vor allen Dingen der Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, wie der Sonderausschuß zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen. Vgl. zu den letzten Berichten VN, 4/1981, S. 129 ff..

22) Resolution ES/7/2 v. 29. 7. 1980, *Text in:* VN, 6/1980, S. 218 f.; vgl. ebd., S. 193 f..

23) U.S. Congressional Records, 21. 5. 1973, S/9446, vgl. „Middle East International" (London), Juli 1973.

24) Vgl. Michael T. Klare, Jederzeit, überall, mit allen Waffen. in: „Blätter", 5/1982, S. 531 f..

behalten wollen, Frieden und Entwicklung in der Region fördern zu helfen und die sowjetischen Anstrengungen einzudämmen"[25]).

Dementsprechend wurde die Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien, Kuwait und Jordanien intensiviert[26]), um insbesondere die PLO und die von ihr ausgehende revolutionäre Stoßkraft zu bekämpfen. In dieser Zielsetzung waren die USA bisher vor kaum einem Mittel zurückgeschreckt. So deckte Stephen S. Kaplan bereits 1973 auf, daß die USA die Syrer während des „Schwarzen Septembers" 1970 durch die Androhung eines direkten militärischen Einsatzes gegen Damaskus davon abgehalten hatten, den Palästinensern gegen die jordanischen Beduinen-Truppen zu Hilfe zu kommen[27]).

Diese „Erweiterung" der Nahost-Konzeption wurde von Carter insbeondere in Richtung Ägypten forciert, ohne aber das Sonderverhältnis zu Israel ernstlich anzutasten. Denn während er bei seinem Amtsantritt im Januar 1977 mit dem Versprechen einer „gerechten Lösung für das Problem der Palästinenser" an die arabischen Staaten herantrat und dies einige Monate später mit der Forderung nach einer „palästinensischen Heimstätte" (homeland), eigenständig oder „in einer Vereinigung mit Jordanien", konkretisierte[28]) – nicht mehr und nicht weniger hat Präsident Reagan in seiner jüngsten Nahostinitiative" gefordert –, verhinderte er im Februar 1977 eine Resolution des UN-Sicherheitsrats, in der der Vollzug der Resolution 242 und die Anerkennung der „unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf Rückkehr und des Rechts auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität in Palästina" gefordert wurde.

In ihrem verbalen Erscheinungsbild war die Nahost-Politik Carters durchaus ambivalent, ja widersprüchlich, und nährte zumindest anfangs die Hoffnung auf einen globalen Lösungsansatz der Palästina-Frage im Rahmen der Genfer-Friedenskonferenz[29]). Denn er nahm den Faden dort wieder auf, wo ihn Präsident Ford im November 1974 in Wladiwostok mit Breschnew geknüpft hatte. In dem Kommuniqué waren die „legitimen Interessen aller Völker, einschließlich des palästinensischen Volkes" angesprochen worden, und Außenminister Vance hatte drei Jahre später am 11. Oktober 1974 mit Gromyko eine Nahost-Erklärung abgegeben, in der Verhandlungen im Rahmen der „Genfer Friedenskonferenz unter Beteiligung der Vertreter aller in den Konflikt verwickelten Parteien, darunter des palästinensischen Volkes, und eine rechtliche und vertragliche Verankerung der auf der Konferenz erzielten Be-

25) Vgl. Robert E. Hunter, U. S. Policy in the Middle East, in: Henry Owen (Hrsg.), The next phase in Foreign Policy, The Brookings Institution, Washington 1973, S. 70 ff., zit. nach W. Hollstein, a.a.O., S. 308, 369; The Brookings Report: Toward Peace in the Middle East, in „Events-News magazine on the Middle East" (Beirut/London), 14/1977; vgl. auch W. Brönner a.a.O., S. 203 f..

26) N. Chomsky, Stratégie pétrolière ou politique de paix, in: „Le Monde Diplomatique", April 1977.

27) Stephen S. Kaplan, United States Aid and Regime Maintemence in Jordan 1957-1973, in: „Public Policy" (Washington),2/1975, S. 214..

28) Vgl. R.D. Preisberg, Carters neue Nahost-Politik, in: Stiftung Deutsches Überseeinstitut, Mitteilungen, Hamburg, II. Quartal 1977, s. 11 ff. , 19; F. Büttner, Zwischen Nahost-Konflikt und Palästina-Frage, VN, 6/1980, S. 189 ff., 192.

29) Vgl. etwa Abu Iyad, Heimat oder Tod, der Freiheitskampf der Palästinenser, Düsseldorf/Wien, 1979, S. 287.

schlüsse (als) der einzig richtige und wirksame Weg zur Erzielung einer grundlegenden Lösung aller Aspekte des Nahost-Problems in seiner Gesamtheit"[30]) bezeichnet wird. Ja, Carter hatte sogar der PLO die Teilnahme in Aussicht gestellt, wenn sie die Resolution 242 von 1967 akzeptiere und das Existenzrecht Israels anerkenne. Soweit war noch keine US-Regierung den arabischen und palästinensischen Interessen entgegengekommen – allerdings war der Druck der UNO zur Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen sehr stark geworden[31]). Von der Forderung nach einer Verhandlungslösung und Berücksichtigung aller Beteiligten einschließlich der Sowjetunion war die UNO nie abgewichen, sie hatte jeden Versuch eines Separatfriedens in richtiger Erkenntnis seiner Erfolglosigkeit für die Lösung des Palästina-Problems zurückgewiesen.

Genau dorthin steuerte jedoch die Carter-Administration[32]), was bereits mit der sogenannten Genfer Vorkonferenz in Kairo Mitte Dezember 1977 deutlich wurde, an der außer Israel, Ägypten und den USA nur ein UN-Beobachter teilnahm. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die Akteure über die Konsequenzen dieses Vorgehens nicht im klaren gewesen sind. Begin hatte niemals Zweifel aufkommen lassen. Der Wechsel von Genf zu Camp David entsprach jedoch besser ihren Interessen, die weit über das Palästinenser-Problem hinausgehen. Die Sowjetunion mußte auf jeden Fall aus dieser nicht nur für die westliche Erdölversorgung, sondern auch für den Waren- und Kapitalexport immer wichtiger werdenden Region ferngehalten werden. Desgleichen mußte jeder Faktor ausgeschaltet werden, der von innen die Stabilität der reaktionären, dem Westen eng verbündeten Regime gefährden könnte. Dies galt der PLO, die beseitigt werden müßte, damit „die Palästinenser sich nicht in die Kubaner des Nahen Ostens verwandeln"[33]). Die Ölfelder des Nahen Ostens gehörten seit Nixon ebenso zur Kategorie der „vitalen Interessen" wie Europa und Japan/Korea, und was als Nixon-Doktrin bekannt wurde, die Entlastung der eigenen Armee durch sogenannte „Stellvertreter-Polizei" (Iran, Israel), galt auch noch unter Carter. Allerdings bahnte sich schon bei ihm ein Wechsel von der Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion zu einer stärkeren Konfrontation an, wozu die Annäherung an China einerseits und der „Verlust" des Irans 1979 andererseits beigetragen haben.

Ägypten – seit seiner Reintegration in den Weltmarkt durch Sadat dem Bankrott näher als einer bescheidenen Subsistenz – sollte der erste Baustein dieser nahöstlichen Pax Americana sein. Nach den Plänen Brzezinskis sollte ein palästinensisch-jordanisches Arrangement mit Israel folgen, um sodann mit ei-

30) Zit. nach W. Brönner, a.a.O., S. 206.

31) Am 9. 12. 1976 hatte die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit 122 gegen 2 Stimmen (USA, Israel) bei 8 Enthaltungen in ihrer Resolution Nr. 31/62 den Generalsekretär aufgefordert, bis spätestens März 1977 eine Friedenskonferenz unter dem Vorsitz von USA und UdSSR einzuberufen. Diese Aufforderung wurde von der Generalversammlung am 30. 11. 1977 in der Resolution 32/20 mit 102 gegen 4 Stimmen bei 29 Enthaltungen erneut beschlossen, diesmals mit der ausdrücklichen Erwähnung der PLO als notwendiger Teilnehmerin.

32) Brzezinski gab noch im Dezember 1977 zu, daß Genf niemals das Ziel der Regierung gewesen sei, „Palestine", Beirut, 1/1978, S. 80.

33) „Newsweek" v. 13. 2. 1978.

nem israelisch-syrischen Separatabkommen abgeschlossen zu werden[34]). Dieses um Saudi-Arabien, den Iran und die kleinen Öl-Scheichtümer erweiterte formlose Bündnissystem sollte ein ausreichendes Glacis gegen die „sowjetische Bedrohung" und die Front der anderen arabischen Länder zur Sicherung der ökonomischen und geostrategischen Interessen bilden.

Dem Aufbau dieses neuen Systems der Pax Americana, einer Politik, die auf ein Bündnis des Zionismus mit der arabischen Reaktion unter der Aegide der USA ausgerichtet ist, war ein erster Erfolg mit dem Abschluß des Vertragswerkes von Camp David beschieden. Am 9. November 1977 verkündete Präsident Sadat vor dem ägyptischen Parlament, daß er der ewigen Verfahrensdebatten in der UNO müde sei und an jeden Ort der Welt, selbst in die israelische Knesset gehen würde, um endlich Frieden im Nahen Osten einkehren zu lassen. Am Ende dieses Weges, den er allein mit US-Präsident Carter und dem im Mai 1977 neu gewählten Ministerpräsidenten Begin gegen die PLO und die Mehrheit der UNO ging, standen die Rahmenabkommen von Camp David vom 17. September 1978 und der ägyptisch-israelische Friedensvertrag vom 26. März 1979[35]), aber nicht der Frieden im Nahen Osten. Das war vorauszusehen, denn mit Begin, dem Verantwortlichen für das Massaker in Deir Yassin, dem sich 1980 der Verantwortliche für die Ermordung des UNO-Beauftragten Graf Bernadotte, Shamir, als Außenminister zugesellte, hatte die terroristische Vergangenheit der zionistischen Bewegung Israel wieder eingeholt und sollte in Zukunft ihre Kontinuitätlinie bis zu den entsetzlichen Massakern in Westbeirut fortsetzen.

In Camp David wurden zwei Dokumente angenommen. Das erste Dokument (Rahmen für einen Frieden im Nahen Osten) enthält die offizielle ägyptische Anerkennung der israelischen Annexionen des Westjordan-Ufers und des Gazastreifens sowie der syrischen Golanhöhen. Ein vollständiger Abzug der israelischen Okkupationstruppen war nicht vorgesehen, incidenter wurden sogar die israelischen Siedlungen, die zur Verdrängung der arabischen Bevölkerung errichtet worden waren, legitimiert. Das Jerusalemproblem war überhaupt nicht angesprochen. Vorgesehen war eine „Verwaltungsautonomie" der arabischen Bevölkerung des Westjordan-Ufers und des Gazastreifens, eine Autonomie für die Bevölkerung, nicht für das Territorium, wie von israelischer Seite ausdrücklich betont wurde.

Das zweite Dokument (Rahmen für den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel) sieht den Abzug der israelischen Truppen von der Sinai-Halbinsel vor sowie die Beseitigung der dortigen israelischen Siedlungen. In der Negev-Wüste sollen auf israelischem Territorium mit Unterstützung der USA zwei große Luftwaffenstützpunkte eingerichtet werden. Im Friedensvertrag vom 26. März 1979 wird das zweite Dokument von Camp David insofern präzisiert, als der Abzug der israelischen Truppen lediglich von

34) Vgl. W. Brönner a.a.O., S. 208.

35) Es handelt sich dabei um insgesamt 13 Verträge, Annexe, Briefwechsel, Memoranden und Interpretationsvermerke. Text in: „Europa-Archiv", Jg. 1979, S. D1235 ff.

der Sinai-Halbinsel als eine Erfüllung der Resolution 242 und 338 des UNO-Sicherheitsrates dargestellt wird[36]). Bekanntlich sehen diese Resolutionen den Abzug von *allen* im Ergebnis der Aggression von 1967 okkupierten Gebieten vor. In einer Anlage zum Vertrag verpflichten sich Ägypten und Israel – in Erfüllung der Vereinbarungen von Camp David – Verhandlungen aufzunehmen, um ein „Organ der Selbstverwaltung" für die Palästinenser auf dem Westufer und im Gaza-Gebiet zu schaffen. Der politische Kern dieses Vertragskomplexes – und hierin besteht der amerikanisch-israelische Erfolg – ist in zwei Faktoren zu sehen. Zum ersten ist es gelungen, einen arabischen Staat – und zwar einen der wichtigsten – aus der Front gegenüber Israel, wie sie im Verteidigungspakt der arabischen Liga von 1950 zum Ausdruck gekommen ist – herauszubrechen und zu einem Separat-Friedensvertrag mit Israel unter der Aufsicht der USA – die Unterschrift des amerikanischen Präsidenten bringt dies sinnfällig zum Ausdruck – zu bewegen. Der andere, ebenso wichtige Gesichtspunkt ist die Behandlung des Palästinenser-Problems. Die gefährliche antiimperialistische Sprengkraft der Formel: Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes einschließlich eines Rechtes auf einen eigenen Staat, die nicht nur internationale Anerkennung gefunden, sondern zumindest verbal auch von der amerikanischen Administration im Genfer Rahmen akzeptiert worden war, wird zum Konzept der Autonomie, d. h. einer Selbstverwaltung unter Kontrolle der israelischen Behörden, entschärft[37]). Schon die Wahl des Begriffs Autonomie bzw. Selbstverwaltung, der dem verfassungsrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Instrumentarium des innerstaatlichen Rechtes entnommen ist[38]), und die Vermeidung der völkerrechtlichen Kategorie Selbstbestimmungsrecht, wie es für zwischenstaatliche Verträge angemessen wäre, zeigt überdeutlich, daß Israel in keiner Weise gewillt ist, den durch Annexion erlangten Herrschaftsanspruch über Territorium und Bevölkerung aufzugeben. Es erklärt sich lediglich zu Maßnahmen bereit, die es sich aus der Annexion folgenden Übertragungen israelischen Verfassungsrechtes auf die okkupierten Gebiete sowieso anmaßt.

Das Vertragswerk widerspricht dem Völkerrecht gerade wegen dieser beiden Erfolgspunkte der amerikanischen Politik. Insbesondere die völlige Negierung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensichen Volkes, denn die vertragliche Übernahme der Verpflichtung zur Einrichtung einer „Selbstverwaltung" würde bei ihrer Verwirklichung ein völkerrechtliches Selbstbestimmungsrecht gerade ausschließen, nimmt ihm jede Gültigkeit. Die weitere Entwicklung sollte überdeutlich zeigen – vor allem, wenn man sie von dem Hintergrund der letzten mörderischen Geschehnisse in West-Beirut betrachtet, daß eine Verpflichtung entsprechend dem modernen Völkerrecht, insbesondere, wenn sie sich aus einer Basiskategorie des zwingenden Rechtes (Jus Cogens), wie es das Selbstbestimmungsrecht der Völker darstellt, ableitet,

36) Zu Israels Auslegung der Res. 242 vgl. Büttner a.a.O., S. 189.
37) Vgl. Büttner, a.a.O., S. 89; Edith Oeser, a.a.O., S. 80 ff.
38) Zur völkerrechtlichen Gültigkeit der Verträge von Camp David vgl. Monique Chemillier-Gendreau, Jean-Pierre Colin, in: AIJD, Les Accords de Camp-David, un defi au droit international, Paris 1980, S. 13 ff..

keinen leeren Titel darstellt. Wird es effektiv wahrgenommen, wie durch das palästinensische Volk, führt seine konstante Negation zum Genozid und unter den heutigen Konstellationen der internationalen Beziehungen zu einer ernsten Gefährdung des Weltfriedens.

3. *Die Durchsetzung des Konzepts von Camp David*

Die ablehnende Reaktion der arabischen Länder auf den Abschluß der Verträge zwischen Israel und Ägypten war ziemlich einmütig. Schon auf der Konferenz von Bagdad im November 1978 nach Abschluß der Vereinbarungen von Camp David, jedoch noch vor Abschluß des Friedensvertrages vom März 1979, wurden die Vereinbarungen einmütig als Verletzung des Rechtes des palästinensischen Volkes und der arabischen Nation bezeichnet. Für den Fall des Abschlusses eines separaten Friedensvertrages wurden Sanktionen angekündigt, wie der später vollzogene Ausschluß Ägyptens aus der arabischen Liga. Nach dem Abschluß des Friedensvertrages im Herbst 1979 unterbrachen die meisten Mitglieder der Liga der arabischen Staaten (mit Ausnahme des Sudan, Oman und Somalia) die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten. Später verurteilte der Sudan ebenfalls den Vertrag. Der Sitz der Liga wurde von Kairo nach Tunis verlegt. Ägypten wurde aus der OPEC ausgeschlossen und die viele Millionen ausmachende Wirtschaftshilfe seitens der erdölfördernden Staaten für Ägypten eingestellt. Einige gegen Ägypten auftretende Staaten bildeten eine „Front der Standhaftigkeit und des Widerstandes" (Syrien, VDR Jemen, Libyen, Algerien, Irak und PLO).

Die Hoffnung der USA die mit Ägypten erzielten Separat-Abmachungen auch auf Staaten wie Jordanien und Saudi-Arabien auszudehnen, erfüllten sich also nicht.

Ebenso eindeutig war die ablehnende Haltung der meisten Staaten im UNO-Spektrum. Zwar hatte sich die UNO nach der spektakulären Initiative Sadats, dem Angebot einer Separat-Lösung vor der Knesset, zunächst abwartend verhalten. Aber schon die 33. Generalversammlung erklärte am 7. Dezember 1978 zur Palästina-Frage[39]), ohne die Camp David-Vereinbarung zu erwähnen, daß Abkommen zur Lösung des Palästina-Problems nur gültig seien, wenn sie sich im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer Charta sowie ihrer Resolutionen zur Palästina-Frage bewegten. Seit der Ablösung des amerikanischen UNO-Botschafters Andrew Young wegen seiner privaten Kontaktaufnahme mit dem PLO-Vertreter bei der UNO wird die Sprache der Generalversammlung und der von ihr eingesetzten Untersuchungsausschüsse schärfer. Die Generalversammlung bedauert, daß die Vereinbarungen von Camp David außerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen und ohne Teilnahme der PLO abgeschlossen worden waren. Nachdrücklich wurden in mehreren Resolutionen „alle Teilvereinbarungen und Separat-Verträge (verurteilt), die eine flagrante Verletzung der Rechte des palästinensischen Volkes, der Prinzipien der Charta und der in den verschiedenen internationeln Foren verab-

39) Vgl. Büttner, a.a.O., S. 90 f..

schiedeten Resolutionen zur Palästina-Frage darstellen"[40]). Nur durch den ständigen Einsatz des Vetorechts gelingt es den USA, den Sicherheitsrat mit seinen weitergehenden Möglichkeiten (insbesondere hinsichtlich von Sanktionen gegen Israel und Israel unterstützende Staaten) auszuschalten. Eine Neutralisierung im Sinne der Camp David-Vereinbarung, insbesondere die Ausschaltung der PLO, konnte also nicht erreicht werden.

Als im Januar 1979 der Schah gestürzt wurde, kam auch die bisher dominierende flexiblere Variante des amerikanischen Herrschaftsanspruchs, die der militärischen Gewalt nur begrenzte Erfolgschancen einräumte[41]), ins Wanken. Brzezinski, der ehemalige Verteidigungsminister James R. Schlesinger und Alexander Haig bereiteten die Kursänderung in der Carter-Administration vor, um die Schlagkraft in der Region des Indischen Ozeans und Persischen Golfs, dem „Krisenbogen", zu erhöhen. Ihrer Ansicht nach war es gerade die militärische Zurückhaltung der Nach-Vietnam-Periode, die Krisen provozierte und die Fähigkeit der USA, ihre lebenswichtigen Interessen (Ölzufluß aus Nahost) zu sichern, unterminierte[42]). Die amerikanische Führung ergriff 1979 eine ganze Reihe von Maßnahmen, um ihre militärische Präsenz im Nahen Osten zu verstärken. Der ägyptisch-israelische Vertrag bewirkte eine neue Runde des Wettrüstens in diesem Raum. Neben Ägypten blieb jedoch Israel der Hauptempfänger amerikanischer Militärhilfe[43]). Zu den Aktionen der USA zum Ausbau ihrer militärischen Präsenz in diesem Raum gehören auch die Versuche, Rechte zur Schaffung von Militärbasen in Israel, Ägypten, Sudan und Oman zu erwerben und den bedeutenden Stützpunkt der Luft- und Seestreitkräfte der USA auf der Insel Diego Garcia zu erweitern[44]). In diesem Zusammenhang müssen auch die militärischen Konzentrationsmaßnahmen im Persischen Golf gesehen werden. Dem gleichen Zweck dient die amerikanische „Eingreiftruppe", die ihrem Wesen nach ein „Feuerwehrkommando" für den Fall ist, daß „unvorhergesehene" und „den amerikanischen Interessen zuwiderlaufende Ereignisse" in der Region eintreten.

Der Aufbau der Schnellen Eingreiftruppe noch durch Carter, die Rücksendung für Israels Litani-Feldzug und die Rückkehr zur Option der Militärintervention konnten ihm allerdings nicht mehr die nächsten Wahlen sichern. Von Reagan erwarteten die wahlbeherrschenden Kreise in den USA nicht ohne

40) Resolution 34/65 B v. 29. 11. 1979, angenommen mit 75 gegen 33 Stimmen bei 37 Enthaltungen.

41) Hauptvertreter dieser Variante war Stanley Hoffmann von der Harvard-Universität. Vgl. S. Hoffmann, Sicherheit in einer Periode der Spannungen: Reaktionsmodelle, in: Dritte-Welt-Konflikte und internationale Sicherheit, Bonn 1981, S. 48 ff..

42) Vgl. Brzezinski on Foreign Policy, Interview in: „U.S. News and World Report" v. 16. 4. 1979, S. 49; The Decline of U.S.Power, in:„Business Week" v. 12. 3. 1979, nach M. T. Klare, Jederzeit, überall, mit allen Waffen . . . a.a.O.,; J. R. Schlesinger, Die internationalen Auswirkungen der Dritte-Welt-Krise: Eine Betrachtung aus amerikanischer Sicht in: Dritte-Welt-Konflikte und internationale Sicherheit a.a.O., S. 14 ff.

43) Nach einer offiziellen Statistik entfallen 48 % der von den USA an andere Länder gewährten Kredite für militärische Zwecke auf Israel, das gleichzeitig 97 % aller nichtrückzahlbaren Kredite erhielt. Vgl. Jahrbuch Internationale Politik und Wirtschaft (herausgegeben von Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR) 1980, S. 171.

44) Die Militarisierung des Nahostraumes muß in engem Zusammenhang mit der Militarisierung des Indischen Ozeans gesehen werden.

Grund eine überzeugendere Wiedergeburt des „rise to globalism". Diese Erwartung hat Reagan bisher kaum enttäuscht, seine Rüstungs- und Außenpolitik lassen die Entspannungspolitik der 70er Jahre bewußt vergessen und knüpfen an die Doktrinen der Eisenhower-Zeit wieder an. Diese bestehen sowohl in dem Anspruch, alle regionalen Konflikte in dem globalen Rahmen der nationalen Interessen der USA zu sehen und notfalls die Stabilität der Weltordnung mit eigenen Mitteln ohne Verbündete zu verteidigen, wie auch in der Verschärfung der Konfrontation mit erhöhter Kampfbereitschaft der US-Truppen an allen Krisenpunkten der Erde ohne allzu skrupulöse nukleare Selbstbeschränkung. Damit hat auch das alte Ziel der Etablierung einer Weltordnung ohne Sowjetunion und Kommunismus wieder seinen vorrangigen Stellenwert gefunden[45]).

4. *Die Wende zu Aggression und Genozid im Libanon*

Mit den Vereinbarungen von Camp David und dem Separat-Friedensvertrag hatte Israel zumindest ein Ziel erreicht: Die Westfront war militärisch entlastet. Die eigentlich angestrebten politischen Ziele, eine langfristige Nahost-Regelung im Sinne der Pax Americana, in der Israel in Kooperation mit Ägypten und anderen mehr oder weniger US-hörigen arabischen Staaten die Gendarmenfunktion zugewiesen war, waren jedoch hinsichtlich ihrer Verwirklichung kaum nähergerückt. Vor allem die Durchführung der Autonomielösung in den besetzten Gebieten erwies sich als immer schwieriger, ja undurchführbar. Die Besatzungspolitik der israelischen Behörden in den 1967 besetzten Gebieten ist schon in ihren Grundzügen beschrieben worden[46]). Die Kontinuitätslinie dieses Konzepts der Judaisierung arabischen Bodens kann bis in die Anfänge des politischen Zionismus verfolgt werden. Die diversen UNO-Ausschuß-Berichte, in diesem Fall auch Resolutionen des Sicherheitsrates[47]), haben insbesondere die Siedlungspolitik, verbunden mit der Vertreibung der angestammten arabischen Bevölkerung, detailliert und eingehend bis in die jüngste Zeit beschrieben. Zahlreiche nichtstaatliche Organisationen, hierunter insbesondere die internationale Vereinigung demokratischer Juristen, haben auf die flagranten Menschenrechtsverletzungen immer wieder hingewiesen[48]). Das entscheidende Faktum jedoch, von dem die Impulse für die Veränderung der gesamten Nahost-Konstellation ausgehen, ist der wachsende palästinensische Widerstand in den besetzten Gebieten, insbesondere seit 1973, ja sogar im israelischen Kernland. „Während noch nach

45) So erklärte Verteidigungsminister Weinberger am 13. Juli 1981 in einem Vortrag an der U.S.National Defense University, Washington: „Wir ermutigen langfristige politische und militärische Veränderungen im Inneren des sowjetischen Reiches, was die Konstruktion einer friedlicheren und sicheren Weltordnung erleichtern wird." Zit. nach M. T. Klare, Le bras armé des Etats unis, in: „Le Monde Diplomatique", September 1982, S. 3.
46) Siehe Teil I in: „Blätter", 9/1982, S. 1097 ff..
47) Vergleiche insbesondere VN, A/SPC/31/L 11, 13. 11. 1976 (Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung der israelischen Praktiken hinsichtlich der Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Gebieten); die neuesten Berichte des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes und des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Gebieten beeinträchtigen, siehe den Bericht in: VN, 4/1981, S. 129 ff..
48) Letzter Bericht der AIJD, Mission dans les territoires occupés par Israel, 22.-28. Mai 1928, Brüssel 1982.

dem Krieg von 1967 israelische Führungspolitiker die Ruhe und Vernunft der Palästinenser gelobt hatten, war dazu nach den militärischen Ereignissen von 1973 kein Grund mehr: Zum ersten Mal in der Geschichte Israels solidarisierten sich nicht nur die palästinensischen Bewohner der besetzten Gebiete, sondern auch die israelischen Araber offen mit den arabischen Armeen und vor allen Dingen mit den Zielen der PLO. Seither findet die Unruhe bei den Palästinensern unter israelischer Herrschaft in den okkupierten Territorien und im zionistischen Kernland kein Ende mehr"[49]).

Die Identifikation der palästinensischen Bevölkerung mit den Zielen der PLO kam insbesondere in den Gemeindewahlen von 1976 zum Ausdruck[50]). Trotz aller Restriktionen des israelischen Wahlsystems und der massiven Beeinflussung dieser unter der Kontrolle der israelischen Armee vollzogenen Wahlen kamen doch in erster Linie solche Kandidaten durch, deren Sympathie für die PLO bekannt war. Alle Versuche der israelischen Behörden, mit den sog. Dorfligen Quisling-Verwaltungen einzusetzen, scheiterten[51]). Mit der wachsenden Repression, die mehr oder weniger offen auf eine Terrorisierung zum Zwecke der Vertreibung abzielte, wurde immer intensiver der Plan entwikkelt, übergreifend die PLO vernichtend zu schlagen. In den dem Likud-Block nahestehenden Publikationsorganen wurde offen unter Berufung auf die Bibel Propaganda für den Genozid betrieben[52]). Schön früh wurde der Kampf gegen die Palästinenser nicht nur auf die besetzten Gebiete beschränkt, sondern auf den Libanon ausgedehnt. Es ging also von Anfang an beim Camp-David-Komplex um eine kohärente Strategie, die vier Punkte umfaßte: Regelung der Autonomielösung in den besetzten Gebieten, Reduzierung der Macht der PLO im Süd-Libanon und im ganzen Land, notfalls durch einen militärischen Schlag bis in die Höhe von Beirut, Schwächung der syrischen Armee, Favorisierung der jordanischen Lösung (Jodanien als der „schon bestehende" palästinensische Staat"). Der nicht mit den bislang angewandten Methoden der Besiedlung und Vertreibung zu unterdrückende palästinensische Widerstand ließ nur zwei Optionen offen: Die auf Genf verweisende demokratische Lösung der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes oder die Option für Aggression und Genozid, die Israel durch die Auslösung des Libanon-Krieges wählte. Als die palästinensische Widerstandsbewegung während der blutigen Kämpfe in Jordanien, die im Schwarzen September des Jahres 1970 gipfelten, ihre bedeutendsten militärischen Positionen verlor, wurden ihre Stützpunkte in den an Israel grenzenden Gebieten Libanons zu den wichtigsten. Die Anwesenheit palästinensischer Streitkräfte im Libanon wurde durch Abkommen zwischen der PLO und der

49) Hollstein, Kein Frieden um Israel, a.a.O., S. 332.

50) Vgl. zur Position der Arbeiterpartei das Interview von Peres in: „Le Monde" v. 18. 8. 1982, wo Peres ausführt, daß er gegen die Unterdrückungspolitik in den besetzten Gebieten ist, obwohl in Wirklichkeit während der Regierung der Arbeiterpartei die gleiche Politik verfolgt wurde. Es handelt sich höchstens um eine taktische Variante.

51) Vgl. Amno Kapeliouk, Israel: Une stratégie radicale, in: „Le Monde Diplomatique", Mai 1982, S. 13.

52) Vgl. Emmanuel Jarry, Sud-Liban: Le Face à Face, in: „Le Monde Diplomatique", Mai 1982, S. 15.

Regierung Libanons von 1969 und 1973 geregelt[53]). Zum Verständnis der komplexen Verklammerung von internen und externen Faktoren der sozialen und politischen Entwicklung im Libanon, die insbesondere ab 1975 zu blutigen, bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen führten, müssen drei Widerspruchskomplexe unterschieden werden.

Der erste Widerspruch ist ein religiöser zwischen Christen und Mohammedanern, der eine gewisse Regulierung im verfassungsrechtlichen Konfessionalsystem gefunden hat. Dieses noch auf die französische Kolonialzeit zurückgehende System begünstigt die Christen, obwohl sie gegenüber der mohammedanischen Bevölkerung in der Minderheit sind.

Der zweite Widerspruch, den der religiöse nur verdeckt, ist ein sozialer. Der christliche Teil der Bevölkerung gehört hauptsächlich der wohlhabenden Schicht an: Großkaufleute, Bankiers, Besitzer von Betrieben und Kommissionsfirmen, dem städtischen Kleinbürgertum. Unter den Christen sind im Vergleich zu den Mohammedanern wenig Bauern und Arbeiter.

Der dritte Widerspruch entwickelte sich mit der Anwesenheit der palästinensischen Flüchtlinge. Hier war ein Potential, das die fortschrittlichen Kräfte im Lande, hauptsächlich dem mohammedanischen Teil der Bevölkerung zugehörig, stärkte[54]). Trotz der vertraglich abgesicherten Legalität des Aufenthaltes der PLO verstärkte vor allem ab 1975 die reaktionäre bourgeoise Oberschicht mittels ihrer bewaffneten Einheiten[55]) ihre Aktivitäten gegen die PLO, wobei sie nicht davor zurückscheute, eng mit der israelischen Armee zu kooperieren. Ziel sowohl der libanesischen Reaktion als auch Israels – und das entsprach auch den Interessen der USA – war es, den bewaffneten Kräften der PLO einen entscheidenden Schlag zu versetzen, um die Macht der reaktionären Kräfte im ganzen Libanon zu festigen und die palästinensische militärische Präsenz letztlich ganz zu beseitigen. Aber die fortschrittlichen Kräfte des Landes[56]), die eng mit der PLO kooperierten, konnten das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten ändern, zumal sich die libanesische Armee in den Zusammenstößen mit den bewaffneten Einheiten der PLO schnell zersetzte. Die Organe des libanesischen Staates waren nicht mehr fähig, die Situation unter ihre Kontrolle zu bringen. In dieser Situation griff die syrische Armee nach Absprache mit allen politischen Kräften des Landes ein. Es wurden auch bestimmte Veränderungen am konfessionellen System zugunsten des mohammedanischen Teiles der Bevölkerung vorgenommen. Dennoch komplizierte sich die Lage, insbesondere nachdem es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen syrischer Armee und bewaffneten Einheiten der PLO gekommen war. 1977 konnten jedoch neue Vereinbarungen abgeschlossen werden,

53) Die sogenannten Kairoer Abkommen.
54) Emmanuel Jarry, a.a.O..
55) Es handelt sich um die Falangisten der Kataeb-Partei und die Miliz der Nationalliberalen Partei.
56) Im wesentlichen die Sozialistische Fortschrittspartei, die Libanesische Kommunistische Partei, verschiedene nasseristische Gruppierungen und andere Organisationen.

die die Anwesenheit syrischer Truppen im Libanon und ihr Verhältnis zur PLO regelten[57]).

Die Stabilisierung der Lage im Libanon und die Stärkung der Positionen der PLO, insbesondere im Südlibanon, widersprach den israelischen Interessen. Die Absicherung der Westflanke durch das sich abzeichnende Arrangement mit Ägypten ausnutzend unternahm Israel schon im März 1978 seine erste große Invasion in den Libanon. Israelische Truppen drangen mehr als 20 km tief in das Land ein. Als sich die israelische Armee im Juni zurückzieht, hat sie sich eine Sicherheitszone geschaffen, die ihrem Strohmann Hadad unterstellt wird. Nur in einem kleinen Streifen gelingt es, ein Truppenkontingent der Vereinten Nationen zu stationieren[58]).

Die am 6. Juni dieses Jahres beginnende Aggression verfolgt einerseits diese Kontinuitätslinie, andererseits steigert sie sich immer mehr in die logische Eskalation nicht nur der Beseitigung der politischen Zentren der PLO und ihrer bewaffneten Einheiten im Libanon, sondern eines Krieges gegen die palästinensische und Teile der libanesischen Zivilbevölkerung. Die jeder Norm des Völkerrechtes widersprechende Kriegsführung der israelischen Armee, die sowohl, was die militärische Strategie, als auch, was den Waffeneinsatz anlangt, auf Vernichtung oder Vertreibung beträchtlicher Teile der Zivilbevölkerung ausgerichtet ist[59]), kann hier nicht im einzelnen dargestellt werden. Die Massenmedien liefern jeden Tag erneut erschreckende Details zur Bestätigung dieser These.

Dies ist kein Zufall, keine nicht gewollte militärische Zwangsläufigkeit, die aus dem Verhalten der bewaffneten Einheiten der PLO resultiert. So ist immer wieder das Argument zu hören, die palästinensischen Freischärler „versteckten" sich hinter bzw. in der Zivilbevölkerung und ließen daher gar keine andere Kriegsführung zu[60]). Dies allein sei der Grund für die Überschreitung des eigentlichen Kriegsziels, nämlich der Schaffung eines 40 km breiten Sicherheitsstreifens im Südlibanon[61]). Vielmehr ist die „Befriedung" des gesamten Libanon eine offen verkündete und angestrebte Strategie, die sich aus der Verweigerung der Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes – vertraglich vereinbart in Camp David – mit logischer Unerbittlichkeit ergibt.

57) Zunächst der Abschluß des Chtaura-Abkommens über die palästinensische Präsenz im September und dann im Oktober 1977 bei der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga der Beschluß über die „Stationierung Arabischer Sicherheitskräfte" im Libanon.

58) Die sog. UNIFIL (Interimstruppe der UNO für den Südlibanon), aufgestellt durch Sicherheitsratsbeschluß vom 19. März 1978 (Resolution 425), seitdem wurde das Mandat immer wieder verlängert.

59) Vgl. „Final Conclusions" der International Commission of Inquiry into Israeli crimes against the Lebanese and Palestinian Peoples vom 18. August 1982 (Sitzung in Nicosia).

60) So auch die Argumentation des Vorsitzenden der oppositionellen Arbeiterpartei Shimon Peres in einem Interview in „Le Monde" v. 18. 8. 1982.

61) So neben Peres a.a.O. auch der frühere Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, Interview in: ‚Der Spiegel" v. 23. 8. 1982.

5. *Die unmittelbare Verantwortung der USA*

Die erbarmungslose Härte der Kriegsführung Israels hat Diskussionen über den Grad der Unabhängigkeit der israelischen Politik, der Autonomie gegenüber den spezifischen Interessen einer Pax Americana im Nahen Osten, aufkommen lassen[62]). Richtig an diesen Überlegungen ist die Tatsache, daß Israel durch die rücksichtslose Entwicklung seiner militärtechnologischen Fähigkeiten und Rüstungskapazitäten sowie durch den Ausfall des Iran als „Polizist" am Golf als solider Verbündeter der USA in dieser Region eine Aufwertung erhalten hat. In den USA wurde die Erweiterung der israelischen Handlungsfreiheit schon 1979 mit dem Argument unterstützt, daß „Israel in einem Krieg gegen eine beliebige Kombination arabischer Länder mit oder ohne Ägypten siegen könnte"[63]). Zu fragen bleibt allerdings, inwieweit sich diese Selbständigkeit gegebenenfalls auch inhaltlich gegenüber den US-amerikanischen Zielen in der Region abhebt, oder ob sie nicht evtl. der strategischen Konzeption Washingtons weitgehend entspricht.

Ist der Handlungsspielraum Begins so groß, „daß er gegen den Willen der USA mit einem Blitzkrieg die arabischen Nachbarstaaten vor neue ‚vollendete Tatsachen' zu stellen vermag" und damit einen „Bruch mit der Pax Americana im Nahen Osten provoziert"?[64]) Diese Einschätzung mochte 1977 noch ihre Richtigkeit haben, als die amerikanische Offerte in Richtung einer Genfer Lösung gerade gemacht war. Camp David jedoch offenbarte bereits den Gleichklang amerikanischer und israelischer Strategie.

Die Verträge hielten Begin den Rücken nach Ägypten frei, um seine Arrondierungspolitik im Innern wie nach Norden und Osten in Angriff zu nehmen. Schon der erste Libanon-Krieg im März 1978 galt der Liquidierung eines möglichst großen Teils der PLO-Kämpfer und war mit Washington abgesprochen worden[65]). Und trotz verbaler Meinungsverschiedenheiten hält sich auch der zweite, viel grausamere Libanon-Krieg ganz im neuen Rahmen der härteren Variante der Pax Americana. Zwischen der Forderung Weinbergers, die militärischen Kapazitäten zu steigern, um „unsere Interessen in Kriegen jeder Form und Größe und in jeder Region, in der wir vitale Interessen haben, verteidigen zu können"[66]) und Begins Vernichtungsfeldzug besteht wahrlich keine inhaltliche Differenz.

Man kann davon ausgehen, daß der Reagan-Administration ein anderer Weg der Ausschaltung der PLO und „Stabilisierung" des Libanon willkommener gewesen wäre, aber es gibt keinen Hinweis darauf, daß sie den Beginschen Weg zu verhindern versucht hätte. Im Gegenteil, am 16. Juli 1982 erklärte Verteidigungsminister Sharon ganz offen: „Während meines letzten Besu-

62) Vgl. W. Hollstein, Kein Friede um Israel, a.a.O., S. 321; A. Bator, a.a.O., S. 78 ff., 82..
63) „Foreign Policy", New York, zit. nach A. Bator, a.a.O., S. 82.
64) So W. Hollstein a.a.O., S. 323.
65) Kurz vorher hatte Verteidigungsminister Weizmann die Carter-Administration persönlich informiert, vgl. „Die Zeit" v. 14. 4. 1978. Abu Iyad hat in einem Interview Einzelheiten eines israelisch-amerikanischen Dokuments zur Vorbereitung des Krieges bekanntgegeben, vgl. W. Brönner a.a.O., S. 239.
66) Zit. nach M. T. Klare, Jederzeit, überall, mit allen Waffen . . . ., a.a.O. S. 537.

ches in den Vereinigten Staaten (Mai 1982, d. Verf.) habe ich vor allem über das Problem des palästinensischen Terrorismus gesprochen und die Amerikaner haben verstanden, daß wir keine andere Wahl haben, als zuzuschlagen"[67]). Alle wechselseitige Kritik ist letztlich nur taktischer Natur, dies haben die USA im Sicherheitsrat durch ihr Veto bewiesen.

In seiner jüngsten Nahost-Initiative spricht Reagan zwar davon, daß „alle jene an ihm beteiligt werden (müssen), die von dem Konflikt am härtesten betroffen wurden"[68]), aber Grundlage sollen nach wie vor die Camp David-Abkommen sein - eine sichere Garantie dafür, daß die PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes nicht beteiligt wird. Er spricht zwar von den „legitimen Rechten der Palästinenser" und der „vollen Autonomie" der Bewohner der Westbank und des Gaza-Streifens, ihm ist jedoch „klar, daß der Frieden nicht durch die Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates in jenen Gebieten erreicht werden kann". Diese Erklärung bleibt hinter der amerikanisch-sowjetischen Nahost-Erklärung von 1977[69]) weit zurück. Sie knüpft vielmehr an den Plan Brzezinskis an, in einzelnen separaten Schritten die Nachbarstaaten durch Vertrag oder Krieg an Israel zu binden. Nach Ägypten nun der Libanon – dann Syrien und Jordanien. Die Souveränität dieser Staaten ist im höchsten Maße bedroht. Die Verantwortung für die ganze Skala der Kriegsverbrechen, der Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit im Sinne der Nürnberger Grundsätze trifft daher mit voller Wucht nicht nur die israelischen Politiker, sondern ebenso die Verantwortlichen der amerikanischen Administration wie auch ihrer westeuropäischen Verbündeten, die sich jetzt erst langsam entschiedener von diesem Irrweg absetzen.

IV. Welche Perspektiven?

Die zahlreichen Lösungsentwürfe für den Palästina-Konflikt[70]) lassen sich trotz aller Varianten auf jeweils zwei Alternativen zurückführen. Bezüglich des Weges der Verhandlungslösung steht den Separatabkommen à la Camp David die Alternative einer internationalen Friedenskonferenz unter Teilnahme aller betroffenen Parteien einschließlich der PLO und der Sowjetunion ähnlich der Genfer Nahost-Friedenskonferenz vom Dezember 1973/Januar 1974 gegenüber. Die Vorstellungen über den Inhalt einer Friedenslösung scheiden sich an der Errichtung eines palästinensisch-arabischen Staates entsprechend der Teilungsresolution 181 (II) der UNO von 1947, was von Israel und den USA strikt abgelehnt wird.

67) A. Kapeliouk, La Liquidation de l'obstacle palestinienne, in: „Le Monde Diplomatique", Juli 1982, S. 1; I. Lübben-Pistofidis, Grünes Licht für Israels nächsten Angriff?, in: „Antiimperialistisches Informationsbulletin" (AIB), 5/1982, S. 39 f..

68) Rede des US-Präsidenten Reagan in der Nacht v. 2. 9. 1982,auszugsweise in: „Frankfurter Rundschau" v. 3. 9. 1982, S. 2.

69) Vgl. oben S. 9.

70) Vgl. Sune O. Persson, Von den Schwierigkeiten der Vermittlung in der Palästina-Frage, in: VN, 4/1981, S. 116 ff..

Die Sowjetunion hat auf der Basis ihrer Zustimmung zur Errichtung eines israelischen Staates immer das gleichberechtigte Existenzrecht der Palästinenser in einen souveränen Staat neben Israel vertreten und eine internationale Friedenskonferenz unter Beteiligung der PLO befürwortet. Außenminister Gromyko erklärte im übrigen 1979: „Der grundsätzliche Standpunkt der Sowjetunion in den Nahost-Angelegenheiten war und bleibt derselbe, wie er vor vielen Jahren formuliert worden ist, und zwar: Alle Gebiete, die Israel den Arabern geraubt hat, müssen zurückgegeben werden; das arabische Volk von Palästina muß die Möglichkeit erhalten, einen eigenen, wenn auch kleinen, selbständigen, unabhängigen Staat zu schaffen . . .Alle Länder dieses Raumes, darunter auch Israel – und hier kann es bei keinem auch nur den geringsten Zweifel geben –, müssen die Möglichkeit haben, im Nahen Osten als unabhängige, souveräne Staaten zu existieren und sich zu entwickeln"[71]).

Während diese Haltung der Sowjetunion seit Jahren unverändert ist, hat die Diskussion in der UNO-Generalversammlung in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Veränderung erfahren. War es für sie schon 1974 klar, daß die PLO gleichberechtigt an den Verhandlungen einer internationalen Friedenskonferenz teilnehmen müsse, und hatte sie 1979 jede Separatlösung nach dem Vorbild von Camp David verworfen[72]), so sah sie dennoch als Grundlage der Verhandlungen die Resolution 242 des Sicherheitsrates an, die jedoch die Palästinenser lediglich als Flüchtlingsproblem erwähnte. Zum ersten Mal bezog sich die 35. Generalversammlung in ihrer Resolution 169 A vom 15. Dezember 1980 wieder auf die Teilungsresolution 181 (II) der Generalversammlung vom 29. November 1947, da „die Resolution 242 des Sicherheitsrats vom 22. 11. 1967 keine Vorsorge für die Zukunft und für die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes trifft, deren Verwirklichung eine unerläßliche Voraussetzung für eine gerechte Lösung der Palästina-Frage darstellt"[73]). Diese Neuerung ist von erheblicher Bedeutung, da sie nicht nur auf den Rückzug der Israelis aus allen im Jahre 1967 eroberten Gebieten zielt und auf das Recht der Palästinenser auf die Gründung eines souveränen Staates in Palästina hinweist, sondern darüber hinaus die seit langem durch die Annektionspolitik verschüttete Frage wieder aufwirft, in welchen Grenzen Israels Existenzrecht legitimerweise garantiert ist. Denn die Grenzen, die sich Israel durch den ersten Krieg 1948/49 zulegte, sind nicht die, die ihm die UNO mit der Teilungsresolution zuerkannt hatte[74]). Unter Berücksichtigung dieser Resolution kann nicht mehr unbedingt „das Recht des Staates Israel zur Existenz

71) „Neues Deutschland" v. 26. 6. 1979, zit. nach A. Bator, a.a.O., S. 81; vgl. ausführlicher in: „Deutsche Außenpolitik", 12/1976; auch der jüngste 6 Punkte-Plan Breschnews v. 16. 9. 1982 bewegt sich auf dieser Position.
72) Vgl. oben.
73) Die Resolution wurde mit 103 gegen 13 Stimmen bei 30 Enthaltungen angenommen, vgl. zur Entstehungsgeschichte F. Büttner, VN, 4/1981, S. 130. Schon 1975 hatte die 30. Generalversammlung „eine umfassende Regelung" gefordert, „die unter Mitwirkung aller beteiligten Parteien, einschließlich der PLO, im Rahmen der Vereinten Nationen ausgearbeitet ist und sowohl den vollständigen Abzug Israels aus sämtlichen besetzten arabischen Gebieten als auch die volle Anerkennung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und die Verwirklichung dieser Rechte gewährleistet", ohne allerdings ausdrücklich auf die Teilungsresolution 181 (II) Bezug zu nehmen. Res. 3414 (XXX) vom 5. 12. 1975.
74) Vgl. Teil I in: „Blätter", 9/1982.

innerhalb der Waffenstillstandslinien von 1949, d. h. auf etwa 77 v. H. der Fläche von Palästina" als „Konsens der Weltorganisation" betrachtet werden[75]).

Diese neu definierte Position war bisher so nur von der „Arabischen Front der Standhaftigkeit und Konfrontation" vertreten worden, die Anfang Dezember 1977 in Tripolis von Algerien, Libyen, der PLO, Südjemen und Syrien gebildet worden war. Auf ihrer 3. Gipfelkonferenz in Damaskus im September 1978 verurteilten sie das Camp David-Abkommen als völkerrechtswidrig und forderten den Rückzug aus allen besetzten Gebieten sowie das Recht der Palästinenser auf einen unabhängigen nationalen Staat[76]). Die PLO hat diese Haltung erst kürzlich unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Teilungsresolution 181 (II) bestätigt[77]).

Daraus ergibt sich logisch die Anerkennung des Existenzrechts Israels in Palästina, was Yassir Arafat mehrfach bestätigt hat[78]). Obwohl die Anerkennungsfrage von Israel immer wieder zum entscheidenden Argument einer vermeintlichen Existenzbedrohung gemacht wird, hat sie mehr Propaganda-Wert denn Realitätsgehalt. Einerseits hat Begin wiederholt erklärt, daß auch eine offizielle Anerkennung Israels durch die PLO ihn nie zur Anerkennung der PLO oder eines palästinensischen Staates veranlassen würde. Andererseits beinhaltet auch der jüngste Friedensplan der Arabischen Liga, die sogenannte Charta von Fes von Anfang September 1982, die Anerkennung Israels in den Grenzen vor 1967[79]). Dieser Plan ist weitgehend identisch mit dem 8-Punkte-Plan des Prinzen Fahd, er geht aber weiter, indem er die PLO ausdrücklich als einzige legitime Vertretung der Palästinenser in den Friedensprozeß mit einbezieht (Punkt 4) und eine Garantie des Sicherheitsrates, also auch eine Beteiligung der Sowjetunion (Punkt 8), vorsieht[80]).

War der Fahd-Plan schon als mögliche Verhandlungsgrundlage von der PLO angesehen worden, so dokumentiert die Einigung aller Staaten der Arabischen Liga (außer Libyen und Ägypten) und der PLO auf eine gemeinsame Plattform eine bisher zwischen der Standhaftigkeitsfront und den „westlichen" arabischen Ländern nicht vorhandene gemeinsame Linie, die weitgehend der Resolutionspraxis der UNO entspricht. Damit ist allerdings die Feststellung Abu Iyads noch nicht widerlegt: „Alle in Palästina entstandenen Resolutionen sind in arabischen Hauptstädten gescheitert"[81]). Aber die interna-

75) So aber Sune O. Persson a.a.O., S. 120.

76) Vgl. W. Brönner a.a.O., S. 262.

77) Punkt 3 der PLO-Erklärung vom 21. 7. 1982 lautet: „Die PLO hat bei vielen Gelegenheiten ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, den UN-Resolutionen Folge zu leisten. Diese Resolutionen schließen auch die Resolution 181 vom November 1947 ein, die die Bildung eines arabischen Staates in Palästina verlangt und die Res. 194 der Vollversammlung der UN vom Dezember 1948, in der gefordert wird, daß den palästinensischen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Häuser erlaubt wird, so sie das wünschen, und ferner die Res. 3236 vom Nov. 1974, in der die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Rückkehr in die Heimat anerkannt werden." WAFA, Beirut, v. 21. 7. 1982, zit. nach: AIB, 9/1982, S. 11.

78) Zuletzt in seinem Interview mit „Le Monde" v. 10. 8. 1982; vgl. auch Abu Iyad a.a.O., S. 313.

79) „Frankfurter Rundschau" v. 11. 9. 1982. Jüngste Äußerungen, wie die des syrischen Informationsministers Iskandar, der Friedensplan enthalte keine Anerkennung Israels, FAZ v. 15. 9. 1982, stehen ganz offensichtlich im Widerspruch zu den beschlossenen 8 Punkten.

80) Wortlaut in AIB, 5/1982.

81) Abu Iyad, Heimat oder Tod a.a.O., S. 16.

tionale Isolierung Israels und der USA, vor allem die ihrer Selbstverwaltungspläne à la Camp David, hat zugenommen. Auch die europäischen Staaten der EG, die sich in ihrer Erklärung von Venedig vom Sommer 1980 zwar noch zögernd, aber unverkennbar von der US-amerikanischen Linie abgesetzt haben, werden weiter auf die arabische Haltung zukommen müssen – ihre Abhängigkeit vom arabischen Öl ist erheblich größer als die der USA[82]). Nach dem letzten Überfall auf den Libanon ist deutlicher geworden, daß das Modell Camp David nur den Weg des israelischen Militärs, d. h. der Aggression und des Völkermordes, bereitet, nicht aber den einer Verhandlungslösung.

Die PLO ist, betrachtet man ihre Ausgangsbedingungen nach dem Krieg von 1967 und den verlustreichen Weg ihrer politischen Anerkennung, politisch einen weiteren Schritt vorangekommen. Trotz mancher Kompromisse wird keiner ihr den Verzicht auf das langfristige Ziel eines säkularisierten, demokratischen Staates in Palästina, in dem Juden, Araber und Christen miteinander leben, abverlangen können[83]). Dieses Projekt wird zunächst auf der friedlichen Koexistenz eines israelischen und eines arabischen Staates aufbauen müssen[84]), und es wird an der Überwindung des politischen Zionismus liegen, inwieweit es sich nur um eine Etappe des Übergangs handelt. In den Worten Abu Iyads, des stellvertretenden Chefs der PLO: „Sollte jemals die Vernunft über den territorialen Expansionismus der israelischen Extremisten siegen und der Frieden eintreten – ein gerechter Frieden und nicht der von Camp David –, so wäre es nur natürlich, daß die Grenzen zwischen Israel und seinen Nachbarn geöffnet würden . . . Unserem Ideal – oder, um mit Arafat zu sprechen: Unserem Traum – bleiben wir treu: Der Wiedervereinigung Palästinas in einem nicht konfessionell gebundenen, demokratischen Staat, in dem Juden, Christen und Moslems, die in diesem Boden verwurzelt sind, friedlich zusammenleben"[85]).

Schließlich ist auf eine notwendige Konsequenz angesichts der Härte und des Terrors, die von Israel ausgehen, hinzuweisen: Bis zur Realisierung der ersten Etappe eines eigenen palästinensischen Staates wird die PLO nicht auf den bewaffneten Kampf verzichten können, der als legitimes Mittel zur Erreichung von Unabhängigkeit, nationaler Einheit und Beendigung fremder Besetzung von der UNO anerkannt ist[86]).

82) Auch die komplexe inner-israelische Entwicklung, auf die hier nicht ausführlicher eingegangen werden konnte, hat mit der Bewegung Peace Now, dem Israel-Komitee für einen gerechten Frieden um Uri Avneri und die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit (Chadasch, ein Bündnis aus kommunistischer Partei, den Black Panthers und unabhängigen Gruppierungen) eine Opposition hervorgebracht, die – zumindest was die Chadasch angeht – die Forderungen der PLO unterstützt, vgl. G. Toubi, Israelis für die Sache der Palästinenser, in: AIB 7-8/1980, S. 34 f.; vgl. a. Hans Lebrecht, Die Palästinenser. Geschichte und Gegenwart, Frankfurt/M. 1982, S. 245 ff. Das Buch erschien nach Fertigstellung dieser Studie.

83) Vgl. Said Hammami, Une stratégie palestinienne de coexistence, in: „Eurabia" (Paris), 1/1975; Said Hammami, Mosche Machover, Gemeinsam leben, „Khamsin" (Paris) 3/1976, deutsch in: J. Bunzl, Klasse, Nation und Befreiung im Nahost-Konflikt, Hamburg 1980, S. 150 ff.; Walid Khalidi, Die Araber werden kein israelisches Imperium akzeptieren, in: M. Lüders, PLO, Hannover 1982, S. 134 ff..

84) Vgl. Abu Iyad, Heimat oder Tod, S. 312.

85) Abu Iyad, a.a.O., S. 314.

86) Res. 34/44 v. 23. 11. 1979, vgl. oben Teil I, „Blätter" 9/1982.

Israel und die USA haben sich offensichtlich verkalkuliert. Sie haben vor allem die Widerstandskraft des palästinensischen Volkes unterschätzt. Nicht irgenwelche Freischärler, die sich hinter und in der Zivilbevölkerung verschanzen – so immer noch in nicht zu überbietender Borniertheit ein Teil auch unserer Massenmedien –, sondern eine intakte, kampffähige Armee zog aus West-Beirut ab. Sie folgt den Entscheidungen ihrer politische Führung, weil dies ihr eigener Wille ist. Die Kombination militärischer, politischer und diplomatischer Mittel kann nur eine demokratische, mit dem Volk verbundene Armee begreifen und verwirklichen. Wer denkt hier nicht an den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes?

Das Ansehen der PLO ist in den arabischen Ländern, und nicht nur dort, so sehr gewachsen, daß die einem geeinten Vorgehen der arabischen Staaten entgegenstehenden Faktoren, von den USA sorgsam gefördert, nicht zum Zuge kamen. Alles schien für die USA zu arbeiten, als der letzte arabische Gipfel platzte. Um so erstaunlicher ist das Zustandekommen des Planes von Fes, der in den entscheidenden Kernpunkten dem Reagan-Plan diametral entgegensteht. Erstaunlich allerdings nur für den, der sein Gesichtsfeld auf die Effektivität moderner Waffen eingeschränkt hat und daher die Effektivität des Volkswillens übersieht oder glaubt durch Genozid beseitigen zu können. Der Stellvertreter-Politik sind Grenzen gesetzt. Das zeigt auch die wachsende Opposition in Israel. Ob die 400 000 Demonstranten (bei 4 Millionen Einwohnern eine gewichtige Zahl!) der letzten Septemberwoche in Tel Aviv sich mit der Auswechslung des Verteidigungsministers und der Einsetzung einer Untersuchungskommission zufrieden geben werden? Das Abbröckeln der ehemals so mächtigen zionistischen Kräfte in der Höhle des Löwen, den USA, wie überhaupt die wachsende Opposition in diesem Lande sind ebenfalls Faktoren, mit denen die Reagan-Administration nicht rechnete, als sie Begin grünes Licht für sein Libanon-Abenteuer gab[87]).

Dennoch, der Mut der Palästinenser, der diese tiefgreifenden Wandlungen bewirkte, die Leiden des palästinensischen und libanesischen Volkes, genügen noch nicht, um Washington und Tel Aviv vom Kurs des militärischen Abenteuers abzubringen. Das okkupierte libanesische Territorium soll als Aufmarschgebiet für weitere Operationen im Nordlibanon und in Syrien dienen. Es bedarf des Willens zur gemeinsamen Aktion aller fortschrittlichen Kräfte in der Welt mehr denn je. Dieser Wille erwächst aus dem Bewußtsein, daß die Kräfte und Interessen, die das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes mit Füßen treten, dieselben sind, die durch Stationierung neuer Raketensysteme in Westeuropa und anderen Regionen der Welt, z. B. am „weichen Unterleib" der Sowjetunion im Indischen Ozean, die militärstrategische Parität aus den Angeln heben oder, in ihrer Sprache ausgedrückt, „dem sowjetischen Huhn den Kopf abschneiden" wollen[88]). Einem im globa-

87) Obwohl das Abbröckeln immer noch mehr verbaler Natur ist, vgl. Sabine Lietzmann, FAZ v. 28. 9. 1982, S. 12.

88) So der amerikanische Stratege Colin S. Gray, vgl. „Blätter", 9/1982. S. 1141.

len Rahmen agierenden Gegner kann wirksam letztlich nur in einer die nationalen Grenzen und Sichtweisen überschreitenden solidarischen Aktion aller für Frieden, nationale Befreiung und soziale Gerechtigkeit kämpfenden Kräfte Einhalt geboten werden. Für uns in der Bundesrepublik bedeutet dies ganz konkret, die Forderung an die Bundesregierung, die PLO als einzige und legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen und den Plan von Fes als Grundlage einer Lösung des Nahostproblems mit allen politischen und diplomatischen Mitteln zu unterstützen.

Der Fall Jünger und die „Wende"

Gegen den Einspruch der Öffentlichkeit und in Frankfurt selbst gegen den Protest der Stadtverordnetenfraktionen der Grünen und der SPD (vgl. Dokumentation in: „Blätter", 9/1982, S. 1143 ff.) ist Ernst Jünger programmgemäß der Goethepreis überreicht worden. Wie sollte auch ein Schriftsteller der Krise, möchte man sarkastisch fragen, nicht „zeitgemäß" sein in einer Periode globaler und gesellschaftlicher (und nicht nur wirtschaftlicher) Krisenerscheinungen, in einer Situation, da sich dem verunsicherten Gemüt die Formen rationaler und parlamentarischer Konfliktaustragung durch Diskussion, Verhandlung und Kompromiß als ungeeignet zu erweisen scheinen, in einem Moment obendrein, wo das Gespenst der „Unregierbarkeit" an die Wand gemalt wird. Da wird wieder in den Kategorien des „Ernstfalls" gedacht, und der neue CDU-Bundeskanzler kommt solchen Gedankengängen nahe, wenn er die kommende Regierungsperiode vor allem als „geistig-moralische Herausforderung" wertet. Wer könnte da besser assistieren als ein konservativer Schriftsteller von sprichwörtlichem „Rang", der sich in den endzwanziger Jahren so engagiert für die „totale Mobilmachung" von Arbeit, Geist und Militär eingesetzt hatte . . . – Aber greift diese, allein den politischen Effekt der Inszenierung der diesjährigen Goethepreisverleihung betreffende Sicht nicht zu kurz? Kann der Schriftsteller Ernst Jünger damit abgetan werden? Frank Benseler geht in der folgenden Skizze auf literarische und literatursoziologische Aspekte von Jüngers Werk ein. Hans Heinz Holz und Walter Boehlich setzen sich in den nachfolgenden Beiträgen von einer isolierenden Betrachtung des Literaten Jünger ab. Sie fragen, ob die Faszination, die Jünger (wieder) auf manche Zeitgenossen (etwa Botho Strauß) ausübt, nicht angesichts der politischen Dimension des Falls Jünger und der fragwürdigen Inhalte, die der „kristalline" Stil transportiert, verhängnisvoll ist: Es geht „nur nebenbei um Jünger, in der Hauptsache aber um die demokratische Politik in diesem Land." D. Red.

Frösteln in historischer Passage: Ernst Jünger

Von Frank Benseler

Jedes Jahr gibt es 10 Tage vor Goethes Geburtstag einen anderen Anlaß zum Gedenken, der näher liegt, aktueller ist und das Thema betrifft, um das es hier geht. Am 18. August 1936 wurde Garcia Lorca, der Arbeiter mit der Guitarre, der Dichter der Bluthochzeit, der Republikaner und Sozialist, von spanischen Faschisten ermordet. Dieser „neue Spielmann Andalusiens", dieser zeitweise sehr surrealistische expressionistische Gongorist, dieser Dichter unheimlicher Dramen (Bernarda Albas Haus) ist – behaupte ich – von den Linken wenig verstanden, desto mehr als Compagnero vereinnahmt worden. Dies bringt uns zu der Frage: wann ist ein Schriftsteller, ein Dichter, ein Künstler „fortschrittlich", wann ist er ein Gegner und weiter: wenn er denn ein weltanschaulicher Gegner ist, wann müssen Sozialisten ihn rezipieren und aus welchen Gründen? Wie steht es also, um einfach anzufangen, mit dem französischen Faschisten Céline, der den ersten wirklich kommunistischen Roman geschrieben hat (Reise ans Ende der Nacht); wie mit dem Surrealisten Breton, besser noch Aragon, der Kommunist wurde? Und kann man in diesem Zusammenhang an den Expressionisten und späteren Minister der Deutschen Demokratischen Republik erinnern, Johannes R. Becher? Man kann die Frage auch so stellen: wie lange muß gewartet werden, bis ein Künstler zum „literarischen Erbe" gezählt werden kann und was befindet darüber?

Kein Zweifel, Kunst verführt; sie ist teilweise geradezu durch ihre Kraft zur Verführung definiert. Aber es wäre falsch, die jeweiligen Inhalte mit den Absichten, die willentlichen Ziele der Produktiven mit ihren Wirkungen zu verwechseln. „Sei ein Mann und folge mir nicht nach" ist die Botschaft des hochverführerischen goethischen Werther; eine Notwendigkeit, „so zu denken wie ich", sah der vom Verführungserfolg überraschte Gottfried Benn nicht ein. Und so geht es weiter.

Sagen wir es deutlich: was zum Bestand des kulturellen Erbes gehört, wird nicht durch Zeitablauf und Literatur- bzw. Kunstinterpretation festgestellt. Engels im Fall Balzac, Mehring im Fall Lessing, Lukács im Fall Thomas Mann haben uns gelehrt (oder sollten es doch lehren können), daß politische Sympathie oder Ablehnung nichts ausrichten vor der Realitätshaltigkeit von Kunst; allenfalls einen Selbstausschluß von der Möglichkeit bewirken, über Kunst mit der in ihr gespiegelten und ihrer höchsteigenen Wirklichkeit in Beziehung zu treten. Diese Wirklichkeit ist immer sozial, sie hat immer mit Gerechtigkeit zu tun, und sie ist Ausdruck historischen Fortschritts. So können wir sagen, wir hätten Thomas Mann nach den „Betrachtungen eines Unpolitischen" bekämpft und vielleicht Garcia Lorca, bevor er sich politisch „richtig" engagierte. Aber wir hätten auch Vertrauen haben können: Es gibt keine Kunst, die zum Verbrechen, zur Lüge, zur Irrealität verführt. Und im Fall Jünger: Wer seine Schriften liest, wird begreifen, daß er zur äußersten Genauigkeit des Hinsehens, daß er zu großen Maßstäben und daß er zur lakonischen

Form verführt. Man kann – und das schreibt auch das Lexikon deutschsprachiger Schriftsteller (Leipzig 1977) – die Kriegsschriften Jüngers als Protokolle lesen, als künstlerisch-realistische Gestaltungen von gesellschaftlichen Vorgängen, und man muß dann die eigenen Konsequenzen ziehen. Was kümmert uns, wie Jünger über sich selber und seine Arbeiten denkt? Begreifen wir ihn als den Seismographen der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer imperialistischen und faschistischen Etappe und ihrer Transformation darüber hinaus, ein sehr empfindliches Instrument, weil es nach vorbürgerlichen Maßen geeicht ist. Aus diesem lang hell bleibenden Spiegel schaut uns die Fratze der Realität an: Der Spiegel macht nur klar: die Realität ist barbarisch. Das Erinnerung und Geschichte bildende Werk von Jünger nur so zu benutzen und zu verstehen wie diejenigen, die sich mit seinen Vorlagen identifizieren, heißt einen historischen Fehler zu wiederholen und sich der Möglichkeit zu berauben, die bürgerliche Gesellschaftsformation in ihrer besten Ausformung kritisch aufzuheben.

Am 17. November 1973 schreibt Ernst Jünger an Heidegger: „Heut' gibt es nichts Schädlicheres als Ehrungen. Wenn man erst auf den Hund gekommen ist, kommt man auch auf die Briefmarken."[1]) Daß Jünger in einer Mischung von Altersweisheit und jovialem Zynismus am 28. August 1982 den Goethepreis der Stadt Frankfurt entgegengenommen hat, widerspricht dem nicht, hat er doch damit alle dupiert, die ihn für ihre Zwecke benutzen wollen. Einem zutiefst antidemokratischen, radikal-aristokratischen Solitär imponieren weder die ehrenwerten Motive der hochachtbaren Jury, noch die gespreizten Versuche, ihn über Literatur und Stil zu egalisieren: Noch im „Spiegel"-Interview vom 16. August 1982[2]) hat er seinen einzigen aufrichtigen Kenner und Verteidiger auf seiten der demokratischen Linken, Alfred Andersch[3]), höhnisch als seinen „Fan" bezeichnet.

Der Hund, auf den man kommen kann, ist für Jünger die Masse, das Plebejische, Demokratie, Republikanismus, alles Egalitäre, schließlich Politik; nicht von Anfang an: spätestens aber seit seiner „Kehre", seit er begriffen hat, daß die Nationalsozialisten in Deutschland seine „große Politik" nicht übernehmen wollten, hat er – mit Habermas zu sprechen[4]) – den Weg von der totalen Mobilmachung des Arbeiters zur verborgenen Freiheit des Waldgängers eingeschlagen, der sich unabhängig weiß „von den technisch-politischen Vordergründen und ihren Gruppierungen". Weder kann ein Frankfurter Oberbürgermeister noch ein präsumtiver hessischer Regierungschef diesen hartnäckig „uninteressierten" Begleiter, Beobachter, Aufzeichner für sich einsetzen; auch rechtsradikale Kräfte, Neofaschisten, die von der Tendenzwende Schonung und Ansporn erwarten, werden diesen künstlerischen Buchhalter des Weltgeistes nicht ausschlachten oder beerben können. Eher können die

1) Ernst Jünger, Siebzig verweht, Bd. II, Stuttgart 1981, S. 154.
2) Interview mit Augstein, Karasek, Wieser, in: „Der Spiegel", 3/1982, S. 157.
3) Alfred Andersch, Jünger-Studien, in: Öffentlicher Brief an einen sowjetischen Schriftsteller, das Überholte betreffend, Zürich 1977.
4) Jürgen Habermas, Philosophisch-politische Profile, Frankfurt/M. 1971, S. 82.

Sozialisten von ihm lernen, womit nicht die Sozialdemokraten in Frankfurt gemeint sind, die – völlig literatur- und geschichtsfremd – glaubten, mit einer Kissenschlacht aus Zitaten ihre verspätete Ablehnung der Verleihung begründen zu können.

Nicht mit der Begründung, aber in der Sache hatten die „Grünen im Römer" Recht, als sie diese Preisverleihung als politische Frage, als Zeichen für kommende Absichten, als Breschenlegung für Law und Order mit direkten Auswirkungen auf den Volkswillen in puncto Startbahn West, Entsorgungslager und den Komplex Ökologie begriffen. 10 Jahre früher wäre dieser Preisträger als Provokation empfunden und politisch nicht durchsetzbar gewesen; undenkbar auch, daß Lukács, der davon ausging, daß es keine „unschuldige Weltanschauung" gibt, den Goethepreis nach Jünger noch angenommen hätte. Die sehr wenig ausgeprägte politische Kultur in der Bundesrepublik ist aber heute so geschwächt, daß sie den alten, gegenaufklärerischen Satz, wonach „alles verstehen auch alles verzeihen" heißt, aufnimmt, sich mit der Rede von „Jugendsünden" und „Recht auf Fehler" zufriedengibt und schließlich in der Unterscheidung zwischen Politik und Kunst, Wille und Form verschwinden macht, was doch wichtig festzustellen wäre: es gibt auch hier eine antidemokratische Literatur von Rang[5]), die die Ideen von 1789 strikt ablehnt und klarsichtig Frauenbewegung, Ökologie, Entkolonisation, alternative Bewegung und Weltstaat als zukunftssicher prognostiziert und für sich verbucht. Daß diese Literatur heute in Deutschland nur einen Namen trägt, hat bislang nur Karl-Heinz Bohrer direkt gesagt[6]).

Jünger teilt mit Goethe manches: so auch den wirkungsmäßig unschätzbaren Vorteil, beschaulich sehr alt geworden zu sein in unausgesetzter beobachtender Schreibarbeit, den Zeitgeist „uninteressiert" an den ewigen Ordnungen zu spiegeln. Der wohlsituierten Bürgerlichkeit des Elternhauses entrann er durch die Flucht vom Gymnasium zur französischen Fremdenlegion. Davon zeugt der nicht sehr beachtete Roman „Afrikanische Spiele"[7]), zu Unrecht vergessen, weil hier alle Jünger'schen Motive und Tendenzen sich spielerisch-biographisch vorweisen. Als Weltkriegsfreiwilliger häufig und schwer verwundet, kehrte er mit der höchsten Tapferkeitsauszeichnung „Pour le Mérite" zurück, blieb bis 1923 bei der Reichswehr, wo er an der Heeresdienstvorschrift mitwirkte, studierte kurz Zoologie und Biologie, war dann „freier Schriftsteller", der in krassen Erlebnisbüchern den Krieg verherrlichte, stand dem nationalbolschewistischen Kreis um Ernst Niekisch[8]) zeitweise nahe, schrieb dann zwei Programmschriften für die Zukunft „Die totale Mobilmachung" (1931) und „Der Arbeiter – Herrschaft und Gestalt" (1932), in denen er mit ungewöhnlicher Deutlichkeit einen Arbeitertypus diagnostiziert, der Produktion als Kampf empfindet, der soldatische Tugenden von Fleiß, Gehorsam,

5) Walter Heist, Genet und andere. Exkurse über eine faschistische Literatur von Rang, Hamburg 1965.
6) Karl Heinz Bohrer, Die gefährdete Phantasie oder Surrealismus und Terror, München 1970.
7) 1936, Werke Bd. IX.
8) Vgl. z. B. „Kriegerische Mathematik", in: Widerstand, ed. v. Ernst Niekisch, 5. Bd. 1930; jetzt in: Werke Bd. V, S. 109 ff.

Ordnung zum bürokratischen Funktionieren der Apparate beibringt, den Arbeit nicht zum Menschen macht, sondern zu einer kommandierten Rasse unterm Ethos der Gesamtgesellschaft. Dieser für das Jünger'sche Werk zentrale Versuch lag weit über dem Niveau, das den Faschisten erreichbar war, wurde von der Ultralinken enthusiastisch begrüßt. Und in der Tat, wer wollte heute verkennen, daß Arbeit im Zeitalter ihrer weltweiten Knappheit, statt als vermeidbares Übel angesehen zu werden, fast religiös fetischisiert wird. Während hier aber Analyse und Programm sich noch verbinden, wendet sich Jünger nach der „Machtergreifung" vom Nationalsozialismus enttäuscht ab, schreibt das einzige bewundernswerte, der französischen surrealistischen Literatur ebenbürtige Buch „Das abenteuerliche Herz" (2. Fassung 1938) und 1939 „Auf den Marmorklippen", eine in magisch-symbolischem Realismus vorgetragene Abrechnung mit dem Faschismus. Im zweiten Weltkrieg ist Jünger im Stab des deutschen Militärbefehlshabers in Paris, wird wegen Wehrunwürdigkeit aus der Armee entlassen, schreibt 1944 über den „Frieden" und veröffentlicht nach kurzem Schreibverbot von 1947 an eine Fülle von Beobachtungen und Kommentaren, überwiegend in Tagebuchform (vor allem „Strahlungen", 1949), als Reisebericht („Am Sarazenenturm", 1955), als Essay („Über die Linie", 1950, „Der Waldgang", 1951, „Rivarol", 1956), auch als utopischer Roman („Gläserne Bienen", 1957).

Worin besteht die „Kehre" Jüngers nach der nicht erzwungenen Abwendung von der Hoffnung, es möchten sich neue politische Kräfte zur Durchsetzung seiner Ideen, die er kurzfristig mit dem Nationalsozialismus für vereinbar hielt, finden? Jünger bleibt im Kontext seiner Vorliebe fürs Militärische, für die Ordnung des Staates und der Natur, bis heute rangiert bei ihm die Institution vor dem Individuum; er zieht aber die Konsequenz, daß die Geschichte souverän ist, daß ihre Gesetze beobachtbar, nicht beherrschbar sind, daß Geschichte nicht gemacht, sondern erlitten wird. Er nimmt vollständig die Attitüde der Moralisten des alten Frankreichs an – nicht umsonst schreibt er über Rivarol in einer Weise, die Chamforts würdig ist – unbestechliche Beobachtung aller Zeichen der Natur im Menschen unter Voraussetzung historischer Konstanz. Die Wende führt vom „Abenteuerlichen Herzen" zum ästhetischen Überwacher geordneter Abläufe. Eben dadurch wächst Jünger in schnellebiger Zeit eine Position zu, die ihn übers Literarische hinaus interessant und wichtig macht: gerade für Sozialisten heute.

Wie kann man einem solchen alten, konsquenten, überzeugungsharten Mann der alten Gesellschaft anders begegnen als durch deutliche politische Ablehnung? Dazu muß man einen Gedanken begreifen, den Lukács exemplarisch an der Figur Balzacs verdeutlicht hat[9]). Balzac war royalistisch bis in die Knochen, politisch ein unüberbietbarer Reaktionär, jeder fortschrittliche Republikaner seiner Zeit mußte ihn politisch bekämpfen. Sobald und solange er schrieb, verwandelte sich dieser erzkonservative Mann in einen völlig unbestechlichen Schilderer der sozialen Verhältnisse seiner Zeit so sehr, daß Marx

9) Georg Lukács, Balzac und der französische Realismus (1951), jetzt in: Werke Bd. 6, Neuwied 1965, S. 433 ff.

und Engels mit Recht der Überzeugung sein konnten, daß man aus seinen Romanen über die Lage der Bauern und des Bürgertums im damaligen Frankreich mehr als aus Geschichte und Wissenschaft erfahren könne. Dies Geheimnis von Kunst ist unerklärt, es wirkt sich gegen den bewußten Willen des schöpferischen Menschen aus, es gilt nicht nur für Balzac, sondern kann als Kriterium für Kunst überhaupt benutzt werden. Es hat sich – um beim Thema anzuknüpfen – in neuester Zeit bei so eindeutigen Hitleranhängern wie Hamsun, bei dem erklärten Antisemiten Céline, bei dem „tragischen Faschisten" Ezra Pound gezeigt. Dies gilt auch für Jünger.

Wir müssen ihn benutzen! Wer die innere Lage des Frontkämpfers der Materialschlachten des Ersten Weltkrieges wirklich begreifen will, der muß „In Stahlgewittern" lesen. Wer die Geisteslage der radikalen rechten Intelligenz zwischen den Weltkriegen, die für uns ja gar nicht mehr faßlich ist und die wir uns als historische Dummheit anzusehen gewöhnt haben, verstehen will, der sollte die radikale nihilistisch-bürokratische Prognose „Der Arbeiter" lesen. Jünger hat sich von dieser Schrift nicht nur nie distanziert, er hat ihr bei der Neuauflage im Rahmen der Werksausgabe „Adnoten" beigegeben, die auf der Aktualität der 50 Jahre alten Schrift beharren. Wer die Ausdrucksweise einer aristokratischen Opposition im Dritten Reich kennenlernen will, und damit auch tief in die Geisteswelt der konservativen Verschwörung gegen Hitler bis zum Attentat Graf Stauffenbergs eindringen will, der muß den magischen Kampf von Schindern gegen Auserwählte in den „Marmorklippen" lesen. Und nicht zuletzt: wer surrealistische Phantasie als Vorahnung des Schreckens in kaum erträglicher Ästhetisierung, aber außerordentlicher Dichte finden will, der muß das „Abenteuerliche Herz" aufnehmen. Hieran führt kein Weg vorbei. Dies hat selbst der erbittertste Kritiker anläßlich der von Jünger 1930 herausgegebenen Sammelschrift „Krieg und Krieger", Walter Benjamin, bestätigt, wenn er schreibt[10]: „Wo immer man in diesen Blättern auf genaue Formulierungen, echte Akzente, stichhaltige Begründungen stößt, ist es die Wirklichkeit, die hier getroffen, die von Ernst Jünger als total mobilgemachte angesprochen . . . ist."

Die Doppelrolle des ideologischen Reaktionärs und literarischen Seismographen setzt sich bei Jünger gesteigert fort. Alter bedeutet auch die Möglichkeit einer Rücksichtslosigkeit gegenüber allen Gruppen, Fraktionen, Cliquen, Parteien, die die Wenigsten sich leisten können. Jünger hat – ohne Einsicht in die Zusammenhänge kapitalistischer Ökonomie – in seinen „Gläsernen Bienen" eine reale Utopie von Zuständen geschrieben, die überraschend schnell eingetreten sind: Totale Überwachung von Außen, totale Verschmutzung der Lebensmittel und Natur, Gegenbewegungen von Aussteigern und biodynamischer Landbau in umgrenzten Orten. Das war 1957, weit vor dem Club of Rome, von den „Alternativen" heute zu schweigen. Möglich, daß der elitäre Stil manchen abstoßen wird: als Dokument von Antizipation der Wirklichkeit im Kapitalismus ist dies unverzichtbar.

10) Walter Benjamin, Werke Bd. III, Frankfurt/M. 1972, S. 246.

War es klug, richtig, instinktlos, fatal, literarisch unangemessen, politisch provozierend, den Goethe-Preis an Jünger zu geben? All diese Fragen greifen nicht. Es gibt eine List der Unvernunft, die Provokationen heilsam werden läßt in dem Maße, wie öffentliche Diskussion den Gegenstand ergreift und erkennend sich einverleibt. Auf diese ist zu hoffen. Setzte sie sich nicht durch, ginge man nach gebildeten und geschwätzigen Artikeln zur Tagesordnung über, so bliebe in der Tat nur ein zutiefst widerwärtiger Legitimationszusammenhang zwischen antidemokratischem Geist und demokratischer Toleranz zum Zwecke der Übertölpelung alter Unbelehrbarer wie oberflächlich politisierter, aber von Bildung ausgeschlossener und mithin lediglich wehrlos ablehnender Massen übrig. Dem muß entgegengewirkt werden.

Was unterscheidet uns, wo läuft die Trennlinie, was ist die Funktion von Stil, wieso ist Kunst so wichtig wie die materielle Basis gesellschaftlicher Verhältnisse? Jünger glaubt an ewige Gesetze, er ontologisiert historische Verhältnisse, er kann schreiben, daß es „eine nebensächliche Rolle spielt, in welchem Jahrhundert, für welche Ideen, mit welchen Waffen gefochten wird".[11]) Dagegen: es gibt Geschichte, in deren Verlauf der gesellschaftliche Anteil an Veränderungen ansteigt. Zwischen Stammesfehden und kalkulierten imperialistischen Kriegen bestehen erkennbar Unterschiede, und zwischen den Hellebarden der französischen Revolution und den Atombomben eines zukünftigen Völkerselbstmordes liegen Distanzen wie zwischen den Ideen von Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit gegenüber Abschreckungsstrategien der Overkillkapazitäten im Dienste der Aufrechterhaltung kapitalistischer Ökonomie. Die Trennlinie läuft da, wo in der Geschichte Natur gesehen, umgekehrt von der Umsetzung der Theorie in materielle Gewalt abstrahiert wird, was Jünger exemplarisch vorführt. Stil hat hierbei nichts mit Verschleierung, schönem Schein, falschem Bewußtsein, dichterischem Erguß zu tun: er kennzeichnet die knappste Formel für die bedeutendsten Probleme der Zeit. Jüngers Stil verweist auf die immanent unlöslichen, wurzelberührenden Probleme des Kapitalismus in seiner Übergangsphase. Der Rückzug auf eine Beobachterposition, in ihrem stoischen Unbetroffensein stilistisch hoch ergiebig, verweist eben auf diese Schwierigkeiten. Und zum Schluß: Das Bild, das die Menschen in der Kunst sich von sich selber machen, gehört nicht zum Überbau; es ist direktes, allerdings über Einzelne vermitteltes, kollektives Produkt des gesellschaftlichen Alltags (oder der Flucht daraus), es wirkt direkt und bestimmend – wenn auch häufig unbewußt – auf Erkenntnis und Entscheidungen ein. Peter Weiss läßt bei jungen Menschen im Anblick des Pergamon-Altares und seiner schrecklichen Botschaft von der ewigen Überlegenheit der Herren über die Sklaven den Entschluß reifen, die spanische Republik im Bürgerkrieg zu verteidigen. Den Werken Jüngers sich nicht zu verschließen, sondern die Verfassung der fortgeschrittensten Gegner zu begreifen, dies ist die Aufgabe. Preisverleihungen können politisch kontraproduktiv sein.

11) Krieg und Krieger, hrsg. von Ernst Jünger, Berlin 1930; jetzt in: Werke V.

Es geht nur nebenbei um Jünger

Von Hans Heinz Holz

Ernst Jünger ist kein literarischer, ja nicht einmal ein politischer „Fall". Als Schriftsteller wird er maßlos überschätzt, die Zeit wird dafür sorgen, dies Urteil richtigzustellen. Konservative Ideologen gibt es überall; mit ihnen kann man in kritischer Auseinandersetzung fertig werden. Warum also die Aufregung? Warum läßt man ihn nicht einfach gärtnern und Käfer sammeln? Warum wird er zu einem Symbol stilisiert?

Offenbar ist der „Fall Jünger" eher ein Fall der deutschen Intellektuellen. Die Diskussion um die Goethepreis-Verleihung zeigt es. Jünger hat in den vergangenen Jahren schon ein halbes Dutzend Auszeichnungen bekommen, von denen mindestens der Schiller-Preis (1974) politisch wie kulturell ebenso deplaciert war wie nun der Goethe-Preis. Was hat Jünger mit dem bürgerlichen Demokraten und pathetischen Kantianer Schiller, was hat er mit dem gemäßigt progressiven Weimarischen Minister Goethe, was gar mit dem Dichter des „Faust" und des „Wilhelm Meister" zu tun?

Natürlich werden die Preise immer da verliehen, wo christdemokratische Konservative die literarische Apotheose deutschen Kriegsgeists, snobistischer Demokratieverachtung, zynischer Fortschrittsfeindlichkeit ausschlachten wollen. Ihnen muß man die einschlägigen Jünger-Zitate – aus allen Zeiten seines Schaffens – entgegenhalten und sie entlarven: Das also ist die Gesinnung, die ihr fördern wollt! Für welche Politik braucht ihr diese Ideologie? Da sollten doch die Fronten klar bestimmbar sein.

Sie sind es nicht. Daß Jürgen Zehm in der „Welt", Golo Mann in der FAZ, der Carl-Schmitt-Verehrer Sepp Schelz im „Sonntagsblatt" für die Preisverleihung Partei ergreifen, entspricht ihrer politischen Einstellung. Konservative gibt es überall, ehrenwerte und weniger ehrenwerte. Mit ihnen kann und muß man leben. Warum aber Hans Heigert in der „Süddeutschen Zeitung"? Warum Gabriele Wohmann, warum Hilmar Hoffmann, auch warum Rudolf Hirsch in der Jury? Warum das „Zwar-Aber" selbst bei harten Kritikern, von dem Herbert Grossner schreibt? Vor vierzehn Jahren hat Horst Bingel ein Jünger-Heft der „Streit-Zeit-Schrift" herausgebracht (September 1968). Da schienen die Fronten eindeutig. Ich zitiere daraus einige Beispiele:

Nikolaus Sombart (doch gewiß kein Linker): „Die Szene, in der unser Held mit anderen Herren des Stabes vor einem Fenster des Hotels Majestic, in dessen Kellern gefoltert wurde, den Champagner gen Himmel hebt, um die Luftflotten zu grüßen, die auf dem Wege zur Zerstörung Berlins, Hamburgs und Dresdens sind, gehört sicherlich zu den makabersten der deutschen Literaturgeschichte."

Peter W. Jansen konstatiert nach deutlichen Zitaten aus Jüngers Werk: „Die Analogie von Geschlechtsakt und Krieg, vom Verspritzen des Samens und des

Blutes, vom Zeugen und Töten – das ist so neu nicht: die anthropologische, die psychoanalytische Struktur des Lustmords. Jünger aber gibt ihm Lizenz... Von einer Sublimierung der Libido kann nicht die Rede sein, denn hier wird nicht nur Kultur gezeugt, sondern Gewalt und Macht."

Lothar Baier: „Der ‚Arbeiter', der immer noch als eine Art magna charta der konservativen Revolution gilt, ist keinesfalls eine Analyse, sondern das Resultat einer alchimistischen Synthese: Man vermischte den Bolschewismus des ersten Fünfjahresplans, die Praktiken des japanischen Imperialismus und die Organisation der deutschen Kriegswirtschaft. Das Mischungsverhältnis hat Jünger im übrigen nicht selbst ausgetüftelt, sondern bei Spengler und Niekisch abgeschrieben."

Erich Fried: „Jünger war Faschist und ist es in Entscheidendem geblieben... Heute ist der längst wieder deutliche Jüngerkult als ein gefährlicher Unfug zu erkennen und viele, die ihm anhängen, halte ich für anrüchig. Ernst Jünger selbst kann man vielleicht am besten verstehen, wenn man an Walter Benjamins Worte von der Ästhetisierung der Politik durch den Faschismus denkt."

Nun also, laßt doch die Christdemokraten ihren Jünger feiern und sagt deutlich: Hier wird reaktionäre Politik getrieben. Soweit wir demokratisch, humanitär, sozialistisch sind, haben wir damit nichts zu tun. Was mich betroffen macht und verstört, sind die heimlichen Anbiederungsversuche an den doch keineswegs guten Schreiber, keineswegs klaren Denker, keineswegs verantwortungsvollen Menschen. Warum konzediert man ihm stilistische Präzision (Alfred Anders schrieb einst: „Es erscheint Jünger physisch unmöglich, einen unklaren Satz zu schreiben")? Warum nennt man ihn „einen völlig unbestechlichen Schilderer der sozialen Verhältnisse seiner Zeit" (Benseler)? Wird nicht die Legende des guten Schriftstellers aufgebaut, um wenigstens teilweise der politischen Stellungnahme ausweichen zu können?

Mit welcher ressentimentgeladenen Lust haben fast alle Kommentatoren der Preisverleihung dem alten Geheimrat Goethe eins ausgewischt! Konservativ sei er gewesen, mit der Demokratie habe er wenig im Sinn gehabt, elitär habe er sich verhalten usw., usw. So, als könne und dürfe man eine Verbindung zwischen Jünger und Goethe herstellen. Was für ein Interesse besteht, den vielleicht größten und wichtigsten Vertreter aufklärerischer, humanistischer, weltoffener deutscher Kulturtradition zu verfälschen, zu verkleinern, ins falsche Lager zu rücken? Wird der Preisträger Jünger da zum Anlaß und Alibi, den Namensgeber des Preises für die Reaktion zu reklamieren?

Ernst Jünger ist 87. Er wird bald vergessen sein. Wenn aber mit ihm als Vorwand ein Stück unserer Nationalkultur von denen okkupiert werden soll, die kritische Geister milde als Pinscher und gefährlich als Staatsfeinde zu betrachten pflegen, dann ist allerdings Widerstand angezeigt. Dabei geht es nur nebenbei um Jünger, in der Hauptsache aber um die demokratische Politik in diesem Lande.

Noch einmal Ernst Jünger

Von Walter Boehlich

Kein Protest hat geholfen, Ernst Jünger hat den Goethe-Preis erhalten. Die, die nicht mitzureden hatten, haben gegen die Entscheidung der Jury protestiert: die Grünen im Frankfurter Stadtparlament, dann auch die Sozialdemokraten, schließlich der Hessische Schriftstellerverband, auch Einzelne. Sie alle haben in dieser Preisverleihung eine politische Tathandlung gesehen, ein weiteres Zeichen der Tendenzwende, einen Ausdruck der konservativen Gesinnung des Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Wallmann. Sie haben ihren Protest auf Jünger-Zitate und auf Jüngers Ideologie gegründet, aber von der anderen Seite ist ihnen immer nur entgegengehalten worden, das sei unwürdig einem bedeutenden Schriftsteller gegenüber, nichts als hämische Wühlerei in einer Vergangenheit, die Jünger mit vielen anderen geteilt habe und von der er heute weit entfernt sei. Es hat auch einer von den klugen Köpfen zu bedenken gegeben, daß solche Preise ja nicht für lebenslange politische Unfehlbarkeit verliehen würden, ohne die Umkehrbarkeit dieses Satzes zu bedenken, denn für lebenslange politische Fehlbarkeit verleiht eine demokratisch verfaßte Gesellschaft hoffentlich ebenfalls keine Preise. Und das Wühlen in der Vergangenheit ist schließlich auch ein Argument, das denen schlecht ansteht, die nichts besseres zu tun wissen, als auf's peinlichste zu untersuchen, ob einer, der gern Lehrer würde, in seinen ganz jungen Jahren einmal für den Spartakus kandidiert hat oder etwa mit diesen oder jenen Kommunisten sympathisiert habe. Worauf es ankommt, ist allein die Tatsache, daß eine hinreichend große Gruppierung Ernst Jünger gerade diesen Preis verleihen wollte und auch die Möglichkeit hatte, ihn ihm zu verleihen. Auf Argumente kommt es bei solchen Machtproben zwischen Konservativen und Nichtkonservativen überhaupt nicht an.

Die beiden Fronten stehen einander nach wie vor unversöhnlich gegenüber, und je mehr die einen von Politik reden, desto mehr versuchen die anderen von internationaler Geltung und von Ästhetik zu reden. Dafür gibt es gute Gründe, denn darüber, daß der junge Ernst Jünger gelinde gesagt dem deutschen Faschismus den Weg bereitet hat, kann es gar keinen Zweifel geben, und nichts hat damit zu tun, daß er sich diesem Faschismus, als der einmal die Macht usurpiert hatte, geduldig und gelassen verweigert und sich spät auch dem militärischen Widerstand angeschlossen hat. Ein Nazi, wie er im Buche steht, ist Jünger nicht gewesen, aber da wir einmal das Tausendjährige Reich mit seinen Verbrechen und seinen Folgen gehabt haben und da dieses Tausendjährige Reich nicht plötzlich vom Himmel gefallen ist, sondern gewachsen ist auf dem Ferment antidemokratischen und autoritären Denkens, können wir, wenn wir uns nicht von aller eigenen Geschichte listig verabschieden wollen, kaum umhin, mit sehr kritischem Blick auf jene zu schauen, die selbst keine Nazis gewesen sind, aber mit den Nazis die entscheidende Wegstrecke

geteilt haben. Jünger nur als ästhetisches Phänomen, losgelöst von aller Geschichte und Politik, zu betrachten, das wäre der schiere Eskapismus, der nur dafür zeugte, daß uns nicht mehr sonderlich verstört, womit wir Unglück über die halbe Welt gebracht haben. Mit anderen Worten, hätten wir nicht die Geschichte, die wir gehabt haben, also keinen Antiparlamentarismus, der zur Auflösung des Reichstages, und keinen Antisemitismus, der nach Auschwitz geführt hat, dann könnten wir heute wenigstens über Jüngers Antiparlamentarismus und Jüngers Antisemitismus gelassener hinwegsehen.

Da wir aber die Reichstagsauflösung und Auschwitz zu verantworten haben, müssen notwendig die frühen politischen Artikel Ernst Jüngers auch in einer heutigen Auseinandersetzung über ihn noch eine Rolle spielen. Jünger allerdings, davon kann man nicht absehen, hat seinerseits alles getan, seine politische Frühzeit zu verdunkeln. Der selbe Mann, der mit der gleichen Leidenschaft, mit der er Käfer sammelt, seine eigenen schriftstellerischen Erzeugnisse in allen ihren Stadien sammelt und veröffentlicht, scheut sich offenbar, seinen schriftstellerischen Beitrag zur Zerstörung Weimars mit der gleichen Leidenschaft ans Tageslicht zu fördern. Und nicht nur das. Was ihn seinen Anhängern so angenehm macht, sein Starrsinn, sein vermeintliches Schwimmen gegen den Strom, hindert ihn, auch nur ein einziges Mal zu verstehen zu geben, daß er so etwas kenne wie Reue oder Scham. Er kann mancherlei für sich anführen, Akte des Widerstandes sowohl als auch Einsichten, aber nie hat man von ihm ein Wort vernommen, das seine eklatanten politischen Fehlhandlungen als Fehlhandlungen kenntlich machte. Er spielt da, wie auch sonst, den Kühlen, Überlegenen, der das Bestehende hinnimmt, wie schlecht es immer gewesen sein möge. Nur, der jetzt öfter zitierte Satz: „Der Tag, an dem der parlamentarische Staat unter unserem Zugriff zusammenstürzt und an dem wir die nationale Diktatur ausrufen, wird unser höchster Festtag sein" – dieser Satz ist nicht dadurch aus der Welt zu schaffen, daß der, der ihn formuliert hat, die, die ihn verwirklicht haben, nicht leiden mochte. Und auch der andere Satz, daß das gefährliche, ansteckende, zerstörende Wirken des Zivilisationsjuden durch kein anderes Ereignis als durch den völligen Bankrott des Liberalismus wieder zu beenden sei – auch dieser andere Satz ist nicht dadurch aus der Welt zu schaffen, daß Jünger die Lösung des von ihm formulierten Scheinproblems nie und nimmer in Auschwitz gesehen hat. Wer immer wann immer und wo immer ein Antisemit gewesen sein mag, etwas Schändliches ist der Antisemitismus auch vor Auschwitz unter allen Umständen gewesen. Aus diesen Gründen ist die Frage, ob gerade wir gerade Jünger mit dem Goethe-Preis auszeichnen mußten, nicht ganz unberechtigt, obwohl wir uns damit trösten können, daß es in einer Welt, die nichts besseres zu tun weiß, als Begin den Friedens-Nobelpreis zu verleihen, mit der moralischen Begründung von Preisen überhaupt nicht weit her sein kann.

Jüngers Äußerungen aus der Zeit vor 1933 sind schlimm und können ihn heute kaum empfehlen, selbst wenn man seine ganz unmißverständlichen Sympathieerklärungen für die NSDAP so großmütig aus dem Spiel läßt wie seine Faszination vom Totalen Krieg und der Totalen Mobilmachung, denn daß er

dergleichen Denkinhalte vorgefunden und sich ihrer, da sie nun einmal da waren, mit äußerster Objektivität und ohne innere Beteiligung angenommen habe, das ist eine Schutzbehauptung, die durch beiläufige ebenso wie durch gründliche Lektüre von Jüngers politischen Schriften widerlegt wird. Schlimm, wie gesagt, ist das alles, aber es ist vielleicht nicht das Schlimmste. Das Schlimmste wäre Jüngers Beharren auf alten Positionen, seine kalte Weigerung, Positionen aufzugeben, die diskreditiert sind.

Lange konnte es so aussehen, als spiele da nur einer den Nobelmann, dessen Meinungen, seien sie auch noch so absurd, durch Standesprivilegien sakrosankt wären, als spiele er den Vertreter einer jeder Kontrolle entzogenen Elite, die sich nie und nirgends zu korrigieren brauche. So jedenfalls haben ihn die späten Kommentare zu seinen frühen Werke erscheinen lassen können. Jetzt freilich wissen wir ein wenig besser Bescheid, und wären wir auch noch so geneigt, Jüngers hohes Alter entschuldigend zu berücksichtigen, um ihn vor den Folgen seines Redens zu schützen, so können wir uns doch keineswegs so sehr belügen, daß wir nicht mehr sähen, wie innig dieses Reden mit seinen alten Überzeugungen verbunden ist und daß auch aus einem alten Kopf nicht plötzlich etwas hervorkommt, was nicht schon länger dringewesen wäre – Sätze nämlich, die allenfalls an einem Stammtisch fallen dürften, nicht aber in einem millionenfach verbreiteten Interview. Gegen das kürzlich veröffentlichte „Spiegel"-Interview kann niemand Jünger mehr schützen; er hat sich ihn ihm als der immer alte Jünger zu erkennen gegeben, der weder dazulernen will noch dazulernen kann. Die Attitüde entpuppte sich so als das Wesen selbst. Man muß sich das nur vorstellen: ein Mann, der mit einem relativ hoch angesehenen Preis ausgezeichnet werden soll, einem Preis, der ihm hohen geistigen Rang attestieren soll, setzt sich hin und murmelt im Jahre 1982, nicht eben vor vier Jahrzehnten, daß die Judenverfolgung, von allem anderen abgesehen, absolut schädlich gewesen sei, wegen der Güterwagen und der Truppen, die für sie benötigt wurden. Er bricht nicht in Tränen aus, wenn er an Auschwitz denkt, er bekommt keinen Wutanfall, sondern er macht sich Gedanken über den ökonomischen und strategischen Verlust des Krieges, als hätte der auf irgendeine Weise ohne Auschwitz gewonnen werden können – und als hätte er gewonnen werden dürfen. Jünger, ist zu befürchten, hätte ihn gern gewonnen, und wenn auch nur, um den Vertrag von Versailles loszuwerden, der ihm als eine „kannibalische Sache" erschien. Kannibalischer als der Krieg selbst? Kannibalischer als Brest-Litowsk? Kannibalischer als ein neuer Krieg?

Richtig schön wird dieses Interview erst, wenn Jünger nicht mehr seinen alten, nicht verächtlichen, Anarchismus, sondern seinen ebenso alten Elitarismus ausspielt. Seine Väter und Großväter, so jedenfalls sieht er es, hätten viel freier gelebt als heute. Vielleicht haben seine Väter und Großväter das, verglichen mit der großen Zahl. Nur, die große Zahl interessiert ihn nicht die Bohne, vielmehr verhöhnt er sie noch dadurch, daß er ihr eine Wahlfreiheit zuschriebt, die sie nie besessen hat und die, hätte sie sie besessen, schon seine Väter und Großväter vergleichsweise unfreier gemacht hätte.

Das ist doch kein Eigensinn mehr, wenn er unbefangen versichert, für ihn sei nicht die Bundesrepublik die Realität, sondern das „Deutsche Reich", mag das nun von 1871 bis 1918 oder bis 1945 bestanden haben. Das ist die schiere Reaktion, die sich den Teufel darum schert, daß diese Gründung aus Blut und Eisen folgerichtig wieder in Blut und Eisen zugrunde gegangen ist.

Dies alles wissen natürlich auch diejenigen, die ihren Jünger unbedingt ausgezeichnet sehen wollten, und weil sie keine passablen Argumente gegen die Einwände ihrer Opponenten besitzen, flüchten sie sich in eines, das dadurch unwiderleglich scheint, daß es fast allgemein akzeptiert wird. Mag Jünger immerhin, sagen sie, geschrieben haben, was er geschrieben hat, auszeichnen wollen wir ihn lediglich dafür, daß er einer der größten Stilisten deutscher Sprache ist, worin ja schließlich selbst die erbittertsten Feinde des Faschismus mit ihnen übereinstimmten. Lassen wir beiseite, daß es ein unlauteres Verfahren ist, den Stil auf der einen Seite von den Inhalten auf der anderen Seite absolut zu trennen, als käme es bloß darauf an, wie einer etwas gesagt hat, und nicht darauf, was er gesagt hat; es bleibt jedenfalls dabei, daß viele sich gerade durch Jüngers Stil fasziniert gezeigt haben, die weder Feinde der Demokratie, noch Antisemiten, noch Vergötterer des Kampfes als inneren Erlebnisses sind. Die vielleicht sogar am ehesten und nicht nur aus Masochismus. Sie rühmen uns etwas als kristalline Klarheit, was bei genauerem Hinsehen weder kristallin noch klar ist, sondern überfrachtet mit der selben Symbolik, die die Werke Jünger selbst auszeichnet. Man muß freilich unterscheiden zwischen der gemeinhin dichterisch genannten Prosa, den Romanen und Erzählungen also, von den „Marmorklippen" bis zu „Eumeswil", durchaus rückwärts gewandten Produkten eines, der nicht so recht erzählen kann und nie eine Übereinstimmung zwischen reflexiven Passagen, in denen er sich selbst ausdrückt, und Handlungspersonal herzustellen vermag, und den essayistischen Produkten wie dem „Abenteuerlichen Herzen" oder den „Subtilen Jagden". In diesen letzten begegnen wir einem Jünger, dessen Lektüre einigen ästhetischen und mehr als nur ästhetischen Genuß verspricht und die uns dadurch überrascht, daß ihr Autor sich bei der Beschreibung von Flora und Fauna und unbelebter Welt durchaus humaner zeigt als bei der Beschreibung von menschlichem Handeln oder Leiden. Er ist auch da freilich zu oft auf Effekte aus und nicht imstande, eine noch menschlich wirkende Kühle zu erzeugen, wie wir sie in den Schriften des von Jünger bewunderten und sicherlich auch nachgeahmten Paul Valéry antreffen.

Das treffende Wort, le mot juste, verfehlt er gerade deswegen so oft, weil sein Stilideal sich, ein wenig verspätet, von dem Belgier Huysmans herleitet, der Flauberts Genauigkeit zu einer gewiß nicht reizlosen Prunkprosa entstellt hatte, gedeckt, das muß man zugeben, durch den europäischen Jugendstil, während Jünger wohl eher gemessen werden müßte an der Genauigkeit von Franz Kafka oder Hermann Ungar, deren annähernder Zeitgenosse er war, mit denen er aber absolut gar nichts zu tun hat. Er hat, und nicht nur in seinen verhängnisvollen Kriegsbüchern, sehr viel mehr mit dem deutsch-nordischen Geraune, manchmal sogar etwas mit dem Blut-und-Boden-Geschwafle zu tun,

was heißt, daß er erstaunlich schnell altert, weil die Kunstmittel, derer er sich bediente, schon im Augenblick, als er sich ihrer bediente, entwicklungsgeschichtlich überholt waren. Das kann sehen, wer seine erzählende Prosa heute wiederliest, Jahrzehnte nach ihrer Entstehung. Sie ist dem Kitsch näher – am nächsten in den „Marmorklippen" – als ihren Vorbildern. Wenn das aber so ist, und das kann man genauer und überzeugender aufzeigen, als Peter Wapnewski es vor acht Jahren versucht hat, wenn das also so ist, dann wurde Jünger in Frankfurt für etwas ausgezeichnet, was er nicht besitzt, während er für das, was ihm ganz eigen ist, überhaupt nicht ausgezeichnet werden durfte.

Aus ausländischen Zeitschriften

Das Konzept der strategischen Überlegenheit

Von Colin S. Gray

Den nachstehenden Beitrag veröffentlichte Colin S. Gray, der mittlerweile von Präsident Reagan zum Abrüstungsberater (!) ernannte amerikanische Atomkriegsstratege, in der Märzausgabe 1982 des „Air Force Magazine". Der Beitrag bestätigt in konzentrierter Form Grays Ansatz, mit dem er seit seinem 1980 veröffentlichten Artikel „Sieg ist möglich" (deutsch in: „Blätter", 12/1980) zunehmend Aufsehen erregt hat. In den durch angesehene US-Zeitungen wie die „New York Times" und die „Los Angeles Times" bekanntgewordenen neuen Pentagon-Planungen für den Atomkrieg (vgl. die Dokumente in: „Blätter", 8 und 9/1982) hat sich dieser Ansatz offenbar voll durchgesetzt: die Idee, daß „strategische Überlegenheit" die USA dazu befähigen könnte, auch unter den Bedingungen des Atomzeitalters einen Kernwaffenkrieg nicht nur zu überleben, sondern um den Preis „annehmbarer" eigener Verluste in der Größenordnung von 20 Millionen toten Amerikanern (!) „gewinnen" zu können. Es erscheint uns bezeichnend – und bestätigt nachdrücklich die Sorgen der grundsätzlichen Kritiker der „Abschreckung" –, wie Gray seinen bewußten und unmißverständlichen Bruch mit den bisher zur Rechtfertigung der atlantischen Rüstung herangezogenen Axiomen – wie „Gleichgewicht" und Kriegsverhütung als einzig legitime Aufgabe der Atomwaffen – ganz zwanglos aus der apologetischen Kulisse der „Abschreckungs"-Argumentation heraus entwickeln kann und wie er allzu aggressive Kriegsführungs- und Siegpostulate, wenn ihm dies ratsam erscheint, auch immer wieder einmal in diese „Abschreckungs"-Kulisse zurücktreten lassen kann. Daß die eigenen, mit der Hoffnung auf volles Verständnis gleichgesinnter Leser detailliert dargelegten Pläne nicht auf die Rechtfertigung verzichten, man orientiere sich ja nur an vom Gegner vorgegebenen Mustern, versteht sich von selbst. Wie wenig Gray allerdings noch ernstlich auf diese Entschuldigung angewiesen zu sein glaubt, demonstriert seine Beschränkung auf einen routinemäßigen Schlenker ganz am Ende seiner offenherzigen Darlegungen. Bemerkenswert deutlich sind in diesem Beitrag vor allem die wiederholten Ausführungen über den „Extremfall" oder „den Job": Gray läßt hier keinen Zweifel daran, daß es „im Extremfall", also in der letzten Konsequenz der neuen Strategie, um die durchaus bewußte und politisch gewollte Überschreitung der Schwelle zwischen Abschreckung und Krieg geht, also um die be-

wußte und politisch *gewollte Abkehr vom zumindest vorgeblichen Zweck jeder Abschreckungsdoktrin:* Kriegsverhütung! – *Nachstehend der Wortlaut des Beitrages mit dem amerikanischen Originaltitel „The Idea of Strategic Superiority". D. Red.*

Seit Ende der 60er Jahre hat die Forderung nach strategischer Überlegenheit eine schlechte Presse. Man beurteilt sie weithin als
– unvereinbar mit einem „Erfolg" in offiziellen zwischenstaatlichen Rüstungskontrollverhandlungen („Die Sowjets werden sich nicht auf eine ‚untergeordnete' strategische Position einlassen."). Das Spiel heißt, wie man meint, „Parität".
– Die Forderung sei völlig unrealistisch, weil die UdSSR uns inzwischen die strategische Überlegenheit verweigern könne, d. h. Überlegenheit sei nicht erreichbar oder nicht aufrechtzuerhalten (selbst wenn sie für kurze Zeit erreicht wird).
– Die Vorstellung der Überlegenheit sei gefährlich, weil sie die strategischen „Analphabeten" zu dem Glauben verführe, daß es „gewinnbare" Atomkriege gibt (welche es nach dieser Einschätzung nicht gibt!).

Unser Problem mit der Konzeption der strategischen Überlegenheit ist großenteils begrifflicher Natur. Der SALT-Prozeß hat unsere Aufmerksamkeit auf die (oft) trivialen Fragen „statischer" numerischer Gleichgewichte und Ungleichgewichte gelenkt. Wenn man einmal von Gründen der politischen Perzeption absieht, sollten wir nahezu gänzlich uninteressiert an den unterschiedlichen Schemata darüber sein, wie der Anschein „mathematischer" Parität erreicht werden kann. Strategische Überlegenheit sollte ein funktionaler strategisch-politischer Begriff sein, nicht eine Vorstellung, bei der man Erbsen zählt, um Gleichgewichte zu bestimmen. Was bedeutet „strategische Überlegenheit", wenn sie ausdrücklich auf die strategischen Atomstreitkräfte (und andere Programme von unmittelbarer Relevanz für das Verhalten der USA in einem *allgemeinen* Krieg) bezogen wird? Ich schlage die folgende Definition vor: Strategische Überlegenheit bedeutet die Fähigkeit (de facto *und* als solche wahrgenommen/erwartet seitens der politischen Führer und der verantwortlichen Generalstabsoffiziere in der Sowjetunion)
– die Sowjetunion von Herausforderungen auf dem Gebiet des Wettrüstens abzuschrecken
– zur Abschreckung der Sowjetunion von der Schürung von Krisendrohungen beizutragen
– entscheidend zur Abschreckung der Sowjetunion von militärischen Herausforderungen im Falle einer Krise beizutragen
– entscheidend zur Abschreckung der Sowjetunion von einem militärischen Ausbrechen aus einer akuten militärischen Krise beizutragen
– entscheidend zur Abschreckung der Sowjetunion von einem rationalen militärischen Verhalten nach der Krise beizutragen
– die Vereinigten Staaten dazu zu befähigen, aus einer „lokalen" politischen oder militärischen Krisensituation auszubrechen, und zwar dadurch, daß sie über eine den unmittelbaren politisch-militärischen Umständen angemessene Handlungsfreiheit verfügen
– die Vereinigten Staaten zu befähigen, jeden strategisch-nuklearen Eskalationsprozeß zu dominieren, der aus einer lokalen akuten Krise entstehen könnte, und glaubhaft nach einem besseren politischen Ergebnis auf einer höheren Stufe des bewaffneten Konflikts zu suchen
– die Vereingten Staaten zu befähigen, *im Extremfall* einen allgemeinen Krieg zu führen *und zu gewinnen* (Hervorhebung v. C. Gray! D. Red.). Unter Gewinnen verstehe ich, daß die Vereinigten Staaten ihre politischen Ziele erreichen, während die Sowjetunion ihre Ziele *nicht* erreicht.)

Der bisherige Gedankengang legt implizite nahe, daß es außerordentlich erstrebenswert ist, der US-Kriegsplanung einen politischen „Gesamtzusammenhang" („integrity") von der Konkurrenz in Friedenszeiten bis zum Ende des Schwanzes, der SIOP (der strategischen Zielplanung gegen die Sowjetunion; d. Red.) und darüberhinaus (d. h. bis zur Vorbereitung einer gesicherten strategischen Reservestreitmacht für eine Nach-SIOP-Zeit) zu geben.

Die Sache zuende denken

Im Mittelpunkt des Konzepts der strategischen Überlegenheit, wie es hier in gedrängter Form umrissen wurde, steht der Gedanke, daß sowohl die politisch-militärische Macht und die Pläne der Sowjetunion besiegt werden können, als auch, daß wesentliche US-westliche Werte überlebensfähig sind. Es sollte grundsätzlich anerkannt werden, daß die Kriegsplanung der USA, vom

Einsatz der strategischen Streitkräfte ganz abgesehen, nicht angemessen wirksam sein kann, wenn man sie nur im Kontext der in Aussicht genommenen Niederlage der politisch-militärischen Macht der Sowjetunion sieht. Es ist in der Tat sehr wahrscheinlich, daß es die Vereinigten Staaten sein werden, von denen verlangt wird, das nukleare Eskalationstempo zu beschleunigen, in Reaktion auf irgendeine sich entwickelnde lokale militärische Katastrophe am Persischen Golf oder in Westeuropa. Wenn dieser Punkt akzeptiert wird, so bedeutet das, daß ein amerikanischer Präsident die entscheidenden Fragen „Bin ich abgeschreckt?" oder „Wenn ich diese oder jene Stufe auf der nuklearen Eskalationsleiter ersteige, was sollte ich als die wahrscheinliche sowjetische Reaktion erwarten?" erwägen muß.

Ein amerikanischer Theoretiker der internationalen Beziehungen (dessen Vorfahren aus den Niederlanden stammen), Nicholas Spykman, hat vor vierzig Jahren seinen Finger auf dieses Problem gelegt: „Es gibt keine Sicherheit, wenn man nur ebenso stark ist wie ein potentieller Feind; Sicherheit gibt es nur, wenn man ein wenig stärker ist. Es gibt keine Möglichkeit zu handeln, wenn die eigene Stärke auf eine gleichgroße Gegenkraft stößt; für eine positive Außenpolitik gibt es nur dann eine Chance, wenn man über einen Machtspielraum verfügt, der frei genutzt werden kann."

Spykmans Äußerung impliziert, daß eine echte Parität auf dem Gebiet der militärischen Macht (die wir gegenwärtig gar nicht haben – wenn wir eine sowjetische Überlegenheit bei den konventionellen und den Mittelstrecken-Streitkräften voraussetzen) zu einer Lähmung der westlichen Politik führt. Wenn die Vereinigten Staaten und die NATO sich damit zufriedengeben, dem Warschauer Pakt bei den konventionellen und den Mittelstreckenpotentialen de facto eine militärische Überlegenheit zuzugestehen, wie sie es tun (und dies ist eine Sache der westlichen Entscheidung), dann muß man de facto für eine militärisch-politische Kompensation auf der Ebene der strategischen nuklearen Feuerkraft der USA sorgen.

Die „Redensarten", die in den 70er Jahren als Lehrsätze galten, haben heute keine operative Relevanz. Wen wird es interessieren, ob die strategischen Streitkräfte der USA sich in der Situation „ungefährer Parität" oder „essentieller Gleichgewichtigkeit" befinden? Worauf es ankommen wird, ist, ob die Vereinigten Staaten ihre strategischen Streitkräfte anwenden können, um ein galoppierendes Desaster auf einem lokalen Kriegsschauplatz zu kompensieren. Ein Schlüssel zum Verständnis dessen, was wir bei unseren strategischen Streitkräften brauchen, ist, wie Richard Burt festgehalten hat, der Gedanke der „Eskalationsbeweglichkeit". Die Rüstungskontrolle mag heute im Außenministerium neuerlich in Mode gekommen sein, aus ausgezeichneten politischen Gründen, die mit Europa zusammenhängen, aber es gibt einiges zugunsten von Burts früherer Auffassung zu sagen, daß „Salt, in einer neuen strategischen Ära in der die nukleare Rivalität zwischen Amerika und der Sowjetunion sich um Fragen der Handhabung nuklearen Macht zu drehen beginnt, irrelevant geworden ist."

Die Absicht hierbei ist nicht, die Rüstungskontrolle „herabzusetzen", sondern lediglich festzustellen, daß sich Rüstungskontrolle – *bestenfalls* – als irrelevant für die nukleare Einsatzplanung der USA erweisen könnte, während sie – im schlimmsten Falle – bewirken könnte, daß die Einsatzplanung ernstlich behindert wird. Betrachten wir beispielsweise die sogenannte „Nulloption" des Präsidenten für die landgestützten Mittelstreckenraketen in Europa. Bei dem NATO-Plan, 108 Pershing II und 464 bodengestützte Marschflugkörper zu stationieren, geht es nicht darum, ein Gleichgewicht oder ein Gegengewicht gegenüber der sowjetischen SS-20-Stationierung zu schaffen; es geht vielmehr darum, die Erwartung der Sowjets zu garantieren, daß ein großer Krieg, der in West-Mitteleuropa beginnt, ziemlich schnell in einen Konflikt eskalieren würde, welcher die eigenen Territorien der Supermächte unmittelbar einbezieht. Die NATO braucht eine beträchtliche Anzahl dieser 572 Systeme (oder Entsprechendes), *gleichgültig ob* die sowjetische SS-20-Stationierung auf Null reduziert wird *oder nicht*. (Hervorh. v. C. Gray! D. Red.)

Eine Definition

Die Anwendungsmöglichkeiten strategischer Überlegenheit können folgendermaßen zusammengefaßt werden: als der Besitz außenpolitischer Handlungsfreiheit in Friedenszeiten; als die Fähigkeit, in der Erwartung, akzeptable politische Ergebnisse zu erzielen, Krisen zu riskieren, und als die Fähigkeit, wenn nötig Krieg auf jeder Ebene zu führen und zu überleben. Der Befür-

worter einer strategischen atomaren Überlegenheit der USA betrachtet – alles andere als ein atavistischer Superfalke – lediglich die Landkarte und zieht vorsichtige Schlußfolgerungen. Wenn die Streitkräfte der USA und der US-Verbündeten an den Rändern Eurasiens sich einer Übermacht gegenübersehen, oder sogar nur einem gleichstarken Gegengewicht, wie sollten die USA dann ein annehmbares Ergebnis einer Krise oder eines Krieges erzwingen, wenn es zu einer begrenzten Auseinandersetzung kommt?

Im Extremfall müssen die Vereinigten Staaten fähig sein, und zwar ohne dabei unglaubwürdig zu erscheinen, das sowjetische Kernland mit dem Einsatz strategischer Atomwaffen zu bedrohen: Eine solche Drohung erheben zu können, erfordert, daß die USA in der Lage sind, einen massiven Präemptivschlag der Sowjetunion gegen ihre militärische Macht und gegen C^3I (die zentralen strategischen Kommando-, Kommunikations- und Überwachungsstellen der US-Führung; d. Red.) abzuschrecken, und daß sie fähig sind, in der Sowjetunion die innere Zone der militärischen Macht zu treffen, in hinreichend gesichertem Vertrauen darauf, daß die sowjetische Vergeltung quantitativ und qualitativ abgefangen, absorbiert und ganz allgemein auf einem „annehmbaren" Niveau gehalten werden kann. Was ist ein „annehmbares" Niveau? Man sollte nicht zu sehr auf irgend ein einzelnes oder eine begrenzte Anzahl schadensbegrenzender Instrumente setzen. Eine ernsthafte Schadensbegrenzung wäre das Produkt vieler, zusammenwirkender Programme:
– einer counterforce-Fähigkeit gegen verbunkerte Ziele (gegen militärische Ziele und gegen C^3I [also gegen die politischen und militärischen Führungszentren; d. Red.])
– strategischer Anti-U-Bootkriegführung
– mehrerer Staffeln ballistischer Raketenabwehr
– kontinentaler Luftverteidigung der Vereinigten Staaten
– von Zivilschutz und der Verbunkerung industrieller Einrichtungen
– und ganz allgemein einer robusten Vorbereitung der Gesellschaft auf Überleben und Wiedererholung.

Eine wirkliche funktionelle Parität oder essentielle Gleichwertigkeit auf strategischer Ebene im Hinblick auf die Zentralsysteme würde für die Vereinigten Staaten und ihre Freunde und Alliierten die Katastrophe heraufbeschwören. Wenn die Vereinigten Staaten nicht in der Lage sein würden, einen Prozeß der nuklearen Eskalation zu dominieren, um die UdSSR zu zwingen, wie könnten sowjetische Gewinne auf einem Kriegsschauplatz in ihr Gegenteil verkehrt werden? Und nicht weniger wichtig: Wie könnte ein amerikanischer Präsident, der verantwortlich handelt, unter diesen Umständen einen Eskalationsprozeß auch nur in Gang setzen? Sic transit NATO-„Strategie".

Es ist ganz klar, daß das Problem sich sowohl auf die politisch-strategische Meinungsbildung (bzw. „Aufklärung", d. Red.) als auch auf die technischen Fähigkeiten bezieht. Erstens sollten die Vereinigten Staaten und die NATO kein Abkommen mit der UdSSR über ein wirkliches Gleichgewicht bei den strategischen oder eurostrategischen Nuklearpotentialen suchen, das die hier erörterte De facto-Überlegenheit ausschließen würde – das wäre der Weg zur politischen Lähmung und zur örtlichen Niederlage (oder einem allegemeinen Desaster).

Zweitens ist es von lebenswichtiger Bedeutung, daß die folgenden Fragen sehr direkt gestellt werden: „Ist der ‚Job' zu schaffen?" und „Worin besteht der ‚Job'?" Können die Vereinigten Staaten glaubwürdig versprechen:
– die militärisch-politische Macht der Sowjetunion zu besiegen (und zwar so weitgehend, daß die Zukunft des sowjetischen Staates sehr ernstlich in Frage gestellt wird), während sie gleichzeitig
– die US-Verluste auf einem „annehmbaren" Niveau halten (und zwar physisch – *nicht* durch Hoffnungen auf Abschreckung nach einem Kriegsausbruch)?

Der dargelegte Argumentationsgang ist nicht notwendigerweise unvereinbar mit SALT/START. Einigermaßen durchlässige SALT/START-Ober- und -Untergrenzen, im Kontext robuster amerikanischer Zivilverteidigung, Luftabwehr und ballistischer Raketenabwehr, können – unter der Annahme einer sehr intelligenten US-Einsatzplanung – durchaus alles sein, was wir brauchen. Wir sollten eine Seite aus dem sowjetischen Buch nehmen und von Parität sprechen, gleichzeitig aber für den Bedarfsfall den Sieg planen.

Medienkritik

GOLDA UNSER.

Wie das denn sei mit diesen jungen Leuten, fragt der amerikanische Senator, der gekommen ist, um nachzuprüfen, ob das kleine Land die Lieferung der modernsten US-Waffen auch in die richtige Politik umzusetzen vermag, was man denn dagegen mache, daß diese jungen Leute im Kibbuz so einfach ohne Trauschein zusammenlebten. Aber das Problem ist ihm eher ein politisches denn ein moralisches. Das begreift seine Gesprächspartnerin, die israelische Arbeitsministerin und reagiert auf die erteilte Rüge mit Taten. Exemplarisch knöpft sie sich eins der Paare vor und verspricht eine neue Wohnung, einen neuen Kühlschrank, und die Antwort des verschämten Mädchens ist: „Würden Sie zu unserer Hochzeit kommen". Es geht um die Kinder, um eine Bevölkerungs-Vermehrungspolitik, die wenigstens *eine* Legitimation schaffen soll für den aggressiven Expansionismus. Aber beim Zuschauer bleibt angesichts der rührenden Szene nur die Vorstellung von der familienfreundlichen, von Hochzeit zu Hochzeit eilenden und Kühlschränke verteilenden *Landesmutter*.

Listig und knallhart, aber immer menschlich ist sie, diese Film-Golda Meir im ZDF am 3. und 4. Oktober, auch als Politikerin. Nur durch die Qualität ihres selbstgebackenen Honigkuchens und einige unerwartete waffentechnische Detailkenntnisse schafft sie es im nächtlichen Gespräch von Mensch zu Mensch, dem US-Unterhändler die modernsten Bomber und Panzer abzuschwatzen. Zum politischen Geschäft muß sie stets mühsam überredet werden. Viel lieber bliebe sie im Kibbuz und putzte ihren Teekessel, gemäß ihrer Bestimmung als Frau, zweimal täglich blank. Ihr Erfolg in der Politik – so versteht der Zuschauer bald – ist darauf zurückzuführen, daß sie sie betreibt wie das Honigkuchenbacken. Und die politische Ideologie, die der Film ihr verpaßt und als seine eigene Analyse verkauft, hat die Differenzierbarkeit eines Kochrezepts. Das arme kleine Israel wird angegriffen von seinen arabischen Nachbarn, hinter denen die Sowjetunion steht, und es ist zu Unrecht verrufen in aller Welt, weil es sich doch immer nur verteidigt, wenn es die anderen angreift. Und Golda hats, mit ihrer hausmütterlichen Überzeugungsstrategie, geschafft, daß das kleine schwache Volk mit Hilfe des großen Freundes alle Kriege gewinnt.

Nur einmal, auf dem Höhepunkt ihrer Macht, hat sie versagt, viele Opfer hat der Jom Kippur Krieg gekostet. Aber ihr Fehler war nicht, daß es überhaupt einen Krieg gegeben hat, sondern Golda Meir hatte – so wird es dargestellt – verständlicher- aber fälschlischerweise ihren Generälen vertraut und diesen Krieg nicht, wie alle anderen, mit einem Präventivschlag begonnen.

Der Tod der Hauptdarstellerin Ingrid Bergman, als deren Vermächtnis der Film hochstilisiert worden ist, mußte als Alibi herhalten, um die Peinlichkeit der Ausstrahlung dieses Hohelieds auf den israelischen Expansionismus zu einer Zeit zu rechtfertigen, in der selbst die US-Regierung die Taten der israelischen und der mit ihnen verbündeten christlich-libanesischen Terroristen nicht mehr öffentlich billigen kann. Aber das imperialistische Melodram soll darüberhinaus historisch authentisch sein, und die US-Presse bescheinigte: „Ingrid Bergmans Golda ist die leibhaftige Golda Meir, nicht die Nase, aber die Seele". Das mütterliche Seelchen inmitten harmloser Zuckerbäcker von Ben Gurion bis Begin – welch schmählicher Abgang, nach „Casablanca".

Das deutsche Fernsehen gab ihr eine auffallend häßlich schnarrende Synchronstimme. Soll man auf eine versteckte Regung des schlechten Gewissens schließen, den Versuch auf eine Distanzierung vom Hurra-Zionismus? An diesem Objekt war er von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Günter Giesenfeld

Wirtschaftsinformation

Ausländer in der Bundesrepublik

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die Anwesenheit ausländischer Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik, in Zeiten günstiger Konjunktur als Ausdruck gesunder Wirtschaftsverhältnisse begrüßt, wird mehr und mehr zum Gegenstand demagogischer Ablenkungsmanöver. Eine deutliche Verminderung der Ausländerzahlen gilt als Heilmittel für die Misere des Arbeitsmarktes.

Vorausgeschickt werden muß, daß die offiziellen Bemühungen zum Abbau der Ausländerzahlen kaum ernst gemeint sind: die einseitige Internationalisierungsstrategie, die den Kernpunkt der bundesdeutschen Wirtschaftskonzeption bildet, beinhaltet mit Notwendigkeit eine weitere Öffnung der inländischen Arbeitsmärkte für den Zustrom von Ausländern. Die Erweiterung der EG, das Assoziierungsabkommen mit der Türkei, verbessern die Zuwanderungsmöglichkeiten. Kaum eines der betroffenen Länder würde es hinnehmen, wenn die Bundesrepublik ausgerechnet die Freizügigkeit am Arbeitsmarkt beschränkt, während die Freizügigkeit für Waren und Kapital weiter ausgedehnt wird.

Auch hat das inländische Kapital kaum Interesse an einer wesentlichen Reduktion der Ausländerzahlen, jedenfalls soweit es sich um Arbeitskräfte handelt: niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, hohe berufliche und regionale Mobilität sind für die Unternehmer attraktive Eigenschaften der Ausländerbeschäftigung. Diese Eigenschaften verlieren für sie auch durch die Existenz von zwei Millionen Arbeitslosen nicht an Wert.

Während die Beschäftigung der Ausländer starken Schwankungen unterworfen ist, ist die ausländische Wohnbevölkerung auch in den krisenhaften 70er Jahren insgesamt angewachsen.

Ausländer in der Bundesrepublik

	1973	*1975*	*1977*	*1980*	*1981*
Bevölkerung					
In 1000	3966	4090	3948	4453	4630
Quote in %[1])	6,4	6,6	6,4	7,2	7,5
Erwerbspersonen					
In 1000	2643	2315	2060	2211	2188
Quote in %[2])	9,8	8,8	7,9	8,3	8,1
Erwerbsquote[3])					
in %	66,6	56,6	52,2	49,7	47,3

1) Anteil der ausländischen an der gesamten Wohnbevölkerung.
2) Anteil der ausländischen Erwerbspersonen an der Gesamtzahl.
3) Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Wohnbevölkerung.

Quelle: „DIW-Wochenbericht", 37/1982, S. 456.

Der Anstieg der ausländischen Wohnbevölkerung nach 1977 war vor allem durch den Familiennachzug bedingt, die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen lag 1981 immerhin um 450 000 unter dem Höchststand von 1973. Der Arbeitsmarkt ist durch die Fluktuation ausländischer Arbeitskräfte also bereits in hohem Maße entlastet worden, d. h. es wurde Arbeitslosigkeit „exportiert". Noch stärker schwankt die Ausländerbeschäftigung im Konjunkturverlauf.

Ausländerbeschäftigung[1])

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982[3])
Beschäftigte	2498	2408	2061	1920	1869	1856	1922	2004	1926	1834
Ausländer-quote[2])	11,1	10,9	9,7	9,0	8,8	8,6	8,8	9,0	8,8	8,6
Arbeitslose	20	69	151	106	98	104	93	107	168	233
Arbeitslosen-quote	0,8	2,9	6,8	5,2	5,0	5,3	4,6	5,0	8,1	11,3
Nachrichtlich: Arbeitslosen-quote insges.	1,2	2,6	4,8	4,8	4,6	4,4	3,8	3,8	5,4	7,4

1) In 1000 Personen, Quoten in Prozent.
2) Anteil der ausländischen Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung.
3) Schätzung auf Grundlage von Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) bzw. Augustziffern (Arbeitslosigkeit).

Quellen: „DIW-Wochenbericht", 37/1982, S. 457/58; „IAB-Mitteilungen", 1/1982, S. 8; „Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit", 9/1982, S. 1241.

Die Ausländerbeschäftigung dient zu einem erheblichen Maße als „Konjunkturpuffer". Seit 1973 hat sie deutlich stärker abgenommen als die Gesamtbeschäftigung, bis 1982 hatten etwa 650 000 ausländische Arbeiter oder Angestellte den Arbeitsplatz verloren.

Immerhin war bis 1981 ein Überschuß der Zuwanderungen von Ausländern über die Abwanderungen zu verzeichnen. Dieser Wanderungsüberschuß ist aber stark zurückgegangen, im ersten Quartal 1982 überwogen schließlich die Fortzüge um etwa 12 000.

Wanderungsbewegungen bei Ausländern[1])

	1979			1980			1981		
	Zuwand.	Abwand.	Diff.	Zuwand.	Abwand.	Diff.	Zuwand.	Abwand.	Diff.
Insgesamt	545	366	+179	631	386	+245	501	416	+85
darunter:									
EG-Staaten	150	134	+ 16	156	134	+ 22	133	134	– 1
Türkei	172	66	+106	212	71	+141	84	71	+13
Jugoslawien	41	44	– 3	42	41	+ 1	34	40	– 6
Polen	28	20	+ 8	42	28	+ 14	93	49	+44
Asien	56	22	+ 34	63	25	+ 38	50	29	+21

1) In 1000 Personen.

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 7/1982, S. 504.

Die Statistik des Statistischen Bundesamtes macht auch deutlich, daß die Asylantenfrage von interessierter Seite stark hochgespielt wird, die realen Zahlen geben zu einer Dramatisierung keinen Anlaß. So wurden zwischen 1978 und 1981 240 000 Asylanträge gestellt, davon 50 000 im letzten Jahr. Die Masse der Anträge stammte von 185 000 Polen und etwa 200 000 Menschen aus Asien, die im gleichen Zeitraum eingereist sind. Es handelt sich also bei der großen Mehrheit der Asylanten um eine aus antikommunistischen Beweggründen geförderte Zuwanderung. Es sind oft die gleichen politischen Kräfte, die das „Asylantenproblem" mit rassistischen und nationalistischen Parolen zu einem Hauptproblem hochstilisieren und gleichzeitig die Bundesrepublik als

„Hort der Freiheit" für Zuwanderer aus sozialistischen Ländern anpreisen, ja diese Zuwanderung aus propagandistischen Motiven zeitweilig sogar fördern (z. B. durch „Patenschaften" für Vietnamesen).

Die große Mehrheit der Bewohner der Bundesrepublik mit einem ausländischen Paß lebt inzwischen mit ihren Familien schon viele Jahre im Lande. Infolgedessen erklärt sich ihre Zunahme auch nicht mehr hauptsächlich aus Wanderungsbewegungen. 1981 wurden 80 000 Kinder ausländischer Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik geboren, etwa 13 % aller Geburten. Infolge der günstigen Altersstruktur bei der ausländischen Wohnbevölkerung war der Überschuß der Geburten über die Sterbefälle mit 71 500 Personen sehr hoch.

Das Kriterium „deutsch" oder „ausländisch" verliert aber in dem Maße an Bedeutung, wie eine stabile Wohnbevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit zum integralen Bestandteil des Volkes wird.

Ausländische Wohnbevölkerung nach Aufenthaltsdauer[1])

	Unter 4 Jahren	*4–8 Jahre*	*Über 8 Jahre*
Insgesamt	*25,1*	*17,9*	*57,0*
darunter:			
EG-Staaten	*20,7*	*14,9*	*64,3*
Türkei	*28,2*	*23,2*	*48,5*
Jugoslawien	*13,1*	*15,1*	*71,8*
Spanien	*7,3*	*11,1*	*81,6*

1) Anteile in Prozent.

Quelle: „DIW-Wochenbericht", 37/1982, S. 461.

Immer größer wird der ausländische Bevölkerungsteil, der in der Bundesrepublik aufgewachsen ist und die Schule besucht hat, der seine Familienangehörigen und Freunde im Lande hat. Es gibt kaum einen rationalen Grund, unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten z. B. einen 25jährigen Deutschen anders zu behandeln als einen 25jährigen Türken, der zehn Jahre im Lande lebt.

Die Unterscheidung zwischen Deutschen und Ausländern wird – ohne daß deren kulturelle Eigenart geleugnet werden soll – unter politischen und wirtschaftlichen Aspekten immer mehr künstlich. Das ändert nichts daran, daß diese Differenzierung wirksam bleibt: sie verliert aber ihren rationalen Kern und gewinnt immer mehr nationalistischen, demagogischen Charakter: „Ausländer raus" wird so zu einer Parole wie „Juden raus". Es geht nicht mehr um die durchaus berechtigte politische Frage, in welchem Maße und unter welchen Bedingungen sich ein Land der Zuwanderung von Arbeitskräften öffnen oder verschließen soll. Dies sollte ebensowenig den „Kräften des Marktes" überlassen bleiben wie andere gesellschaftlich wichtige Entwicklungen. Die Parole der absoluten „Freizügigkeit" stammt schließlich aus dem Arsenal bürgerlicher Freihandelsideologen, bis Anfang der 70er Jahre noch von den gleichen Parteien und Gruppierungen verfochten, die heute von „Türkenproblemen" reden.

Bei der heutigen Diskussion über „Ausländerbeschränkung" und „Rückkehrförderung" aber werden Teile der Bevölkerung der Bundesrepublik unter kulturellen, rassischen oder nationalistischen Gesichtspunkten herausgehoben, besonders behandelt und diffamiert, es werden potentielle Spaltungslinien in der Arbeiterbewegung gesucht. Es geht um Polarisierung und Differenzierung von Bevölkerungsgruppen, wobei die unterschiedliche Nationalität günstige Ansatzpunkte solcher Kapitalstrategien bildet.

Doch wer heute solchen Parolen Gehör schenkt, der sollte sich bewußt sein, daß die Nationalität nur *ein* Unterscheidungsmerkmal ist. Für wirtschaftliche und politische „Sonderbehandlungen" durch Kapital und Regierungen gibt es zahlreiche andere Unterscheidungsmerkmale: Geschlecht und Religion, Alter und Gesundheitszustand bieten genug Ansatzpunkte, um Bevölke-

rungs- und Beschäftigtengruppen gegeneinander auszuspielen. Mancher, der heute Maßnahmen zur „Rückführung" von Ausländern zum Zwecke der Arbeitsplatzsicherung befürwortet, kann morgen Opfer von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen werden, bei denen z. B. ältere Arbeiter oder Angestellte vom Arbeitsmarkt entfernt werden.

Arbeitslosigkeit kann nur durch gemeinsame Bemühungen aller Arbeiter und Angestellten zur Sicherung von Arbeitsplätzen, gegen die Rationalisierungsstrategien von Unternehmern und Regierungen wirksam bekämpft werden. Wer den „Spaltpilz" in irgendeiner Ritze wuchern läßt, der überläßt die Initiative dem Kapital. Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aufrufe zur Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in Dortmund am 23. Oktober 1982

Ende Oktober/Anfang November finden in der Bundesrepublik regionale Demonstrationen des DGB gegen die Sparpolitik der – inzwischen umgebildeten – Bundesregierung statt: am 23. Oktober in Dortmund, Frankfurt und Nürnberg, am 30. Oktober in Stuttgart und Hannover, am 4. November in Bremen und am 6. November in Hamburg. Als Beispiel dieser Welle des Protestes dokumentieren wir die Aufrufe zur Dortmunder Demonstration am 23. Oktober, in denen Notwendigkeit und Probleme des Zusammengehens von Selbsthilfegruppen, Bündnissen und Gewerkschaften zum Ausdruck kommen.

Der DGB Nordrhein-Westfalen und – unabhängig davon – auch die „Initiative Soziale Sicherheit", ein Bündnis lokaler Selbsthilfegruppen und Einzelpersönlichkeiten aus verschiedenen politischen Richtungen rufen zu einer Demonstration gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit in Dortmund auf. Wegweisend ist das Zusammengehen von Gewerkschaften und Betroffenen-Initiativen, wie es in den beiden hier abgedruckten Aufrufen zum Ausdruck kommt, auch wenn dies in getrennten Demonstrationsblöcken geschehen soll. Daß es zu dieser Form des gemeinsamen Protests kommen mußte, liegt in der Vorgeschichte der Demonstration begründet. Schon frühzeitig hatte die „Initiative Soziale Sicherheit" zu einer Demonstration am 23. Oktober (in Gelsenkirchen) aufgerufen. Als der DGB dann beschloß, in Bochum zu demonstrieren, schloß sich die „Initiative" diesem Ortswechsel an. Daraufhin blies der DGB die Bochumer Aktion ab und orientierte nun auf Dortmund als Demonstrationsort. In der „Initiative" konnte – aufgrund der vorangegangenen schlechten Erfahrungen – erst nach langer Debatte der Kompromiß erzielt werden, an der Dortmunder Demonstration teilzunehmen, die Eigenständigkeit aber durch das Auftreten in einem eigenen Block zu unterstreichen. Es bleibt nun zu hoffen, daß der Bonner Regierungswechsel in beiden „Lagern" jene Kräfte stärkt, die für ein gemeinsames Handeln gegen die Krisenlasten eintreten. D. Red.

Autoren dieses Heftes

Dr. Wolfgang ABENDROTH, geb. 1906 in Wuppertal, em. Professor für Wissenschaftliche Politik, lebt in Frankfurt/M.; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Georg FÜLBERTH,* geb. 1939 in Darmstadt, Professor für wissenschaftliche Politik am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, Mitglied des Bundesvorstands des „Bundes demokratischer Wissenschaftler" (BdWi); Buch-, Funk- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Ludwig ELM,* Professor an der Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena; zahlreiche Veröffentlichungen zu Konservatismus und Neofaschismus. *** *Fred KARL,* geb. 1947 in Oberbayern, Diplom-Soziologe, z. Z. Lehrbeauftragter an der Gesamthochschule Kassel, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, zuletzt „Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung", Frankfurt/M. 1981. *** *Dr. Norman PAECH,* geb. 1938, Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg; Bundesvorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Gerhard STUBY,* geb. 1934, Professor für öffentliches Recht an der Universität Bremen, Vizepräsident der IVDJ (Internationale Vereinigung demokratischer Juristen); zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Frank BENSELER,* geb. 1929 in Remscheid, Professor für Soziologie an der GHS Paderborn; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, Herausgeber der Lukacs-Gesamtausgabe. *** *Dr. Hans Heinz HOLZ,* geb. 1927 in Frankfurt/M., Professor für Philosophie an der Universität Groningen; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Walter BOEHLICH,* geb. 1921 in Breslau, lebt als freier Publizist in Frankfurt/M., zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Hinweis: Von allen in den „Blättern" veröffentlichten Beiträgen können bei Bestellungen ab 100 Expl. Sonderdrucke angefertigt werden. Bestellungen sind an den Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, zu richten. Eine Preisliste für Sonderdrucke kann beim Verlag angefordert werden.

Druckfehlerberichtigung: In dem Beitrag von Christian Götz, „Operation '83: Weder sozial, noch demokratisch", „Blätter", 9/1982, S. 1032–1035, ist uns im 3. Absatz auf S. 1033 ein sinnentstellender Druckfehler unterlaufen. Zwar wirft die Tatsache, daß die Zurechnung der „Arbeiter" zu den „kleinen, aber einflußreichen Gruppen" dieser Gesellschaft auf Anhieb als grotesker Fehler erkannt werden kann, ein durchaus zum weiteren Nachdenken anregendes Licht auf die Proportionen der „Sozialpartnerschaft" zwischen offiziell gleichberechtigten „Arbeitgebern" und „Arbeitnehmern". Dennoch sollte an der genannten Stelle natürlich „Arbeitgeber" statt „Arbeiter" stehen. D. Red.

Hinweis: Auf vielfache Anfrage weisen wir darauf hin, daß der englische Original-Text des Pentagon-Leitlinien-Dokuments („New York Times" v. 30. 5. 1982) zusammen mit anderen englischsprachigen Dokumenten jetzt vorgelegt wird in: „Englisch-Amerikanische Studien", 3/1982, Heinrich W. Ahlemeyer, Bernd Greiner: „The 'Decapitation' of the USSR: a new Pentagon-paper of Nuclear War Strategy."

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Siebenundzwanzigster Jahrgang · Heft 10/1982

Herausgegeben von

RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE
WALTER KRECK
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats September 1982

1. 9. – Naher Osten. Die letzte Gruppe bewaffneter PLO-Einheiten verläßt Beirut an Bord eines griechischen Schiffes. Am gleichen Tag erläutert Präsident Reagan im Fernsehen die amerikanische Nahostpolitik. Der Präsident erklärt u. a., die USA würden die Errichtung weiterer israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten „nicht unterstützen", seien aber gegen die Errichtung eines palästinensischen Staates in Westjordanien und dem Gazastreifen. Eine palästinensische Autonomie solle in „Assoziation" mit Jordanien verwirklicht werden, der Status des „unteilbaren" Jerusalem müsse Gegenstand künftiger Verhandlungen sein. – Am 18. 9. wird der Massenmord an mehreren Tausend Zivilisten in den Palästinenserlagern Sabra und Chatila am Südrand von Beirut bekannt. Die beiden Lager waren zum Zeitpunkt der Tat, über deren Urheber verschiedene Versionen verbreitet werden, von israelischen Truppen umstellt. Die Nachricht aus Beirut führt in Israel zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des Kabinetts, des Parlaments und in der Öffentlichkeit. Es wird gefordert, eine Kommission zur Untersuchung des Massakers einzusetzen. – Am 20. 9. kündigt Präsident Reagan die erneute Entsendung einer „multinationalen Streitmacht" nach Beirut an (vgl. „Blätter", 9/1982, S. 1026). Die beteiligten Regierungen (USA, Italien und Frankreich) machen jedoch den Einsatz von einem Rückzug Israels aus der libanesischen Hauptstadt abhängig. Nach den italienischen und französischen Kontingenten

treffen die ersten US-Soldaten am 29. 9. in den von Israel geräumten Bezirken Beiruts ein.

1.–11. 9. – China. In Peking findet der 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas statt (zum 11. Parteitag im August 1977 vgl. „Blätter", 9/1977, S. 1033), der u. a. ein neues Parteistatut verabschiedet. Neben Zentralkomitee (210 Mitglieder) und Politbüro (25 Mitglieder und 3 Kandidaten) wird eine Zentrale Beraterkommission (172 Mitglieder) eingesetzt. Das Amt des Parteivorsitzenden wird abgeschafft. Zum Generalsekretär wählt das Zentralkomitee den bisherigen Parteivorsitzenden Hu Yaobang, zum Vorsitzenden der Militärkommission den bisherigen stellvertretenden Parteivorsitzenden Deng Xiaoping.

3. 9. – Dänemark. Das sozialdemokratische Minderheitskabinett unter Ministerpräsident Anker Jörgensen tritt zurück, nachdem ein von der Regierung vorgelegtes drastisches Sparprogramm, vorgesehen waren u. a. Ausgabenkürzungen im Sozialbereich und Steuererhöhungen, im Parlament keine Mehrheit gefunden hatte. – Am 7. 9. bildet Poul Schlüter, der Vorsitzende der Konservativen Partei, ein neues Minderheitskabinett, dem neben den Konservativen die Liberalen, die Zentrumsdemokraten, sowie die Christliche Volkspartei angehören. Das Außenministerium übernimmt Uffe Ellemann-Jensen (Liberale Partei).

6.–9. 9. – Arabische Liga. In der marokkanischen Stadt Fes tagt eine arabische „Gipfelkonferenz". Zu den Teilnehmern gehört auch der PLO-Vorsitzende Arafat; nicht vertreten sind Ägypten, das nicht eingeladen wurde, sowie Libyen. Auf Initiative Saudiarabiens und Tunesiens einigt sich die Konferenz auf einen Plan, der den Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten arabischen Gebieten einschließlich des arabischen Sektors von Jerusalem, die Auflösung der nach diesem Zeitpunkt errichteten jüdischen Siedlungen sowie das Recht des palästinensischen Volkes auf Gründung eines eigenen Staates mit der Hauptstadt Jerusalem fordert. Weiter heißt es, der UN-Sicherheitsrat solle allen Staaten der Region entsprechende Sicherheitsgarantien geben.

8. 9. – Niederlande. Als stärkste Partei, jedoch ohne Mehrheit, geht die Arbeiterpartei (PvdA) aus den vorgezogenen Parlamentswahlen (vgl. „Blätter", 6/1982, S. 642) hervor. Die PvdA unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Joop Den Uyl hatte sich im Wahlkampf gegen die Stationierung neuer Kernwaffen in den Niederlanden ausgesprochen. Die Christdemokraten (CDA) unter Ministerpräsident van Agt müssen Stimmenverluste hinnehmen.

9. 9. – Bundestag. In seinem „Bericht über die Lage der Nation" bekräftigt Bundeskanzler Schmidt die Absicht der SPD, an der Koalition mit der FDP festzuhalten. Der FDP-Vorsitzende und Vizekanzler Genscher, der in der Debatte zur Außenpolitik spricht, äußert sich nicht eindeutig zur Fortsetzung der Koalition. Am gleichen Tag übermittelt Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff (FDP) dem Bundeskanzler ein Arbeitspapier mit dem Titel „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit", das vor allem weitreichende Kürzungen im Bereich der Sozialausgaben empfiehlt. Das Papier wird am 12. 9. den Mitgliedern der FDP-Fraktion vorgelegt und am 15. 9. im Bundeskabinett behandelt. – Am 17. 9. erklärt Bundeskanzler Schmidt unmittelbar nach einer Unterredung mit Lambsdorff vor dem Bundestag, eine weitere Zusammenarbeit mit der FDP sei „weder den sozialdemokratischen Bundesministern, noch dem Bundeskanzler zuzumuten". Schmidt gibt den Rücktritt der vier FDP-Minister bekannt. Der Vorschlag des Bundeskanzlers, eine Vereinbarung der Bundestagsparteien über die „unverzügliche Herbeiführung von Neuwahlen" zu treffen, wird noch in der gleichen Sitzung vom CDU-Vorsitzenden Kohl abgelehnt, der den Rücktritt des Bundeskanzlers fordert. – Am 20. 9. beginnen nach entsprechenden Beschlüssen der Partei- und Fraktions-Gremien offizielle Verhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP über die Bildung einer Koalition. Zu den Teilnehmern gehören die Parteivorsitzenden Genscher (FDP) und Kohl (CDU) sowie der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Strauß. Aus den Verhandlungen geht eine Koalitionsvereinbarung hervor, die am 29. 9. formell beschlossen wird. Als Termin für vorgezogene Neuwahlen zum Bundestag wird der 6. März 1983 angegeben. Noch am gleichen Abend hinterlegen die Fraktionen von CDU/CSU und FDP beim Bundestagspräsidenten einen gemeinsamen Antrag nach Art. 67 des Grundgesetzes, um dem amtierenden Bundeskanzler das Mißtrauen auszusprechen und den CDU-Vorsitzenden Kohl als neuen Bundeskanzler zu wählen.

15. 9. – Vatikan. Papst Johannes Paul II. empfängt den PLO-Vorsitzenden Arafat in Privataudienz. Anschließend erklärt der Papst, es

könne im Nahen Osten keinen Frieden geben, „solange die Rechte aller betroffenen Völker nicht in einer stabilen, angemessenen und gegenseitigen Weise anerkannt und akzeptiert werden".

17. 9. – F D P. Die Partei- und Fraktionsführung erhält das Mandat, Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU aufzunehmen. Die Entscheidung fällt im Parteivorstand mit 18 gegen 15 Stimmen bei einer Enthaltung, in der Fraktion mit 33 gegen 18 Stimmen. – Am 28. 9. billigt die Fraktion das Ergebnis der Verhandlungen mit der CDU/CSU mit 34 gegen 18 Stimmen bei zwei Enthaltungen. – Generalsekretär Günter Verheugen tritt am 29. 9. zurück.

– A b r ü s t u n g. Der Abrüstungsausschuß verabschiedet in Genf seinen Tätigkeitsbericht für die bevorstehende 37. UN-Generalversammlung und vertagt sich bis zum Frühjahr 1983 (vgl. „Blätter", 9/1982, S. 1026). – Am 23. 9. beginnt in Wien die 28. Runde der Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Vertrag über eine Verminderung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa (vgl. „Blätter", 8/1982, S. 899).

19. 9. – S c h w e d e n. Die beiden Regierungsparteien, das Zentrum und die Liberalen, gehen mit starken Stimmenverlusten aus den Reichstagswahlen hervor. Gewinner sind neben den Konservativen, die im Mai 1981 das Kabinett verlassen hatten, die Sozialdemokraten. Ministerpräsident Thorbjörn Fälldin (Zentrum) tritt zurück. Der sozialdemokratische Parteivorsitzende Olof Palme, Ministerpräsident bis September 1976 (vgl. „Blätter", 10/1976, S. 1087), übernimmt die Neubildung einer Regierung, die sich mit 163 von 349 Sitzen im Reichstag auf die parlamentarische Unterstützung durch die 20 kommunistischen Abgeordneten stützen kann.

21. 9. – U N O. In New York beginnt die 37. Generalversammlung der Vereinten Nationen. Präsident der Versammlung wird der stellvertretende ungarische Außenminister Imre Hollai.

– L i b a n o n. Das Parlament wählt mit 77 Stimmen ohne Gegenstimme Amin Gemayel zum Präsidenten. Amin Gemayel, ein Bruder des ursprünglich gewählten Bechir Gemayel (vgl. „Blätter", 9/1982, S. 1027), der am 14. 9. einem Attentat zum Opfer gefallen war, gehört ebenfalls dem christlichen Bevölkerungsteil an und übernimmt am 23. 9. das Amt von dem bisherigen Präsidenten Elias Sarkis.

26. 9. – H e s s e n. Bei den Landtagswahlen gelingt es CDU und FDP nicht, eine regierungsfähige Mehrheit zu erreichen. Die SPD kann ihre Stellung knapp behaupten. Die FDP, bisher Koalitionspartner der SPD, die im Juni d. J. eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU gemacht hatte, verliert mehr als die Hälfte ihrer Stimmen. Die Grünen ziehen erstmals in das Landesparlament ein. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis entfallen (Angaben in %) auf CDU 45,6 (1978: 46,0), SPD 42,8 (44,3), FDP 3,1 (6,6), Grüne 8,0 (2,0) sowie auf DKP 0,4 (0,4). Zusammensetzung des neuen Landtages (110 Abgeordnete): CDU 52 (53), SPD 49 (50), Grüne 9 (–) (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 8. Oktober 1978 in „Blätter", 1/1979, S. 126 f.). Ministerpräsident Holger Börner (SPD) deutet noch am Wahlabend an, er wolle an der Spitze eines Minderheitskabinetts auch nach Ablauf der Legislaturperiode (1. Dezember 1982) weiter im Amt bleiben. Der CDU-Spitzenkandidat, der Bundestagsabgeordnete Dr. Alfred Dregger, legt den Landesvorsitz seiner Partei nieder. – Am 28. 9. verlassen Innenminister Ekkehard Gries und Wirtschaftsminister Klaus-Jürgen Hoffie (beide FDP) das Kabinett, das damit ausschließlich aus Mitgliedern der SPD besteht.

28. 9. – U S A / U d S S R. Am Rande der UN-Generalversammlung in New York kommt es zu einer ersten vertraulichen Begegnung zwischen dem neuen amerikanischen Außenminister Shultz (zur Amtsübernahme vgl. „Blätter", 8/1982, S. 899) und seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko. In Presseberichten heißt es, während des „globalen Meinungsaustauschs" seien internationale und bilaterale Probleme besprochen worden. – Am 30. 9. werden die in Genf geführten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über nukleare Waffensysteme mittlerer Reichweite (INF) nach längerer Pause (vgl. „Blätter", 8/1982, S. 899) fortgesetzt.

29. 9. – G r o ß b r i t a n n i e n. Der Parteitag der Labourpartei spricht sich mit einer Mehrheit von 5:2 für eine einseitige nukleare Abrüstung Großbritanniens aus. Im Gegensatz zu den Vorjahren erhält der Antrag eine Zweidrittelmehrheit und wird damit automatisch Bestandteil des Parteiprogramms.

30. 9. – H a m b u r g. Mit den Stimmen der Mehrheit von SPD und Grünen lehnt die Bürgerschaft einen Antrag der CDU ab, das Parlament aufzulösen und erneut Wahlen auszuschreiben. (Zu den Wahlen vom 6. Juni 1982 vgl. „Blätter", 7/1982, S. 770 f.)

rungs- und Beschäftigtengruppen gegeneinander auszuspielen. Mancher, der heute Maßnahmen zur „Rückführung" von Ausländern zum Zwecke der Arbeitsplatzsicherung befürwortet, kann morgen Opfer von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen werden, bei denen z. B. ältere Arbeiter oder Angestellte vom Arbeitsmarkt entfernt werden.

Arbeitslosigkeit kann nur durch gemeinsame Bemühungen aller Arbeiter und Angestellten zur Sicherung von Arbeitsplätzen, gegen die Rationalisierungsstrategien von Unternehmern und Regierungen wirksam bekämpft werden. Wer den „Spaltpilz" in irgendeiner Ritze wuchern läßt, der überläßt die Initiative dem Kapital. Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aufrufe zur Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in Dortmund am 23. Oktober 1982

Ende Oktober/Anfang November finden in der Bundesrepublik regionale Demonstrationen des DGB gegen die Sparpolitik der – inzwischen umgebildeten – Bundesregierung statt: am 23. Oktober in Dortmund, Frankfurt und Nürnberg, am 30. Oktober in Stuttgart und Hannover, am 4. November in Bremen und am 6. November in Hamburg. Als Beispiel dieser Welle des Protestes dokumentieren wir die Aufrufe zur Dortmunder Demonstration am 23. Oktober, in denen Notwendigkeit und Probleme des Zusammengehens von Selbsthilfegruppen, Bündnissen und Gewerkschaften zum Ausdruck kommen.

Der DGB Nordrhein-Westfalen und – unabhängig davon – auch die „Initiative Soziale Sicherheit", ein Bündnis lokaler Selbsthilfegruppen und Einzelpersönlichkeiten aus verschiedenen politischen Richtungen rufen zu einer Demonstration gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit in Dortmund auf. Wegweisend ist das Zusammengehen von Gewerkschaften und Betroffenen-Initiativen, wie es in den beiden hier abgedruckten Aufrufen zum Ausdruck kommt, auch wenn dies in getrennten Demonstrationsblöcken geschehen soll. Daß es zu dieser Form des gemeinsamen Protests kommen mußte, liegt in der Vorgeschichte der Demonstration begründet. Schon frühzeitig hatte die „Initiative Soziale Sicherheit" zu einer Demonstration am 23. Oktober (in Gelsenkirchen) aufgerufen. Als der DGB dann beschloß, in Bochum zu demonstrieren, schloß sich die „Initiative" diesem Ortswechsel an. Daraufhin blies der DGB die Bochumer Aktion ab und orientierte nun auf Dortmund als Demonstrationsort. In der „Initiative" konnte – aufgrund der vorangegangenen schlechten Erfahrungen – erst nach langer Debatte der Kompromiß erzielt werden, an der Dortmunder Demonstration teilzunehmen, die Eigenständigkeit aber durch das Auftreten in einem eigenen Block zu unterstreichen. Es bleibt nun zu hoffen, daß der Bonner Regierungswechsel in beiden „Lagern" jene Kräfte stärkt, die für ein gemeinsames Handeln gegen die Krisenlasten eintreten. D. Red.

Aufruf des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen (Wortlaut)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Es ist an der Zeit, daß sich die Arbeitnehmer dieses Landes wehren. 600 000 Arbeitnehmer sind in Nordrhein-Westfalen ohne Arbeit. Zehntausende Jugendliche erhalten keinen Ausbildungsplatz.

Arbeitslosenquoten von weit über 10% sind keine Seltenheit mehr.

Hinter diesen nüchternen Zahlen verbergen sich harte Arbeitnehmerschicksale.

Die Unternehmer nutzen die Gunst der Stunde. Sie verstoßen gegen geltende Gesetze und versuchen die von den Gewerkschaften erkämpften Tarifverträge zu umgehen.

Konservative Kreise, einschließlich der F.D.P., fordern immer unverhohlener eine Abkehr vom „Sozialstaat". Nach ihren Vorstellungen sollen das Arbeitslosengeld erheblich gekürzt, die Mieten spürbar erhöht und ein Abbau der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vorangetrieben werden. Den Kranken soll bei Krankenhausaufenthalt und Kuren durch Selbstbeteiligung in die Tasche gegriffen werden.

Diese Sparkonzepte aus Bonn treffen einseitig die Arbeitnehmer und Sozialschwachen.

Wir müssen uns jetzt wehren!

Wir müssen den Sozialstaat verteidigen!

Wer unseren Lebensstandard durch eine Politik des sozialen Kahlschlags verschlechtern will, wird auf den energischen Widerstand der Arbeitnehmer stoßen.

Was jetzt in Bonn passiert, ist eine Wende zurück in die 50er Jahre. Die Arbeitnehmer haben dieses Land mit aufgebaut. Sie wissen, was sie zu verteidigen haben. Und sie wissen, was noch an sozialem Fortschritt erreicht werden muß.

Deshalb fordern wir:

– Verabschiedung eines Investitionsprogramms zur Schaffung von Arbeitsplätzen,

– Ausbau der qualifizierten Mitbestimmung als Instrument zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Wahrung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer,

– Ergänzungsabgabe für Höherverdienende,

– Erhebung einer Arbeitsmarktabgabe durch Heranziehung aller Bevölkerungsgruppen zur Finanzierung der Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit,

– Verkürzung der Arbeitszeit.

Dafür demonstrieren wir!

Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten sind aufgerufen, an dieser Demonstration und Kundgebung am 23. Oktober 1982 in Dortmund teilzunehmen. Durch Solidarität zu mehr Arbeit und sozialer Sicherheit!

Nicht der Sozialstaat, sondern die Arbeitslosigkeit ist teuer!

Auf nach Dortmund!

Gemeinsam gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Ausländerfeindlichkeit! Aufruf der „Initiative Soziale Sicherheit" (Wortlaut)

Der Lack ist ab vom „Modell Deutschland"!

Auch wenn es einigen von uns vielleicht noch besser geht als „unseren Nachbarn", so geht es vielen schon schlecht genug:

– Seit 1975 hatten wir fast in jedem Jahr 1 Million Arbeitslose, seit Beginn der 80er Jahre sind es mehr als 2 Millionen.
– Über 1 Million Menschen sind auf die viel zu niedrigen Sozialhilfesätze angewiesen.
– Hunderttausende trauen sich nicht zum Sozialamt, weil sie sich ihrer Armut schämen.
– Jeder 3. Rentner in der BRD muß heute bereits mit weniger als mit 600 DM im Monat auskommen.
– Arbeitslosen, Kranken, Kleinrentnern, Frühinvaliden, Behinderten, Auszubildenden, Schülern und Studenten werden zusätzliche Lasten aufgebürdet.

Aber nicht nur diese sogenannten Problemgruppen sind von Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung betroffen, alle Arbeiter- und Angestelltenfamilien, kleinere und mittlere Beamtenhaushalte spüren es täglich:

– Niedrigeren Einkommen stehen Preissteigerungen und Gebührenerhöhungen in fast allen Bereichen gegenüber.
– Die Erziehung und Ausbildung der Kinder wird für viele unerschwinglich.
– Immer mehr Frauen werden aus dem Berufsleben gedrängt.
– Hunderttausende von Jugendlichen finden weder Ausbildungs- noch Arbeitsplatz.

Nicht Ölkrise, zu hohe Zinsen oder „die Ausländer" sind schuld, sondern das Wirtschaftssystem: nicht die Bedürfnisse der Menschen sind entscheidend, sondern der Unternehmergewinn. Der alte, nur scheinbar beseitigte Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit tritt wieder zu Tage. Für ihre Gewinne nehmen die Unternehmer alles in Kauf: Arbeitslosigkeit und Massenarmut, Arbeitshetze und Raubbau an der Gesundheit der Kollegen, Umweltzerstörung und hemmungslose Aufrüstung.

Die Politiker der Bonner Parteien zeigen mit ihren sogenannten „Sparmaßnahmen", auf welcher Seite sie stehen: statt die Unternehmer und die gut Verdienenden höher zu besteuern, werden die Opfer der Krise wieder zur Kasse gebeten. Statt Arbeitsplätze durch gezielte Beschäftigungsprogramme (Fernwärme, Wohnungsbau, Soziale Dienste) zu schaffen, werden den Unternehmern mit Investitionsbeihilfen weitere Rationalisierungen finanziert. Statt das Soziale Netz – die Existenz von Millionen – zu sichern, werden Milliarden für die Aufrüstung der NATO, für den „schnellen Brüter' und andere sinnlose Großprojekte verschleudert.

Die Interessen der Unternehmer sind nicht unsere Interessen. Damit sich niemand wehrt, wird einer gegen den anderen ausgespielt: Arbeitslose gegen Beschäftigte, Ausländer gegen Deutsche, Jung gegen Alt, Frauen gegen Männer.

Gegenwehr ist nötig! Nur gemeinsam sind wir stark!

Gegen den Klassenkampf der Unternehmer müssen wir antreten! Nutzen wir unsere Gewerkschaften, Organisationen, Verbände und Initiativen zum Widerstand!

Wir fordern:
– die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
– sofortige Umsetzung des DGB-Beschäftigungsprogramms
– Schaffung neuer Arbeitsplätze unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten
– die Rücknahme der Kürzungen im Sozialbereich
– keine bürokratische Bevormundung der Betroffenen
– den Ausbau der sozialen Sicherung
– gegen Ausländerfeindlichkeit: für soziale und politische Gleichberechtigung

Deshalb rufen wir auf zur bundesweiten Demonstration am Samstag, dem 23. Oktober 1982.

Wenn wir selbst uns nicht bewegen, bewegt sich nichts!

Anstelle der zunächst geplanten Demonstration in Gelsenkirchen beteiligen wir uns an dem vom DGB geplanten Sternmarsch in Dortmund. Die ISS wird dabei ihre eigene Position darstellen.

Initiative Soziale Sicherheit, c/o Die Falken – NRW, Hohenstaufenallee 1, 4650 Gelsenkirchen. Zum Personenkomitee der Initiative gehören: Hans-Otto Wolf, Betriebsrat (BR), Hoesch Dort-

mund; Hans Reppel, BR Opel Bochum; Harald Gabbe, BR-Vorsitzender Volvo Dietzenbach; Dieter Kruse, BR Volvo Castrop-Rauxel; Iris Bachmann-Wille, BR Merck Darmstadt; Hanna Paul-Salm, Betriebsgruppe der GEW Bonn; Helmut Lukrawka, BR Thyssen-Gießerei Duisburg-Meiderich; Kurt Gaspar, BR Standard-Kessel Duisburg; Werner Zentek, Vertrauensleutekörper Duisburg; Leonhard Mahlein, Gewerkschaftsvorsitzender IG Druck und Papier Stuttgart; Günter Waschkuhn, HBV Gewerkschaftssekretär Berlin; Wolfgang Braun, Revier; Jens Bünnig, Revier; Heinrich Hausmann, AG SPAK, Fürth; Paul Saatkamp, AWO Düsseldorf; Michael Hermann, Aufschrei Hamburg; Narci Arslan, Türkischer Arbeiterverein Duisburg-Bruckhausen; Harald Seehausen, Landesweite Aktion hessischer Eltern- und Erzieherinitiativen Frankfurt/Main; Herbert Schlotter, Arbeitsloseninitiative Berlin; Wilfried Hülsberg, Personalrat, Falken; Ingo Schade BR, Falken; Ulrike Ries, SPD-Vorstand Mittelrhein; Prof. Herbert Schui, Memorandumgruppe Hamburg; Marianne Otten, Graue Panther, Köln-Mülheim; Dieter Kwoll, Initiative gegen Arbeitsplatzvernichtung, Gelsenkirchen; Hartmut Simon, BR, Hoesch Dortmund; Lars Hennings, Landesvorstand der Grünen Schleswig-Holstein, Kiel; Eckhard Stratmann, Grüne NRW, Bochum; Sat Sayda, DIDF, Gelsenkirchen; Peter Wissmann, Initiative Soziale Sicherheit (ISS) Berlin; Karl Scharinger; Harald Elke, BR, Falken; Wolfgang Lettow, Gewerkschaftssekretär DGB-Bundesvorstand; Wolfgang Reichelt, Sekretariat der Landesastenkonferenz NRW; Thomas Ebermann, MdL, Hamburg; Uli Hahn, BDP Gießen, Bernhard Groth, Münchener Appell.

„Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!" Aufruf zu Kundgebungen am 29. Januar 1983 anläßlich des 50. Jahrestages des faschistischen Machtantritts

(Wortlaut)

Zu Kundgebungen am Vorabend des 50. Jahrestages des faschistischen Machtantritts in Deutschland rufen die Unterzeichner des im folgenden dokumentierten Aufrufs vom 15. Juli 1982 auf. Zu ihnen gehören u. a. Heinrich Albertz, Kurt Georgi, Leonhard Mahlein, Walter Fabian, Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann, Luise Rinser, Emil Carlebach, Franz-Josef Degenhardt, Ulrich Klug, Reinhard Kühnl, Norman Paech, Josef C. Rossaint, Walter Kreck und Josef Weber. Die Kundgebungen sollen mit der Forderung: „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!" darauf aufmerksam machen, daß es heute, angesichts der drohenden Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und der Konfrontationspolitik der Reagan-Administration, darum geht, alles zu tun, damit nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgehen kann. Die „Blätter" werden im Novemberheft Aktionsbeispiele und -vorschläge zur Vorbereitung des 50. Jahrestages vorstellen. D. Red.

Am 30. Januar 1983 jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem auf Drängen rechtskonservativer Kreise, nicht zuletzt von Vertretern der Schwerindustrie, der Hochfinanz und der Generalität, Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde.

Er zerschlug als erstes die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften, beseitigte die parlamentarisch-demokratische Regierungsform und unterdrückte alle demokratischen Bestrebungen.

Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen für die sogleich beginnende Kriegsrüstung und die Vorbereitung des geplanten Angriffs zur Eroberung des „Ostraums".

Die Fackelzüge am 30. Januar 1933 waren das Fanal für den Zweiten Weltkrieg.

Wenn wir heute dazu aufrufen, dieses schicksalsschweren Tages zu gedenken, so vor allem, um der möglichen Wiederholung eines solchen Verhängnisses entgegenzuwirken. Unser Volk hat gegenüber der kommenden Generation und den anderen Völkern die Verpflichtung, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.

Das in Europa, in West und Ost, heute schon stationierte Atomwaffenpotential reicht aus, alles Leben auf unserem Planeten auszulöschen. Jede weitere Stationierung neuer, noch gefährlicherer Atomraketen, insbesondere in unserem Land, erhöht das Risiko totaler Vernichtung.

Heute, wie in den dreißiger Jahren, begründen die Befürworter der Aufrüstung ihre Politik mit demagogischen Phrasen und propagieren ein antikommunistisches Feindbild.

In diesem Klima gedeiht der Neonazismus, wächst sein Einfluß auf eine durch Arbeits- und Perspektivlosigkeit verunsicherte Jugend.

38 Jahre nach der Zerschlagung des Hitler-Regimes schüren neonazistische Gruppen Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß, organisieren Terror und Mord, derweil die Behörden nur zögernd, oft zu spät eingreifen und die Gefahr von rechts sträflich verharmlosen.

Der 30. Januar 1933 mahnt uns, dem wiedererwachenden Nazismus entgegenzutreten und zugleich in unserem Widerstand gegen die Politik des Rüstungswahnsinns nicht nachzulassen.

Wir rufen deshalb auf, am Samstag, dem 29. Januar 1983, in Hamburg, Köln, Frankfurt am Main und München in machtvollen Kundgebungen zu demonstrieren:

- für sofortigen Rüstungsstopp in West und Ost,
- gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in unserem Land,
- gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassenhetze,
- für das Verbot aller neonazistischen Parteien und Gruppierungen einschließlich der HIAG und die Unterbindung jeglicher nazistischer Propaganda und Kriegsverherrlichung,
- für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten,
- für Abrüstung und Friedenspolitik!

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

Kontaktadresse: Heinz-Werner Wurstius, Eleonore-Sterling-Straße 24, 6000 Frankfurt/M.

„Die Zeit drängt. Wehrt Euch!" Erklärung der „Krefelder Initiative", verkündet auf der Großveranstaltung „Künstler für den Frieden" am 11. September 1982 in Bochum

(Wortlaut)

Über 200 000 Menschen nahmen am 11. September an der Protestmanifestation gegen Atomraketen im Bochumer Ruhrstadion teil, auf der die nachstehend dokumentierte Erklärung der Initiatoren des „Krefelder Appells" verkündet wurde. D.Red.

Mehr als drei Millionen Deutsche bekennen sich heute zum Krefelder Appell vom November 1980. Sie fordern von der Bundesregierung die sofortige Aufkündigung der NATO-Entscheidung vom Dezember 1979, neuartige nukleare Mittelstreckenraketen der USA ab 1983 in Europa, vorwiegend in unserem Land, in Stellung zu bringen.

Diese Forderung ist heute wichtiger als je zuvor. Denn die vergangenen zwei Jahre, in denen die Krefelder Initiative unablässig auf die für Europa verheerenden Folgen der amerikanischen Rüstungspolitik hingewiesen und vor der wachsenden Gefahr eines Nuklearkrieges gewarnt hat, bestätigen unsere schlimmsten Befürchtungen. Die vom amerikanischen Präsidenten forcierte Aufrüstung der USA dient mit ihren ungeheuerlichen Programmen eindeutig nicht der Kriegsverhinderung, sondern der künftigen Kriegsführung. Studien des amerikanischen Verteidigungsministeriums bringen ungeschminkt zum Ausdruck, daß mit den neuen amerikanischen Nuklearwaffen auch ein Atomkrieg über mehrere Monate hin geführt und von den USA ohne untragbare Schäden im eigenen Land gewonnen werden kann.

Den Preis für einen amerikanischen „Sieg" müßten wir Europäer mit der Vernichtung unseres Kontinents bezahlen. Mit einem solchen „Sieg" kann nur rechnen, wer zur Kriegseröffnung mit einem Erstschlag der eigenen Nuklearwaffen bereit ist. Pershing-II-Raketen, wie sie bei uns aufgestellt werden sollen, sind Erstschlagwaffen. Sie dürfen deshalb nicht in unser Land kommen.

Wie lange noch will sich die Bundesregierung um diese Erkenntnis herumdrücken? Wie lange noch will sie sich zwingen lassen, die amerikanische Aufrüstung gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung zu unterstützen und unser Land als Abschußrampe für amerikanische Erstschlagwaffen zur Verfügung zu stellen?

Wir sagen nein zu dieser Unsicherheitspolitik, die Mitteleuropa zum nuklearen Schlachtfeld machen kann. Wir sagen nein zu neuen Nuklearwaffen in unserem Land. Und nein auch zur Aufrüstung mit chemischen Waffen. Auch alle jetzt schon bei uns lagernden Massenvernichtungsmittel müssen vom deutschen Boden verschwinden, damit endlich ein erster Schritt zu einem atomwaffenfreien Europa getan wird. Die jüngste Geschichte verpflichtet vor allem uns Deutsche, diesen ersten Schritt zu tun und ihn nicht von anderen zu erwarten. Damit Deutsche endlich einmal in diesem Jahrhundert ein Beispiel geben für Vernunft und Menschlichkeit und eine Politik, die den tödlichen Zusammenhang von Macht und Rüstung durchbricht.

Nur wenige Monate bleiben uns noch, das Unheil zu verhindern, das mit neuen Mittelstreckenraketen der USA unwiderruflich in unser Land kommen würde. Laßt uns darum alles tun, um noch viel mehr Mitbürger von der Wichtigkeit unseres Kampfes gegen diese Waffen zu überzeugen! Unterstützen wir die vielfältigen Aktionen der Friedensbewegung für Abrüstung in Ost und West!

Bis zum Antikriegstag 1983 müssen wir gemeinsam erreichen, daß der Krefelder Appell mit Millionen neuer Unterschriften unüberhörbar wird als Abstimmung des Volkes gegen den Krieg und für das Überleben.

Gegen Atomraketen und Kriegsgefahr Den Widerstand unüberwindlich machen Erklärung des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit vom 25./26. September 1982

(Wortlaut)

Am 25. September versammelte sich in Köln das erweiterte „Büro" des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit und am 26. September nahmen etwa 300 Personen an einer bundesweiten Arbeitstagung des Komitees in Köln teil. Dort wurde die nachstehende Erklärung der Öffentlichkeit übergeben. D. Red.

Die Friedensbewegung ist zu einer politischen Kraft geworden: im Widerstand gegen die beschlossene Stationierung neuer Atomraketen, gegen die Neuauflage einer militärischen Konfliktpolitik und das Streben nach Überlegenheit, gegen Pläne, einen Atomkrieg „führen", „begrenzen" und „gewinnen" zu können. Millionen in ganz Europa und Nordamerika haben begonnen, der beispiellosen Aufrüstung, vor allem der atomaren, Hindernisse in den Weg zu legen: mit täglicher Friedensarbeit, mit Unterschriftensammlungen und Referenden, mit Massendemonstrationen von Hunderttausenden. Regierungen sehen sich zum Lavieren gezwungen. Doch unser Kampf um das Überleben der Menschen, gegen neue Atomraketen, für die Verringerung der Massenvernichtungswaffen in Ost und West, für einen allseitigen Abrüstungsprozeß, für die Abschaffung der Atomwaffen in Europa und in der Welt ist noch lange nicht gewonnen.

Auch die bisherige sozialliberal genannte Regierung in Bonn hat sich geweigert, die Forderungen der Friedensbewegung aufzunehmen. Sie ist schrittweise von der einstmals selbst betriebenen Friedens- und Entspannungspolitik abgerückt und war zunehmend bereit, sich einer wirtschaftlich ruinösen Politik der Stärke anzupassen. Arbeitsplätze von Millionen gingen verloren. Der arbeitenden Bevölkerung wurden unzumutbare soziale Lasten auferlegt. Die Regierung war nicht bereit, umzukehren, obwohl es längst keine Zweifel mehr daran gab, daß die mit dem NATO-Raketenbeschluß eingeschlagene Politik in die Sackgasse führt.

Ihr Zusammenbruch darf jedoch nicht dazu führen, sich irgenwelchen Illusionen hinzugeben. Diejenigen, die in Bonn sich anschicken, die Macht zu übernehmen sind dieselben, die nach den Grauen des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges gegen eine Mehrheit unseres Volkes die Wiederbewaffnung durchgesetzt haben. Sie haben aus ihrer Vorliebe für militärische Macht nie einen Hehl gemacht. Ihnen war die Raketenpolitik der Regierung noch zu wenig enthusiastisch. Viele von ihnen sind persönlich mit der Rüstungsindustrie verflochten. Ihr militärischer Eifer hat Tradition. Niemand soll sich darüber täuschen; die Rechtskoalition wird versuchen, die gescheiterte Politik der Aufrüstung und der sozialen Demontage noch entschiedener fortzusetzen. Die Unterordnung unter die Politik Washingtons soll noch vollkommener werden. Ein sozialer Kahlschlag wird vorbereitet. Darauf muß sich die Friedensbewegung einstellen. Die Regierung wird damit in immer größere Gegensätze zu den Interessen und dem Wollen immer breiterer Bevölkerungsschichten geraten. Sie wird nationale und soziale Demagogie betreiben und alte Feindbilder von der Bedrohung aus dem Osten beschwören. Die Friedensbewegung unseres Landes muß dem entgegenwirken und deutlich machen, daß gegen ihren Widerstand niemand auf Dauer Aufrüstungs- und Konfrontationspolitik durchsetzen kann.

Die Größe der Gefahr

Im Atomzeitalter gibt es keine sinnvolle Alternative zur Entspannung, zu friedlicher Koexistenz der Staaten und Völker. Sicherheit und Frieden sind nicht gegeneinander, sondern nur miteinander zu erlangen. Verständigung und Dialog sind unabdingbar, um einem atomaren Inferno zu entrinnen. Doch durch fortgesetztes Aufrüsten haben sich die politischen Beziehungen zwischen Ost und West bedrohlich verschärft. Höchste Besorgnis ruft die Politik der US-Regierung hervor, die sich immer weiter von der Entspannungspolitik abwendet und das Verhältnis zwischen Ost und West ausschließlich in militärischen Dimensionen sieht, als unversöhnliches Gegeneinander. An die Stelle des Dialogs, der Zusammenarbeit und der Verständigung tritt zunehmend eine Politik der Konfrontation, des Embargos und Wirtschaftskrieges. Dabei wird auch auf die Interessen der Verbündeten immer weniger Rücksicht genommen. Verhärtung, tiefes Mißtrauen und Spannung sind unausweichlich die Folge.

Atomwaffen aller Typen und Reichweiten sollen als politisches Erpressungsinstrument nutzbar gemacht werden. Dies wird als „lückenlose Abschreckung" bezeichnet. Mit Verweis auf die angeblich friedenssichernde Wirkung militärischer Überlegenheit, ist ein Aufrüstungsprogramm in Gang gesetzt worden, das alle Maßstäbe sprengt. Es werden Atomraketen verschiedener Typen mit äußerster Zielgenauigkeit für die Stationierung auf Land, auf U-Booten und Flugzeugen gebaut, die selbst unverwundbar sein sollen. Das Konzept der Abschreckung widerlegt sich dadurch selbst. Denn diese Massenvernichtungswaffen haben eine neue Qualität. Sie könnten in einem Überraschungsangriff gegen die politische und militärische Führung Raketenstellungen, Flugplätze und Truppen in der Sowjetunion eingesetzt werden, um deren militärische Macht vor dem

Einsatz am Boden zu zerstören. Unabhängig davon, ob dies auch in Aussicht genommmen wird, würden diese neuen Waffen in jeder internationalen Krise die Welt an den Rand der Vernichtung führen. Es alarmiert in diesem Zusammenhang, daß im Pentagon Pläne für eine Strategie zur Führung eines „begrenzten" oder auch eines „sechsmonatigen" Atomkriegs existieren und von der Regierung gebilligt worden sind, die eine „atomare Enthauptung" der Sowjetunion als möglich einkalkuliert. Die mörderischen Konsequenzen, die aus dieser Politik der Stärke und der „lükkenlosen Abschreckung" erwachsen, werden durch die vorgesehene vorgeschobene Stationierung der neuen Erstschlagsraketen vom Typ Pershing II und „Cruise Missiles" in unmittelbarer Nähe der UdSSR, in Westeuropa, vor allem auf deutschem Boden, auf die Spitze getrieben.

Interkontinentalraketen benötigen 30 Minuten bis zu ihren Zielen. Die für unser Land vorgesehenen 108 Pershing II haben nur eine Flugzeit von fünf oder sechs Minuten. Der Abschuß und Anflug der „Cruise Missiles", die für die Stationierung in Westeuropa gebaut werden, kann mit herkömmlichen Mitteln nicht festgestellt werden. Diese Waffen sind kein Gegengewicht gegen irgendwelche sowjetischen Raketen. Sie könnten überraschend zur „atomaren Enthauptung der Sowjetunion" eingesetzt werden. Und weil dies niemand kalkulieren kann, wären sie die brennende Lunte am atomaren Pulverfaß, der Auslöser eines atomaren Infernos, das hier bei uns beginnen könnte.

Deshalb ist und bleibt es das erste Ziel der Friedensbewegung, ihre Stationierung politisch undurchführbar zu machen. Unser Land darf nicht zum Ausgangspunkt eines Atomkrieges gemacht werden.

Die vor uns liegenden Aufgaben

Die Friedensbewegung muß die verbleibenden wenigen Monate bis zur vorgesehenen Stationierung der neuen Raketen nutzen, um die Mehrheit unseres Volkes für ein aktives Eintreten gegen die Aufrüstung zu gewinnen; um die Stationierung der neuen Atomraketen politisch undurchführbar zu machen; um Druck auf die Genfer Verhandlungen über strategische Atomwaffen in Europa zwischen den USA und der UdSSR auszuüben. Diese Konferenzen sind unter dem Druck der Friedensbewegung zustande gekommen. Sie müssen zur Verminderung und Abschaffung der Atomwaffen beitragen. Sie dürfen nicht als Alibi und Rauchvorhang für weitere Aufrüstung mißbraucht werden. Es wäre für den Erfolg der Verhandlungen förderlich, wenn sich alle Atommächte ebenso wie die sowjetische Regierung verpflichteten, auf den Ersteinsatz zu verzichten und ein vollständiges Anwendungsverbot von Atomwaffen anzustreben.

Die Friedensbewegung muß ihre Fähigkeit zur Aktion und der Zusammenarbeit in der Kernfrage, der Verhinderung der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen, weiterentwickeln: bei aller Verschiedenheit der Auffassungen, bei aller notwendigen Diskussion weiterer Perspektiven, von alternativen militärischen und nichtmilitärischen Defensivkonzeptionen bis zu einem atomwaffenfreien Europa. Wir alle wissen, daß ein Erfolg unseres Ringens schwer zu erreichen ist. Deshalb brauchen wir jeden und alle, die große Mehrheit des Volkes muß für die Friedensbewegung gewonnen werden. Jeder einzelne und jede Gruppe und Organisation muß zu der gemeinsamen Bewegung beitragen, weil es um aller Überleben geht. Daran ist jede Aktivität zu messen.

In unserem Widerstand gegen die atomare Bedrohung stehen wir nicht allein. Auf beiden Seiten des Atlantik wächst die Friedensbewegung. Wenn wir sie gemeinsam stark, breit und vielfältig und einig zugleich machen, können wir die Raketenstationierung verhindern und ein neues Kapitel der Geschichte aufschlagen. Dazu müssen wir alle sinnvollen Aktionsformen nutzen, die die Zustimmung der Bevölkerung gewinnen helfen.

Es geht darum,
- die Sammlung von Unterschriften unter den Krefelder Appell an die Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung neuer Atomraketen zurückzuziehen, zu einer Abstimmung des Volkes zu machen;
- jeden Abgeordneten, jedes Parlament damit zu konfrontieren;
- in Verbindung mit Unterschriftensammlungen unter den Krefelder Appell unser Land, Straße für Straße, Gemeinde für Gemeinde, Betrieb für Betrieb, Schule für Schule, Universität für Universität zur atomwaffenfreien Zone zu erklären;

– mit den Aktionen zum 30. Januar, mit Ostermärschen und neuen Großdemonstrationen nationale und internationale Höhepunkte unserer Friedensbewegung zu schaffen;
– in den vorgesehenen Stationierungsgebieten, überall an den Militärstützpunkten die dort lebende Bevölkerung für die Friedensbewegung zu gewinnen, nicht aber darum, stellvertretend für sie zu handeln;
– Aktionen vielfältiger Art vor Ort durchzuführen, um Menschen über die gegenwärtige Situation aufzuklären und für die Friedensarbeit zu gewinnen.

Gewinnen müssen wir,
– Millionen von Arbeitnehmern und Gerwerkschaftern, deren soziale Rechte, deren Arbeitsplätze der Aufrüstung, der Konfrontationspolitik mit Embargo und Drosselung des Ost-West-Handels geopfert werden, und die sich mit Demonstrationen für Frieden und Abrüstung dagegen wehren;
– evangelische und katholische Christen, die von ihrem Glauben her zur Erhaltung des Lebens und zur Stiftung des Friedens verpflichtet sind, sowie die Kirchen, deren Bekenntnis nicht mit der Drohung mit Massenvernichtungsmitteln zu vereinbaren ist;
– alle, die für die Erhaltung einer menschlichen Umwelt eintreten, die zerstört wird, weil die Mittel zu ihrer Bewahrung für die Rüstung ausgegeben werden und immer neue Militäranlagen gebaut werden;
– die Frauen, die von Aufrüstung und Sozialabbau besonders betroffen sind, und nun auch in den Militärapparat einbezogen werden sollen;
– die Jugendlichen, denen durch die Aufrüstung die Aussicht auf eine Ausbildung und eine gesicherte, lebenswerte und vielleicht die Zukunft überhaupt genommen wird.

Die Gefahr ist so groß wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Sie bürdet uns eine große Verantwortung auf. Wenn wir unseren Weg weiter gehen, zielstrebig und geduldig, mit Engament und Verstand, mit Phantasie und Überlegung, können wir es schaffen.

Gegen Kriegsgefahr und neue Atomraketen!
Für Abrüstung in Ost und West!
Machen wir unseren gemeinsamen Widerstand unüberwindlich!

Pastor D. Martin Niemöller – Dieter Begemann – Martha Buschmann – Anatol Feid – Kurt Georgi – Mechtild Jansen – Prof. Dr. Gerhard Kade – Prof. D. Walter Kreck – Jürgen Kujawa – Pastor Konrad Lübbert – Klaus Mannhardt – Achim Maske – Gunnar Matthiessen – Dr. Joseph Rossaint – Christoph Strässer – Horst Trapp

„Schafft eine, zwei, drei, viele atomwaffenfreie Zonen!“ Aufruf der Gruppe „Friedens-Manifest '82“

(Wortlaut)

Die Friedensbewegung wächst weiter. Bei uns zulande und international. Viele Gruppen verbreitern ihre Basis. Aus allen Lagern stoßen erwachende Bürgerinnen und Bürger hinzu. Gruppen und Initiativen der Friedensbewegung gibt es inzwischen in fast allen Gemeinden der Bundesrepublik. Über drei Millionen Menschen haben den „Krefelder Appell“ unterschrieben und gefordert: Keine Stationierung neuer Atomraketen. Bei den großen Friedenskundgebungen in Bonn haben sich bis zu 500 000 Teilnehmer zusammengefunden und ihren Friedenswillen demonstriert. Viel mehr noch zeigen sich Stärke und Vielfalt der Friedensbewegung in ihren zahllosen

Basisaktivitäten. Die Friedenswochen und Ostermärsche mobilisieren an Tausenden Orten immer neue Anhänger für die Sache des Friedens.

Zugleich wächst die Einsicht in der Friedensbewegung, daß es nicht ausreicht, die Stationierung der neuen, immer gefährlicheren Massenvernichtungswaffen zu verhindern, sondern daß ein völliges Umdenken in der Sicherheitspolitik erforderlich ist. Es gilt, der Dynamik ungehemmter Aufrüstung die Dynamik einer schrittweisen Abrüstung entgegenzusetzen. Dabei dürfen wir uns nicht auf die globalen Verhandlungen der Großmächte verlassen, die bisher Wettrüsten nicht verhindert haben. Wir müssen mit „dem Frieden machen" bei uns beginnen. So können wir erwarten, daß auch die andere Seite unter Legitimationsdruck gerät und Abrüstungsschritte ergreift. Für die Bundesrepublik Deutschland, in der Mitte Europas und an der Nahtstelle der Blökke, wollen wir als unser nächstes Ziel an die Stelle der „Nachrüstung" die Vorabrüstung setzen.

In zahlreichen Ländern der Erde wird die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen immer lauter. In den USA haben sich mehrere Bundesstaaten zu atomwaffenfreien Zonen erklärt. In Großbritannien zum Beispiel sind Groß-London und Wales zu atomwaffenfreien Zonen proklamiert worden. In den Niederlanden ist bereits jede zehnte Gemeinde eine atomwaffenfreie Zone, und auch in den skandinavischen Ländern ist längst eine Mehrheit der Bevölkerung für ein atomwaffenfreies Nordeuropa. Die Städte Sheffield (Großbritannien) und Donezk (UdSSR) haben gemeinsam die Atomwaffen geächtet.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland haben sich bereits zahlreiche lokale Gruppen und überregionale Organisationen, wie die Aktion Sühnezeichen und die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, auf eine Kampagne für atomwaffenfreie Zonen „vor der Haustür" eingestellt. Einige Gemeinden und Städte gelten bereits als atomwaffenfreie Zonen.

Wir unterstützen dies und rufen die gesamte westdeutsche Friedensbewegung auf: Machen wir eine groß angelegte Kampagne für Abrüstung in unserem Lande. Schaffen wir eine atomwaffenfreie Zone Bundesrepublik Deutschland.

Dies wollen wir erreichen, indem wir dort, wo wir leben und Friedensarbeit tun, viele kleine atomwaffenfreie Zonen proklamieren und errichten. Bis in die letzte Ecke der BRD. Atomwaffenfreie Zone Wohnung, Haus und Grundstück, atomwaffenfreie Zone Schule, Krankenhaus, Betrieb, Universität, Altersheim, Kirche, Büro, Gefängnis, Kaserne . . . Atomwaffenfreie Zone Straße, Stadtteil, Dorf, Gemeinde, Landkreis, Großstadt . . . Atomwaffenfreie Zone Land, Wasser, Luft.

Wir rufen auf: Schaffen wir zahllose atomwaffenfreie Zonen von unten, die sich vernetzen zu einer atomwaffenfreien Bundesrepublik Deutschland. Geben wir der Welt ein Beispiel, daß wir ohne Atomwaffen leben wollen und für wirkliche Abrüstung.

Gruppe Friedens-Manifest '82: Inge Aicher-Scholl, Heinrich Albertz, Ulrich Albrecht, Gert Bastian, Heinrich Böll, William Borm, Andreas Buro, Walter Dirks, Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann, Erhard Eppler, Helmut Gollwitzer, Walter Jens, Robert Jungk, Petra Kelly, Ulrich Klug, Horst Krautter, Oskar Lafontaine, Josef Leinen, Alfred Mechtersheimer, Wolf-Dieter Narr, Martin Niemöller, Horst-Eberhard Richter, Dorothee Sölle, Kurt Scharf, Klaus Vack.

Aufruf zur dritten bundesweiten Friedenswoche „Frieden schaffen ohne Waffen" vom 7. bis 17. November 1982

(Wortlaut)

1. Seit dem Beschluß der NATO vom 12. Dezember 1979, 572 neue Atomwaffen – Pershing II und Cruise Missile – in Westeuropa zu stationieren, haben sich nicht nur die Ost-West-Spannungen verschärft, sondern sind auch die Friedensbewegungen in Europa eine unübersehbare Realität geworden. Die geltende Sicherheitspolitik wird in Frage gestellt, da sie den Rüstungswettlauf bisher nicht hat aufhalten können.

Erste und wichtigste Aufgabe aber ist heute die Beendigung des Wettrüstens. In geduldiger Basisarbeit Tausender Friedensgruppen wurde das Fundament für die großen und gewaltfreien Demonstrationen im Herbst 1981 in Bonn, Brüssel, Rom, London, Amsterdam, Kopenhagen und Madrid gelegt. Sie wandten sich alle gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in Europa in West und Ost und forderten ein atomwaffenfreies Europa. Darüber hinaus ist in Nordamerika eine breite Friedensbewegung für das Einfrieren der Atomwaffen entstanden. In Rumänien demonstrierte man gegen neue Atomwaffen in West und Ost. In der deutschen Demokratischen Republik gibt es eigenständige Friedensdiskussionen und -aktivitäten. Die „Holländische Krankheit" hat die ganze Welt infiziert.

Diese Friedensbewegungen sind Bewegungen für das Überleben der Menschheit. Millionen von Menschen haben verstanden, daß nur sie die gefährliche Entwicklung aufhalten können. Wir rufen zur 3. bundesweiten Friedenswoche auf, weil wir die Hände nicht in den Schoß legen können. Unser aller Aktivität ist notwendig. Wir wollen neue Menschen für die Friedensarbeit gewinnen, unsere Sache besser vertreten lernen, kritikfähig und selbstkritisch werden, unsere Kontroversen untereinander austragen. Dem soll die Friedenswoche 1982 dienen.

Um einem steigenden Einfluß der Friedensbewegungen auf die Öffentlichkeit entgegenzuwirken, hat man ihre Diffamierung versucht. Man bezeichnete sie als antiamerikanisch, als ferngelenkt, als Äußerung einer unpolitischen Friedenssehnsucht, als Angstbewegung. Alle diese Verunglimpfung sind wirkungslos geblieben. Zu groß ist die Einsicht in die Notwendigkeit starker Friedensbewegungen, zu sichtbar die Probleme, derer sie sich angenommen hat. Die Demokratisierung der Sicherheitspolitik durch die Friedensbewegungen hat den Nebel der Verschleierung, die einseitigen Darstellungen der Regierungen, die Halbwahrheiten und Lügen unwirksamer gemacht. Sicherheitspolitik, die 20 Jahre lang den Militärs und einigen Politikern überlassen wurde, ist ein öffentliches Anliegen geworden. Die Suche nach Alternativen zu den immer neuen Aufrüstungen bewegt Bürger unterschiedlichster Herkunft und aller Altersgruppen.

Das ist höchste Zeit. Mehr als 1 000 000 000 000 DM (eine Billion DM) wird 1982 weltweit für Rüstung ausgegeben und den Millionen hungernden und verhungernden Menschen auf dieser Erde weggenommen. Rüstung tötet schon jetzt!

Durch die neuen Waffenexportrichtlinien der Bundesregierung wird die Ausfuhr von Kriegsgütern in Länder der sogenannten Dritten Welt und in Spannungsgebiete nicht eingeschränkt., sondern noch weiter erhöht. Schon die bisherigen Richtlinien waren wenig wirksam, weil sie kaum durchgesetzt wurden. Wir wenden uns energisch gegen die Erhöhung der Ausfuhr westdeutscher Kriegsgüter in die , Dritte Welt".

In mehr als 130 Kriegen sind seit 1945 mehr als 30 Millionen Menschen umgekommen. Der Krieg zwischen Großbritannien und Argentinien um die Falklandinseln zeigt, daß vergleichsweise geringe Anlässe von den politischen und militärischen Bündnissen nicht gewaltfrei und ohne neue menschliche Opfer geregelt werden können.

Die Regierungen sind außerstande, den Rüstungswettlauf zu bremsen und Abrüstung einzuleiten. Zu vielfachen Vernichtungskapazitäten kommen immer neue und gefährlichere Waffen und

Waffensysteme hinzu. Neue Waffensysteme und waffentechnologische Entwicklungen haben neue Nuklearstrategien ermöglicht und umgekehrt. Politiker und Militärs in den USA sprechen offen über die Möglichkeit begrenzbarer atomarer Kriege. Wir halten dies für eine gefährliche Illusion. Darüber hinaus sollen Zivilschutzprogramme Überlebenschancen vortäuschen. Die Einsicht wird immer drängender: Die ständige Vorbereitung des Krieges wird den nächsten Krieg nicht verhindern, ist kein Mittel der Kriegsverhütung mehr. Dieses Verständnis von Abschrekkung hat ausgedient. Deshalb widersprechen wir der Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland vom November 1981. Es ist keine „heute noch mögliche christliche Handlungsweise" mehr, Frieden durch die Drohung mit atomaren Waffen zu sichern. Frieden gibt es nur noch gemeinsam. Die Zeit der Sicherung durch die gegenseitige Androhung atomarer Totalvernichtung und die gegenseitige atomare Geiselnahme geht zu Ende. Der politische Gebrauch der Atomwaffen ist fast ebenso zerstörerisch wie der militärische. Umkehr im Denken und Handeln ist notwendig. Die Menschheit hat offenbar die Lektionen von Hiroshima und Nagasaki noch nicht gelernt. Das grundsätzliche Nein zu Entwicklung, Test, Produktion, Stationierung und Anwendung atomarer Waffen und aller anderer Massenvernichtungsmittel steht auf der Tagesordnung.

1983/84 sollen dem Beschluß der NATO entsprechend die ersten neuen Atomwaffen in Italien, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden. Die Vorbereitungsarbeiten hierfür sind in vollem Gang. Falls stationiert wird, wird die gegenseitige Bedrohung gefährlich wachsen, auch für uns, denn Raketenstandorte sind Raketenziele der anderen Seite. Wir dürfen unsere Beunruhigung und unsere Friedensarbeit wegen der Genfer Verhandlungen der beiden Großmächte nicht aufgeben. Verhandlungen sind besser als keine Verhandlungen, und ohne den politischen Druck der Friedensbewegungen gäbe es diese Verhandlungen nicht. Aber wir haben keine große Hoffnung auf deren Erfolgsaussichten. Die bisher bekannt gewordene Position der amerikanischen Regierung ist nicht wirklich ernst zu nehmen. Die sogenannte Null-Lösung der US-Regierung ist keine wirkliche Null-Lösung. Null heißt für uns wirklich Null, das heißt, keine neuen Atomwaffen bei uns und anderswo und ein atomwaffenfreies Europa in West und Ost.

Deshalb müssen wir alle die Veränderungen erreichen helfen, eine neue Friedenspolitik ermöglichen. Diese liegt in gerechten und friedlichen Beziehungen der Staaten untereinander, weltweit und in Europa. Die Konfrontation der militärischen Paktsysteme muß abgebaut werden. Eine neue Entspannung ist notwendig. Frieden schaffen, kann nur noch politisch geschehen. Deshalb: Frieden schaffen ohne Waffen!

Eine praktische Möglichkeit der Friedensarbeit ist die dritte bundesweite Friedenswoche vom 7. bis 17. November 1982, zu der die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden aufrufen. Wir können dazu nur den Anstoß geben. Kirchengemeinden, Landeskirchen, Jugendorganisationen, Schulen, Gewerkschaften, Dritte-Welt-Gruppen, Bürgerinitiativen, Frauengruppen, Seniorenkreise. . . , kurz: alle können sich an den Aktivitäten in der ihnen möglichen und richtig erscheinenden Form beteiligen; sei es mit Gottesdiensten, Veranstaltungen, Aktionen, Ausstellungen, Unterrichtseinheiten oder durch die Organisation einer Friedenswoche vor Ort. Wir schlagen als gemeinsame bundesweite Aktionsform die dezentrale Durchführung von Aktionen, die den Inhalten dieses Aufrufes entsprechen, am Samstag, dem 13. November 1982, vor. Die Themen der Friedenswochenarbeit sollten sich an der Breite unseres Verständnisses von Frieden orientieren, denn die Friedensbewegung ist nicht nur eine Bewegung gegen bestimmte neue Waffen, sondern auf der Suche nach grundsätzlichen Alternativen. Deshalb ist die Situation in der sogenannten Dritten Welt und unser Verhältnis zu ihr ebenso ein Thema wie die politische Frage eines atomwaffenfreien Europas; der innere Frieden unserer Gesellschaft, gerade in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit, ebenso wie unser Verhältnis zu Ausländern; das Lernen aus der Geschichte (1983 ist der 50. Jahrestag der NS-Machtergreifung) ebenso wie der Rüstungswettlauf; die internationale Zusammenarbeit der Friedensbewegung ebenso wie die weitere Strategie der Friedensarbeit und das christliche Friedenszeugnis.

Als besondere Vorschläge für die Friedenswochen regen wir aber an:
a) sich besonders mit der Möglichkeit „einseitiger, kalkulierter Abrüstungsschritte" auseinanderzusetzen. Wir wiederholen die Anregung, solche Schritte besonders

KARL MARX/ FRIEDRICH ENGELS GESAMTAUSGABE (MEGA)

Herausgeber: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU
und Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

1982 erscheint:

Erste Abteilung

Werke · Artikel · Entwürfe

Band 2

Karl Marx: Werke · Artikel · Entwürfe
März 1843 bis August 1844

Text/Apparat
64, 516, 504 Seiten · Mit 45 Abbildungen
Kunstleder im Schuber · 135,— M
Bestellangaben: 744 848/MEGA, 1. Abt.Bd.2

Der Band umfaßt die Schriften von Marx vom Ende seiner Mitarbeit an der „Rheinischen Zeitung" bis zum Beginn der gemeinsamen Arbeit mit Engels. Sie widerspiegeln Marx' Übergang zum Materialismus und Kommunismus und die beginnende Herausarbeitung des wissenschaftlichen Kommunismus. Es handelt sich dabei vor allem um die Beiträge in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern" („Zur Judenfrage", „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung" u. a.) und im Pariser „Vorwärts!" sowie um das Manuskript „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" und die mit allen innerhandschriftlichen Varianten wiedergegebenen „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte".

Zweite Abteilung

„Das Kapital" und Vorarbeiten

Band 3

Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861—1863)

In diesem Band wird das umfangreiche ökonomische Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie", das Marx von August 1861 bis Juli 1863 in 23 Heften mit 1472 Seiten niederschrieb, erstmals vollständig, originalgetreu und mit allen innerhandschriftlichen Varianten veröffentlicht. Der große Textumfang erfordert, den Band 3 in sechs Teilbänden herauszugeben.

Teil 6

Text/Apparat
12, 496, 836 Seiten · Mit 49 Abbildungen
Kunstleder im Schuber · 135,— M
Bestellangaben: 744 858 2/MEGA, 2.Abt.Bd.3/6

Der sechste Teilband umfaßt die Hefte V (ab S. 211) und XIX bis XXIII, in denen Marx von Januar bis Juli 1863 noch eine Reihe Ergänzungen zu seinem Manuskript niederlegte, vor allem zur Produktion des relativen Mehrwerts, zur formellen und realen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, zur Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital sowie zur ursprünglichen Akkumulation. Der Text dieser Hefte wird erstmals im Original publiziert. Mit Teil 6 wird ein Gesamtapparat zu allen 6 Teilen des Bandes 3 veröffentlicht.

Bitte verlangen Sie unseren ausführlichen MEGA-Prospekt in den Sprachen Deutsch, Englisch oder Französisch.

DIETZ VERLAG BERLIN
DDR-1020 Berlin, Wallstraße 76—79

– in der Verhinderung der Stationierung neuer atomarer Waffen bei uns und anderswo,
– in der tatsächlichen Unterbindung der Rüstungsexporte und
– in den Alternativen zur bisherigen Sicherheitspolitik (defensive Umrüstung, nichtmilitärische Formen der „Verteidigung") zu sehen, zu diskutieren und praktisch umzusetzen;
b) sich an der Kampagne für regionale und lokale atomwaffenfreie Zonen zu beteiligen.

Diese Kampagne, die bereits in Großbritannien und den Niederlanden mit zum Teil großem Erfolg durchgeführt wird, will Beschlüsse kommunaler und regionaler Parlamente erreichen, in denen sich begrenzte Territorien für atomwaffenfrei erklären. Hierdurch kann größtmöglicher Druck gegen die Atomwaffen ausgeübt werden, und das Ziel eines atomwaffenfreien Europas auf dem niedrigsten Stand rein defensiver konventioneller Rüstung kann näherrücken.

Schafft die Atomwaffen aus der Welt!
Beginnt damit auch in der Bundesrepublik Deutschland!
Keine neuen Atomwaffen in unserem Land!
Für ein atomwaffenfreies Europa in West und Ost!

Chemische Waffen in Rheinland-Pfalz
Dokumentation des Widerstands

Brief des Landesvorsitzenden des DGB Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, an Bundeskanzler Helmut Schmidt, betr. die Lagerung von C-Waffen, vom 30. Juni 1981 (Wortlaut)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schmidt,

in der Westpfalz werden nach amerikanischen Informationen insgesamt 2000 Tonnen Nervengasmunition gelagert, die theoretisch ausreichen, die gesamte europäische Bevölkerung zu vernichten. Die Bevölkerung des betroffenen Gebietes ist weder auf einen Katastrophenfall noch auf die Gefahr durch Schäden an lange Zeit lagernden Fässern des Nervengases vorbereitet.

Wir erwarten, daß eingedenk der verheerenden Konsequenz, die der von Hitler entfesselte Zweite Weltkrieg für unser Volk und für viele andere europäische Völker bedeutete, kein Interesse an der Lagerung von chemischen Massenvernichtungsmitteln auf dem Boden der Bundesrepublik existiert. Wir haben auch kein Interesse daran, daß sich die im deutschen Fernsehen ausgestrahlte Auffassung des amerikanischen Senators Mark O. Hatfield durchsetzt, daß Europa als „potentielles Schlachtfeld" des Dritten Weltkrieges derart vorbereitet werden muß.

Sie selbst, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, haben am 26. Mai 1978 vor den Vereinten Nationen in einer Rede, die vom deutschen Volk ungeteilten Beifall erhielt, folgendes gesagt:

„Mein Land hat bereits 1954 auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen verzichtet. Wir haben uns damit einverstanden erklärt, daß die Einhaltung dieser Verpflichtung international überwacht wird. Die Bundesrepublik Deutschland hält den Abschluß eines Übereinkommens über ein effektives und umfassendes C-Waffen-Verbot für besonders vordringlich. Sie begrüßt es, daß sich die Sowjetunion und die USA in bilateralen Gesprächen um eine gemeinsame Initiative bemühen. Sie ist überzeugt, daß sich ein internationales Verifikationssystem unter Einschluß von Ortsinspektionen so ausgestalten läßt, daß die legitimen Interessen von Industrie und Forschung nicht beeinträchtigt werden. Unsere Erfahrungen als Staat, der auf die Herstellung chemischer Waffen verzichtet und sich hierzu einer internationalen Kontrolle unterworfen hat, sprechen dafür, daß entsprechende Kontrollen wirksam, wirtschaftlich unschädlich und ihre Kosten zumutbar sein können. Wir sind bereit, unsere Erfahrungen auf diesem Gebiet allgemein zugänglich zu machen. Ich lade hiermit im Einverständnis mit unserer chemischen Industrie alle interessierten Staaten ein, sich in der Bundesrepublik Deutschland von der Möglichkeit einer angemessenen Verifikation eines Herstellungsverbots zu überzeugen."

Sie haben dies in Ihrer Regierungserklärung vom 1. 6. 1978 im wesentlichen wiederholt. Es wäre deshalb konsequent, bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika dringend den Abtransport oder die Vernichtung des bei uns lagernden Nervengases zu verlangen. Wir machen uns unglaubwürdig, wenn wir auf die Herstellung jener Waffen, die aus der Perversion menschlichen Denkens herrühren, verzichten, ihre Lagerung bei uns aber stillschweigend dulden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Julius Lehlbach

Antwortschreiben des Chefs des Bundeskanzleramts, Manfred Lahnstein, an den Landesvorsitzenden des DGB Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, vom 31. Juli 1981 (Wortlaut)

Sehr geehrter Herr Lehlbach,

der Herr Bundeskanzler hat mich gebeten, Ihnen für Ihr Schreiben vom 30. Juni 1981, in dem Sie Ihre Sorgen über die Lagerung amerikanischer C-Waffen-Munition in der Westpfalz darlegen, zu danken.

Unsere Haltung zur C-Waffen-Problematik, wie Sie sie in Ihrem Brief bereits weitgehend zitiert haben, gilt unverändert fort. Hinsichtlich der Interdependenz zwischen Lagerung von US-C-Waffen-Potential und den Bemühungen der Bundesregierung um ein umfassendes C-Waffen-Verbot im Genfer Abrüstungsausschuß verweise ich auf die Antwort der Bundesregierung zu einer entsprechenden Anfrage eines Abgeordneten des Deutschen Bundestages vom 12. Juni 1981.

Sie lautet: „Die Bundesrepublik Deutschland ist Vertragspartei des Genfer Protokolls von 1925, das den Ersteinsatz von B- und C-Waffen verbietet. Darüber hinaus hat sich die Bundesrepublik Deutschland seit 1954 freiwillig völkkerrechtlich verpflichtet, keine ABC-Waffen auf ihrem Staatsgebiet herzustellen. Sie setzt sich zudem in besonderer Weise seit Jahren für ein umfassendes C-Waffen-Verbot in den internationalen Gremien für Rüstungskontrolle und Abrüstung ein.

Diese ständigen Bemühungen werden in keiner Weise dadurch beeinträchtigt, daß eine beschränkte Menge von US-C-Kampfstoffen in Übereinstimmung mit dem NATO-Truppenstatut und dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland gelagert wird. Die Bundesrepublik Deutschland bestitzt weder eine Verfügungsgewalt über chemische Waffen noch strebt sie eine solche an; dies gibt ihrer Stimme moralisches Gewicht."

Im übrigen darf ich Ihnen versichern, daß die in amerikanischer Verantwortung liegenden Sicherheitsvorkehrungen für Transport und Lagerung der C-Kampfstoffe höchsten Anforderungen entsprechen und jede Vorsorge getroffen worden ist, um eine Gefährdung der Bevölkerung auszuschließen.

Mit freundlichen Grüßen
Lahnstein

Unterschriftensammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbezirk Rheinland-Pfalz, gegen Giftgaslager in Rheinland-Pfalz (Wortlaut)

„Die Gewerkschaften fordern das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und der Anwendung atomarer Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien. Ziel der Gewerkschaften bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung." (Aus dem DGB-Grundsatzprogramm 1981)

In Rheinland-Pfalz werden Nervengase gelagert.

Bereits 1925 hat Deutschland durch das Genfer Protokoll die Verwendung von chemischen Waffen geächtet und den Verzicht 1954 auch auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen ausgedehnt.

Der Bundeskanzler hat sich dessen im Jahre 1978 vor der UNO gerühmt und die Bundesrepublik als beispielhaft für alle anderen Länder dieser Welt dargestellt.

Durch die Lagerung von Giftgas auf bundesdeutschem Gebiet wird dieser Verzicht unglaubwürdig.

Aber auch bei einer Katastrophe in Friedenszeiten (z. B. Transportunfall oder Leck) sind die Bewohner einer weiten Umgebung tödlich gefährdet, da keine Schutzmaßnahmen ergriffen werden und die zuständigen Katastrophenschutzorganisationen offenbar auf einen Ernstfall nicht vorbereitet sind.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert deshalb alle verantwortlichen Politiker auf, sich dafür einzusetzen,

das Giftgas sofort abzutransportieren und zu vernichten!

Der Landesbezirksvorstand des DGB Rheinland-Pfalz bittet die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz, diesen Aufruf durch Unterschrift zu unterstützen!

Erstunterzeichner: Julius Lehlbach, Heinz Andersch, Franz Schapfel, Hans Anders, Herbert Bachmann, Walter Becker, Dieter Busch, Jochen Fürbeth, Heinrich Groß, Edith Henss-Sperl, Volkmar Heusel, Heiner Homm, Werner Jordan, Fritz Kaiser, Horst Kynast, Lothar Lang, Günther Lappas, Hermann Lutz, Ambrosius Matyssek, Hans Pleitgen, Ewald Rennollet, Klaus Schrinner, Hans Schweitzer, Dieter Smyczek, Heinz Spies, Paul Unger, Heinrich Zimmermann.

Kein Giftgas in der Bundesrepublik. Beschluß des 12. DGB-Kongresses in Berlin vom 21. Mai 1982 (Wortlaut)

Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangt den Abtransport oder die Vernichtung des von den Amerikanern in der Bundesrepublik gelagerten Giftgases. Das Verbot von chemischen und biologischen Kampfstoffen muß in die Abrüstungsverhandlungen, die Ende 1981 in Genf begonnen haben, eingeführt werden, weil man über europäische Sicherheitspolitik nicht verhandeln kann, ohne gleichzeitig die in Ost und West gelagerten chemischen Waffen einzubeziehen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf ihren Vertragspartner Amerika einzuwirken, die chemischen Angriffswaffen vom deutschen Boden abzuziehen oder zu vernichten. Dies soll ein Anstoß für die amerikanischen Verbündeten sein, die seit 10 Jahren laufenden bilateralen Verhandlungen über das endgültige Verbot der Produktion und Lagerung von chemischen Waffen endlich zum Abschluß zu bringen.

Begründung:

Die Bundesregierung hat seit 1954 feierlich auf die Produktion und Lagerung von chemischen Waffen verzichtet. Der Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sich dessen in einer eindrucksvollen Rede vor der UNO im Jahre 1978 noch gerühmt und erklärt, die Bundesrepublik stehe allen Kontrollen wegen der Einhaltung dieses selbst auferlegten Verzichts offen. Er hat diese Äußerungen in seiner Regierungserklärung im Jahre 1978 wiederholt. Es ist Ausdruck einer seltsamen Moral, daß die Bundesregierung die schreckliche Angriffswaffe Giftgas ihrerseits verabscheut und deshalb nicht produziert, aber gestattet, daß auf bundesdeutschem Boden amerikanisches Giftgas gelagert wird. Die Bevölkerung der Bundesrepublik ist weder über die genauen Lagerstätten des Giftgases informiert noch über bestehende Katastrophenpläne. Die vermeintliche Notwendigkeit der Geheimhaltung muß aber hinter dem Recht der Menschen auf Bewahrung von Gesundheit und Leben zurückstehen.

Darüber hinaus droht eine Nachrüstung mit binären Kampfstoffen durch die Amerikaner auf bundesdeutschem Boden. Die Bundesregierung hat es versäumt, die Bevölkerung über diese erneute Gefahr aufzuklären, obwohl sie vom amerikanischen Senat dazu aufgefordert worden ist. Sie hat auch versäumt, dem amerikanischen Kongreß ihre Haltung deutlich zu machen, obwohl dieser Kongreß am 2. Juni 1981 beschlossen hat, in das Bewilligungsgesetz für die Produktion der binären Kampfstoffe einen Passus aufzunehmen, der eine Konsultation mit den europäischen Verbündeten in dieser Frage vorsieht. Die Bundesregierung wird unglaubwürdig, wenn sie nicht endlich für den Abtransport des auf bundesdeutschem Boden gelagerten Giftgases sorgt und die Nachrüstung in der Bundesrepublik mit binären Kampfstoffen verhindert.

(Einstimmig angenommen)

Aufruf des deutsch-französischen Komitees gegen Giftgas und Atomraketen zu gemeinsamen deutsch-französischen Aktionen gegen Giftgas und Atomraketen vom 3. Juli 1982 (Wortlaut)

In den US-Giftgaslagern bei Maßweiler und Fischbach in der Nähe der deutsch-französischen Grenze lagern 2000 Tonnen Nervengas. Dies reicht aus, um nicht nur die Bevölkerung Frankreichs und der Bundesrepublik, sondern ganz Europas auszulöschen. Schon in Friedenszeiten geht von diesen chemischen Massenvernichtungswaffen eine tödliche Gefahr aus.

Auch die neuen binären Giftgasgranaten, die jetzt in den USA produziert werden, sollen in der Bundesrepublik Deutschland gelegert werden. Diese Produktion neuer chemischer Kampfstoffe erhöht die Kriegsgefahr. Mit neuen Atomraketen, Marschflugkörpern und binären Giftgasgranaten soll ein Atomkrieg auf Europa begrenzt und damit führbar und „gewinnbar" gemacht werden.

Wir – Franzosen und Deutsche – haben aus den Zerstörungen der Kriege gelernt und kennen die Gefahren der Giftgase aus dem ersten Weltkrieg. Wir wehren uns gemeinsam gegen die lebensbedrohende Anhäufung konventioneller, chemischer und atomarer Waffen in Europa. Wir begrüßen alle Maßnahmen, die eine Beseitigung der Giftgaslager zum Ziel haben. Dieses Anliegen gilt es durch machtvolle Aktionen zu unterstützen.

Wir fordern gemeinsam:
– Auflösung aller Giftgasdepots in der Bundesrepublik und anderswo!
– Einstellung der Giftgasproduktion und ein vollständiges Verbot aller chemischen Waffen!
– Keine Stationierung neuer Atomraketen in Europa!

Wir rufen auf:
– Beteiligt Euch an der deutsch-französischen Demonstration gegen Giftgas- und Atomraketen am 6. November 1982 in Bitche!
– Nehmt teil am internationalen Forum gegen Giftgas und Atomraketen am 13. November 1982 in Pirmasens.

c/o Christian Lanoy, 51 Avenue de la Forêt Noire, F-67000 Strasbourg.
c/o Pfr. Karl-Jakob Jockers, Bergstr. 99 b, 6749 Vorderweidenthal.

Giftgas in der Pfalz? Neue Belege für die Lagerung chemischer Kampfstoffe in der Bundesrepublik. Bericht des ARD-Magazins „Monitor" vom 17. August 1982 (Auszüge)

Die Landschaft um Fischbach und Ludwigswinkel im Landkreis Pirmasens gehört zu den schönsten der Bundesrepublik. Ihre Bewohner sind auf Fremdenverkehr angewiesen. Doch seit kurzem haben sie Sorgen. Ursache ist das amerikanische Depot Fischbach, in dem die Bevölkerung trotz aller amtlichen Dementis chemische Kampfstoffe vermutet. Zwar haben die Pfälzer selbst neben Westwall-Bunkern und NATO-Depots quasi auf einem Pulverfaß leben gelernt. Den Touristen ist es jedoch nicht mehr ganz geheuer.

Dies war auch die Begründung dafür, daß der Gemeinderat eine von der US-Armee geplante Ausweitung des militärischen Schutzgebietes ablehnte und den Abtransport des Giftgases forderte. Pirmasens erlebte Ende August 1981 seine größte Nachkriegsdemonstration. Ein deutsch-französisches Komitee gegen Giftgas und Atomraketen wurde gegründet. Ein Mitglied berichtet über die Stimmung in der Bevölkerung.

Waldemar Stadtherr (Friseur, Pirmasens): „Wir haben zweieinhalbtausend abhängig Beschäftigte bei den Amerikanern, die auch Familie haben. Und diese Leute, die haben wohl ängstlich darauf reagiert, es kann was passieren, es ist labil – und vor allen Dingen Angst gehabt, Angst, etwas zu sagen. Es ist uns fast vorgekommen wie im Dritten Reich, wo man Angst hatte, in irgendwas reinzukommen oder einen größeren persönlichen Schaden zu nehmen. Und das war ein Faktum. Aber die weitaus größere Frage – auch in meinem Friseurgeschäft –, die sind einstimmig der Meinung, daß das eine Gefahr ist – und haben also persönlich gesagt, daß sie das auch nicht möchten."

Im Pfarrhaus zu Vorderweidenthal bereitet das Komitee eine Demonstration im französischen Bitche unweit der Grenze vor. Die Franzosen hat ein Brief ihres Außenministers Claude Cheysson

aufgeschreckt. Offenbar zur Beschwichtigung der Unruhe über das grenznahe amerikanische Militärdepot mit chemischen Kampfstoffen gedacht, widerspricht der Brief zugleich dem Mainzer Ministerpräsidenten Bernhard Vogel, der behauptete, nach seiner Kenntnis liege in Fischbach kein Giftgas. Das sei eine Erfindung Moskaus.

Alfonse Boosz (Beamter, Strasbourg): „Meine Analyse des Briefes ist einfach, er bestätigt, daß das existiert. Nur schreibt er dazu, wir werden alle Maßnahmen treffen, daß uns nichts passiert. Das ist im Grunde genommen seine Sache. Er gibt indirekt zu: ja – aber uns kann nichts passieren. Und der beste Beweis ist, daß er von seinem Kollegen von der französischen Armee und von dem deutschen Außenminister verlangt: gib mir auch die Bestätigung."

Marcel Wittmann (Schlosser, Climbach): „Es ist ja nicht an uns, es liegt ja nicht an uns zu beweisen, daß Fischbach existiert – daß das Lager existiert, es liegt an der amerikanischen Behörde, der OTAN (NATO) zu beweisen, daß es nicht existiert – und dort sollen sie die Türen aufmachen. An uns, an Experten, an Parlamentariern – das sind Leute, die wollen sehen . . . – die OTAN ist ja da, um uns zu schützen . . ."

Willi Rothley (MdL, SPD-Bezirksvorsitzender): „Nachdem in der Presse Berichte erschienen waren, daß hier in der Westpfalz Giftgas lagert – und nachdem auch Fischbach genannt worden ist, habe ich den zuständigen General Kroesen darum gebeten, mir die Erlaubnis zu erteilen, dieses Gebiet zu besuchen. Er hat diese Erlaubnis verweigert mit der Begründung, allgemeine militärische Sicherheitserwägungen stünden dem im Wege. Ich halte dies für eine Einschränkung in meiner Tätigkeit als Abgeordneter. Ich denke, daß das nicht vereinbar ist mit der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. Ich meine, daß einem Abgeordneten nicht verwehrt werden kann, ein solches Depot zu besuchen."

Frage: „Und was schließen Sie aus der nichtvorhandenen Genehmigung, aus dem Verbot, das Lager zu besuchen?"

Willi Rothley: „Ich schließe nicht nur aus dieser Tatsache, sondern auch aus anderen Umständen – und insbesondere kann ich mich hier berufen auf englische, amerikanische Quellen. Insgesamt gibt es vier Depots in der Bundesrepublik Deutschland, das ist sicher – und eines davon ist hier in Fischbach."

. . . 1965 brachte Staatspräsident de Gaulle die Amerikaner dazu, ihr einziges großes Lager für chemische Kampfstoffe in Europa aus der Gegend um Verdun abzuziehen. Im Einvernehmen mit allen Bundesregierungen stopften die US-Truppen seither das Gebiet des ehemaligen Westwalls mit unter- und oberirdischen Waffenlagern voll. Eins dieser Depots liegt, achthundert Hektar groß, im Staatsforst zwei Kilometer südwestlich von Fischbach, gleich hinter dem mit einer weißen Madonna geschmückten Hinzenberg.

Photoamateure aus dem Elsaß haben das immer wieder dementierte Geheimnis von Fischbach enthüllt und überließen ihre Fotos der kommunistischen französischen Zeitung „Humanité" und der DKP. Nach Inventarlisten des amerikanischen Finanzministeriums enthält das Depot 122 Bunker – verteilt auf zwei interne Lager für sogenannte Sondermunition. Das eine enthält unbestritten Atomwaffen. Das zweite, überragt von einem Spezialwachtturm, der durch Bewaffnung, Panzerglas und autonomes Lüftungssystem gegen, wie es heißt, zwanzig Terroristen gehalten werden kann, enthält chemische Kampfstoffe mit einer Kapazität bis zu 10 000 Tonnen. Das tödliche Nervengas wird hier von Spezialisten aus Containerfässern in Munition abgefüllt: in Minen, Granaten, Raketenköpfe, Bomben, Sprühtanks. Wir haben die Fotos einem anerkannten Kampfstoffexperten vorgelegt . . .

Interview mit Dr. Alfred Schrempf (Chemiker, Institut für internationale Friedensforschung): „Es könnte sich hier um die Lagerung von chemischen Kampfstoffen handeln . . ."

Frage: „Warum?"

Alfred Schrempf: „Die Fässer, die auf einigen Bildern zu sehen sind, könnten Kampfstoffe beinhalten. Und die Gebäude sehen aus wie chemische Labors. Das Gebäude macht mir den Eindruck eines Gebäudes, in dem Chemikalien, in dem mit Chemikalien gearbeitet wird. Das hier ist mei-

JAHRBUCH

des Instituts für Deutsche Geschichte

Herausgegeben und eingeleitet von Walter Grab

Inhalt **Band XI, 1982**

Jacob Toury, Tel-Aviv
Emanzipation und Judenkolonien in der öffentlichen Meinung Deutschlands 1775–1819

Josef Karniel, Tel-Aviv
Das Toleranzpatent Kaiser Josephs II. für die Juden Galiziens und Lodomeriens

Gerhard Friesen, Kanada
Nemesis und das Galakleid der Jakobiner. Eine politisch-literarische Kontroverse zwischen Hans von Gagern und Heinrich Luden

Rudolf Zewell, Bonn
Anton Schütte (1817–1867). Ein Beitrag zur inneren und äußeren Emigration nach 1848

Zwi Rosen, Tel-Aviv
Bruno Bauers und Friedrich Nietzsches Destruktion der bürgerlich-christlichen Welt

Shlomo Na'aman, Tel-Aviv
Die Selbstbedeutung von „Rom und Jerusalem" durch Moses Heß. Seine Artikelserie in der Niederrheinischen Volks-Zeitung

Erich Schneider, Kaiserslautern
Die Feier zum 40. Jahrestag des Hambacher Festes 1872. Ein Jubiläum im Schatten der Reichsgründung

Avraham Barkai, Tel-Aviv
Sozialgeschichtliche Aspekte der deutschen Judenheit in der Zeit der Industrialisierung

Horst Möller, München
Ernst Heilmann. Ein Sozialdemokrat der Weimarer Republik

Alfred D. Low, USA
The Anschluß-Movement, 1933–1938, and the Policy of France

Wolfgang Trautwein, Berlin
Das Dritte Reich aus der Sicht des westdeutschen Dramas 1945–1965. Dramaturgie und Geschichtsbild

Miszellen

Diskussionsforum

Resümees in Hebräisch

Ca. 600 Seiten, Preis Leinen DM 60,–, Broschüre DM 43,–

Universität Tel-Aviv

Fakultät für Geisteswissenschaften

Forschungszentrum für Geschichte – Institut für Deutsche Geschichte

ner Ansicht nach ein Abzug für giftige Gase, giftige Substanzen, die auf die Art und Weise aus dem Gebäude rausgebracht werden sollen."

Frage: „Kann das nur diesem Zweck dienen oder könnte das auch einem anderen Zweck dienen?"

Alfred Schrempf: „Ich würde meinen, es dient diesem Zweck."

Mehrere Tage beobachtete man, wie Bulldozer vor Giftgasbunkern die oberste Erdschicht abtrugen und auf Transporter luden: ein Hinweis auf Lecks, wie sie nach einem Bericht an den amerikanischen Präsidenten nicht selten vorkommen. Fotografiert wurden Menschen, die in Spezialanzügen aus Gebäuden kamen und im Freien offenbar von anderen decontaminiert, das heißt von giftigen Substanzen gereinigt wurden. Zur Zeit wird das Depot ausgebaut – allein in diesem Jahr für 18 Millionen Dollar. Nach dem Bericht des amerikanischen Finanzministeriums sollen in der Bundesrepublik fünf weitere Lager für eine neue Generation chemischer Kampfstoffe entstehen. Eins davon nur wenige Kilometer von Fischbach entfernt.

Der Landrat des Kreises Pirmasens ist zugleich oberster Polizeichef und Katastrophenschützer. Vor einem Jahr fragte „Monitor" ihn nach dem Giftgas-Lager:

„Sie haben uns im vergangenen Jahr gesagt, daß Sie keine Ahnung davon hätten, was sich in Fischbach abspielt. Nach einem Zeitungsbericht vom Juni dieses Jahres haben Sie anläßlich eines angenommenen Giftgas-Unfalls nach einer Übung gesagt, daß ein solcher Fall an der Grenze jederzeit eintreten könne. Ist das nicht ein Widerspruch?"

Hans-Jörg Dupré (Landrat): „Dies war keine Giftgasübung, sondern eine Feuerwehrübung, wie wir sie alljährlich durchführen, insbesondere im grenznahen Raum, um die Zusammenarbeit mit unserem französischen Nachbarn zu üben – und betraf eine Umweltschutzverletzung, sagen wir mal. Sie hatte also mit dem, was hier zur Debatte steht, überhaupt nichts zu tun."

An Landrat Duprés Umweltschutzübung nahmen Soldaten einer Kompanie für atomare, biologische und chemische Abwehr aus Zweibrücken teil. Die Lokalpresse sprach von einer Probe des Ernstfalls. Die Bundeswehr setzte zwei gepanzerte Spezialfahrzeuge ein. Zur Übung gehörten mehrere Giftgasopfer. Hohe Offiziere beteiligten sich an der Manöverkritik. Einer, der sich durch solche Katastrophenschutzübungen nicht länger beruhigen lassen will, ist der DGB-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz. Um ihn kristallisiert sich der Widerstand gegen das Giftgas, weil Bundesregierung und Landesregierung nichts unternehmen.

Frage: „Herr Lehlbach, Sie sind der Initiator einer Verfassungsbeschwerde, die für den Abtransport und die Beseitigung von in der Bundesrepublik gelagerten amerikanischen Giftgasen sorgen soll. Was für Beweise haben Sie für Ihre Beschwerden?"

Julius Lehlbach (DGB-Landesvorsitzender): „Das Bundeskanzleramt hat uns bestätigt, daß Giftgas in der Bundesrepublik gelagert ist – amerikanisches Giftgas, obwohl Deutschland schon 1925 der Genfer Konvention beigetreten ist, obwohl die Bundesregierung seit 1954 feierlich auf die Lagerung von Giftgasen verzichtet hat – obwohl der Bundeskanzler Schmidt 1978 vor der UNO sich dessen noch sehr gerühmt hat – und dies auch in einer Regierungserklärung gesagt hat. Ich finde es für unvertretbar, daß man sich auf der einen Seite rühmt, Giftgas nicht zu produzieren und zu lagern, und auf der anderen Seite zumindest zuläßt, daß die Amerikaner diese Angriffswaffen, dieses Massenvernichtungsmittel bei uns lagern." . . .

Offener Brief des Landesbezirksvorsitzenden des DGB Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, an die rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten vom 23. August 1982 (Auszüge)

Ich frage mich und frage Sie, wie es um die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung und auch des Deutschen Bundestages steht, wenn einerseits die Bundesregierung die Produktion der Angriffswaffen und Massenvernichtungsmittel Giftgas ablehnt und andererseits die Lagerung amerikanischen Giftgases auf bundesdeutschem Boden nicht nur duldet, sondern immer wieder durch eigenes Handeln billigt...

Artikel 26 unseres Grundgesetzes enthält das Verbot der Friedensstörung. Es heißt dort: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

Ich wäre ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie auch unter dem Gesichtspunkt des Artikel 26 unseres Grundgesetzes Ihr Tun und Lassen in dieser Frage überprüfen würden...

Ich wäre Ihnen als Bundestagsabgeordnete bzw. als Bundestagsabgeordneter außerordentlich dankbar, wenn Sie sich schon bald an Ihre aus dem Grundgesetz fließenden Verpflichtungen erinnern würden und ein Gesetz auf den Weg bringen könnten, das sowohl dem Grundrecht der Bevölkerung auf das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit entspricht als auch dem Artikel 26 des Grundgesetzes.

Wie Sie wissen, droht in absehbarer Zeit eine Nachrüstung mit binären Nervengaskampfstoffen durch die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Mittel dazu sind vor drei Tagen vom amerikanischen Parlament bewilligt worden. Amerikanische Senatoren haben die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag eindringlich darauf hingewiesen, daß die Lagerung auch dieser neuen Giftgasgeneration in Europa – speziell aber auf dem Boden der Bundesrepublik – erfolgen wird.

Starke Kräfte im amerikanischen Senat wollten verhindern, daß nach 13jähriger Pause die Produktion dieser fürchterlichen Waffe wieder aufgenommen wird. Soweit mir bekannt ist, sind die fast flehentlichen Bitten der amerikanischen Senatoren Hart und Hattfield sowohl bei der Bundesregierung als auch beim Deutschen Bundestag auf taube Ohren gestoßen...

Dieser Brief ist eine Aufforderung an die rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten, souverän zu handeln; er ist im besonderen aber der Ausdruck meiner tiefen Sorge um das Leben und die Zukunft der Menschen in diesem Lande.

Mit freundlichen Grüßen
Julius Lehlbach

Prof. Dr. Michael Bothe/Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Zusammenfassung der Verfassungsbeschwerde zur Lagerung chemischer Waffen in Rheinland-Pfalz, vorgelegt am 26. August 1982 (Wortlaut)

Auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland werden von den Streitkräften der Vereinigten Staaten chemische Waffen gelagert. Daß dies geschieht, ist bekannt, wo es geschieht und um welche Kampfstoffe es sich im einzelnen handelt, wird geheim gehalten. Wahrscheinlich reichen die gelagerten Bestände, insbesondere an hochgiftigen Nervengasen, um die Bevölkerung vieler deutscher Großstädte zu vernichten. Von ihrer Lagerung gehen erhebliche Gefahren für Leben und Gesundheit der Bevölkerung aus, da die Giftstoffe durch Unfall, Sabotageakte oder unsachgemäße Behandlung freigesetzt werden können. Davon ist zunächst und vor allem die Bevölkerung in der unmittelbaren Umgebung solcher Lagerstätten betroffen. Bürger aus der unmittelbaren Umgebung von Fischbach in der Westpfalz, wo mit großer Wahrscheinlichkeit erhebliche Bestände solcher Kampfstoffe lagern, wenden sich darum mit der Verfassungsbeschwerde gegen diese Beeinträchtigung ihres Grundrechtes auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG).

Der Einsatz chemischer Waffen auf deutschem Gebiet und von deutschem Gebiet aus ist offenbar Gegenstand militärischer Planung. Durch solche Vorbereitungen des Einsatzes können bereits in Friedenszeiten Bedingungen geschaffen werden, die im Konfliktfalle zum Einsatz solcher Waffen führen, dann aber unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten kaum mehr geprüft werden können. Darum müssen die Gefahren, die von einem solchen für den Konfliktfall ins Auge gefaßten Einsatz ausgehen, bereits heute unter dem Gesichtspunkt ihrer Vereinbarkeit mit der Verfassung und insbesondere den Grundrechten geprüft werden können.

Die gelagerten Waffen befinden sich in der Hand der Streitkräfte der Vereinten Staaten von Amerika. Wann sie im einzelnen hierher gekommen sind, ist nicht bekannt. Für die Risiken, die von der Lagerung und dem möglichen Einsatz solcher Waffen ausgehen, tragen jedoch deutsche

Staatsorgane mit Verantwortung, die Bundesregierung dadurch, daß sie die Lagerung dieser Waffen in Kenntnis aller Umstände geduldet hat, ihr sogar möglicherweise zugestimmt hat, der Gesetzgeber dadurch, daß er im Angesicht dieser immer klarer offenbar werdenden Quelle der Gefährdung von Leben und Gesundheit der Bürger nicht regelnd eingegriffen hat.

In der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes wurde klargestellt, daß der Staat, wenn er Risiken für Leben und Gesundheit seiner Bürger schafft oder zuläßt, das in Art. 2 Abs. 2 garantierte Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu beachten hat. Darum sind die Behörden eben nicht nur, weil das Atomgesetz oder das Bundesimmissionsschutzgesetz es vorschreiben, sondern aus *verfassungsrechtlichen* Gründen gehalten, dafür zu sorgen, daß bei Errichtung und Betrieb umweltbelastender Anlagen die erforderliche Risikovorsorge getroffen wird, Risiken für Leben und Gesundheit vermieden werden. Wenn die Verfassung in dieser Weise den Bürger schützt, dessen Gesundheit von zivilen Anlagen bedroht sein könnte, dann kann sie ihn auch dem Risiko militärischer Einrichtungen nicht schutzlos preisgeben. Darum sind die Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bürger in Auslegung des Art. 2 Abs. 2 GG entwickelt hat, auch auf die Lagerung chemischer Kampfstoffe in der Bundesrepublik Deutschland anwendbar. Sie sind in mehrfacher Hinsicht verletzt.

Die Tatsache, daß eine Fülle rechtlich relevanter Einzelheiten geheim sind, daß über das genaue Ausmaß der Gefahren, über etwa getroffene Sicherheitsmaßnahmen und den genauen Kreis der bedrohten Bevölkerung keine sicheren Angaben gemacht werden können, macht den Rechtsschutz unter juristischen Gesichtspunkten schwieriger, darf ihn aber nicht unmöglich machen. Vermeintliche oder wirkliche Geheimhaltungsbedürfnisse können nicht dazu führen, daß ein verfassungsrechtliches Niemandsland entsteht. Die Verfassung ermöglicht zwar die Berücksichtigung militärischer Belange, sie stellt dem militärischen Bereich, wie das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich klargestellt hat, nicht davon frei, grundrechtlich geschützte Positionen zu respektieren.

Die wesentliche Grundsatzentscheidung über die Zulassung bestimmter erheblicher Risiken, die den grundrechtlich geschützten Bereich des Bürgers treffen, ist in einem demokratischen Staat dem Gesetzgeber vorbehalten. Nur er kann die Grundsatzentscheidung über die Akzeptanz eines solchen Risikos treffen. Für das Risiko, das mit der Lagerung chemischer Waffen verbunden ist, fehlt eine solche Grundsatzentscheidung des Gesetzgebers. Ohne eine solche Grundsatzentscheidung des Gesetzgebers war es der Bundesregierung verwehrt, durch Zustimmung oder Duldung ein solches Risiko mit zu schaffen.

Aus Art. 2 Abs. 2 folgt nicht nur ein Abwehrrecht des Bürgers gegen Eingriffe des Staates in das Leben und die körperliche Unversehrtheit, es folgt aus ihm auch eine Pflicht des Staates, Maßnahmen zum Schutze dieser Rechtsgüter zu ergreifen. Die Verfassung schreibt zwar nicht im einzelnen vor, welche Maßnahmen hier erforderlich sind. Hier besteht ein Ermessen der zuständigen Staatsorgane, wie das Bundesverfassungsgericht in seiner Schleyer-Entscheidung festgestellt hat. Was in der Frage der chemischen Waffen im einzelnen zur Erfüllung dieser verfassungsrechtlichen Schutzpflicht hätte geschehen müssen, ist wegen der besagten Geheimhaltung schwer zu bestimmen. Den einfachsten und auch rechtlich möglichen Weg, das Risiko auszuschalten, nämlich auf einen Abzug der Waffen zu dringen oder der Lagerung erst gar nicht zuzustimmen, hat die Bundesregierung jedenfalls einzuschlagen unterlassen. Undifferenzierte Zusicherungen, daß eine Gefährdung ausgeschlossen sei, genügen andererseits zur Erfüllung der Schutzpflicht nicht. Will man hier das akzeptable Gesundheitsrisiko auf der einen und die militärischen Belange auf der anderen Seite abwägen, muß auch berücksichtigt werden, daß ein Einsatz solcher Waffen, der nicht gegen Normen des Völkerrechts verstieße, wenn überhaupt, in den dichtbesiedelten Gebieten Mitteleuropas kaum denkbar ist. Nur ein legaler Einsatz kann für eine verfassungsrechtliche Abwägung in Betracht kommen. Wegen der geringen Möglichkeiten eines solchen Einsatzes wieden die militärischen Interessen hier gering, fällt die Bedrohung für Leben und Gesundheit der Bürger um so stärker ins Gewicht.

Aus Art. 2 Abs. 2 folgt auch die Pflicht, daß Verfahren der Entscheidung über die Schaffung von Risiken so zu gestalten sind, daß die Interessen der an Leben und Gesundheit Gefährdeten Berücksichtigung finden, daß sich die Gefährdeten effektiv gegen solche Gefahren wehren können.

So ist eine wirksame Anhörung und ein effektiver Rechtsschutz der Betroffenen im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren vom Bundesverfassungsgericht als Verfassungsgebot bezeichnet worden. Bei der Entscheidung über die Lagerung chemischer Waffen wurde bislang einfach über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden. Auch dies ist verfassungswidrig.

Die Stationierung bestimmter Waffen in einem militärisch bedeutsamen Gebiet kann, wie etwa eine Mobilmachung auch, unter bestimmten Krisenbedingungen eine Friedensbedrohung darstellen. Ob dies die Lagerung chemischer Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland heute schon tut, braucht nicht entscheiden zu werden. Wenn die Bundesrepublik sich rechtlich oder faktisch der Möglichkeit begibt, im Ernstfall zu verhindern, daß eine solche Drohwirkung von auf ihrem Gebiet stationierten Waffen ausgeht, so macht sie sich heute schon unmöglich, das aus einer Reihe von Bestimmungen des Grundgesetzes, allen voran die Präambel und Artikel 26 GG, folgendes Friedensprinzip, das ein Gebot friedlicher Politik enthält, zu befolgen. Darum liegt jedenfalls dann ein Verstoß gegen das Friedensgebot der Verfassung vor, wenn sich die Bundesregierung kein effektives Vetorecht bezüglich des Einsatzes der Waffen vorbehalten hat.

Die Beachtung der genannten Schutzpflichten oblag nicht nur der Bundesregierung. Für ihre Erfüllung zu sorgen, war und ist auch und gerade eine verfassungsrechtliche Pflicht des Gesetzgebers. Er allein kann, er muß aber auch regeln, welche Risiken dem Bürger zuzumuten sind, wenn erkennbar ist, daß kraft der Entwicklungen Gefahren auftreten. Ähnlich wie es eine Pflicht des Gesetzgebers ist, unter gewissen Bedingungen gesetzgeberisch, durch den Erlaß von Strafnormen, für den Schutz des werdenden Lebens tätig zu werden, muß der Gesetzgeber auch in dem Fall, daß durch militärische Maßnahmen Risiken für den Bürger geschaffen werden, regelnd und damit schützend eingreifen. Diese Verpflichtung hat der Bundesgesetzgeber durch seine Untätigkeit verletzt.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. D. Walter Kreck, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 11/1982 der „Blätter" wird am 15. 11. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

Autoren dieses Heftes

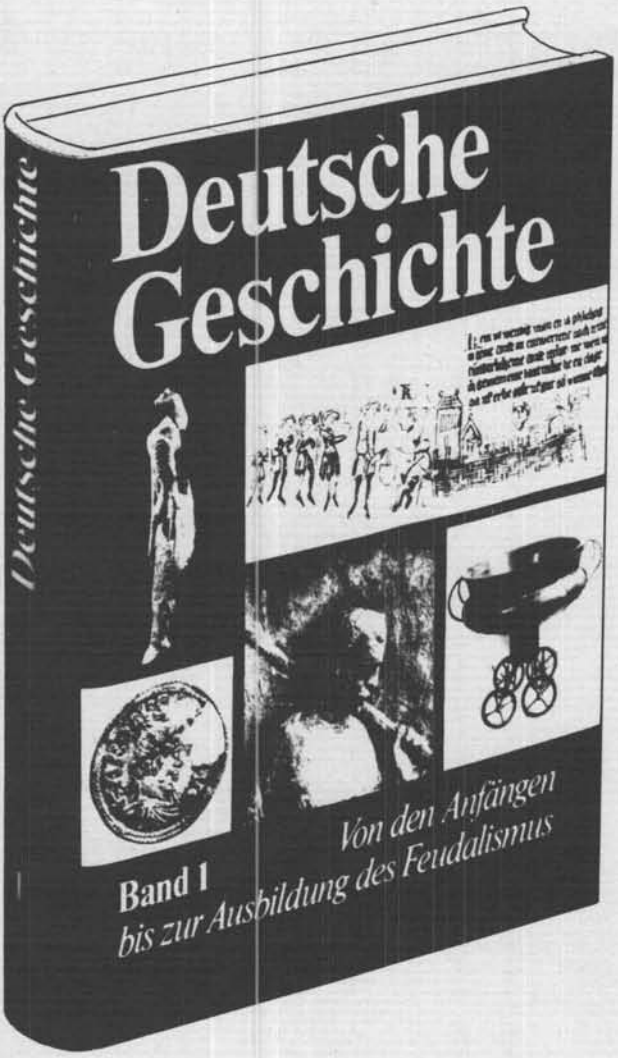
Dr. Wolfgang ABENDROTH, geb. 1906 in Wuppertal, em. Professor für Wissenschaftliche Politik, lebt in Frankfurt/M.; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Georg FÜLBERTH,* geb. 1939 in Darmstadt, Professor für wissenschaftliche Politik am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, Mitglied des Bundesvorstands des „Bundes demokratischer Wissenschaftler" (BdWi); Buch-, Funk- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Ludwig ELM,* Professor an der Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena; zahlreiche Veröffentlichungen zu Konservatismus und Neofaschismus. *** *Fred KARL,* geb. 1947 in Oberbayern, Diplom-Soziologe, z. Z. Lehrbeauftragter an der Gesamthochschule Kassel, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, zuletzt „Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung", Frankfurt/M. 1981. *** *Dr. Norman PAECH,* geb. 1938, Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg; Bundesvorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Gerhard STUBY,* geb. 1934, Professor für öffentliches Recht an der Universität Bremen, Vizepräsident der IVDJ (Internationale Vereinigung demokratischer Juristen); zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Frank BENSELER,* geb. 1929 in Remscheid, Professor für Soziologie an der GHS Paderborn; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, Herausgeber der Lukacs-Gesamtausgabe. *** *Dr. Hans Heinz HOLZ,* geb. 1927 in Frankfurt/M., Professor für Philosophie an der Universität Groningen; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Walter BOEHLICH,* geb. 1921 in Breslau, lebt als freier Publizist in Frankfurt/M., zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Hinweis: Von allen in den „Blättern" veröffentlichten Beiträgen können bei Bestellungen ab 100 Expl. Sonderdrucke angefertigt werden. Bestellungen sind an den Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, zu richten. Eine Preisliste für Sonderdrucke kann beim Verlag angefordert werden.

Druckfehlerberichtigung: In dem Beitrag von Christian Götz, „Operation '83: Weder sozial, noch demokratisch", „Blätter", 9/1982, S. 1032–1035, ist uns im 3. Absatz auf S. 1033 ein sinnentstellender Druckfehler unterlaufen. Zwar wirft die Tatsache, daß die Zurechnung der „Arbeiter" zu den „kleinen, aber einflußreichen Gruppen" dieser Gesellschaft auf Anhieb als grotesker Fehler erkannt werden kann, ein durchaus zum weiteren Nachdenken anregendes Licht auf die Proportionen der „Sozialpartnerschaft" zwischen offiziell gleichberechtigten „Arbeitgebern" und „Arbeitnehmern". Dennoch sollte an der genannten Stelle natürlich „Arbeitgeber" statt „Arbeiter" stehen. D. Red.

Hinweis: Auf vielfache Anfrage weisen wir darauf hin, daß der englische Original-Text des Pentagon-Leitlinien-Dokuments („New York Times" v. 30. 5. 1982) zusammen mit anderen englischsprachigen Dokumenten jetzt vorgelegt wird in: „Englisch-Amerikanische Studien", 3/1982, Heinrich W. Ahlemeyer, Bernd Greiner: „The 'Decapitation' of the USSR: a new Pentagon-paper of Nuclear War Strategy."



Deutsche Geschichte

12 Bände

Die fundierteste, umfassendste und umfangreichste »Deutsche Geschichte«, die es je gab. Wissenschaftlich und allgemeinverständlich. Reichhaltig ausgestattet mit Farb- und Schwarzweißabbildungen, Faksimiles, Karten, Skizzen, Tafeln und zeitgenössischen Illustrationen. Leinen mit farbigem Schutzumschlag. Format 20,5 × 27 cm.

Bei Abnahme der Bände 1-4 (I. Abteilung) bieten wir einen Subskriptionspreis von DM 48,– je Band. Gesamtsubskriptionspreis der Bände 1-4 DM 192,– statt DM 272,–. Band 2 und 3 erscheinen 1983, Band 4 erscheint 1984. Die Bände 5-12 erscheinen fortlaufend ab 1984/85. Sonderprospekt lieferbar

Subskriptionsangebot bis 31. März 1983

Ende November 1982 erscheint:
Band 1
Von den Anfängen bis zur Ausbildung des Feudalismus
Bis Mitte des 11. Jahrhunderts

532 Seiten mit 300 Abbildungen und Karten, teilweise vierfarbig
DM 68,– (Einzelpreis). DM 48,– (Subskriptionspreis)

Pahl-Rugenstein Verlag

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 10/82
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-315777-01-01 549
[redacted]

Aktion Abo '82

Ein wichtiges Buch
für einen neuen Abonnenten*)

Für jeden neuen Abonnenten, der durch Ihre Vermittlung die „Blätter" bestellt, erhalten Sie kostenlos einen Titel Ihrer Wahl aus dem Programm des Pahl-Rugenstein Verlags im Wert von bis zu 20,– DM (Prospekt anfordern).

Die 80er Jahre haben als ein Jahrzehnt großer, grundsätzlicher Auseinandersetzungen begonnen. Die Frage Krieg oder Frieden stellt sich in neuer Schärfe. Vieles steht auf dem Spiel – all das, was an Fortschritten in Richtung Frieden und Abrüstung, Befreiung von Hunger und Unterentwicklung, in Richtung Demokratie und Emanzipation bisher erkämpft wurde bzw. heute durchsetzbar wäre.

In dieser Situation – das sagen alte und neue Leser – ist eine Zeitschrift wie die „Blätter" wichtiger denn je.

Die „Blätter" orientieren

– auf Schlüsselfragen, auf die politischen Brennpunkte der Auseinandersetzung, auf ihre Ursachen und Konsequenzen
– immer mit dem Blick auf das Wesentliche, auf Handlungsmöglichkeiten und Alternativen,
– auf Ansatzpunkte für ein effektives Zusammenwirken aller Strömungen der demokratischen Bewegung.

Die „Blätter" – ein „Zentralorgan der außerparlamentarischen Opposition" („Bayernkurier")

Vom Kampf gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren, gegen die Notstandsgesetze in den 60ern, für die Durchsetzung der Entspannungspolitik
bis zum Kampf gegen Neutronenbomben und „Nachrüstung", gegen alle Formen der Rechtsentwicklung, des Demokratie- und Sozialabbaus,
für die breite Entfaltung der neuen Friedensbewegung und für den überfälligen Durchbruch zur Abrüstung.

Die „Blätter", im dritten Jahrzehnt –
Monat für Monat für einen wachsenden Leserkreis: Analysen, Kommentare und Berichte, Dokumente und Chronik zu den wesentlichen Fragen der Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik, im westlichen und östlichen Ausland sowie in der Dritten Welt.

---

*) Wenn Sie einen neuen Abonnenten geworben haben, schicken Sie bitte die diesem Heft beiliegende „Blätter"-Bestellkarte ausgefüllt **und vom Abonnenten unterschrieben** an den Verlag. Sofern der neue Bezieher die „Blätter" für mindestens ein Jahr bestellt und sie im vergangenen Jahr nicht abonniert hatte, können Sie auf der Bestellkarte einen Buchwunsch angeben. Streichen Sie dazu auf der Rückseite der Karte die Zeile „Senden Sie bitte ein kostenloses Probeheft . . ." und ersetzen Sie sie durch das Wort „Werber". Darunter tragen Sie bitte in Blockschrift **Ihre** vollständige Postanschrift und in einer neuen Zeile Titel und Bestellnummer des von Ihnen gewünschten Buches ein.